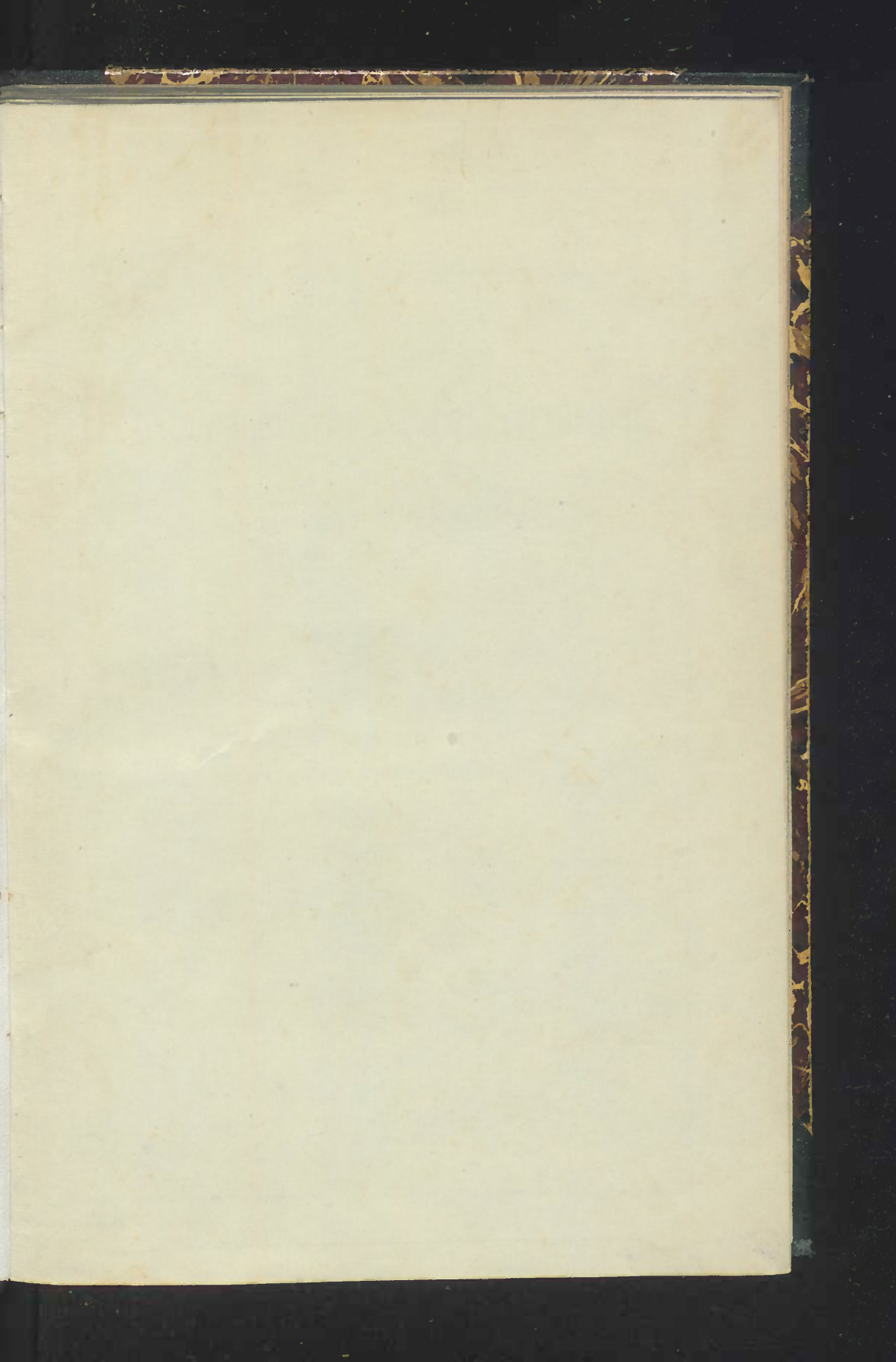


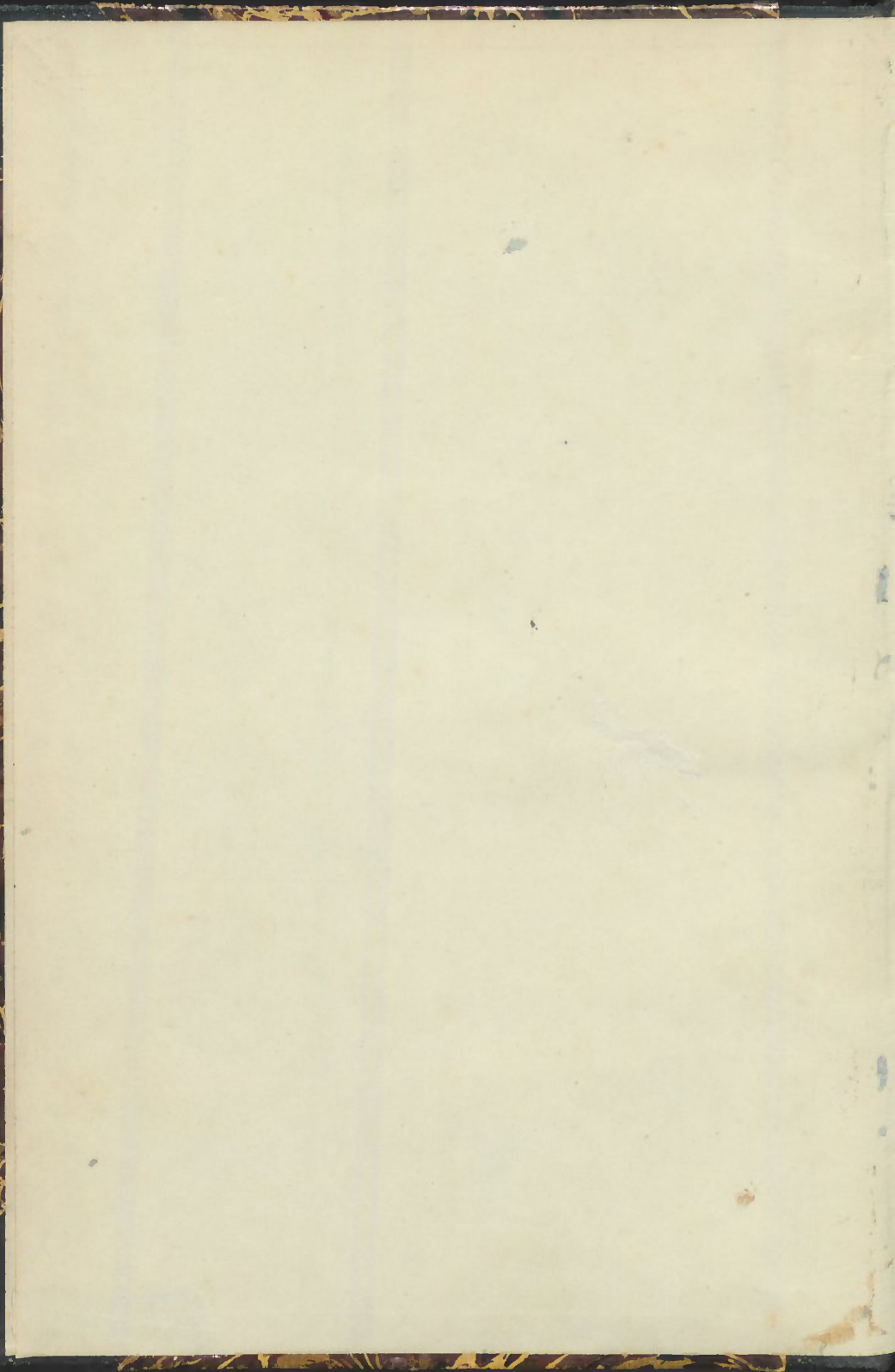


1920 I 74

CARL REESE  
BUCHBINDEREI  
KIEL, KLINKE 5







Schriften des Freien Deutschen Hochstiftes.

# Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung

in

Industrie- und Handelsstädten.

Bericht

über den

am 8. und 9. Oktober 1893 vom Freien Deutschen Hochstift  
zu Frankfurt am Main  
veranstalteten sozialen Kongress.



Berlin 1894.

Verlag von Otto Liebmann,  
Buchhandlung für Rechts- und Staatswissenschaften,  
W. Lützowstraße 27.



Otto Liebmann, Verlagsbuchhandlung.

---

**Gewerbeordnung für das Deutsche Reich**  
in ihrer gegenwärtigen Gestaltung,

nebst den

für das Reich und für Preußen erlassenen Ausführungsbestimmungen  
und einem Anhange, enthaltend die wichtigsten bezüglichlichen Gesetze  
und Verordnungen.

Erläutert von

**Dr. S. Appellius,**

Staatsanwalt.

1895. Verikon-Oktav. Preis eleg. gebunden Mk. 7.—.

---

**Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz**

vom 22. Juni 1889

mit dem Abänderungsgesetz vom 8. Juni 1891.

Nebst einem Anhange,

enthaltend alle wichtigeren bezüglichlichen Verordnungen, Vorschriften und  
Bekanntmachungen.

Von

**Dr. jur. Georg Eger,**

Regierungsrat.

Zweite, vermehrte Auflage.

1893. Groß 8°. Preis kartoniert Mk. 3.50.

---

**Krankenversicherungsgesetz**

in der Fassung vom 10. April 1892

und

Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 1. Juni 1884.

Nebst einem Anhange,

enthaltend die Normal-Statuten und alle wichtigeren bezüglichlichen Gesetze,  
Verordnungen und Erlasse.

Von

**Dr. jur. Georg Eger,**

Regierungsrat.

Zweite, vermehrte Auflage.

1892. Groß 8°. Preis kartoniert Mk. 3.50.

Schriften des Freien Deutschen Hochstiftes.

---

Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung  
in  
Industrie- und Handelsstädten.

---

Bericht

über den

am 8. und 9. Oktober 1893 vom Freien Deutschen Hochstift  
zu Frankfurt am Main  
veranstalteten sozialen Kongress.



Berlin 1894.

Verlag von Otto Liebmann,  
Buchhandlung für Rechts- und Staatswissenschaften,  
W. Lützowstraße 27.

4



Alle Rechte vorbehalten.

## Einleitung.

Die Einladung zu dem sozialen Kongreß\*), dessen Verhandlungen im nachfolgenden auf Grund stenographischer Niederschrift wiedergegeben sind, wurde durch Versendung und Veröffentlichung folgenden Rundschreibens (datiert Frankfurt am Main, im September 1893) bewerkstelligt:

„Das Freie Deutsche Hochstift beabsichtigt, durch seine Volkswirtschaftliche Sektion in der Folge von Zeit zu Zeit Besprechungen volkswirtschaftlicher und sozialer Zeitfragen für einen größeren Kreis zu veranstalten und die erste dieser Besprechungen nunmehr am 8. Oktober d. Js. abzuhalten.

Es geht dabei von dem Gedanken aus, daß es in Deutschland sehr wenige Veranstaltungen giebt, bei denen Fachmänner aus Praxis und Theorie, sowie sonstige Interessenten ihre Ansichten gerade über wirtschaftliche und soziale Zeitfragen offen und frei aussprechen können. Eine solche Gelegenheit will das Freie Deutsche Hochstift schaffen. Es sollen Besprechungen im Sinne fortschreitender Entwicklung des staatlichen und sozialen Lebens ermöglicht werden, die völlig unabhängig von bestehenden wissenschaftlichen Richtungen sowie wirtschaftlichen oder politischen Parteien sind, welche Gegenstände betreffen, für die sich sonst schwer eine Gelegenheit zu allseitigen, vorurteilslosen Erörterungen findet, und bei denen jeder Sachverständige, auch derjenige aus der Praxis, gleichberechtigt zum Worte kommt. Immer sollen die Besprechungen in enger Fühlung mit der wirtschaftlichen und sozialen Praxis bleiben, die Verhandlungsgegenstände dementsprechend gewählt werden und bei allen die Arbeiter betreffenden Fragen diese als gleichberechtigte Teilnehmer an den Vorbereitungen und Verhandlungen mitwirken.

\*) Die Aktenstücke zur Vorgeschichte des Kongresses s. in den „Berichten des Freien Deutschen Hochstiftes“, Jahrg. 1894, Heft 1, S. 101 bis 116 (Frankfurt a. M., Gebr. Knauer).



Wegen seiner geographischen und Verkehrslage und als Sitz des Hochstifts erschien Frankfurt am Main als besonders geeigneter Ort für die geplanten Besprechungen.

Als Verhandlungsgegenstand für die erste diesjährige Besprechung wurde mehrfachen Anregungen zufolge die aktuelle Frage der Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in Industrie- und Handelsstädten ausersehen.

Ob und aus welchen Ursachen namentlich im Winter regelmäßig in den Städten Arbeitsmangel eintrete, welchen Umfang diese Erscheinung erreiche und wie derselbe zu bemessen sei (Arbeitslosenstatistik), endlich, ob und durch welche Maßregeln der Arbeitslosigkeit begegnet werden kann (Notstandsarbeiten, Organisation des Arbeitsnachweises, Arbeitsbörsen, Regulierung des Arbeitsvertrags) — diese Fragen sind in den letzten Jahren immer drängender geworden, ohne daß sie doch bis jetzt zum Gegenstand zusammenhängender Erörterungen gemacht worden wären. Mit der Wahl dieses Themas glaubte somit die Volkswirtschaftliche Sektion zahlreichen Interessenten, sowohl Privaten, wie Behörden und Korporationen, entgegenzukommen, welche mit praktischen Lösungsversuchen oder theoretischen Untersuchungen auf dem bezeichneten Gebiete beschäftigt sind.

Die ergebensten Unterzeichneten gestatten sich deshalb, Sie hiermit zur diesjährigen ersten Besprechung und Verhandlung auf Sonntag, den 8. Oktober d. Js., 9 Uhr vormittags in den Saal des hiesigen Kaufmännischen Vereins, Langestraße 26 I. St., einzuladen.

#### Verhandlungsprogramm:

1. Begrüßung und Einleitung durch die Vorsitzenden des Akademischen Gesamt-Ausschusses und der Volkswirtschaftlichen Sektion des Hochstifts;
2. Der moderne Arbeitsvertrag und die Arbeitslosigkeit: Referent Herr Professor Dr. Lönnies (Kiel);
3. Arbeitslosigkeit im allgemeinen und Notstandsarbeiten: Referent Herr Carl Kloss, Bürgerausschussmitglied und Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Stuttgart;
4. Erhebungen über Arbeitslosigkeit: Referent Herr Dr. E. Hirschberg, Beamter des Städtischen Statistischen Bureaus in Berlin;
5. Diskussion, deren Einleitung einige mit der Arbeitsvermittlung praktisch vertraute Herren zugesagt haben.

Jeder Teilnehmer hat zu den Kosten der Veranstaltung einen Beitrag von 2 Mark zu leisten, wofür demselben der in Buchform erscheinende Versammlungsbericht unentgeltlich zugesandt wird. Anmeldungen, denen der Beitrag beizufügen ist, können schriftlich an das Bureau des Freien Deutschen Hochstiftes, hier, gr. Hirschgraben 23 (Goethehaus), gerichtet werden. Gratiskarten für Zuhörer sind gegen Einzeichnung in eine Hörerliste im Goethehause und, soweit der Platz reicht, am Verhandlungstage im Versammlungslokale zu haben. Auch Frauen haben Zutritt zu den Verhandlungen.

Am Vorabend der Verhandlung treffen sich die Teilnehmer zu einer zwanglosen Begrüßung im Palaisrestaurant, Zeil 46, nach den Verhandlungen zu einem gemeinschaftlichen, einfachen Abendessen.

Die Mitteilung weiterer Adressen solcher Herren, die sich für die Verhandlungen interessieren, ist dem Organisationsausschuß erwünscht.

In der Hoffnung, Sie als Teilnehmer an den Verhandlungen begrüßen zu können,

Der Akademische Gesamt-Ausschuß des Freien  
Deutschen Hochstifts:

Professor Dr. Valentin. Dr. Heuer.

Der Vorstand der Volkswirtschaftlichen Sektion  
des Freien Deutschen Hochstifts:

Dr. A. Fleisch. E. Spier.

Der Organisationsausschuß:

Dr. R. Brückner. L. Opificius. Dr. Max Quard.

Dr. Schnapper-Arndt-Heidelberg.

W. Trompeter, Vertrauensmann des Gewerkschaftsartells Frankfurt a. M."

Bei Gelegenheit der Begrüßung der Kongreßteilnehmer am Vorabend der Verhandlungen hielt Dr. Schnapper-Arndt im Namen des Organisationsausschusses eine Ansprache, deren Wortlaut im Anhang unter I. mitgeteilt ist.



## Erste Sitzung.

Sonntag, den 8. Oktober 1893, vormittags 9 Uhr.

Professor Dr. Valentin-Frankfurt, Vorsitzender des Akademischen Gesamt-Ausschusses des Freien Deutschen Hochstiftes: Hochgeehrte Versammlung! In Vertretung des Akademischen Gesamt-Ausschusses des Hochstiftes, auf dessen Einladung hin Sie sich hier vereinigt haben, übernehme ich vorläufig den Vorsitz, um die Verhandlungen zu eröffnen. Ich thue dies, indem ich Sie namens des Hochstiftes aufs beste willkommen heiße. Das Freie Deutsche Hochstift ist nach außen hin wohl am meisten durch seine Pflege des Andenkens Goethes bekannt. Und doch giebt sie nur eine Seite seiner Thätigkeit und keineswegs die ursprüngliche Veranlassung seiner Entstehung. Hätte sich aber das Hochstift als Leitstern für seine Thätigkeit eine der führenden Persönlichkeiten unsres deutschen Volkes zu wählen gehabt, um seine Thätigkeit zu kennzeichnen, so hätte es in der That keinen besseren Führer wählen können. Gehört doch Goethe nicht nur an die erste Stelle unter unseren Dichtern: er ragt nicht minder auf dem Gebiete der Wissenschaft hervor, die er in einer Reihe von Fächern bedeutsam und bahnbrechend gefördert hat. So hat sich seine Teilnahme ganz besonders auch der Förderung der menschlichen Gesellschaft zugewendet, und es ist nicht nur ein dichterisch empfundenes, sondern seine praktische Thätigkeit treffend bezeichnendes Wort, wenn er seinen Faust als höchstes Ziel seiner Sehnsucht auf Erden den Wunsch aussprechen läßt „auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen“. In seinem Wilhelm Meister forscht er nach einer Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft, und für all sein Streben gilt als Merkwort sein Ausspruch: „Und das Wohl der ganzen Welt ist's, worauf ich ziele“.

Ebenso mannigfaltig und nach vielen Seiten hin sich erstreckend ist die Thätigkeit des Goethes Namen als Leitstern führenden Hochstifts. Aus der großen Menge seiner Mitglieder, die geistige Nahrung von ihm erhalten wollen, hebt sich die Akademische Abtheilung heraus, die sich die wissenschaftliche Förderung des geistigen Lebens zur Aufgabe gestellt hat. Sie gliedert sich je nach dem Gebiete der besonderen Wissenschaft, die behandelt

wird, in Fachabteilungen: eine solche ist die Fachabteilung für Staatswissenschaft, die in zwei besonderen Sektionen, der juristischen und der volkswirtschaftlichen Sektion, arbeitet. Bei dieser Arbeit verfolgt das Hochstift und damit auch jede seiner Abteilungen und Sektionen rein wissenschaftliche Zwecke und läßt daher jede Richtung zur Vertretung ihrer Ansicht zu Worte kommen: das Hochstift selbst aber und seine Fachabteilungen und Sektionen vertreten als großes Ganzes und als Glieder dieses Ganzen keine einzelne Richtung, die der Ausdruck einer Einzelströmung im geistigen Leben unseres Volkes wäre. So ist das Hochstift trefflich geeignet, der Ort zu sein, wo jeder seine Ansicht vertreten und wissenschaftlich begründen kann: sobald es sich jedoch um praktisches Eingreifen in die Bewegung der Gesellschaft handelt, tritt das der Pflege der Wissenschaft gewidmete Hochstift bescheiden zurück und überläßt solche praktische Thätigkeit den zu ihrer Ausführung berufenen Organen des sozialen Lebens. Es begnügt sich damit, die Anregung zur Klärung der Anschauungen, zum Austausch der Meinungen gegeben zu haben, der Boden für ein fröhliches Wachstum bedeutsamer Reime gewesen zu sein. Mögen Ihre Verhandlungen recht fruchtbare und allseitig förderliche sein — das ist der Wunsch, mit dem ich Sie hier im Namen des Hochstiftes willkommen heiße.

Stadtrat Dr. Fleisch-Frankfurt: Das Hochstift hat seine volkswirtschaftliche Sektion mit den Vorbereitungen zu diesem Kongreß beauftragt. Als Vorsitzender der Sektion habe ich daher die Ehre und das Recht, Sie hier zu begrüßen.

Konferenzen wie die heutige werden in der Regel nur von festbegründeten Vereinen, von Berufsgenossen oder von Männern zusammenberufen, die durch ihre Stellung im Staat oder langexprobt wissenschaftliche Autorität vorzugsweise berechtigt sind, andere zur Mitarbeit an einem gemeinschaftlichen Ziel zu laden.

Das Hochstift ist eine rein private Anstalt, die jeder Verbindung mit leitenden Stellen im Staat oder Wirtschaftsleben entbehrt, deren Mitglieder keinerlei persönliche Autorität haben oder beanspruchen. Vielleicht vermeidet aber unsere Arbeit gerade dadurch eher den Verdacht der Einseitigkeit als andere Veranstaltungen, in welchen bestimmte Anschauungen infolge der Autorität ihrer Vertreter von vornherein ein solches Übergewicht haben, daß die Vertreter gegnerischer Meinung — oft zum Leidwesen der Einberufter — sich von ihnen fernhalten. Sollte es aber auffallend erscheinen, daß wir uns nicht nur an die Männer der Wissenschaft, sondern gleichmäßig auch an andere gewendet



haben, die, wie die Mitglieder unserer Sektion selbst, nicht in der Lage sind, beruflich an den Fortschritten der Wissenschaft teilzunehmen? Wir könnten uns zur Rechtfertigung einfach auf den Mann berufen, zu dessen Ehre das Hochstift gegründet ist. Goethe ist es, der einmal die Frage untersucht,<sup>1)</sup> was derjenige für die Wissenschaft leisten könne, der nicht im Fall sei, „ihr sein ganzes Leben zu widmen, sie ganz zu überschauen und zu umgehen — welches überhaupt auch für den Eingeweihten eine hohe Forderung ist“; — und er beantwortet die Frage dahin, daß, wenn man in der Kunst vielleicht wünschen möge, „daß nur Meister sich damit abgeben, so beruhte doch die Wissenschaft auf Erfahrung und zum Erfahren ist gar Mancher geschickt. Die Wissenschaft wird von allen Seiten zusammengetragen und kann vieler Hände und Köpfe nicht entbehren; jedes neue Verhältnis, das an den Tag kommt, jede neue Behandlungsart ist brauchbar und aufregend.“ Dies Wort Goethes gilt aber von allen Wissenschaften gewiß am meisten für die Wissenschaft des täglichen Lebens, die Volkswirtschaft. Die Geschichte hat uns gezeigt, wie bei ihr die bloß theoretische Untersuchung der wirtschaftlichen Vorgänge leicht zu einem allzu abstrakten Rechnen mit Begriffen führt, bei dem vergessen wird, daß auch die volkswirtschaftlichen Gesetze nicht auf geduldiges Papier, sondern auf die menschliche Haut geschrieben werden, die empfindlich ist. Andererseits bringt die Vertiefung in die historischen Untersuchungen leicht die Gefahr mit, daß man die Geschichte der Volkswirtschaft mit ihrer Theorie verwechselt und schließlich auch für die theoretische Forschung die Meinung derjenigen als maßgebend erachtet, welche durch ihre Macht im Staat oder in der Gesellschaft die gegenwärtige Gestaltung der Dinge zu schaffen oder zu beeinflussen vermochten. Wer dagegen die wirtschaftliche Entwicklung von der Praxis seines Berufslebens aus verfolgt, der überzeugt sich, welche Rolle in dem Vorhandenen und für ihn Maßgebenden das Zufällige, das Vermeidliche, das Nichtnotwendige spielt, und es wird ihm relativ leichter, sich nicht nur von der Verallgemeinerung vermeintlicher Theorien, sondern namentlich auch von jener übertriebenen Wertschätzung des thatsächlich Vorhandenen fernzuhalten, welche die Gesetze den zufälligen Thatsachen anpaßt, anstatt von den Thatsachen zu verlangen, daß sie sich dem als wahr und richtig Erkannten unterordnen. Gerade in diesem Sinn haben wir unsere Einladungen nicht auf

<sup>1)</sup> Zur Farbenlehre; p. 235 des 15. Bandes der Cotta'schen Ausgabe von 1876.



diejenigen Kreise beschränkt, welche direkten Einfluß auf das wirtschaftliche Leben oder die Gesetzgebung auszuüben vermögen und die daher vielfach als die allein berufenen Vertreter volkswirtschaftlicher Interessen erachtet werden. Die Erfahrungen, die der Arbeiter, der kleine Handwerker an seiner Stellung in dem Produktionsprozeß macht, die Beobachtungen, die ein Leiter gemeinnütziger Anstalten, die ein Beamter anstellt, der mitten im Wirtschaftsleben steht, ohne daran direkten Teil zu nehmen, sind auch für die theoretische Erfassung der wirtschaftlichen Dinge gleichberechtigt mit denen der Großindustrie und des großen Verkehrs, wie ja auch die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger mehr und mehr ein unser ganzes Staatsleben beherrschendes Prinzip geworden ist oder sein sollte.

Und wenn ich schließlich noch ein Wort über den Gegenstand, um dessen Beratung wir Sie ersuchen, äußern soll, so war für Sie die einfache Betrachtung maßgebend, daß der Arbeitsvertrag das einzige Mittel ist, das unsere Volkswirtschaft demjenigen zur Verfügung stellt, der, ohne im Besitz eigenen Vermögens zu sein, seinen Platz im Leben behaupten will. Der Arbeitsvertrag, und wenn Abschluß eines solchen unmöglich ist, die Armenunterstützung bilden gewissermaßen die beiden Brennpunkte, welche die Lebensbahn der Unbemittelten und dadurch die Gestaltung unseres ganzen gesellschaftlichen Systems bestimmen. Inwiefern ist aber dafür gesorgt, daß jeder, der es will, einen Arbeitsvertrag abschließen kann? Wie oft kommt es vor, daß jemand hieran gehindert ist, weil keine Arbeitsgelegenheit vorhanden oder weil die vorhandene ihm unbekannt ist? Von den vielen Problemen, zu deren Untersuchung gerade die Beschäftigung mit dem Arbeitsvertrag auffordert (ich nenne nur die Wahrung der persönlichen Freiheit im Arbeitsvertrag, die Sicherung der Bedürfnisbefriedigung im Lohnsystem u. s. w.) ist dieses vielleicht das wichtigste und doch ist zu seiner Erforschung fast noch nichts gethan, sind selbst die Methoden noch nicht gefunden, mit denen man sich seiner Lösung annähern, mit denen man die Zahl der Arbeitslosen bestimmen könnte.

Die Herren Referenten wollen diese Probleme von den verschiedensten Standpunkten, vom Standpunkt der theoretisch-philosophischen Erörterung, vom Standpunkt der Einzelerfahrung und der statistischen Massenbeobachtung aus, behandeln. Es werden dabei alle ihre Schwierigkeiten zur Erörterung kommen, die mit dem bloßen Hinweis auf die Not der Arbeitslosen natürlich ebensowenig erschöpft sind, als mit der wohlfeilen Warnung vor

Müßiggang und dem Rat zum Auffuchen von Arbeit. Hoffentlich wird aber auch für die Ermittlung des Umfangs des Problems und die Lösung desselben etwas Material gewonnen werden.

Die Volkswirtschaft ist die Wissenschaft von den gegenwärtigen Dingen, wie die Geschichte die von den vergangenen ist. Sie bedarf vor allem der Unabhängigkeit des Denkens, der es nur um die genaue Beobachtung des Vorhandenen, nicht darum zu thun ist, ob die Resultate der Untersuchung willkommen oder unwillkommen sind. Sie muß sich hüten, sich in Spekulationen über die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft zu erschöpfen, Prophezeiungen und Dogmen anstatt Ratschläge und Lehrsätze aufzustellen. Aber sie bedarf allerdings des Glaubens, daß es möglich ist, im Gewirr der Thatfachen des wirtschaftlichen Lebens bleibende Gesetze zu finden und den gegenwärtig wahrgenommenen Übelständen wenigstens in der Zukunft dauernd zu steuern.

Möge in diesem Sinn, auf freier Forschung beruhend, den idealen Zielen der Menschheitsentwicklung zusteuernd, die Arbeit dieser ersten vom Hochstift veranstalteten Konferenz erfolgreich sein!

Dr. Duard-Frankfurt: Meine Herren! Im Auftrage des Organisations-Ausschusses habe ich Ihnen nunmehr einiges über die Vorarbeiten zum Kongreß mitzuteilen. Im Winter 1892/93 gaben Herr Dr. Schnapper-Andt, Herr Stadtrat Dr. Fleisch und meine Wenigkeit durch einen Antrag bei unserer Volkswirtschaftlichen Sektion des Freien Deutschen Hochstiftes die erste Anregung zu diesen Besprechungen, indem wir schon damals betonten, daß sie im Gegensatz zu ähnlichen im Sinne einer fortschreitenden Entwicklung des Staats- und Gesellschaftslebens gehalten werden sollten. Seit dem Frühjahr 1893 nahm auch der Vertrauensmann des hiesigen Gewerkschaftsartells, Herr Trompeter, an den Vorbereitungen thätig Teil. Wir erlangten die Zustimmung sowie die Unterstützung des Akademischen Gesamt-Ausschusses und versandten bereits anfangs Juni d. Js. ca. 700 Exemplare der Ihnen bekannten Einladung an Adressen, die nach jenen Gesichtspunkten ausgewählt waren, welche die Einladung betont. Die Reichstagswahlen und andere Zeitumstände machten aber die Abhaltung des Kongresses im Sommer unmöglich. Wir vertagten denselben deshalb auf heute und luden neuerdings durch Brief und öffentliche Bekanntmachung zu unserer Besprechung ein. Wir dürfen sagen, daß unsere Aufforderung von Anfang an eine sehr sympathische Aufnahme in allen denjenigen Kreisen fand, an die wir uns gewendet hatten. Die Präsenzliste, welche in der heutigen Mittagspause gedruckt zur



Verteilung kommen wird, weist 214 Teilnehmeranmeldungen auf, eine Zahl, die unsere kühnsten Erwartungen übertrifft. Eine große Anzahl Zuschriften von Korporationen und Privaten, die ihr lebhaftes Interesse an der Besprechung kundgeben, sind uns außerdem zugekommen. Arbeiterkorporationen, Unternehmervereine, Gelehrte, Geistliche, Politiker, Verwaltungsbeamte und Geschäftsleute stehen auf der Teilnehmerliste neben einander und bilden ganz in unserem Sinne die Reihen, die heute zu ernster wissenschaftlicher Verhandlung zusammengetreten sind. Die Zuhörer haben in dichtgedrängten Scharen, wie Sie sehen, in der Hauptsache wissenschaftliche Arbeiter gestellt; wir haben so viel Zuhörerarten, über 200, als uns nur der Platz erlaubte, ohne jegliche Beschränkung abgegeben. Wegen der geselligen Zusammenkünfte, die wir Ihnen vorschlagen, ist das Nähere hier am Tisch des Bureaus zu erfahren. Ich schließe, indem ich den Wunsch erwidere, der bereits von anderer Seite ausgesprochen worden ist: ich denke, Sie sind nicht bloß aus allen Gesellschaftskreisen und Klassen hierher gekommen, um zu hören, sondern Sie werden auch recht kräftig, jeder von seinem Standpunkt aus, in die Verhandlung eingreifen!

Professor Dr. Valentin-Frankfurt: Verehrte Anwesende! Gestatten Sie, daß ich Ihnen den Vorschlag mache, zur Leitung der Verhandlungen des Kongresses den Ausschuß zu berufen, welcher die Vorbereitung geführt hat. Ich schlage Ihnen also vor, als ersten Vorsitzenden Herrn Stadtrat Dr. Fleisch, als zweiten Vorsitzenden Herrn Dr. Schnapper-Arndt, als Schriftführer die Herren Dr. Quarc und S. Spier, als Beisitzer die Herren Dr. N. Brückner, L. Opificius und W. Trompeter zu wählen.

Die Versammlung stimmt diesem Vorschlage zu.

Stadtrat Dr. Fleisch-Frankfurt: Verehrte Anwesende! Indem ich Ihnen in meinem und meiner Mitgewählten Namen für das Vertrauen danke, welches Sie uns entgegenbringen, bitte ich für meine Geschäftsführung um Ihre gütige Rücksicht. Wie der Organisationsausschuß lediglich nur eine Arbeitskommission gewesen ist, so wollen wir auch in der Übernahme der Leitung der Verhandlungen lediglich die Ausübung einer rein geschäftlichen Befugnis sehen. Ich fordere die Mitglieder, die mit mir gewählt sind, auf, am Tische des Bureaus Platz zu nehmen, und schicke voraus, daß wir, wenn kein Widerspruch erfolgt, für die Leitung der Verhandlungen die Geschäftsordnung des Reichstags als maßgebend betrachten wollen. Nunmehr erteile ich zunächst den Herren Referenten das Wort.



## Der moderne Arbeitsvertrag und die Arbeitslosigkeit.

Referat von

Professor Dr. Tönnies, Kiel.

Hochgeehrte Versammlung! Der moderne Arbeitsvertrag und die kapitalistische konzentrierte Volkswirtschaft; die kapitalistische Volkswirtschaft und die unendliche anarchische Produktion von so sehr als möglich absatzfähigen Waren; die Maschinen-Technik, der Großbetrieb, die riesenhafte Ansammlung von Lohnarbeitern in den Städten, der in Streiks ökonomisch, in Wahlen politisch sich offenbarende Klassenkampf; die Handelskrisen, Konkurse, Arbeiterentlassungen, Pauperismus, Arbeitslosigkeit — alle diese Begriffe sind für ein unbefangenes sozialwissenschaftliches Denken, für eine richtige Anschauung notwendig und eng miteinander verbunden.

Und diese Erscheinungen oder doch ihre entschiedenen Tendenzen erfüllen, mehr oder minder tiefgehend, das Gebiet der bewohnten Erde, das wir in einem besonderen uns bewußten Sinne die Welt nennen.

In demselben Sinne, in dem wir von dem Weltmarkt, von Welt-Industrien, von Welt-Litteratur zu reden uns gewöhnt haben.

Der Welt-Litteratur gehört das Buch, das diese mächtige Entwicklung zuerst mit höchster Erkenntnis beschrieben, erklärt, prognostisch gedeutet hat: das „Kapital“, die Kritik der politischen Ökonomie.

Durch dieses Werk ist es geläufig geworden, den Arbeitsvertrag als einen Kaufvertrag aufzufassen, als Verkauf und Einkauf einer eigentümlichen Ware, der menschlichen Arbeitskraft.

Die kapitalistische Produktion ist ein regelmäßig gutes Geschäft, weil der als Fabrikant verkleidete Kaufmann diese Ware auf dem billigen Markte — dem Arbeitsmarkte — einkauft

und sie in verwandelter Gestalt — als Inhalt eines Produktes — auf dem teuren Markte, dem des Handels, verkaufen kann.

Der Gewinn, der im einfachen Handel durch Veränderungen von Ort und Zeit des Marktes, nebenher auch der Menge und Qualität von Waren, zufällig, daher ungewiß, und wie von den Chancen eines Glücksspieles abhängig, hervorgebracht wird, entsteht hier durch begriffliche Notwendigkeit, insoweit, als für wirksame Bedürfnisse produziert wird; denn diese einzige Ware, die Arbeitskraft, verwandelt sich nicht allein durch ihren Gebrauch in einen Wert, der ihren Preis ersetzt — wie alle Produktionsmittel ihren Wert im Produkte behalten — sondern bildet neuen Wert, ist die einzige Kraft, die neuen Wert bilden kann.

Der Wert, der sich im Tausche offenbart, ist eine ideelle Eigenschaft von Gütern und kann nur in einem konstruierten Begriffe gedacht werden.

Dieser Begriff muß den natürlichen Maßstab ausdrücken, nach dem Güter, die sich im Tausche begegnen, nicht erst innerhalb des Tausches verglichen werden, sondern auch außerhalb des Tausches gleich sind, mithin auch gleich wären, wenn es das den Tausch begründende, sich ausschließende Eigentum nicht gäbe.

Dieses Maß ist ihr auf eine bestimmte Zeit bezogener wirklicher Kostenbetrag, und dieser Kostenbetrag ist die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Denn nur als Arbeitszeit sind alle Arbeiten gleich.

Aber der Ausdruck des relativen Wertes, der im Gelde sich als Preis ausdrückt, ist nur ein Versuch, dem Wert-Verhältnisse gerecht zu werden, und manche Güter werden beständig über ihrem Werte, daher entgegenstehende in Bezug auf solche unter ihrem Werte ausgedrückt, weil jene Bestandteile an Gütern enthalten, die keinen Wert und doch Preis haben.

Denn durch das ausschließende Eigentum können alle Dinge zu Waren, also scheinbaren Wertträgern gemacht werden, die fähig sind, aus einem Besitze in den anderen überzugehen, auch wenn es ideelle Dinge sind und der Übergang nur in der Vorstellung, nur im Rechte geschieht.

Der Grund und Boden, die Wurzel aller Werte, wird nicht produziert, er kostet keine gesellschaftliche Arbeitszeit, er hat keinen Wert und nimmt dennoch, sofern er sich in ausschließendem Eigentum befindet, die Form der Ware an; er hat einen Preis, dessen Höhe in dem Maße der Intensität seiner wirklichen oder als möglich gedachten Bebauung, d. h. zu der Höhe des erwarteten Nutzens und zu der Dringlichkeit des Bedürfnisses



auf Seite des Käufers in geradem Verhältnisse, zu der Dringlichkeit auf Seite des Verkäufers in umgekehrtem Verhältnisse steht.

Gleich dem Boden hat auch die Arbeitskraft keinen Wert, *2. Beziehung* *ausf. 20* sie wird nicht produziert, sie kostet keine gesellschaftliche Arbeitszeit, sie nimmt nur, weil sie sich in ausschließendem Eigentume befindet, die Form der Ware an. Aber welcher Unterschied zwischen diesem Eigentume und jenem! Dieses — die Arbeitskraft — ist das natürlichste Eigentum des Einzelnen: die Herrschaft über seine Glieder, seine Muskeln, seine Organe. Jenes — der Boden — ist das unnatürlichste Eigentum des Einzelnen: denn niemand hat solche Herrschaft, außer durch die Rechtsordnung, durch eine soziale Gesamtkraft, die sie gewährt und beschützt.

Die Arbeitskraft hat keinen Wert — durch diesen Satz weiche ich ab von der herrschenden Lehre, deren Formeln wir auch bei K. Marx wiederfinden.

„Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eigenen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel.“ (Kapital I<sup>4</sup> S. 133.) In näherer Ausführung heißt es aber sogleich: „Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element.“ Ähnlich, wenn auch weniger scharf, sprechen die Neueren von den Produktionskosten der Arbeit als dem in einem Volke standesgemäß für notwendig gehaltenen Unterhaltsbedarf des Arbeiters und seiner Familie.

Ich behaupte aber, daß die Arbeitskraft nicht produziert wird. Wohl giebt es Produktion, die nicht wesentlich Arbeit ist. Tiere und Menschen kann man züchten und mästen, und als die Kosten der Produktion mögen sich die dazu notwendigen Lebensmittel darstellen. Aber niemand erhält sich selber und seine Familie mit dem Gedanken, ein Quantum Arbeitskraft an den Markt zu bringen; überhaupt nicht, um ein Quantum Arbeitskraft, etwa zunächst für den eigenen Bedarf, hervorzubringen, sondern der Arbeiter, wie jeder andere Mensch, ernährt sich aus notwendigem Antriebe und nimmt die Nahrung, wie und wo er sie finden kann; im Falle der Not mit Gewalt, mit Bitten oder mit List; ebenso sucht er Obdach, Kleidung, Weib und Kind und strebt danach, nützliche Geräte, wenn möglich auch einigen Schmuck



des Lebens und das Notwendige in guter Beschaffenheit zu erwerben. Alles dies sind absolute Zwecke, es sind keine Mittel, um eine Sache, die Arbeitskraft, geschweige denn um eine Ware zu produzieren. Eine Folge des Gelingens ist der Besitz von Arbeitskraft im allgemeinsten Sinne, während jedes spezielle Arbeitsvermögen auch besondere Voraussetzungen hat, von denen einige allerdings auf den Erwerb dieses bestimmten Vermögens gerichtet sind. Besitz der Arbeitskraft schlechthin ist eine regelmäßige Folge des Lebens, insoweit ein glücklicher Zufall, als es auch Lebende giebt, die keiner Arbeit fähig sind. Was ergibt sich hieraus? Daß der Preis der Arbeitskraft tief unter ihre angeblichen Kosten sinken kann, daß das Leben der Arbeiterfamilie, in ihrer historisch-moralischen Bedingtheit, aus anderen Quellen sich herleiten kann, aus vorhandenem Besitz und aus Arbeit zu eigenem Nutzen, oder aus Kleinhandel, aus Zimmer- und Schlafstellen-Vermietung, Wohlthätigkeit und Prostitution, ja aus Verbrechen — lauter Elemente, die auf den Preis der Arbeitskraft influieren können, und doch wird die Folge des Lebens, die Arbeitskraft, von dem Unternehmer zu ihrem Marktpreise rechtmäßig erworben; daß dieser Preis wie der Preis eines nackten Grundstückes im geraden Verhältnisse steht zu der Höhe des erwarteten Nutzens, im geraden und umgekehrten zu der wechselseitigen Dringlichkeit des Bedürfnisses; und weil das Bedürfnis, Geld zum Lebensunterhalt zu erwerben, immer dringender ist als das Bedürfnis, Arbeitskraft zum Behufe des Profitmachens zu erwerben, darum ist der Preiskampf ein mit so ungleicher Rüstung geführter.

Darum stellt sich das Kaufgeschäft in Wirklichkeit dar wie eine einfache Occupation vorhandener Arbeitskraft und der Lohn wie eine durch die Güte des Kapitalisten, des Arbeitgebers, des „Brotherrn“, bewilligte Vergütung.

Die neueren Autoren handeln mit viel Bedeutung von den Eigenschaften, wodurch Arbeitskraft sich von allen anderen Waren unterscheide; aber ohne zu untersuchen, ob sie wie die normale Ware produziert werde; ohne zu erörtern, daß der Vorteil jedes Waren-Produzenten, bei günstigem Markte seine Waren vermehren zu können, dem Arbeiter jedenfalls fehlt. — Zene Eigenschaften werden vielmehr darin zusammen begriffen, daß sie mit der Person des Arbeiters, ihres Verkäufers, untrennbar verbunden sei, daß der Kauf der Arbeitskraft deshalb die Verfügung über die Person des Arbeiters einschließe. Ich halte dies für unrichtig gedacht.

Der Paralogismus beruht, wie ich meine, darin, daß die neue Ansicht, nach der es im Arbeitsvertrage um einen Kauf

sich handelt, angenommen wurde, ohne daß man die hergebrachte im römischen Rechte ausgeprägte Auffassung als einer Miete fahren ließ.

So lehrt in der That Herr Professor Brentano, der Arbeitsvertrag werde im Rechte als eine Miete, in der politischen Ökonomie als ein Kauf betrachtet. Als ob etwa die Miete kein Begriff der politischen Ökonomie, der Kauf kein Begriff des Rechtes wäre.

Herr Karl Bücher hat vortrefflich darauf aufmerksam gemacht, daß dem römisch-rechtlichen Begriffe jene von ihm Stör genannte Form des „Lohnwerks“ zu Grunde liege, d. h. eines der Warenproduktion vorausgehenden Betriebssystems, die Form, worin der Arbeiter zeitweilig in Haus und Wirtschaft seines Kunden, also eines Konsumenten, eintritt, wo er so lange bleibt, bis dem Hausbedarf genügt ist. Die Person des Arbeiters wird hier in der That gemietet; die Vorstellung des gewerblichen Unternehmers bleibt aber weit entfernt.

Wesentlich gleichartig mit diesem unmodernen Arbeitsvertrag, aber noch mehr an frühere Ursprünge erinnernd, ist der Gesindevertrag. Auch dieser kann konstruiert werden — und dahin geht die natürliche Tendenz — als Vertrag über eine Summe von abgegrenzten, ablösbaren Dienstleistungen; aber seinem Wesen nach, das auch im Leben wie im Recht sich fortwährend noch geltend macht, gehört er einer anderen Ordnung der Dinge an. Im Volke sagt man: ich habe mich vermietet, oder: die Eltern vermieten ihr Kind. Das heißt, der Dienstbote geht mit seiner Person in den zeitweiligen Besitz der Herrschaft über. Verebelt wird diese Abhängigkeit, ebenso wie die totale des Sklaven, durch die Idee der Haushaltung, der Gemeinschaft, des Zweckes, des Ganzen, dem die befehlenden Glieder ebenso angehören und dienen wie die gehorchenden. Je mehr diese Verebtlung fehlt, desto mehr kann der Mensch durch die Thatfachen des einen wie des anderen Verhältnisses — wie immer sie im Rechte gedacht werden mögen — unter seine Würde erniedrigt werden.

Denn um so mehr wird der Besitz von dem Herrn rein für seine Zwecke ausgenutzt, der Diener wird ein lebendiges Gerät, während es in der Natur einer Gemeinschaft liegt, daß der Herr seinen Hausgenossen ehre und fördere, ihm Hilfe und Schutz gebe, ihn etwas lehre und ihn bilde; zumal wenn es um den gemeinsamen Zweck einer Thätigkeit, eines Berufes sich handelt. Der Herr ist dann wesentlich Führer und Patron oder er ist wesentlich Lehrer und Meister.



Aus Verhältnissen der ersten Art, in denen öffentliches und Privatrecht noch organisch zusammenhing, sind die heute vorherrschenden Arbeitsverhältnisse der großen Gutswirtschaft erwachsen.

Sie haben daher noch am meisten innere Ähnlichkeit mit Dienstbarkeiten, ja ein Teil der Arbeitsverhältnisse erscheint noch in der unmittelbaren Form von Gesindeverhältnissen. Und überall finden sich überwiegende Reste des neuerdings wieder mit Vorliebe so geheißenen patriarchalischen Charakters, wenn sie auch — wie kürzlich Herr Max Weber scharf und deutlich beschrieben hat — in notwendiger und rascher Auflösung angetroffen werden. Verhältnisse der anderen Art — in denen der Herr ein Meister ist — liegen dem ganzen Gewerberecht zu Grunde, und sind die Essenz des älteren Gewerberchts, wie es aus dem Volksrechte sich herauskaltete und von den Stadtgemeinden getragen wurde.

Mit dem Gesindewesen — wozu auch jene Verhältnisse ehemals gehörten — ist hier am meisten äußere Ähnlichkeit. Im Handwerk ist man bemüht diese Ordnung zu erhalten oder wiederherzustellen, und im Systeme der Gewerbefreiheit giebt es zwischen Handwerk und Fabrik keine rechtliche Grenze. Ebenso wie die Grenze beinahe völlig verwischt ist zwischen dem Empfang eines jungen Menschen in die Lehre — seiner Natur nach einer zeitweiligen Annahme an Kindesstatt — und dem Einkauf einer jugendlichen oder gar kindlichen Arbeitskraft.

Die materielle Basis aber aller dieser Ordnungen ist eine Volkswirtschaft, die noch vom Gebrauchswert beherrscht wird, und die in der Kunst als dem nach Volksrecht geübten Berufe ihre Vollendung hat. Die Haushaltung ist hier selber produktiv, und die Produktion haushälterisch; die Ökonomie ist die allgemeine und zugleich jene besondere Kunst, die der allgemeinen am nächsten geblieben ist. — Jene häuslichen und ökonomischen Verhältnisse aber sind, auch wenn sie etwa durch eine Verabredung eingegangen werden, ihrem Wesen nach nicht kontraktlicher Art; schon darum nicht, weil sie in der Ungleichheit beruhen. Im englischen Rechte, dem einzigen modernen, das auf germanischen Grundlagen aufgebaut ist, werden noch heute die industriellen Arbeiter als Gesinde bezeichnet, und ihre Rechtsverhältnisse fallen nicht unter das Obligationenrecht, sondern werden im Personenrechte behandelt, unter der allgemeinen Überschrift „Herr und Diener“, dem die Titel „Mann und Weib“, „Vater und Kind“, „Vormund und Mündel“ als andere private und ökonomische Beziehungen zwischen Personen sich anschließen.



Wenn aber einmal die Voraussetzung der persönlichen Gleichheit gemacht ist, und alle Verhältnisse nach Art eines Tausches gedacht werden, so liegt es allerdings am nächsten, den Begriff der Miete auf den Arbeitsvertrag anzuwenden, so lange als die persönliche Unterordnung dem Verhältnisse wesentlich erscheint. Die Notwendigkeit der Unterordnung kann allerdings daraus abgeleitet werden, daß die Arbeitskraft mit der Person des Arbeiters untrennbar verbunden sei. Nur daß hier auch der Widerspruch ungelöst bleibt wie man sich vermieten oder vermietet werden kann und doch als Vermieteter freie und gleiche Person, auch gegenüber dem Mieter, der die Verfügung über diese Person erworben hat, bleiben soll.

Dieser Widerspruch drängt nach Lösung, wie die reale Entwicklung nach einer vollkommenen Auflösung jener persönlichen und häuslichen Verhältnisse hindrängt.

Das entscheidende Merkmal des modernen Arbeitsvertrages ist nun eben dies, daß die Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit, z. B. einen Tag, als Produktwert dieses Tages von der Person des Arbeiters sich ablösend gedacht wird. Die Arbeitskraft ist dadurch eine immaterielle Sache, eine Ware, die gekauft wird. Der Arbeiter hat für die politische Ökonomie keine Bedeutung mehr außer als Verkäufer dieser Ware, und nachher als Geldbesitzer, als Konsument. Er wird als Produzent, als Urheber von Werten, nicht mehr geachtet, und die Produktion geht ihn nichts mehr an. Der Kauf von Arbeitskraft und der Kauf ihres Produktes können sich in der Form sehr nahe berühren, wie manchmal im Gebiete der Hausindustrie; sie sind in Wirklichkeit identisch und der scheinbare Kauf von Produkt immer Kauf von Arbeitskraft, wo der Fortgang der Produktion von dem Willen des Verlegers abhängt, d. h. wo ihm Rohstoffe oder Werkzeuge, um so mehr wo ihm beide Teile gehören.

Im Verlegersystem ist der reine Arbeitsvertrag noch undeutlich, aber die formelle gegenseitige Freiheit ist deutlich; zugleich die ökonomische Abhängigkeit des rechtlich freien Arbeiters die ökonomische Inferiorität bei rechtlicher Gleichheit vollkommen.

In die Manufaktur und Fabrik geht beides mit hinüber. Aber der reine Arbeitsvertrag tritt nun deutlicher hervor. Auch wo nach dem Stücke gelohnt wird — die am meisten materialisierte, daher rationellste, und dem Kapitalisten erwünschteste Form des Lohnes — kann dies niemals mehr als Bezahlung des Produktes begriffen werden.

Das Produkt ist der identische Betrag von Energie mit

der zweckmäßig gerichteten Arbeit; und Arbeit ist die Verwirklichung von Arbeitskraft. Das Kunststück des Kapitalisten besteht eben darin, Produkt als Arbeitskraft einzukaufen und als Produkt zu verkaufen. Der Wert des Produktes wird nie in der von ihren Bedingungen isolierten Arbeitskraft bezahlt. Der Preis der Arbeitskraft kann nie so hoch steigen, daß nicht im Durchschnitt das darin und in den Arbeitsmitteln angelegte Kapital, über die Verzinsung hinaus, eine Profitrate ergebe, deren Erzielung der einzige Zweck des industriellen Kapitalisten ist.

Wie alle Warenverkäufer können Arbeiter sich verbinden, um den Preis ihrer Ware zu erhöhen oder hoch zu halten, wenn nötig, das Angebot einzuziehen und unterbietende Konkurrenz gemeinsam zu bekämpfen.

Die Bedeutung, deren die Gewerkschaften gelernter Arbeiter auf ihrem klassischen Boden während der letzten Jahrzehnte teilhaftig geworden sind: durch Regelung des Arbeitsangebots für die Durchführung von Streiks, Bekämpfung von Ausperrungen, genossenschaftliche Hilfe und Versicherung — ist oft genug dargestellt und mit Recht gepriesen, mit Recht als Muster der ökonomischen Organisation den ungelerten Arbeitern dort, die mit Versuchen der Nachahmung begonnen haben, gelernt und ungelerten in den zurückstehenden kontinentalen Ländern vorgehalten worden.

Die Fortbildung des Arbeitsvertrages in dieser Richtung — so wird gelehrt — gehe mit der Entwicklung des Großbetriebes, der Maschinenteknik, der Fabrik parallel. Die Arbeiter zumal solcher Betriebe, die Gewandtheit, Aufmerksamkeit, Intelligenz erfordern, seien in der Regel auch die einer moralischen Solidarität Fähigsten, für die Verbesserung ihrer Lage Eifrigsten. Sie fühlen sich im stande, den Kampf um den Preis der Arbeitskraft mit Erfolg zu führen. Die Parteien stehen sich gerüstet gegenüber, der dauernde Zustand ist ein bewaffneter Friede. Aber je mehr der Kriegszustand sich verschärft, desto stärker wird das Bedürfnis des Friedens auf beiden Seiten erkannt; Vermittlung wird gesucht; die Schieds- und Einigungsämter entstehen. Gleitende Lohnskalen, Auf- und Abwärtsbewegung nach dem Gange der Geschäfte, erscheinen als die gerechte Lösung beiderseitiger Ansprüche.

Man preist diese Fortschritte als den Weg zum sozialen Frieden. Die alte Lehre von der Harmonie der Interessen wird erneuert; sie war nur verfrüht; sie gewinnt ihre Berechtigung erst durch die Vollendung der kapitalistischen Produktionsweise.

Politische Ökonomen, die solche Hoffnungen vertreten, fordern



daher mit Ungestüm diese Entwicklung, verdammen die zurückgebliebene Technik der langsameren Länder, bekämpfen den Schutz, der von Staat und öffentlicher Meinung veralteten Betriebssystemen gewährt wird — alles mit derselben Spannung, mit der ihre Kritiker den nämlichen Gang der Dinge erwarten, als mit Notwendigkeit zur politischen Umwälzung der sozialen Verfassung, zur Aufhebung der gesamten Warenproduktion führend.

Diese verweisen auf die gerade in England zuerst unausweichlich gewordenen, in allen Ländern immer vermehrten Eingriffe des Staates in den Arbeitsvertrag als Etappen auf der Bahn, in die sie hineinblicken glauben.

In der That hat die mögliche Behauptung, daß diese Einschränkungen der natürlichen Übermacht des Kapitals auch durch eigene Anstrengungen der verbundenen Arbeiter, also mit den Mitteln ihrer Freiheit hätten erreicht werden können, kaum noch wissenschaftliche Vertreter.

Herr Professor Brentano zieht eine scharfe Grenzlinie. Er vertritt nicht allein jene Lehre, daß der Kauf der Arbeitskraft die Verfügung über die Person des Arbeiters einschließe, sondern zugleich die logisch nicht damit übereinstimmende, sachlich noch weitergehende, daß der Arbeitsvertrag einen doppelten Inhalt habe, indem er 1. Vertrag über die Ware Arbeit, 2. Vertrag über die Begründung einer Herrschaft über die Person des Arbeiters in allen Beziehungen seines Daseins sei.

In den ersten Teil dürfe die Staatsgewalt sich nicht einmischen, das wäre ein Griff in die Freiheit des Eigentums und der Person, es würde die Arbeiterklasse nicht heben, es würde eine Verteilung der Güter bedeuten. Wenn dagegen der Staat durch Verbot von Verträgen, welche die Annahme von Waren statt Geld u. dergl. bedingen, der Herrschaft des Arbeitgebers über die häusliche Ökonomie der Arbeiterfamilie Schranken zieht, wenn er durch gesetzliche Vorschriften über die Beschaffenheit der Arbeitsräume fahrlässige Schädigungen an Gesundheit, Leib und Leben verhindere, wenn er durch gesetzliche Anordnung von Ruhetagen u. s. w. Beeinträchtigungen der physischen, sittlichen und geistigen Entwicklung der Arbeiterbevölkerung beseitige, oder durch Verbot von Wahlbeeinflussungen die politische Unabhängigkeit des Arbeiters schütze . . . so handele es sich überall nur um die Negation von Bedingungen, die mit der Freiheit im Widerspruch stehen.

Ich brauche kaum zu sagen, daß ich auch diese „Zwei-Naturen“-Lehre für eine Fiktion halten muß. Der Arbeitsvertrag begründet keiner Natur nach eine Herrschaft über die Person des Arbeiters in allen Beziehungen seines Daseins.

Wenn persönliche Unterordnung nicht „eingeschlossen“ ist im Verkauf der Arbeitskraft, so ist sie vollends nicht eine andere Natur, ein zweiter Inhalt des Arbeitsvertrages. Wo ihre Notwendigkeit dennoch vorliegt, folgt sie aus bestimmten Formen der Kooperation, insbesondere aus der höchsten Form, der mechanischen Werkstätte, sie ist Unterordnung unter den Gesamtprozeß der Arbeit, und nur per accidens, sofern der Kapitalist das Kommando darüber führt, unter ihn oder seinen Stellvertreter. Sie begründet aber nicht eine Herrschaft über die Person des Arbeiters in allen Beziehungen seines Daseins. Sie kann Gelegenheit geben zum Mißbrauch einer tatsächlichen Überlegenheit innerhalb und außerhalb des Arbeitsverhältnisses. Aber weil die Verpachtung eines Grundstückes, trotz aller Kontraktklauseln, Gelegenheit giebt zur Auszangung des Bodens, so ist es nicht die doppelte Natur des Pachtvertrages, daß er zugleich Verkauf der Ware, Bodennutzung und Auslieferung des Bodens zum Raubbau darstelle. — Wenn die Gesetze dem Trudelfug wehren, so verbieten sie besondere Abmachungen oder tatsächliche Nötigungen als unmoralisch (*contra bonos mores*) oder als die persönliche Freiheit außerhalb der Arbeitsordnung beschränkend. Wenn der Mißbrauch zum Einfluß auf politische Wahlen verboten wird, so steht dies auf einer Linie mit der Bestrafung des Kaufes von Wahlstimmen und beruht darin, daß der Staat ein (leider noch immer nicht hinlänglich wohlverstandenes) Interesse hat, den wirklichen Willen seiner Bürger kennen zu lernen.

Seltam ist die Art und Kunst, womit Herr Professor Brentano sein heiliges Prinzip, daß die eine Hälfte des Arbeitsvertrages unantastbar sei, mit notgedrungener Zustimmung zum gesetzlichen Arbeiterschutz in Einklang bringt. Da sei es nicht bloß Recht, sondern Pflicht des Staates einzutreten, wo es sich nur um die Negation von freiheitswidrigen Bedingungen handle, und dies sei auch der Fall bei Beschützung von Gesundheit und Leben, Beschützung der sittlichen und geistigen Entwicklung — dies der gebilligte Inhalt der Fabrik- und Bergwerksgesetzgebung, insonders der englischen.

In der Ausführung stellt sich dann in den Mittelpunkt die Zehnstundenbill von 1850 zur Regelung des Arbeitstages von Frauen und Jugendlichen, die durch die Praxis bekanntlich den Normalarbeitstag für alle Arbeiter in den ihr unterworfenen Industrien geschaffen hat. Demnächst wird von den Normen gehandelt, die sich auf Sicherung von Leben und Gesundheit beziehen; endlich von der Fabrikinspektion.

Daß die große staatliche Intervention auf eine Linie gestellt



wird mit Hemmungen außerbetrieblicher, wirtschaftlicher und politischer Nötigung, kann ich als richtig nicht anerkennen. Diese gehen den eigentlichen Inhalt des Arbeitsvertrages überhaupt nicht an. Jene ist von der kapitalistischen Seele mit Recht immer als ein Stoß ins Herz des Arbeitsvertrages empfunden worden.

Aber — damit hat man in England sich lange Zeit beruhigt — die Fabrikgesetzgebung habe nur die Schwachen schützen wollen; die Freiheit des Arbeitsvertrages erwachsener Männer sei noch unangetaftet geblieben. Und so sei es in der Ordnung. Die prinzipielle Einschränkung wird hier also aus ganz anderen Gesichtspunkten gewonnen.

Konsequenter Weise giebt Herr Brentano dieser keine Bedeutung. Das Maß des staatlichen Einschreitens ist für ihn nur eine Frage der Zweckmäßigkeit. Schon der französische Zwölf-Stunden-, der schweizerische Elf-Studentag „zeige“, daß die Frage nicht als eine prinzipielle behandelt werde. Was aber die Festsetzung der Arbeitstage, der Dauer u. s. w. angeht, so „haben die erwachsenen männlichen Arbeiter gezeigt [soll heißen in Großbritannien], daß sie im Stande waren, mittelst der Koalition sich bessere Bedingungen zu verschaffen, als der Staat selbst den von ihm geschützten Personen gewährt hat. Sie haben also die Intervention des Staates nicht nötig, um hier ihre Freiheit zu wahren.“ Folglich scheine es angezeigt, die Regelung dieser Bedingungen des Arbeitsvertrages den Gewerkevereinen und Schieds- und Einigungskammern zu überlassen. „Nur wo die männliche Arbeiterbevölkerung eines Landes oder eine bestimmte Klasse derselben sich völlig unfähig zeigen sollte, sich selbst zu helfen, dürfte eine Festsetzung des Arbeitstages durch den Staat nicht zu vermeiden sein.“

Also nur der Preis der Arbeitskraft darf durch den Staat nicht bestimmt werden — das wäre ein Eingriff in die Freiheit des Eigentums oder der Person. In dem Berichte eines englischen Fabrikinspektors von 1850, den Marx citiert, finden wir die Worte in betreff gewisser Manöver des Kapitals zur schonungslosen Ausnutzung der Arbeitskraft: „Diese Vorgänge haben den unwiderleglichen Beweis geliefert für die Falschheit der so oft vorgetragenen Behauptung, daß Arbeitskräfte keines Schutzes bedürfen, sondern als freie Subjekte betrachtet werden dürfen in der Verfügung über das einzige Eigentum, das sie besitzen, die Arbeit ihrer Hände und den Schweiß ihres Angesichts.“

Ist es also kein Eingriff in die Freiheit, daß dem Arbeiter verboten wird, sein einziges Eigentum unter solchen und solchen Bedingungen zu verkaufen, dem Kapitalisten verboten wird, die

Ware so, wie er sie für sein Geld sonst erhalten könnte, anzunehmen? Und nur dies wäre ein Eingriff in die Freiheit, wenn die Quantität dessen, was der Kapitalist hingiebt und der Arbeiter hinnehmen muß, nämlich des Geldes, berührt und etwa eine untere Grenze dafür festgesetzt würde? Der Staat „dürfte“ also wohl sagen: du, Arbeiter, gibst zu viel, welchen Preis auch immer du erhaltest; er dürfte aber nicht sagen: du, Kapitalist, gibst zu wenig, welche Ware auch immer du erhaltest —?

Bei dem einen Verbot handle es sich um die „Wahrung“, mithin die Bejahung, in dem anderen um Verneinung der Freiheit?

Es mag sehr viele Gründe geben, von gesetzlichem Minimallohn, geschweige denn von normativer Bestimmung des Preises der Arbeitskraft, für immer abzuweichen; aber dies sind praktische Gründe, die Sache würde vielleicht an ihren äußeren Schwierigkeiten scheitern; theoretische Gründe, eine prinzipielle Schranke, wie Herr Brentano sie aufrichten will, giebt es nicht dagegen, nachdem einmal zugestanden ist, daß der Arbeitsvertrag nicht, wie der Handel um ein Paar Stiefel, eine für die Gesellschaft gleichgültige Sache ist, daß vielmehr die physische, intellektuelle und ethische Wohlfahrt der großen, wie Immanuel Kant sagt, für uns verehrungswürdigen Menge dabei auf das Spiel einer, in mehr als einem Sinne Schwindel erregenden Konkurrenz des allzermalnenden Welthandels gesetzt werde!

Aber — wird uns entgegnet — die Arbeiter können sich selber helfen, wollen sich selber helfen, haben sich selber geholfen. England — wird uns verkündet — hat die Kriese des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit überwunden, England befindet sich auf der hohen Straße zum sozialen Frieden!

Eine übrigens vorzügliche Darstellung des Entwicklungsganges der dortigen Baumwoll-Industrie, die im August vorigen Jahres im Verlage von Duncker & Humblot herausgekommen ist, gipfelte in der Schilderung eines Idylls, erhob sich zu einer Seligpreisung des glücklichen Lancashire!

Ein Jahr später lese ich soeben in einer großen deutschen Zeitung, die sonst ähnliche Gedankenrichtungen vertritt, über Ihnen bekannte Thatfachen:

„London, den 23. September. Das Jahr 1893 wird ohne Zweifel seiner Arbeitsausstände wegen in England lange in trauriger Erinnerung fortleben. Der 1. Januar fand uns mitten in dem unheilvollsten Streik, der die Baumwollindustrie dieses Landes je betroffen. Zwanzig Wochen hindurch lagen annähernd 180 000 Arbeiter (deren Angehörige nicht eingerechnet) auf der faulen Haut; ohne Verdienst und auf die



geringen Zuschüsse der Arbeitervereinigungen (Trade Unions) angewiesen, waren sie bald dem größten Elend preisgegeben. Und nun brachte uns der letzte Monat den Ausstand der Bergleute in den Kohlen-distrikten der Midlands, bei Yorkshire, Lancashire und Südwales. — Der Ausstand der Bergleute betraf in Südwales ungefähr 100 000 Arbeiter, in den anderen Distrikten deren ca. 350 000, oder unter Zuzählung aller Angehörigen weit über eine Million Menschen. Der Lohn eines guten Arbeiters beläuft sich häufig auf 25, 30 und selbst 35 sh. per Woche, aber, auch nur 20 sh. gerechnet, so ist der Lohnansfall weit über 300 000 £, sage 6 000 000 *M* wöchentlich.“

Klingt so der soziale Friede? sind dies die Jubeltöne des glückseligen Lancashire?

Ich besorge, daß die Propheten des Friedens auch in diesem Stücke von schweren Irrtümern umfassen sind.

Es ist ein Irrtum, der vor 15 Jahren keiner wissenschaftlichen Autorität zur Stütze bedurfte, daß die englische Arbeiterklasse die Fabrikgesetzgebung als abgeschlossen betrachte, daß sie Arm in Arm mit den Kapitalisten die staatliche Einmischung in den Arbeitsvertrag erwachsener Männer abwehre, daß auf eine selbständige politische Aktion endgiltiger Verzicht geleistet werde. Heute sehen wir jenseits des Kanals eine seit 10 Jahren mächtig angewachsene Litteratur und Erörterung in entgegengesetzter Richtung, wir sehen eine unabhängige Arbeiterpartei in der alten Hochburg britischer Oligarchie, dem Hause der Gemeinen, wir wissen, daß die überwältigende Mehrheit der Bergarbeiter, daß die offizielle Vertretung der glücklichen Baumwollspinner für den gesetzlichen Acht-Stundentag eintritt und agitiert. Am 26. September, wenn meine Zeitung richtig ist, erklärte auf dem Jahreskongreß der englischen Handelskammern zu Plymouth der Präsident Sir Albert Rollit „die Trade Unions fordern Verstaatlichung der Produktionsmittel“; nach den Beschlüssen von Belfast eine richtige Verallgemeinerung.

Aber gesetzt, es wäre richtig, daß die Großindustrie die Wunden selber heilt, die sie schlug, daß der soziale Fortschritt ihrer Arbeiter diese mit ihrem Lohse zufrieden mache, daß ihre Organisation dieses Los dauernd verbessern könne und den ökonomischen Klassenkampf unwahrscheinlicher, seltener, unbedeutender mache, den politischen ganz überwinde — was alles Herr Professor Brentano in diesen 15 Jahren einer decidiert entgegengesetzten Entwicklung nicht müde geworden ist zu verheißen und zu versichern —; nehmen wir an, es wäre richtig, daß die Gewerkvereine aus eigener Kraft in leitenden Industrien den Acht-Stundentag zu erkämpfen vermöchten; daß die Fabrikanten in dieser ferneren

Verkürzung des Arbeitstages wie in der Erhöhung der Lohnsätze zuletzt ihren eigenen Vorteil erkannten, weil beides zur Vervollkommenung der Maschinerie veranlaßt, und weil besser genährte Arbeiter bei kürzerem Arbeitstage und mit besserer Technik ein größeres Produkt als zuvor zu liefern im Stande sind; es wäre richtig, daß die rasende Intensität, die z. B. in der heutigen englischen Spinnerei herrscht, selbst bei kürzerer Arbeitszeit auf die Dauer ertragen und nicht zu neuen Ausständen führen würde oder daß die Fabrikanten zuletzt auch zu einem Normal-Worktage sich bequemen würden. Gesezt dieser erträumte Gang der Dinge wäre der wirkliche — was dann? was würde folgen?

Es würde allerdings folgen, daß die Freunde der sozialen Reformation Grund hätten zu wünschen, die zurückgebliebenen Gewerbe folgten diesen Führern auf ihrem Wege und aller Jammer des Handwerks und der Hausindustrie nähme ein Ende.

Aber die Dinge richten sich nach unseren Wünschen nicht, mögen sie mehr als Hoffnungen oder mehr als Befürchtungen gefärbt sein. Der durchführbare Fortschritt der Technik ist bedingt durch die Aufnahmefähigkeit des Marktes. Je höher entwickelt die Industrie, desto mehr ist sie angewiesen auf den Weltmarkt. Der Weltmarkt übt eben so ungeheure Repulsionen als Attraktionen aus. Aber die Tendenz der Entwicklung geht allerdings dahin, daß er das Zentrum werde, das alle anderen verschlingt oder von sich abhängig macht. Die Tendenz und das eigentliche Geheimnis der Entwicklung ist die internationale Arbeitsteilung — die ungeheuerlichste soziale Utopie, die jemals ausgedacht wurde. Die Richtung, in die die höchst vernünftige, nüchterne, praktische kapitalistische Leitung die Volksarbeit aller Länder führt, macht bald die Volkswirtschaft aller Länder zu einem einzigen Erdbeben; wir verlieren den Boden unter den Füßen und wagen bald nicht mehr andere als hölzerne Häuser uns zu bauen.

Soll jene gegenstandsreiche Leitung auf die schwindelnden Höhen des Nationalreichtums der  $3\frac{1}{2}$  vom Hundert, uns noch Jahrzehnte lang auf diesen selbigen Wegen geleiten? Dann wehe uns! —

Denn wir stehen mitten in diesen Schritten. Wir stehen mitten in der Thatfache, daß die Produktivkräfte ihrer Leitung über den Kopf gewachsen sind. Wir kommen über den ungeheuerlichen Widerspruch nicht hinweg, daß unendliche Mengen von Werten produziert werden (und weit größere Mengen könnten durch die vorhandenen Arbeitskräfte produziert werden), wofür



Abnehmer in allen Weltteilen gesucht werden müssen, weil der organische Fehler des Systems die zahlreichste einheimische Klasse von der Abnahme und dem Genuße ausschließen muß.

Und die Herstellung der gleichen jetzt schon übergroßen Produktenmenge — ganz zu schweigen davon, daß der Fortschritt der Technik zur Herstellung immer größerer Mengen verführt — wird durch den Fortschritt der Technik eine immer geringere Menge von Arbeitskräften erfordern und wird immer mehr die überflüssigen in die persönlichen Dienste und in die Handels- und Verkehrsgewerbe, so lange diese noch einer erstickenden Absorption fähig sind, besonders aber in die demoralisierten und demoralisierenden Zweige von Thätigkeit, Scheinthätigkeit und Schmarbozertum hineindrängen.

Die Konkurrenz von Frauen und Kindern, von Staatswegen ein wenig gehemmt, wächst gleichwohl in vielen Gebieten unaufhaltbar. Die Konkurrenz der bedürfnisarmen, sich rascher vermehrenden, niedrigeren Volksstämme und Rassen wird hier und da von Staatswegen begünstigt, sonst aber berufen und herbeigeloct durch die nach wohlfeilen Arbeitskräften aussehenden Großgrundbesitzer und andere, denen die internationale Warenkonkurrenz in den Nacken schlägt. Und die qualifizierte, besondere Arbeit wird immer mehr durch ungelernete, allgemeine Arbeit verdrängt, wo immer sie auszureichen scheint und weil sie billiger ist, also eine geringere Menge der wachsenden Produktenmasse in Anspruch nimmt.

Die Arbeitslosigkeit, das alte Symptom akuter Handelskrisen, wird immer mehr eine chronische Erscheinung, je mehr die Handelskrise selber chronisch wird und die Absatzfähigkeit selbst blühender Industrien auf einen Teil des Jahres, auf die Saison, sich schärfer zusammendrängt.

Die Arbeitslosigkeit ist das ernste gewaltige Problem, das uns hier versammelt hat.

Indem wir es in den Mittelpunkt stellen, dürfen wir glauben, einmal — was so selten geschieht — die soziale Bewertung am rechten Ende anzufassen.

Die geehrten Herren, die sogleich das Wort nehmen, wollen die praktisch wichtigsten Seiten des Gegenstandes in Angriff nehmen: 1) was kann, was soll unmittelbar geschehen, 2) wie läßt sich das Übel in seiner Beschaffenheit, in seinem ganzen Umfange erkennen?

Ich hebe ausdrücklich hervor, daß diese nächsten Fragen ihrer Lösung harren, daß wir uns kaum die Zeit gönnen dürfen, an Entfernteres zu denken.

Wie aber der Roder im Walde, der sich durch dichtes Ge-  
strüpp hindurchschlagen muß, wohl einmal von einem Hügel einen  
Vor- und Durchblick nimmt, um die Richtung zu gewahren, so  
möge mir erlaubt sein, auf ein entferntes Ziel hinzuweisen.

Es darf als feststehend angenommen werden, daß die gesetz-  
liche Verkürzung der Arbeitszeit, daß der Achtstundentag, der —  
auf die Landwirtschaft nicht generell anwendbar — zunächst für  
Fabrikindustriellen, Bergwerke, Handels- und Verkehrsgewerbe so  
unbedingt erstrebenswert ist, die Arbeitslosigkeit nicht heilen, nicht  
einmal in erheblichem Maße bessern kann.

Auch Herr Professor Brentano anerkennt dies mit dem Sage:  
„Die Hauptursachen (der regelmäßig wiederkehrenden Arbeitslosig-  
keit): Arbeitschwankungen sowohl der gesamten Volkswirtschaft  
als auch der Saisongewerbe, und ebenso der wirtschaftlich un-  
vernünftige Zubrang zu einzelnen Gewerbebezügen — bleiben  
nach Minderung des Arbeitstages ganz ebenso wie vorher be-  
stehen.“

Dennoch kann überall da eine günstige Wirkung erwartet  
werden, wo die Unternehmung nicht die geringere Extension durch  
verschärfte Intensität der Arbeit wett machen kann, daher be-  
sonders in den Verkehrsgewerben, die jetzt, obgleich ihr größtes  
Gebiet dem Staate unmittelbar untersteht, durch übermäßige  
Arbeitszeit verüffigt sind.

Der unvernünftige Zubrang aber giebt mir zu folgenden  
Bemerkungen Gelegenheit.

Ohne Zweifel ist die noch überlebende Tradition des Hand-  
werks eine schwere Last, die sich dem Arbeiterstande an die  
Füße hängt.

Das kleine Gewerbe haßt nicht bloß das Großgewerbe, es  
hält sich auch für besser. Die Kinder ein Handwerk erlernen zu  
lassen, hält noch in weitem Bereiche der Kleinbürger und Klein-  
bauer für Pflicht und Ehre. In der Industrie werden aber  
eigentliche Handwerker nur in relativ geringer Zahl gebraucht;  
in den meisten Fabriken ist nur Übung und Aufmerksamkeit er-  
fordert.

Der moderne Arbeiter ist um so besser angepaßt, je mehr  
er sich als Arbeiter und Mensch schlechthin fühlt, nach einer all-  
gemeinen und moralischen Bildung strebt und fähig und geneigt  
ist, jede Art von Arbeit zu übernehmen.

Die Arbeitsteilung innerhalb der Werkstatt, die Simpli-  
fizierung, die schon vor 120 Jahren sogar in Deutschland,  
Justus Möser beobachtete, und die um dieselbe Zeit Adam  
Smith mit der sozialen Arbeitsteilung verwechselte, führt



gleich vielen anderen Momenten zur Aufhebung der sozialen Arbeitsteilung.

Diese unausweichliche Tendenz muß an einem gewissen Punkte der Zeit dem Rückschlage der Tauschwert-Produktion in die Gebrauchswert-Produktion zu gute kommen.

Die wieder zu freien Menschen werdenden Arbeiter werden sich aus eigenem Willen zu der allgemeinen und notwendigen Arbeit, zu der für Leib und Seele gesundesten und erfreulichsten Tätigkeit in Acker und Feld, in Wald und Wiese, entschlossen zurückwenden.

Es muß oft gefragt werden, ob das nationale Bewußtsein, mit dem die offizielle Welt, besonders in Deutschland, ein so lebhaftes Gepränge entfaltet, mehr als eine Phrase ist.

Nicht die offizielle Welt, sondern im Kampfe mit ihr das Volk hat den nationalen Gedanken erzeugt.

Nur das Volk kann eine Wahrheit, eine fruchtbare Tatsache daraus schaffen.

Die Selbstversorgung mit Lebensmitteln ist nicht allein ein ungeheures Gebot der Selbsterhaltung nach außen hin, also im militärischen Sinne. Sie ist auch unmittelbar die eigentliche nationale Lebensfrage; ein Volk, das mit Wissen und Willen seinen Grund und Boden der kapitalistischen Ausbeutung oder Ohnmacht überlassen muß, kann nur eine zusammengewürfelte Gesellschaft heißen.

Das erste Handwerk, das im Verlauf unserer Geschichte in eine Art von Großbetrieb überging, war das Kriegshandwerk.

Es war eine private Angelegenheit der Fürsten, wie die ganze werdende Staatsmaschinerie, woran der „Kriegsstaat“ die Stelle des Schlag- und Druckwerkzeuges vertritt.

Jetzt ist überall der Staat als eine nationale Angelegenheit anerkannt und die Volksbewaffnung als der entschiedenste Ausdruck davon.

Die allgemeine Wehrpflicht, die als revolutionärer Gedanke auftrat und aufgenommen wurde, war für den Kriegsstaat eine Gesundung und Verjüngung und wird es ferner sein in dem Maße, in dem sie mit Konsequenz durchgeführt wird.

Das Kapital hat eine große innere Ähnlichkeit mit dem Staate. Beide sind gesammelte, konzentrierte Volksenergien.

In der Natur der Dinge gehört das Kapital — d. h. gehören die Produktionsmittel — so wenig den Kapitalisten, als der Staat einst den Fürsten gehörte.

Was den Staat betrifft, so hat sich die Wahrheit zuerst

herausgestellt in Bezug auf seine unmittelbarste Funktion: die Selbsterhaltung nach außen.

Was das Kapital betrifft, so muß sich die Wahrheit zuerst herausstellen in Bezug auf seine am meisten gebotene Funktion: der Selbsterhaltung nach innen zu dienen.

Das nationale Kapital hat die oberste und nächste Bestimmung, daß es der Nation diene, sich Nahrungsmittel zu verschaffen.

Und die nationale Arbeitskraft hat nicht die Bestimmung, für beliebige Zwecke den Kapitalisten zu dienen oder, wenn es diesen gefällt, brach zu liegen, sondern wir müssen in ihrem Namen laut und deutlich verkünden die allgemeine Arbeitspflicht; oder sagen wir noch lieber: die allgemeine Pflicht des Ackerbaues.

Ich weiß wohl, daß dies Prinzip nur allmählich und langsam ins Leben treten kann.

Aber vielleicht ist bald die Zeit, daß ein energischer Anfang gemacht werde.

Ein Anfang erscheint, wo ein Recht auf Arbeit gefordert und anerkannt wird, wie jetzt das Schweizervolk zu thun sich vorbereitet.

Wenn es ein solches Recht gegenüber der Gesellschaft oder dem Staate giebt, so muß Staat oder Gesellschaft Gelegenheit zur Arbeit geben können, muß folglich auch über die notwendige Menge von Lebensmitteln verfügen, um ihre Arbeiter zu ernähren.

Wenn aber ein Recht auf Arbeit von dem Gemeinwillen verliehen wird, so kann der Gemeinwille auch verlangen, daß er die Arbeit bestimmen möge, die er für notwendig hält, und keine kann ihm notwendiger werden, als die Lebensmittel schaffende.

Das Recht auf Arbeit ist nur ein Nothbehelf, weil in der kommerziellen Gesellschaft Arbeit jeder Art, auch die unnütze, unproduktivste, der Weg zu Lebensmitteln ist über die Brücke des Geldes.

Wir müssen aber den Weg zu Lebensmitteln diesseits des Stromes unmittelbar suchen, und wir werden ihn finden, wenn wir wollen.

Die Forderung des Rechtes auf Arbeit beweist aber, daß die allgemeine Arbeitspflicht, wenn nur Gelegenheit reichlich ist, keineswegs erzwungen zu werden braucht, sondern daß ihr, wie etwa auch in weitem Bereiche der Schulpflicht, das eigene Verlangen, der freie Wunsch und Wille aller Vernünftigen entgegensteht.

*2. Schritt  
Jung*

*1. Forderung  
unvollständig*

*Recht auf  
Arbeit*



Ich glaube nicht, daß die allgemeine Arbeitspflicht von einem deutschen Staate oder gar vom deutschen Reiche ausgesprochen zu werden bestimmt ist.

Aber wenn sie als Idee im Volke lebendig wird, so wird sich eine Thätigkeit weit und breit zu ihrer Verwirklichung entfalten.

Die sozialen Aufgaben der Gemeinden werden uns zur Heilung des arbeitslosen Glendes innigst beschäftigen.

Ich glaube, daß sich in nicht sehr ferner Zeit ein Bund der Großgemeinden in Deutschland bilden wird, aller derer, die inzwischen durch Organisation von Arbeitsämtern gezeigt haben werden, daß sie ihren Aufgaben gerecht zu werden ernstlich gewillt sind.

Dieser Bund wird beginnen, für organisierte Arbeit einen ebenso vollkommenen Apparat herzustellen, wie ihn der Staat für organisiertes Heerwesen darstellt.

Unsere Groß-Staaten sind so sehr auf das Heerwesen angelegt, durch das Heerwesen in Anspruch genommen, daß sie die peinliche Zwangsordnung, die hier notwendig ist, in alle Gebiete der inneren Verwaltung übertragen, die denn auch im wesentlichen nur die Symptome und die Folgen der gesellschaftlichen Unordnung zu reparieren geschaffen ist.

Unsere Groß-Gemeinden können in ihrer Vereinigung die für das Arbeiterinteresse als das Gemeininteresse thätige nationale „Gesellschaft“ vorläufig repräsentieren. In allen übrigen Gebieten können die kommunalen Körperschaften mit dem Staate nicht auf die Dauer konkurrieren oder nur in seinem Mandate wirksam sein. Wenn aber die Großstädte sich die Aufgabe stellen, eine nationale, soziale Landwirtschaft ins Leben zu rufen, so haben sie ein neues, eigentümliches, fruchtbares Feld vor sich.

Im sozialpolitischen Zentralblatt wurde kürzlich folgender bemerkenswerte Gesetzesvorschlag gemacht:

„Bei jeder in ihrer Gemarkung stattfindenden Zwangsversteigerung eines Grundbesitzes bis zu 50 ha solle die Gemeinde als Bieter bis zur Höhe eines bestimmten Vielfachen des Katastral-Reinertrages auftreten.“ Hier wird also Ankauf von kleinstem und mittlerem Grundbesitz angeregt, der nach der Natur der Sache in der Regel nur Dorfgemeinden zukommen kann. Die Dorfgemeinden würden dadurch versuchen, wieder Realgemeinden zu werden.

Viel dringender scheint mir der Ankauf großen Grundbesitzes durch die großen Stadtgemeinden. Sie würden durch sich selber den Kredit finden, den nach jenem Vorschlage den tausenden Gemeinden der Staat gewähren soll.

Nicht um Profit zu machen, würden die Gemeinden Gutsbesitzer werden. Auch nicht um Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, sondern um eine wahrhaft rationelle Bearbeitung des Grund und Bodens ins Leben zu rufen. Es ließe sich hierfür ein Reihendienst industrieller Arbeiter anordnen, der von Gewerkschaften und Fachvereinen mit Freuden übernommen würde — als einjährig oder halbjährig freiwilliger Dienst zum eigenen und allgemeinen Besten.

Das Lohnsystem würde hier prinzipiell überwunden werden, ein neuer Arbeitsvertrag würde ins Leben treten, der seiner Idee nach die Vergütung des ganzen Wertes der Arbeitskraft enthielte. Der Arbeitslosigkeit und dem „unvernünftigen Zubrang“ würde auf indirekte Weise am wirksamsten begegnet.

Was ich hier flüchtig skizziere, ist ein mögliches Bild kommunaler oder kommunistischer Erneuerung eines vernünftigen ökonomischen Lebens, das allein aus einem durch Klassenkampf zerrissenen Volke eine einheitliche Nation, einen sozialen Körper zu schaffen vermöchte.

Solches Bild nennt man jetzt wegwerfend eine Utopie. Utopie heißt „Nichtort“. In Wahrheit handelt es sich darum, die beiden Kräfte der Produktion, die Erde und die Arbeitskraft, jede an ihren richtigen Ort, d. h. zusammenzubringen.



## Arbeitslosigkeit im allgemeinen und Notstandsarbeiten.

Referat von

Bürgerausschußmitglied **Carl Klotz**,  
Vorsitzendem des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Stuttgart.

Hochgeehrte Versammlung! Obgleich die Frage der Arbeitslosigkeit und ihrer Ursachen schon unzählig oft Gegenstand der Verhandlung in Versammlungen und Presse war und neues hier kaum geboten werden kann, so habe ich doch einer mir gewordenen freundlichen Einladung gern Folge geleistet, um hier meine Ansicht über diese Frage darzulegen, um so mehr, als ich hoffen durfte, durch die Verhandlungen mein Können und Wissen wesentlich zu bereichern.

Beim Suchen nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit wird vielfach der Fehler gemacht, daß man Dingen, Ereignissen, welche außerhalb der Produktion liegen, allein die Schuld an der Erscheinung beimißt, während man der Produktion selbst und ihrer inneren Einrichtung wenig oder gar keine Aufmerksamkeit schenkt.

Ohne Zweifel können äußere Einflüsse von sehr großer Bedeutung für den Geschäftsgang, sei es im allgemeinen, sei es für einzelne Bezirke oder Branchen sein; so z. B. Krieg und Kriegsgeschrei, Zollschranken und dadurch hervorgerufene Repressalien seitens anderer Länder und dergleichen mehr; aber diese Einflüsse sind fast ausnahmslos vorübergehender Natur oder auf kleineren Wirkungskreis beschränkt. Eine Krisis aber wie die gegenwärtige, man darf sagen eine ständige Arbeitsnot, dürfte auf andere Ursachen, d. h. auf solche, welche in der Produktion selber liegen, zurückzuführen sein.

Ein gesunder Körper überwindet Einflüsse der Witterung leicht, während dieselben für einen krankhaften Organismus verhängnisvoll werden können; ebenso wird ein gesunder Gesell-

schaftskörper wegen eines etwas längeren und strengeren Winters nicht gleich in die Verlegenheit des Notstandes geraten.

So lange der Zwergebetrieb die Produktion beherrschte und jedem Arbeiter oder Gesellen die Aussicht offen stand, selbständig zu werden, erblickte der Unternehmer oder Meister in seinem Gesellen einen zukünftigen Kollegen, der Verkehr zwischen beiden war mehr vertraulich, der Meister spielte die Rolle des Beraters, der Geselle nahm gern Ratschläge an, und so suchte einer die Interessen des andern zu wahren.

Anders verhält sich die Sache beim Großbetriebe.

Der Inhaber oder Leiter eines Geschäftes hat nur in seltenen Fällen die Handierungen in dem Betrieb, den er leitet, praktisch kennen gelernt, und wo dies geschah, that er es nicht in seiner Eigenschaft als Arbeiter, der mit der Handierung sein Brot verdient, sondern als Volontär. In den meisten Fällen aber erwarb er sich die Fähigkeit, den Betrieb zu leiten auf dem Kontor, die Ausbildung war keine technische, sondern eine kaufmännische. Nach den sich ergebenden Zahlen der Bücher lernte er die Prosperität des Geschäftes berechnen, während rein menschliche Erwägungen ihm fremd blieben.

Jemehr nun die kapitalistische Produktion an Umfang gewinnt und das Kleinhandwerk verdrängt, destomehr wird auch bei der Produktion das kapitalistische Prinzip, bei möglichst geringen Ausgaben den denkbar höchsten Gewinn zu erzielen, zum Austrag kommen.

Das Kapital rechnet nicht mit Gründen der Billigkeit, mit Rücksichten auf die Gesellschaft, weder nach der Seite der Abnehmer, um diese nicht zu überfordern, noch nach der Seite der Arbeiter, um diese nicht unter dem Wert der Leistung zu entlohnen.

Gegen die erstere Gefahr, die aus der kapitalistischen Produktion erwächst, d. h. gegen die Überforderung der Abnehmer, hat nun allerdings die kapitalistische Produktion selbst ein Korrektiv geschaffen, das wenigstens jetzt noch allzu große Übervorteilung des Käufers bezw. des Publikums verhindert, nämlich die Konkurrenz; wenigstens bildet diese bis jetzt noch überall da, wo dieselbe nicht durch Patent oder Musterchutz ausgeschlossen ist, einen wirksamen Regulator des Verkaufspreises. Allerdings hat das Kapital schon den Versuch gemacht, auch diesen Regulator außer Dienst zu stellen, indem es den streng individualistischen Charakter der Produktion ausgiebt und sich mehr dem Kollektivismus nähert. Ich meine hier die Aktiengesellschaften und als weitere Entwicklungsstufe die Ringe oder Trusts.

Hochstift, Arbeitslosigkeit.

3



Gegen die zweite Gefahr aber, d. h. gegen zu geringe Entlohnung der Arbeiter, bietet die kapitalistische Produktion kein Korrektiv, wenn auch dieselbe mit ihrer Sucht nach Vielverdienst und damit verbundener Konkurrenz eine Erscheinung hervorgerufen hat, welche zwar jetzt noch sehr unbedeutend, aber bei reger Beteiligung der Interessenten und größerer Bewegungsfreiheit immerhin geeignet ist, ein Korrektiv zu werden; ich meine hier die Organisation der Gewerkschaften.

Nun könnte man erwidern, daß auch hier ein Korrektiv besteht, indem die Konkurrenz der Unternehmer sich nicht nur nach Seite des Verkaufs der Ware, sondern auch nach Seite des Kaufs der Arbeitskraft Geltung verschafft; aber diese Konkurrenz fällt nur sehr wenig und zwar höchstens bei ausnahmsweise gut qualifizierten Arbeitern ins Gewicht. Bei mittelmäßig begabten oder ungelernten Arbeitern kommt dieselbe garnicht in Betracht.

So lange der Kleinbetrieb dominierte, war die Produktion gewissermaßen planmäßig. Der Kleinmeister kannte die Bedürfnisse seines Kundenkreises, er konnte dieselben berechnen oder mit ziemlicher Genauigkeit schätzen. Er konnte, weil der Kundenkreis klein war, auf denselben dahingehend einwirken, daß, von Ausnahmefällen abgesehen, die Bestellungen sich nicht zu einer Zeit zu sehr anhäuferten, wie heute während der Saison bei den Schneidern, und so einer all zu großen Geschäftsfaulheit zur andern Zeit vorbeugen.

Anders heute bei der Großproduktion. Der Kundenkreis des Großisten ist zu groß, als daß er die Bedürfnisse desselben übersehen, taxieren oder gar berechnen könnte. Derselbe kennt seinen Kundenkreis in den seltensten Fällen, da der Absatz der Ware an die Konsumenten durch Zwischenhändler, die je nach billigem Angebot heute da und morgen dort beziehen, bewerkstelligt wird. Werden doch sogar viele Artikel fabriziert und auf den Markt geworfen, für welche das Bedürfnis erst geweckt werden muß.

Schon vorhin sagte ich, das Kapital rechnet nicht mit Gründen der Billigkeit, nicht mit Rücksichten auf die Gesellschaft und am allerwenigsten mit Rücksichten auf die Arbeiter. Dasselbe handelt durchaus egoistisch. Das Bestreben viel zu verdienen, läßt dasselbe alle Hebel in Bewegung setzen, um diesen Zweck zu erreichen. In diesem Bestreben wird das Kapital durch den Entwicklungsgang der Kultur, durch die Fortschritte in der Technik in größtem Maße unterstützt.

Erfindungen oder Entdeckungen auf dem Gebiete der Technik,

der Chemie, der Elektrizität, dazu berufen, der Menschheit den Daseinskampf zu erleichtern und das Leben zu verschönern, werden unter der Herrschaft des Kapitals, statt zum Segen, zum Fluch für Millionen Glieder der Gesellschaft; denn nicht nur, daß das Kapital sich all dieser Erfindungen und Entdeckungen bemächtigt und in seinen Dienst zwingt, daselbe veranlaßt dieselben geradezu, um so seinen Zweck, den Vielerwerb, besser erreichen zu können.

Würden diese Erfindungen neuer mechanischer Arbeitsmittel lediglich kulturellen Zwecken überlassen und wäre die Produktion eine geregelte, dann müßte die Arbeitszeit in dem nämlichen Maße gekürzt werden, wie Hände durch diese Maschinenarbeit überflüssig gemacht werden; hiergegen sträubt sich aber das Kapital, gleichviel, ob daselbe seinen Vorteil aus industriellen oder landwirtschaftlichen Betrieben zu ziehen sucht, ganz entschieden.

Wo sich früher tausend Hände regten, mit Strick-, Näh- und Häkelnadel, am Spinnrocken und Webstuhl, da schnurren heute tausend Mädchen und erzeugen eine Fülle von Arbeit, von der sich unsere Altvordern nur eine Vorstellung hätten machen können, wenn sie sich die Hilfe von Gnomen oder Heinzelmännchen dabei dachten. Wo früher der sehnige Arm des Schmiedes das Eisen in die gewünschten Formen zwang, da arbeiten heute hunderte Zentner schwere Dampfhammer; in alle Berufsarten greift die Maschine ein und macht so die Arbeit der Hände überflüssig.

Hand in Hand mit der Entwicklung der Technik geht eine andere Erscheinung, welche erst mit der kapitalistischen Produktion auf den Plan tritt, nämlich die Arbeitsteilung. Unter ihrer Herrschaft ist es möglich, die Arbeiter zu Virtuosen in ihrer Spezialität heran zu bilden. Ein solcher Spezial-Arbeiter leistet oft das doppelte oder dreifache eines gewöhnlichen, selbst recht tüchtigen Arbeiters.

Dazu kommt ein Arbeits- oder Lohnsystem, welches wiederum erst durch die kapitalistische Produktion diesen Umfang erreichen konnte, das Akkordsystem.

Vor 30 bis 40 Jahren sträubten sich noch alte solide Meister dies Akkordsystem in ihrer Werkstatt einzuführen, weil sie mit Recht befürchteten, daß durch die dadurch herbeigeführte VIELleistung die Solidität der Ausführung notleiden könnte. Heute ist daselbe in den meisten Großbetrieben allgemein eingeführt; bei außerordentlichen Arbeiten jedoch, wo äußerst solide Ausführung Vorbedingung ist, wird zur Tagelohnarbeit zurückgegriffen.

Bei dem Akkordsystem werden die Stücklöhne nach den



Leistungen der besten Arbeiter berechnet und nun mögen die weniger begabten oder körperlich schwachen Arbeiter sehen, wie sie sich mit den geringen Löhnen zurecht finden.

Dies sind also schon eine ganze Reihe von Einrichtungen, welche durch die bedeutend vermehrte Leistung viele Hände überflüssig machen, die Lüste ist aber hierdurch noch nicht erschöpft.

Wie ich schon erwähnte, hat die Maschinenthätigkeit die Arbeitsteilung zur Folge. Bei dieser Arbeitsteilung giebt es aber auch spezielle Verrichtungen, zu denen weder eine langjährige Übung durch Erstellen einer Lehrzeit, noch die Muskelkraft des Mannes erforderlich ist. Da nun der Mann in der Regel bedürfnisreicher ist als die Frau, so benutzte das Kapital diesen Umstand, um billigere Arbeitskraft zu erlangen, d. h. dasselbe zog die Frau in seinen Dienst.

Gelegenheit hierzu war geboten.

Erstens war durch die Maschinenthätigkeit der Frau und der Tochter ein gut Stück häuslicher Arbeit abgenommen, weil die Entwicklung der Industrie und Kultur auch nach dieser Richtung arbeitsteilend wirkte, — ich erinnere hier an Strickmaschinen, Spinnmaschinen, mechanische Webstühle u., — und außerdem ist durch die Ansammlung der Bevölkerung in den großen Städten auch der Frau die Gelegenheit benommen, Gartenarbeit zu verrichten; so dann ließen die geringen Löhne des Mannes es nicht zu, daß sich die Frau des Arbeiters dem Haushalte und der Kindererziehung widmen konnte, noch weit weniger aber konnten sich seine Töchter der Erlernung des Haushaltes widmen oder konnte er sie bis zu ihrer Mannbarkeit oder Verheirathung ernähren. So mußten die Frauen und Kinder in den Dienst der Industrie, die billigere Arbeitskraft derselben verdrängte die teurere männliche Arbeitskraft.

Dies dürften so im wesentlichen die Ursachen sein, welche in ihrer aktiven Thätigkeit die Arbeitslosigkeit verschulden, weil sie direkt überflüssige Hände schaffen.

Nun giebt es aber noch eine andere Ursache, ebenfalls eine innere Einrichtung der Produktion, welche zwar mehr passiv wirkt, aber deshalb von keinem geringeren Einfluß ist; ich meine die Arbeitslöhne und die durch dieselben bedingte Arbeitslosigkeit der unteren Volksklassen. Ich sage der unteren Volksklassen, weil die Löhne der Industriearbeiter auch das Einkommen der kleinen Beamten oder Bediensteten bedingen.

Hier muß ich wieder auf meine Worte von vorhin zurückkommen, wenn ich sagte, das Kapital rechnet nicht mit Gründen

der Billigkeit, nicht mit Rücksichten, sondern dasselbe hat lediglich seinen Vorteil im Auge.

In einer gut konstruierten Gesellschaft hat diese Gesellschaft die Pflicht, alle ihre Glieder zu ernähren, d. h. die arbeitskräftigen Glieder zu erhalten und neue Arbeitskräfte heranzubilden, also auch die Kinder zu ernähren und zu erziehen, während andererseits alle arbeitskräftigen Glieder dieser Gesellschaft, behufs Erhaltung derselben ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen haben. Die Produktion hat also in solcher Gesellschaft lediglich den Zweck der Erhaltung derselben, sie hat den Zweck, dieselbe zu ernähren und mit allem zu versorgen, was das Leben angenehm und schön macht. Anders hier.

Für das Kapital kommt bei Festsetzung des Lohnes nicht in Betracht, was der Arbeiter und seine Familie zum Leben, d. h. zur Erhaltung der Arbeitskraft der Eltern und zur Ausbildung der Arbeitskraft der Kinder braucht, sondern nur, welcher Lohn absolut erforderlich ist, um sich die Arbeitskraft zum Zweck vorübergehender oder dauernder Ausnützung zu sichern.

Das Interesse an der Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft ist für den Kapitalisten somit ungleich geringer, als wie dasjenige an möglichst langer Erhaltung der tierischen oder maschinellen Arbeitskraft und zwar aus folgenden Gründen:

Wenn sich der Unternehmer eine Maschine kaufen und sich dieselbe dienstbar machen will, so hat derselbe ein Opfer an Kapital zu bringen; er hat infolgedessen das Interesse, dieses Kapital möglichst lange ertragsfähig zu erhalten. Der Erhaltung und Ausnützung dieser Arbeitskraft opfert er gern die Unterhaltungskosten an Heizmaterial, Schmiermittel und Bedienung. Ebenso bei der tierischen Arbeitskraft, bei dem Pferde. Willig gewährt er das erforderliche Futter, baut ihm einen gesunden Stall und sorgt, daß es nicht überangestrengt wird. Der Unternehmer überzeugt sich von dem guten Zustand der Maschine und des Pferdes, denn eine Vernachlässigung hat einen Kapitalverlust für ihn zur Folge. Dies ist alles bei der menschlichen Arbeitskraft nicht der Fall.

Der Lohn richtet sich nicht nach dem Familienstand des Arbeiters, ob derselbe verheiratet oder ledig, sondern nur nach der Qualifikation desselben, nach der Leistungsfähigkeit.

Reicht doch der Lohn für ledige Arbeiter nur zu oft kaum zur Deckung der physischen Bedürfnisse, von Befriedigung der geistigen Bedürfnisse, wie sie ihm der Stand der heutigen Kultur aufdrängt, muß derselbe absehen; wie aber soll nun der verheiratete Arbeiter von solchem Lohn sich und die seinen ernähren?



Den Fabrikanten kümmert dies nicht; er, der Arbeiter, möge sehen, wie er sich durchbringt. Hieraus ist ersichtlich, daß die Heranbildung, die Beschaffung der menschlichen Arbeitskraft dem Unternehmer keinen Pfennig kostet. Aber gerade deshalb, weil er nur die Hände auszustrecken braucht, um neue Arbeitskraft unentgeltlich zu bekommen, hat er auch kein kapitalistisches Interesse daran, die alte Arbeitskraft zu erhalten.

Deshalb die Niederhaltung der Löhne, das Festhalten an langer Arbeitszeit und somit die Bereithaltung der großen industriellen Reservearmee, welche, um nicht zu verhungern, um jeden Preis Arbeit sucht und so den arbeitenden Arbeitern Konkurrenz macht.

In welcher Weise nun die geringen Löhne durch passives Wirken die Arbeitslosigkeit herbeiführen, dazu bedarf es nicht vieler Worte. Daß aber die Löhne zu gering sind, bedarf keines besonderen Beweises. Beweis hierfür könnten aber die Bemühungen verschiedener Volkswirtschaftler sein, den Arbeiter zu lehren, wie er seine Nahrung einrichten soll, um mit diesen Löhnen auszukommen.

Eine Broschüre des Herrn Hige, betitelt: „Das häusliche Glück“, giebt uns vier Rezepte für Mittagsmahlzeiten für vier Personen an. Diese Mahlzeiten setzen sich im wesentlichen zusammen aus Wurstbrühe oder Buttermilch, Kartoffeln, Bohnen und Schweineknochen. Ein Nationalökonom des Schwäbischen Merkur empfiehlt den Arbeitern Stockfisch und Linsen.

Gerade in diesen Sparrezepten, in der Empfehlung der Bedürfnislosigkeit und vor allem in der Notwendigkeit, daß der Arbeiter seine Bedürfnisse in ungebührlicher Weise einschränken muß, liegt die passive Wirkung der geringen Löhne auf den Arbeitsmarkt, die Verschärfung der Arbeitslosigkeit.

Wie hier mit den Erzeugnissen der Landwirtschaft, so geht es mit den übrigen Bedürfnissen des Arbeiters, den Erzeugnissen der Industrie.

Man empfiehlt den Arbeitern die Bedürfnislosigkeit des chinesischen und italienischen Arbeiters und bedenkt nicht, daß unsere ganze Produktion auf Bedürfnisreichtum, auf Massenkonsum basiert, daß diese Produktion in sich zusammenbrechen müßte, wenn die unteren Schichten, also das Gros der Bevölkerung, sich jene empfohlene Bedürfnislosigkeit zu eigen machen wollten.

Gegenüber diesen Sparrezepten hebt sich jene Schlussfolgerung wohlthuend ab, zu welcher der Bearbeiter des Budgets einer Arbeiterfamilie in Frankfurt kommt, zu lesen in der vom Fr. d.

Hochstift in Frankfurt herausgegebenen Broschüre, betitelt „Frankfurter Arbeiterbudgets“;<sup>1)</sup> derselbe schreibt S. 45:

„Im übrigen dürften aber gerade die hier besprochenen Ausgabeposten bzw. Nichtausgabeposten am besten darthun, ein wie schwerer Schaden für unsere Industrie die niedrigen Arbeitslöhne sind, die unsere Arbeitgeber, der Staat als Arbeitgeber des K. voran, bezahlen. Wer einen Lohn hat wie K., und sein Lohn ist ja noch ein verhältnismäßig guter, der konsumiert die notdürftigsten Lebensmittel (vergleiche den vorhergehenden Abschnitt), ist aber, wie das vorliegende Budget, insbesondere die Abteilungen über den Verbrauch an Kleidern und Mobiliar zeigen, kein Abnehmer für unsere Industrie. Eine Steigerung des Einkommens unserer Arbeiter, die ihnen erlauben würde, ihre Bedürfnisse und insolgedessen ihren Konsum an Kleidungsstoffen, Industrieprodukten u. s. w. zu erhöhen, wäre die größte Wohlthat, die unserer Industrie zu teil werden könnte. Die Steigerung dürfte, wie unser Budget beweist, recht hoch sein, ohne daß man von Luxuskonsum reden könnte.“

Meine Herren! Leicht hin erklärt man die Arbeitslosigkeit als Folge der Überproduktion; wie kann man aber von Überproduktion sprechen, so lange tausende Kinder armer Leute barfuß und deren Eltern in defekten Schuhen laufen; so lange es an der nötigen Kleidung mangelt und die Mittel fehlen, um die dürftige Wohnung behaglich zu erwärmen. Oder kann von Überproduktion in der Baubranche die Rede sein, so lange tausende von Familien sich mit Wohnungen begnügen müssen, die nicht einmal den bescheidensten Vorschriften der Gesundheits- und Sittenlehre entsprechen?

Will man der Überproduktion die Schuld beimessen, so kann dies nur zum teil geschehen; man wird vielmehr zugestehen müssen, daß die mangelnde Kaufkraft als Folge der geringen Einkünfte der unteren Volksschichten eine sehr wesentliche Rolle bei Veranlassung dieser Kalamität spielt.

Über Arbeitslosenstatistik will ich mich nicht weiter verbreiten, da mir einschlägiges Material hierüber sehr wenig zur Verfügung steht. Erwähnen will ich jedoch, daß, wenn man die Zahl der Fälle und die Höhe der Summe, welche für Reiseunterstützung bei den verschiedenen Organisationen als Maßstab für die Arbeitslosigkeit betrachten will, sich dieselbe seit drei Jahren geradezu vervierfacht hat.

<sup>1)</sup> Schriften des Fr. d. Hochstifts. Frankfurt a. M., Gebr. Knauer, 1890.



In den letzten Jahren hat nun die Arbeitslosigkeit in großen Städten, speziell während der Wintermonate, einen solchen Umfang angenommen, daß das Wort „Es giebt keinen Notstand“ nur noch von Ignoranten oder solchen Leuten gesprochen werden konnte, welche, jeder Fühlung mit den unteren Volksschichten bar, die Verhältnisse nur nach ihrer eigenen Lebensstellung oder derjenigen ihrer nächsten Umgebung beurteilen.

Um diesem offenkundigen Notstand zu begegnen, haben sich einige Städte veranlaßt gesehen, sogenannte Notstandsarbeiten an Arbeitslose zu vergeben.

Die Zweckmäßigkeit dieser Notstandsarbeiten und die Art und der Umfang derselben sollen Gegenstand der heutigen Beratung sein.

In Zeiten der allgemeinen Krisis, wo viele Arbeiter selbst während des Sommers nur ungenügende Beschäftigung und geringen Verdienst haben, ist wohl außer Zweifel, daß die Gelegenheit zu solchen Arbeiten von der Kommunal-, der Staats- und der Reichsverwaltung gewährt werden sollten, um der blassen Not, wie solche durch Arbeitslosigkeit erzeugt wird und im Winter doppelt fühlbar ist, einigermaßen zu steuern, und Gemeinde- und andere Verwaltungen sollten die dadurch entstehenden Ausgaben um so weniger scheuen, als anderenfalls die Armenunterstützung bedeutende Opfer erheischt, für welche die Gemeinde nicht einmal eine Gegenleistung hat. Aber so lange nur die Gemeinden in dieser Weise vorgehen, wird die gebotene Hilfe eine sehr mangelhafte, ja sogar ein mangelhafter Notbehelf sein.

Die von den Gemeinden diesbezüglich vergebenen oder arrangierten Arbeiten werden selbstverständlich teurer als solche von geübten Berufsarbeitern in normalen Zeiten ausgeführt, und sieht deshalb jede Gemeinde darauf, daß möglichst nur Gemeindeangehörige, d. h. solche Personen, welche daselbst ihren Unterstützungswohnsitz haben, beschäftigt werden wie in Mannheim. In Stuttgart ließ man weiteren Spielraum.

Wohl verlangte man zuerst als Vorbedingung einen mehrwöchentlichen Aufenthalt, nachdem sich aber herausgestellt hatte, daß allen Gesuchen um Beschäftigung entsprochen werden könne, wurden Arbeiten an alle Solche gewährt, welche nachweisen konnten, daß sie überhaupt als in Stuttgart wohnend angemeldet waren. Während in Magdeburg der Stundenlohn auf 20 Pfennig normiert war, zahlt Stuttgart 25 Pfennig pro Stunde, ohne daß sich deshalb irgend welcher Mißbrauch herausgestellt oder Arbeitermangel bei Privatunternehmern eingetreten wäre. Den-

jenigen Arbeitern, welche mit Steinschlagen beschäftigt wurden, wurde der gleiche Stücklohn gezahlt, welcher bei den übrigen Arbeitern üblich war.

Anfänglich mußten sich die Arbeiter bei dem Armenamt melden, da dies aber für viele beschämend war, wurde die Einrichtung getroffen, daß die Meldung direkt bei den städtischen Bauämtern erfolgen konnte.

Für den kommenden Winter ist Vorsorge getroffen, daß 300 bis 500 Arbeitern Beschäftigung gewährt werden kann. Verwendung finden die Arbeiter bei Erdbewegungen, bei Ver- und Entwässerungsarbeiten und mit Steinschlagen.

Wenn nun in Stuttgart auch solche Arbeiter zugelassen wurden, welche ihren Unterstützungswohnsitz nicht dort hatten, so lag dies daran, daß der Andrang zu den Notstandsarbeiten kein so großer war, wie man befürchtete.

Im allgemeinen werden aber alle diejenigen Arbeiter, welche nicht zu den Gemeindeangehörigen zählen, von diesen Notstandsarbeiten ausgeschlossen sein, so lange nicht Staat und Reich sich entschließen, ähnlich den Gemeinden, mit Arrangierung derartiger Arbeiten vorzugehen.

Nun können derartige Arbeiten aber nicht von allen Industriearbeitern verrichtet werden und ergibt sich hieraus ein weiteres Feld der Fürsorge.

Viele Industriearbeiter sind infolge ihrer Berufsthätigkeit als Stubenhocker gegen die Einflüsse der Witterung so empfindlich, daß sie bei Ausübung derartiger Arbeit im Freien während der rauhen Winterszeit ihre Gesundheit gefährden. Ihre Berufsarbeit erfordert oft eine Weichheit und Sicherheit der Hände, welche bei Handhabung der Werkzeuge bei Erdbarbeiten, Steinschlagen u. s. w. verloren geht. Die Hoffnung nun, baldigst wieder im Beruf Arbeitsgelegenheit zu bekommen, und die Versorgung der Zuziehung einer Krankheit und des vorübergehenden Verlustes der zum Beruf erforderlichen Handfertigkeit, hält manche oder viele Arbeiter zurück, ihre Zuflucht zu diesen Notstandsarbeiten zu nehmen.

Einiges kann aber auch in dieser Richtung geschehen.

Größere Gemeinden, welche eigene Montierungskammern haben, können die zur Komplettierung des Vorrats erforderlichen Arbeiten in eigener Regie anfertigen lassen, und es sollten auch Staat und Reich hierauf Bezug nehmen.

So empfehlenswert nun die Vergebung solcher Notstandsarbeiten auch ist und so sehr die Ausdehnung derselben wünschenswert erscheint, weil dadurch den schreiendsten Mißständen wä-



rend des Winters abgeholfen wird, so darf man sich aber doch nicht dem Glauben hingeben, dem Übel der Arbeitslosigkeit dadurch dauernd abzuhelpen.

In der Regel werden für solche Notstandsarbeiten solche Erdbewegungen, Straßen- und Wegebauten bestimmt, welche andernfalls, finanzieller Bedenken wegen, auf Jahre hinaus unerledigt blieben, oder solche Arbeiten, welche für den vergangenen oder kommenden Sommer in Aussicht genommen waren. Werden nun solche Arbeiten von Gemeinde- oder Staatskorporationen in größerem Umfange unternommen, so wird zwar die Arbeitsnot während des Winters gemildert, dagegen die Arbeitsgelegenheit während des Sommers für alle Erd- resp. Bauarbeiten eingeschränkt und somit, bei dem Überfluß von Händen auch während des Sommers, dem Notstand zwar seine krasse Form genommen, derselbe aber auf einen größeren Zeitraum erweitert.

Es erweisen sich somit die Notstandsarbeiten zwar als eine Beseitigung der momentanen Krankheitserscheinung, die Ursache der allgemeinen Arbeitslosigkeit wird dadurch aber nicht beseitigt und somit auch die Krankheit nicht geheilt.

Meine Ansicht über die Ursachen der Arbeitslosigkeit habe ich vorhin mitgeteilt; es ist die planlose Produktion verbunden mit langer Arbeitszeit und niederen Löhnen. Will man hier wirksam helfen, dann möge man die Produktion zu einer planmäßigen gestalten, die Arbeitszeit verkürzen und den Lohn erhöhen, um so dem Notstand vorzubeugen, statt denselben, wenn er plötzlich in seiner krasse Gestalt uns vor Augen tritt, mit primitiven Mitteln beseitigen oder besser gesagt überdecken zu wollen. Hierzu gehört allerdings ungleich mehr guter Wille als wie zur Arrangierung von Notstandsarbeiten.

Will man diesem chronischen Übel begegnen, dann beseitige man die Ursache desselben. Der erste Schritt hierzu dürfte sein, daß sich die Regierungen entschließen, einen angemessenen kurzen Normalarbeitstag mit möglichst wenig Ausnahmbestimmungen, auf Grund internationaler Vereinbarung, gesetzlich einzuführen, daß Erhebungen über die Arbeitslosigkeit nicht nur vorübergehend gepflogen, sondern daß dieselben zu einer dauernden Institution gemacht werden.

Wohl bin ich mir bewußt, daß der Normalarbeitstag das soziale Übel nicht zu heilen im Stande ist; denn das Unternehmertum wird sofort bereit sein, durch neue mechanische Arbeitsmittel den Ausfall an Arbeitsleistung zu ersetzen, um die Profitrate auf ihrer Höhe zu erhalten. Aber der Normalarbeitstag, in Verbindung mit einer guten Arbeitslosenstatistik,

werden die Mittel an die Hand geben, um weiterer Regelung der Produktion den Weg zu ebnen; aus diesem Grunde kann der Normalarbeitstag kein auf lange Dauer voraus bestimmt fester, sondern derselbe muß ein beweglicher, je nach Verhältnis und Bedarf regulierbarer sein.

Daß diese Regelung unter der Ägide der kapitalistischen Produktion unmöglich ist, steht für mich außer Zweifel; erst wenn die Produktion ihrem Zweck, „der Erhaltung der Gesellschaft“ zugeführt sein wird, statt „der Bereicherung einzelner“ zu dienen, erst wenn die individualistische der kollektivistischen Produktion das Feld geräumt hat, wird diese Regelung ermöglicht und die Misere der Arbeitslosigkeit ganz beseitigt werden können.



## Erhebungen über Arbeitslosigkeit.

Referat von

Dr. G. Sirschberg, Direktorial-Assistent des Städtischen Statistischen Amtes zu Berlin. \*)

Hochgeehrte Versammlung! Es ist in der heutigen Zeit nicht leicht, soziale Tagesfragen vom statistischen Standpunkte aus zu erörtern. Denn dieser Standpunkt ist ein ganz objektiver und nüchterner, welcher über bestehende Thatsachen einen Überblick giebt, aber inmitten von noch in Bewegung befindlichen Verhältnissen und gegenüber den von allen Seiten drängenden Strömungen nicht leicht behauptet werden kann. Und doch gilt es für den Statistiker ganz objektiv zu sein. Er hat ohne Rücksicht auf seine eigene politische oder wirtschaftliche Überzeugung die Thatsachen zahlenmäßig offen zu legen, oder, wenn dies aus irgend welchen Gründen schwierig ist, den Weg zu zeigen, auf welchem man zu wirklich objektiven Zahlenreihen kommen kann.

Dieser — vielleicht etwas kühle und manchen Anforderungen gegenüber abweisende — Standpunkt der Statistik muß eben jetzt unverrückbar festgehalten werden, wo man beim Auftauchen wirtschaftlicher Fragen mit gelegentlichen Erhebungen leicht bei der Hand ist. Denn dergleichen Gelegenheits-Aufnahmen, namentlich sofern sie nicht Thatsachen erheben, sondern Urteile, Gutachten und daher auch sehr treffend mit Stimmungsbildern bezeichnet worden sind, können niemals den Wert einer wahrhaft statistischen Aufnahme haben.

Nun giebt es im wirtschaftlichen Leben vielleicht kaum eine wichtigere Frage als die nach der fehlenden Erwerbsgelegenheit, nach dem Umfang, in welchem Teilen der Bevölkerung zu Zeiten die Möglichkeit genommen ist, den Lebensunterhalt zu erwerben. Aber die junge Wissenschaft der Statistik ist diesem

\*) Die klein gedruckten Stellen sind nicht mit vorgetragen worden.

Problem bisher nur wenig näher getreten, und es bleibt nunmehr zu untersuchen, in welcher Weise dieses zu ermöglichen sein wird.

Dabei werden zweckmäßiger Weise zwei Wege zu unterscheiden sein, der Weg selbständiger Erhebungen und der Weg der Benützung beziehungsweise Ausgestaltung bereits vorhandener statistischer Notierungen der Behörden, vorhanden nicht als Arbeitslosen-Statistiken, sondern für andere Verwaltungszwecke.

Ehe wir indessen diese Wege verfolgen, ist für den Statistiker der Begriff dessen klar zu legen, was man unter Arbeitslosigkeit zu verstehen hat.

Es handelt sich hier nur um diejenigen Volksklassen, bei denen eine Arbeitslosigkeit soviel wie Erwerbslosigkeit bedeutet. Dies sind keineswegs ausschließlich die arbeitenden Klassen. Auch im Stande der Kaufleute, namentlich derer in abhängiger Stellung, der Kleingewerbetreibenden wie auch der kleinen Beamten, hat eine Entlassung oft die bitterste Not zur Folge, wie ja hier der ganze Verdienst nicht selten noch unter dem eines Arbeiters steht. Mag hier auch oft ein besser situierter Verwandter oder Bekannterkreis hilfreich beizuhelfen, in sehr vielen Fällen ist auch in diesen Ständen der Entlassene der Not des Lebens ausgesetzt und genötigt, Arbeit zu nehmen, welcher Gestalt und wo immer sich solche bietet. Will man also ganz vollständig sein, so dürfte danach eine Statistik der Erwerbslosigkeit sich nicht nur auf die Arbeiter beziehen, sondern auch auf das benachbarte kaufmännische Gewerbe und die Verwaltungen, weil eine größere Arbeitslosigkeit auf diesen Gebieten notwendig den ganzen Arbeitsmarkt beeinflussen muß.

Eine weitere Frage ist die, ob die Erwerbslosigkeit eine frei gewählte ist oder nicht. Man weiß, daß sich unter den Arbeitern auch solche befinden, welche die Arbeit scheuen und daher der Beschäftigung entbehren. Es sind diese Leute ja keineswegs eine Spezialität der arbeitenden Klassen, auch andere Gesellschaftsklassen weisen deren auf; aber es kümmert sich der Staat nur dann um den Müßiggänger, wenn er infolge seiner Arbeitsscheu erwerbslos und infolge seiner Erwerbslosigkeit der Gesellschaft eine Last wird. Nur ein Müßiggänger dieser Art macht sich straffällig. Die Ausführung dieser Prinzipien geschieht in den verschiedenen Staaten in verschiedener Weise. Für das Reich lauten die betreffenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches:

„§ 361. Mit Haft wird bestraft:

..... 5. wer sich dem Spiel, Trunk oder Müßiggang dergestalt hingiebt, daß er in einen Zustand gerät, in welchem zu



seinem Unterhalte oder zum Unterhalte derjenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, durch Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß;

7. wer, wenn er aus öffentlichen Armenmitteln eine Unterstützung empfängt, sich aus Arbeitscheu weigert, die ihm von der Behörde angewiesene, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten."

Nur mittelbar hierher gehört die Bestrafung wegen Landstreicherei und wegen selbstverschuldeter Obdachlosigkeit. Die infolge der genannten Vergehen Bestraften „können zu Arbeiten, welche ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, innerhalb und, sofern sie von anderen freien Arbeitern getrennt gehalten werden, auch außerhalb der Strafanstalt angehalten werden". Außerdem kann auf Überweisung an die Landespolizeibehörde erkannt werden, welche ihrerseits die bestrafte Person bis zu zwei Jahren in einem Arbeitshaus unterbringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten verwenden darf.

Die genannten Bestimmungen sind deswegen wichtig, weil sie, wie später noch besprochen werden wird, eine Handhabe bieten, die Arbeitscheuen von den Arbeitslosen statistisch zu trennen.

Denn es ist natürlich durchaus notwendig, die Ursachen der Arbeitslosigkeit korrekt zu ermitteln.

Dabei ist vor allem festzustellen, ob Krankheit vorliegt. Diese Frage ist sicherer festzustellen, als die der Arbeitscheu. Arbeitslosigkeit wegen Krankheit hat eine ganz andere Bedeutung, als die wegen mangelnder Erwerbsgelegenheit. Die Statistik der Gewerkskranken ist allerdings zugleich eine solche der Arbeitslosen, da der Kranke ohne Beschäftigung ist; aber andererseits wird er entschädigt und ist zur Arbeit überhaupt nicht im stande. Das Moment mangelnder Erwerbsgelegenheit als Ursache der Armut ist weit wichtiger, als dasjenige der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität u. s. w. Alles dies sind zwar Zustände, die insofern für die arbeitenden Klassen spezifisch sind, als hier der Eintritt eines solchen Zustandes der Beschäftigungslosigkeit, der Krankheit u. s. w. schneller zur Not führt, als bei den besser situierten Klassen. Aber die Arbeitslosigkeit, im engeren Sinne die mangelnde Erwerbsgelegenheit ist, wirtschaftlich betrachtet, darum ein weit schlimmerer Zustand, weil die Folgen der Not an ihn geknüpft sind, obwohl der Organismus gesund ist.

Für den Statistiker, der sich die Aufgabe gestellt hat, zu suchen, wo gewisse Erscheinungen des Lebens in greifbare, d. h.

zählbare, Form treten, entsteht nun die Frage, ob denn nicht diese bedeutungsvolle Erscheinung der Arbeitslosigkeit in bestimmter Weise eine zahlenmäßig faßbare Gestalt annimmt.

Nun drohen dem Arbeitslosen, wie heute die wirtschaftlichen, sozialen und gesetzgeberischen Verhältnisse einmal liegen, entweder die Armenpflege oder die Polizei, wofür nicht eine Versicherung ihn gegen die Folgen seiner Arbeitslosigkeit schützt.

Naturgemäß richten sich unsere Blicke zunächst nach den Armenverwaltungen, denn — so kann man gewiß schließen — wenn die Arbeitslosigkeit auch Erwerbslosigkeit zur Folge hat, so muß der davon Betroffene der Armenpflege anheimfallen, der öffentlichen oder privaten.

In der That giebt es auch Armenverwaltungen, welche die Arbeitslosigkeit als Ursache der Unterstützung zählen und diese Feststellungen publizieren. Aber leider wird jeder Praktiker zugeben, daß diese Feststellungen bisher durchaus noch unvollkommen sind. Denn einerseits hat ja die Verwaltung die Pflicht, dem Arbeitslosen zunächst Arbeit nachzuweisen, eine Pflicht, die auch vielfach ausgeübt wird, vermutlich schon deshalb, um dem Strafrichter nach Maßgabe des citierten § 361 zu 7 eventuell die Unterlage für die Bestrafung zu geben. Andererseits dürfte unter den angegebenen Ursachen kaum Arbeitslosigkeit allein vorkommen oder angegeben sein, vielmehr kombiniert mit anderen erscheinen. Jedenfalls müßten es die Verwaltungen aber für ihre Pflicht halten, künftig zu diesen wichtigen Feststellungen bessere Beiträge zu liefern, indem sie die Ursache des Anrufens der Armenverwaltung genauer feststellen und die Abgewiesenen ebenso registrieren wie die Unterstützten. Allerdings werden — wie die Dinge liegen — fast immer die entsprechenden Nachweisungen der privaten Unterstützungsvereine fehlen. Denn die Zentralisierung der Armenunterstützungen und ihre Anlehnung an die öffentliche Verwaltung ist bekanntlich trotz aller Anläufe, die man genommen hat, bisher noch unerfüllt geblieben.

Bei der Armenstatistik des Reichs von 1885 wurde in 4 Prozent der Fälle Arbeitslosigkeit als Unterstützungsursache ermittelt. Teilweise in Konkurrenz damit in 1,3 Prozent Arbeitscheu, 22,1 Alterschwäche.

Den Hauptanteil weisen Krankheit, Gebrechen u. s. w. mit 44,3, Tod des Ernährers mit 16,9 Prozent auf.

Bekanntlich ist leider diese Aufnahme nicht wiederholt worden. Es dauert eben lange, bis man sich zu der Einsicht bekehrt, daß trotz Kosten und Mühe statistische Erhebungen für das Verständ-



niz der Dinge um uns gerade so notwendig sind, wie die Buchführung zur Kenntnis des Haushalts.

Hand in Hand mit den Ermittlungen der Armenverwaltungen müßten auch die der Polizei wie die der Gerichte gehen hinsichtlich der Bettlei bezw. Bestrafungen wegen Müßiggangs, wegen Arbeitscheu, wegen Landstreicherei, sowie hinsichtlich der Überweisungen an die Polizeibehörden. Es ist beschämend für den heutigen Stand der Statistik, daß, obwohl diese Fragen dauernd im Mittelpunkt der allgemeinen Diskussion stehen, man dennoch nicht zu einer Statistik über diese Dinge gelangt. Die Kriminalstatistik des Reichs befaßt sich nur mit Verbrechen und Vergehen, nicht mit Übertretungen. Dabei ist die Aufstellung einer solchen Statistik nicht schwierig, indem Zählkarten bereits existieren. Nach einer Verfügung des Justizministers ist von jeder Verurteilung aus dem § 361, 3 bis 8 des Strafgesetzbuches den Staatsanwälten in der Heimat des Verurteilten Nachricht zu geben.

Um zu zeigen, welche Verhältnisse hier obwalten, wie eigentümlich sich dieselben von einem Jahre zum anderen gestalten und welches Interesse sonach nicht nur die Statistik, sondern auch die Verwaltung daran nehmen müßte, seien folgende Zahlen angeführt:

Der Polizeibehörde zu Berlin zur Korrekionsnachhaft überwiesen:

im Jahre:	1890	1891	1892
überhaupt . . . . .	1607	1281	1916
davon notorisch arbeitsunfähig und daher entlassen . . . . .	9	6	4
davon Ausländer, über die Grenze gebracht	6	5	11
davon gewerbsmäßige Bettler . . . . .	684	648	924
davon Arbeitscheue und wegen Nichtbe- schaffung eines Unterkommens . . . .	770	466	801

	1890	1891	1892
Bettler wurden aufgegriffen . . . .	13 197	16 266	19 825
wovon einfach entlassen . . . . .	1 409	1 777	2 011
in der Hauptsumme Frauen . . . .	723	828	903
" " " Kinder . . . . .	264	466	639

Wiederholt im Arbeitshause untergebrachte (rückfällige),  
eigentliche Arbeitscheue wurden gezählt:

1890: 520  
1891: 297  
1892: 512

und Bettler

1890: 470

1891: 459

1892: 661.

Es ist hier ein eigentümlicher Rückgang der Arbeitslosen im Jahre 1891 ersichtlich, gerade in dem Jahre der Notstandsckrawalle. Der Grund dieses Rückganges war nicht genau zu ermitteln. Wenn er nicht etwa in einer Überfüllung des Arbeitshauses oder Veränderung des Richterpersonals und hiermit verbundener anderer Beurteilung seinen Grund hat, so kann er auch darauf beruhen, daß 1891 eben wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit eine Beurteilung wegen Arbeitslosen weniger angänglich war.

Die Zahl von 661 gewerbsmäßigen Bettlern, die wohl in der Regel ohne jede Arbeit sein werden und 512 Arbeitslosen ist gewiß nicht gering. Wie es in anderen Städten damit steht, ist wenig bekannt. Aber es leuchtet ein, daß, wenn Statistiken von Arbeitslosen für einzelne Landesteile angestellt werden, man für dieselben Bezirke auch die der Arbeitslosen kennen muß.

Allerdings wird man einwenden können, daß die praktische Handhabung dieses Paragraphen sehr verschieden ist. Dies ist zuzugeben. Z. B. liegen Nachrichten vor, wonach eine praktische Anwendung dieser Nummern des § 361 nicht erfolgte, wie aus Offen gemeldet wird, weil der Paragraph zur Bestrafung nicht hinreiche und gewöhnlich Freisprechung erfolgt sei. Aber trotzdem (vielleicht auch gerade deswegen) wäre es von Interesse für Verwaltung wie Volkswirtschaft diese Statistik zu besitzen. Die Frage, ob bei konstaterter Arbeitslosigkeit Arbeitslosen oder Müßiggang vorliegt, ist ebenso wie die Kenntnis der Zahlen der wegen Bettelns bestraften Personen nicht nur für die Statistik von Wichtigkeit. Auch von der Erörterung der sich hieran anschließenden Frage, was unter „Arbeitslosen“ zu verstehen ist, wird für die Verwaltung wie für die Wissenschaft gleichmäßig Nutzen erwachsen.

Es handelt sich z. B. darum, ob nach § 361 zu 7 der von der Armenverwaltung Unterstützte verpflichtet ist, jede Art von Arbeit und zu jedem Lohne zu übernehmen, wenn er nicht straffällig werden will.

Es fragt sich nun weiter, ob, wenn Armenpflege und Strafrechtspflege für die Statistik versagen, nicht jenes dritte, oben erwähnte Aus Hilfsmittel, die Versicherung und dergleichen Veran staltungen für die Arbeitslosen-Statistik Material liefern könnten.

Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit im wahren Sinne

Hochstift, Arbeitslosigkeit.

4



des Worts, d. h. eine nach den Regeln der Versicherungstechnik unternommene Versicherung, bei welcher Beiträge und Leistungen nach Maßgabe der statistischen Erfahrungen über Arbeitslosigkeit berechnet sind, existiert bisher noch nicht; sie kann auch schon darum noch nicht existieren, weil eben diese statistischen Erfahrungen fehlen, von anderen Schwierigkeiten abgesehen. Eine einzige Gesellschaft, eine Privat-Versicherungsgesellschaft, hat sich neuerdings an diese Aufgabe herangemacht. Außerdem hat man sich in den Städten Basel und Bern mit dieser Angelegenheit befaßt. Während nach den mir freundlichst zugestellten Nachrichten sich das Projekt in Basel noch im Entstehen befindet, ist es in Bern im Juni 1893 zur Einrichtung einer solchen Kasse gekommen. Indem ich hier von der Besprechung der Art der Einrichtung absehe, beschränke ich mich darauf, zu konstatieren, daß man wenigstens dort, wo sich dieselben befinden, eine Statistik der unterstützten Arbeitslosen und damit jedenfalls des Hauptkontingentes derselben haben wird. Übrigens soll auch Stuttgart jetzt ein städtisches Arbeitsamt erhalten. Von der Diskussion der noch sehr unreifen französischen Arbeitsbörsen kann ich mit Rücksicht auf ihren für die Statistik bisher nur geringen Wert absehen.

Aber auch andere Versicherungsarten kommen hier in Betracht. So könnten die Gewerkvereine, welche ihre arbeitslosen Mitglieder unterstützen, zu einer Statistik derselben beitragen. Allerdings wäre dies bei den nur 62 000 Mitgliedern dieser Vereine ein verhältnismäßig kleiner Beitrag.

Nun kann man aber auch eine weitere Versicherungsart — wenn auch nur indirekt — gut für die in Rede stehenden Feststellungen benutzen: es ist dies die staatliche Krankenversicherung des Gesetzes vom 15. Juni 1883.

Es ist bekannt, daß der Versicherungspflicht dieses Gesetzes fast der gesamte Arbeiterstand unterliegt, und man müßte also in dem wechselnden Mitgliederstand der hier in Betracht kommenden verschiedenen Arten von Kassen (Orts-, Betriebs-, Bau-, Zimmungs-, Krankenkassen, den eingeschriebenen Hilfskassen, sowie den freien Kassen, letztere beiden Arten, soweit sie den Bestimmungen des Gesetzes nach für diese Versicherung in Betracht kommen) erkennen können, wie viel Arbeiter zu bestimmten Zeitperioden beschäftigt sind oder nicht.

Eine ordentliche Führung der Mitgliederlisten vorausgesetzt, welche bei größeren Kassen mit häufiger Veränderung des Bestandes zwar mühsam, aber nicht übermäßig schwierig ist, würde man nur nötig haben, die Zahl der sogenannten freiwilligen Mitglieder besonders zu führen. Unter diesen sind solche zu

verstehen, welche, zur Zeit beschäftigungslos, ihre Mitgliedschaft dennoch dadurch aufrecht erhalten, daß sie nicht nur ihren Beitrag, sondern noch den auf den Arbeitgeber entfallenden Anteil mitbezahlen. Es handelt sich hier um Arbeitslose, welche in- dessen in der Lage sind, sich wenigstens gegen Krankheit noch zu versichern. Eine besondere Schwierigkeit würden wenigstens bei dem Versuch, diese Statistik lokal für eine Stadt oder einen kleinen Bezirk aufzunehmen, die eingeschriebenen und freien Klassen verursachen, weil ihr Wirkungskreis über das Reich oder die Provinz hinausgeht. Hier wäre es erforderlich, die Mitgliederzahl für den betreffenden Landesteil resp. die Landesteile zu wissen, auf welche die Statistik bezogen wird, was mit einiger Mühe verbunden ist.

In Berlin ist es versucht worden in der bezeichneten Weise praktisch vorzugehen, als die Arbeitslosigkeit im Herbst 1891 zu Sträßenumkulten führte. Allerdings war es damals bei der Kürze der Zeit nicht möglich, die Data für die Berliner Mitglieder der eingeschriebenen und freien Klassen zu erhalten, noch auch überall die sogenannten freiwilligen Mitglieder auszu- scheiden.

In welcher Weise in einer so großen Stadt der Arbeiterbestand im Verlaufe des Jahres schwankt, und in welchem Maße man darnach zu Schlußfolgerungen berechtigt ist, mögen folgende Zahlen für das Jahr 1892 darthun, welche allerdings die ein- geschriebenen und freien Klassen diesmal noch nicht begreifen.

Versicherte Arbeiter am Anfang der Monate:

		männl.	weibl.	männl.
Januar	1892	230 009	<b>74 113</b>	nach Abzug
Februar	"	226 469	74 739	von bisher
März	"	<b>225 840</b>	76 575	nach unverb.
April	"	229 412	76 410	Arb. (Stra-
Mai	"	235 129	76 836	ßenreinigung).
Juni	"	237 334	75 571	238 636
Juli	"	239 048	78 970	234 345
August	"	240 070	78 381	236 544
September	"	241 112	78 209	238 254
Oktober	"	241 908	78 815	239 251
November	"	242 060	80 229	240 271
Dezember	"	237 931	<b>81 292</b>	240 836
Januar	1893	225 590	74 935	<b>241 227</b>
				237 108
				224 776

Wir sehen hier Schwankungen im Verlaufe der Jahres- monate bei den Arbeitern zwischen 226 000 und 241 000, also

4\*



um 15 000, bei den Arbeiterinnen zwischen 74 000 und 81 000, also um 7000. Die ungefähr 42 000 bis 43 000 Mitglieder der in Berlin domizilierten, den Anforderungen des Krankenversicherungsgegesetzes entsprechenden, eingeschriebenen und freien Kassen, von denen der größte Teil auf Berlin entfällt, mögen diese Schwankungen noch vergrößern. Wenn nun weiter

zu Anfang Januar 1893: 225 590

dagegen " " " 1892: 230 009

männliche Kassenmitglieder geführt wurden, so ist wohl der Schluß erlaubt, daß zu Anfang dieses Jahres für fast 5000 Arbeiter weniger Erwerbsgelegenheit vorhanden gewesen sein wird, als zu Anfang des Vorjahres. Allerdings ist es möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß ein Hinübergehen in die hier nicht geführten freien Kassen eine Verminderung des Bestandes herbeigeführt hat, und eben dies weist darauf hin, wie nützlich es ist, auch hier die betreffende Statistik zu führen. Dabei wird auch eine Prüfung der Art und Weise, wie die Mitgliederlisten geführt werden, zu noch korrekteren Ergebnissen gelangen lassen. Vielleicht nimmt die Statistik des Deutschen Reichs sich dieser Sache an und erweitert ihre schon bisher gegebene vortreffliche Krankenversicherungs-Statistik auch in dieser Richtung. Aber vor allem thun die in den Vorständen der Kassen befindlichen Arbeiter gut daran, für die Führung einer ordentlichen Statistik und die Verwertung ihrer Ergebnisse zu sorgen.

Von besonderer Bedeutung wird diese Statistik bei dem Eingehen auf die einzelnen Berufsarten. Dort, wo die Kassen vorzugsweise beruflich gegliedert sind, ist dies nicht schwierig. Anders da, wo alle Arbeiter oder ein Teil derselben in einer großen Kasse vereinigt sind.

So ist in Berlin leider die berufliche Gliederung insofern nicht konsequent durchgeführt, als eine große Kasse mit 35 000 Mitgliedern alle Berufsarten vereinigt, so daß man, wenn andere Kassen Fluktuationen im Mitgliederbestande aufweisen, nie recht wissen kann, ob ein Hinübergehen von oder nach jener allgemein gewerblichen Kasse vorliegt. Dem Umstande, daß auch in den Berufskassen häufig andere Berufsarten mit vertreten sind, als der Name der Kasse vermuten läßt, dürfte eine größere Bedeutung nicht beizumessen sein.

Um zu vergegenwärtigen, um welche Schwankungen es sich hier im wesentlichen handelt, möchte ich bemerken, daß die Mitgliederzahl im Jahre 1892 variierte bei den

Bierbauern	zwischen	794	und	1 010
Buchbindern	"	3 999	"	4 451
Maurern	"	18 108	"	21 205

Zimmerern	zwischen	4 249	und	4 751
Buchdruckern	"	4 611	"	5 755

u. s. f.

In der Fabrik von Ludwig Löwe allein schwankte die Mitgliederzahl der Betriebskasse zwischen 1061 und 2293.

Handelt es sich auch nicht um die wichtige Frage der Arbeitslosigkeit, so sollte man doch wenigstens für die allgemeine Kenntniss der Arbeiterverhältnisse darauf bedacht sein, solche doch einmal schon vorhandenen Zahlen nicht in den Akten verkommen zu lassen.

In Verbindung hiermit wird allerdings auch die sonstige Beachtung der Kassenstatistik notwendig sein. Vor allem handelt es sich um die Verfolgung der Krankenbewegung. In dieser Beziehung ist zu bedauern, daß die von dem Bundesrat vorgeschriebenen, den Behörden seitens der Kassen einzureichenden Nachweisungen zwar die Mitgliederzahl für die einzelnen Monate, die Krankenzahl aber nur für das Jahr summarisch verlangen. So ist es nicht möglich, den etwaigen Zusammenhang der Schwankungen des Mitgliedsbestandes mit dem Krankenbestande zu verfolgen. Daß ein solcher existiert, wird unzweifelhaft, wenn man hört, daß die Krankenzahl dann zunimmt, wenn die Arbeitsgelegenheit abnimmt. Man schiebt dies oft nur auf Simulation. Das ist jedenfalls übertrieben. Man wird vielmehr annehmen müssen, daß kranke Arbeiter, solange die Erwerbsgelegenheit vorhanden ist, lieber von dieser Nutzen ziehen, als von dem Krankengeld und um letzteres erst nachsuchen, wenn die Arbeit fehlt. Aber Licht in diese Verhältnisse wird eben nur die Statistik bringen können.

Wenn z. B. in Berlin im Jahre 1892 durchschnittlich auf ein männliches Mitglied einer der 60 bestehenden Ortskrankenkassen 9,11 Krankentage entfielen, bei den Buchdruckern aber 14,07, bei den Maschinenbauern 14,76, bei den Maurern 11,64 u. s. w., bei anderen größeren Kassen dagegen nur 6,51 wie bei den Schneidern oder 6,45 wie bei den Buchbindern, so fordern solche Unterschiede zu eingehenderen Untersuchungen geradezu heraus. Eventuell wird man auch — wie man dies in Berlin und Breslau begonnen hat — auf die Arten der Krankheiten zurückzugehen genötigt sein.

Es hiesse die Arbeitslosen-Statistik oberflächlich auffassen, wollte man die Krankheiten als Ursachen der Arbeitslosigkeit, ihr Auftreten zur Zeit flotten und zur Zeit flauen Geschäftsgangs gänzlich ignorieren.

Eine recht brauchbare Ergänzung würde man für diese Statistik aus einer solchen der Unfallversicherung erhalten können. Denn hier erheischt die Verwaltung eine Führung von



Mitgliederlisten. Mitglieder sind hier die Betriebe. Bekannt ist aber auch die Zahl der Arbeiter. Die unteren Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, solche Kataster zu führen, daß deren statistische Benutzung über den jeweiligen Stand der Fabriken- und Arbeiterzahl Auskunft geben kann (vergl. die Statistischen Jahrbücher der Stadt Berlin). Allerdings gehören bekanntlich nur die Großbetriebe der Unfallversicherung an.

Als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kommt nun weiterhin der Arbeitsnachweis in Betracht, und es wird sich fragen, wie man denselben für eine Statistik der Arbeitslosen benutzen kann. Beschränken muß man sich hier auf gemeinnützige Veranstaltungen. Denn der gewerbsmäßige Arbeitsnachweis wird sich der Statistik entziehen, schon deswegen, weil er oft Grund hat, die Öffentlichkeit überhaupt zu scheuen.

Daß die Arbeitsnachweis-Statistik an und für sich schon eine Arbeitslosen-Statistik darstellt, muß auf das Entschiedenste bestritten werden. Die Arbeitsnachweis-Statistik ist eine Statistik des Arbeitsmarkts, des Angebots und der Nachfrage von Arbeitskräften. Wenn bei einem Vereine 100 Stellengesuche aufgeführt werden, so würde man sehr falsch handeln, diese unter allen Umständen als Gesuche Arbeitsloser zu betrachten. Man kann vielmehr sicher annehmen, daß viele sich als Stellenbewerber eintragen lassen, welche noch in Stellung sind, aber eine andere wünschen, vielleicht weil ihnen die ihrige bereits gekündigt ist. Dies wird in den verschiedenen Vereinen und in verschiedenen Orten verschieden sein.

Nun giebt es allerdings Arbeitsnachweis-Vereine, welche ausschließlich für Arbeitslose bestimmt sind, oft dergestalt, daß den Arbeitslosen für den Tag oder auch für die Nacht Asyl gewährt wird. Naturgemäß wird man die sich hier meldenden oder aufhaltenden Personen als Arbeitslose zählen können. Aber hier hat man sich vor Doppel- oder Mehrzählungen zu hüten. Wollte man die täglich sich im Arbeitsnachweis aufhaltenden Personen zusammenzählen, so käme man zu einem ganz falschen Bild. Es könnten 50 Arbeitslose durch tägliche Eintragung im Laufe einer Woche zu  $6 \times 50 = 300$  anschwellen. Wichtigere wird schon die Zählung, wenn der Gebrauch besteht, Einlasskarten auszugeben mit längerer Gültigkeit und die Zahl der ausgegebenen Karten zu zählen; man darf aber auch hier bei Neulösung von Karten derselben Personen dies nicht als eine Neueintragung rechnen.

Auch werden die Arbeitslosen, wenn ein solcher Verein nicht im stande ist sie zu befriedigen, sich überhaupt nicht ein-

tragen lassen, so daß gerade zu Zeiten großer Geschäftsstille die Zahl der Eingetragenen gering erscheinen kann.

Die ganze Frage kompliziert sich bei Aufnahme einer derartigen Statistik für verschiedene Vereine derselben Stadt oder ganz nahe bei einander gelegenen Ortschaften, da sich eine arbeitssuchende Person bei verschiedenen Arbeitsnachweistellen melden kann und häufig auch melden wird. Hier ist eine Zentralisierung der Statistik am Orte nötig, welche auch in Berlin angeregt worden ist. Übrigens hatte auch die Zentralfstelle für Wohlfahrtseinrichtungen den Plan einer Zentralisierung der Arbeitsnachweis-Statistik. Es scheint indessen noch nichts daraus geworden zu sein.

Unter diesen Umständen schrumpft die Bedeutung der Arbeitsnachweis-Anstalten für die Statistik der Arbeitslosen ganz außerordentlich zusammen. Sie behält vielmehr ihren Wert nur als Statistik des Arbeitsmarktes. Und da ist es natürlich nicht zu verkennen, daß dieser Wert für die Beobachtung des Stellenangebots und der Stellennachfrage und damit für die Kenntnis der Arbeitsverhältnisse überhaupt ein ganz bedeutender ist.

Vielleicht und hoffentlich wird die Frage der Arbeitsnachweis-Statistik zuerst zu praktischen Resultaten führen. Hat doch z. B. der Regierungspräsident zu Liegnitz, Prinz Handjery, die Einrichtung kommunaler Nachweis-Anstalten angeregt, und ist doch bereits nach einer Notiz im Reichsanzeiger vom September 1893 diese Anregung in 17 Städten seines Bezirks befolgt worden. Eine Verbindung dieser Anstalten wird und muß hier die nächste Folge sein.

Erwähnenswert ist übrigens auch der eigenartige Versuch einer staatlichen Arbeitsnachweisung in Luxemburg, wo die Postanstalten die Zahl der ihnen gemeldeten offenen Stellen bekannt machen.

Aus den bisherigen Ausführungen geht nun wohl soviel hervor, daß die Verwaltungen, seien es öffentliche, seien es private, für die Arbeitslosenstatistik mit gewissen Schwierigkeiten mißbar zu machen sind. Praktisch ist in dieser Hinsicht noch so gut wie nichts geleistet worden. So nimmt es denn kein Wunder, daß man — namentlich im Verlaufe des Winters 1892/93 — darauf verfiel, selbständige Erhebungen über Arbeitslose anzustellen.

Dies geschah freilich nicht von seiten des Reichs und einzelner Staatsbehörden, nur hier und da von städtischen Verwaltungen, sehr zahlreich aber von privaten Vereinigungen der Arbeiter selbst.



Veranlaßt wurden diese Erhebungen ausschließlich durch die dringenden Klagen über Erwerbslosigkeit der Arbeiter, und es ist für unsere weiteren Untersuchungen lehrreich, objektiv die Berichte über die Ergebnisse dieser Statistiken zu hören, einerseits über die der Arbeiter, andererseits — wenn solche vorliegen — die der Städte. Es stehen mir zu diesem Zweck Berichte zur Verfügung, die dem Statistischen Amt der Stadt Berlin seitens der städtischen Verwaltungen zugegangen sind.

Als die hauptsächlichste Grundlage aller dieser Aufnahmen, welche in einer ganzen Reihe von Städten stattfanden, kann wohl das von Adolf Braun im „sozialpolitischen Zentralblatt“ niedergelegte Frageformular angesehen werden, obwohl hier mehr oder minder erhebliche Abweichungen vorkommen.

Braun schlug das folgende Formular für den einzelnen Arbeitslosen vor:

1. Wohnung? .....
2. Vor- und Zuname? .....
3. Alter? .....
4. Beruf? .....
5. Art der letzten Beschäftigung? .....
6. Bei wem zuletzt in Arbeit gestanden? .....
7. Ledig oder verheiratet? \*) .....
8. Seit wann arbeitslos? .....
9. Wodurch ist die Arbeitslosigkeit verursacht, durch Krankheit, Inventur, Kündigung, Streike oder .....
10. Sind Sie jetzt nur einen Teil der sonst in Ihrem Gewerbe üblichen Zeit beschäftigt? ..... Und zwar wieviel Tage in der Woche? ..... Wieviel Stunden im Tage weniger als sonst? \*\*)
11. Trägt die Frau im allgemeinen und wodurch zum Unterhalt der Familie bei? .....
12. Hat sie jetzt hierzu Gelegenheit? .....
13. Name der Kinder unter 14 Jahren | Alter | Art der Beschäftigung | Jetzt beschäftigt?
14. Andere zu unterstützende Personen (Vater, Mutter, Verwandte): .....

\*) Das nicht Zutreffende ist zu durchstreichen.

\*\*) Wenn Frage 8 beantwortet ist, ist Frage 10 quer zu durchstreichen.

Nach einer zusammenfassenden Aufstellung Oldenbergs im „sozialpolitischen Zentralblatt“ hat diese Statistik für 31 Städte mit

zusammen fast  $2\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern fast 42000 Arbeitslose mit über 40000 Angehörigen und einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von  $1\frac{3}{7}$  bis  $14\frac{5}{7}$  Wochen zum Resultat gehabt.

Dies Ergebnis kritiklos und nur zur Information vorausgeschickt, gehe ich auf einzelne Großstädte kurz ein und erwähne gleichzeitig, was für die Zählung der Arbeitslosen dort überhaupt geschehen ist.

Berlin. Im September 1891 wurden durch das Statistische Amt der Stadt Ermittlungen nicht eigentlich über die Zahl der Arbeitslosen als vielmehr über die Arbeitslosigkeit und den Notstand angestellt. Zum Teil wurde dabei in der schon geschilderten Weise auf die Krankenversicherung der Arbeiter (Mitgliederstatistik) zurückgegangen. Außerdem wurden Innungen, Vereine u. s. w. um gutachtliche Äußerungen gebeten und an eine Anzahl von wichtigen Betrieben Fragebogen verschickt, welche folgenden Wortlaut hatten:

1. Ist in letzter Zeit ein besonders auffälliger Rückgang des Geschäfts in Ihrer Branche zu verzeichnen gewesen?
2. Haben Entlassungen von Arbeitern in größerem Umfange stattgefunden? Sind speziell bei Ihrer Firma in letzter Zeit derartige Entlassungen in ungewöhnlichem Umfange vorgekommen? Wieviel Arbeiter pflegten Sie gewöhnlich in dieser Zeit zu beschäftigen? Wieviel beschäftigen Sie zur Zeit thatsächlich?
3. Ist der Lohn zur Zeit höher, niedriger, oder ein gleicher wie zur selben Zeit im Vorjahr?
4. Haben sich in Ihrem Betriebe oder in Ihrer Branche in jüngster Zeit Erscheinungen gezeigt, welche darauf hinweisen, daß ein ungewöhnlicher Mangel an Arbeitsgelegenheit zu beklagen ist, oder daß die Arbeit wegen, den Preisen der Lebensmittel gegenüber, zu niedriger Löhne niedergelegt oder ausgeschlagen ist?
5. Sind Sie genötigt gewesen, wegen der erhöhten Preise der Lebensmittel Teuerungszulagen zu gewähren?

Das Gutachten des Statistischen Amtes, das wesentlich aus diesen Nachrichten gewonnen war, schloß mit dem Bemerken (Vorlagen für die Stadtv.-Vers. Nr. 56 von 1891), daß die Krankenkassen-Statistik zwar ein relativ günstiges Ergebnis geliefert habe, daß aber vielfach Entlassungen des Arbeitspersonals in Aussicht ständen, und daß schon damals mehrfach eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten sei. Die hierdurch bedingte Schmälerung des Verdienstes wurde in Verbindung mit der herrschenden Teuerung wohl schwer empfunden.

Hamburg. Über diese Stadt liegt der Bericht von C. Regien in Nr. 17 des „sozialpol. Zentralblatt“ von 1893 vor. Danach hätten die Hamburger



Arbeiter schon im Jahre 1891 den Senat zu monatlichen Feststellungen der Arbeitslosen bewegen wollten, aber ohne Erfolg. Darauf nahmen die Arbeiter am 15. Oktober 1892, also noch während der Choleraepidemie, selbst eine Aufnahme vor. An derselben hätten sich von etwa 170 000 Arbeitern nur 18 611 beteiligt, unter denen wieder 4893 Arbeitslose ermittelt wurden. Außerdem wurde ermittelt, daß vom 1. Januar bis 15. Oktober 1892 10 893 Personen „mit oder ohne Unterbrechung“ arbeitslos gewesen sind. In welcher Weise diese Feststellung bewirkt wurde, teilt Legien nicht mit.

Leipzig. Die Resultate der Aufnahme vom 5. Februar 1893 sind in der Zeitung „Der Wähler“ von der „statistischen Kommission des Vereins Gewerkschaftsartell“ publiziert worden. Es wurden 8820 Arbeitslose für Leipzig und Umgegend gezählt, mit der Berufszählung verglichen, unter Ausschluß der Auswärtigen nur für Leipzig 7490 oder 9,3 Prozent der Arbeiter. Dabei werden aber 266 Personen als länger als ein Jahr arbeitslos angeführt, 771 als durch Krankheit aus Arbeit gekommen.

Leider ist die Minimalzahl der Dauer nicht angegeben, obwohl dies ein sehr wichtiger Umstand ist. Nur für 2699 Personen ist bemerkt worden, daß die Arbeitslosigkeit 1 bis 50 Tage betragen habe. Auf Genauigkeit der Zählung erhebt die Kommission in ihrem Bericht selber keinen Anspruch und beklagt, daß „die sich als etwas besser dünkenden Personen die Auskunft zum größten Teil verweigert haben“.

Kontrollierende behördliche Angaben liegen insofern vor, als ein Bericht des dortigen Stadtrat Hentschel die Zahl der wegen Arbeitslosigkeit Unterstützten auf rund 4000 (wobon 2000 Verheiratete mit 4000 Kindern) bemißt. Das Minus gegenüber der Aufnahme beträgt etwa 3000. Allerdings bezieht sich die Statistik des Stadtrats auf den Monat März und nur auf die Unterstützten.

München. Es liegen nur die Nachrichten vor, daß wegen Notstands städtische Arbeiten im Winter 1893 in Angriff genommen wurden, bei denen zunächst 250 Arbeiter (mit 25—27 Pf. Stundenlohn bei achtstündiger Arbeitszeit), dann im März noch 200 Kanalarbeiter (mit 25—60 Pf. Lohn) angenommen wurden. Ob das alles Arbeitslose waren, ist nicht gesagt.

Köln. Hier hat eine Ermittlung seitens der Arbeiter 8851 Arbeitslose ergeben.

Hannover. Es liegt nur die Nachricht vor, daß im Rechnungsjahr 1892/93 101 Unterstützungsgesuche eingegangen sind, welche mit Beschäftigungslosigkeit begründet waren.

Königsberg. Bei den Notstandsarbeiten im Frühjahr 1892: 213, Frühjahr 1893: 258 Mann beschäftigt (Tagelohn in der Regel 1,50 M. gegenüber einem ortsüblichen von 1,70 M.).

Düsseldorf. Die Polizeiverwaltung glaubt, daß von einem durch Arbeitslosigkeit verursachten Notstand nicht die Rede sei. Im Winter 1893 seien bei der Armenverwaltung 220 durch Beschäftigungslosigkeit begründete

Gesuche eingegangen. Hierauf seien 100 Personen bezw. Familien unterstützt, 120 beim Tiefbauamt beschäftigt worden. Von diesen 120 hätte indessen nur der vierte Teil ordentlich gearbeitet, die übrigen nach wenigen Tagen die Arbeit verlassen.

Mürnberg. Eine Erhebung seitens der Arbeiter fand am 30. November 1892 statt und ergab eine Zahl von 1198 Arbeitslosen. Auf einer am 23. Juni ausgeschriebenen Versammlung Arbeitsloser sollten nach Mitteilung des Stadtmagistrats 4 Personen erschienen sein.

Stuttgart. Die Erhebung der Arbeiter im Januar 1893 ist in der Schwäbischen Tagwacht Nr. 19 bis 24 — anscheinend offiziell — besprochen worden. Es wurden für Stuttgart 2086 Arbeitslose ermittelt, in einem Teil der Umgegend 340, mit 1833 bezw. 593 zu unterstützenden Angehörigen. Es wird bemerkt, daß nur dort, wo Arbeiterorganisationen bestanden, die Erhebung mühelos war, daß anderwärts indessen vielfach keine Beantwortung der gestellten Fragen zu erreichen war. Welche Art von Arbeitslosen vertreten war, läßt sich nicht recht entnehmen, es scheinen auch Kranke dabei zu sein. Erwähnt wird ein Buchdrucker, der seit 13 Wochen ohne Arbeit war, zuvor aber ein Jahr lang krank, ein Schneider, der seit drei Jahren blind ist u. s. w. An die Erhebung war eine Feststellung der durchreisenden Arbeiter in den Herbergen geknüpft, welche 258 Durchreisende ergab, außerdem wurde die Liste der Arbeitslosen mit der Liste der von der Stadt Unterstützten verglichen, wobei gefunden wurde, daß „nur eine sehr geringfügige Zahl von Personen, zumeist dem weiblichen Geschlecht angehörig“ unterstützt wurde.

Von seiten der Stadt scheinen kontrollierende Feststellungen über die Arbeitslosigkeit nur obenhin bei der Sparkasse, dem Leihamt, dem Otkroi gemacht worden zu sein. Bei den eigentlichen Notstandsarbeiten wurden im ganzen 326 Leute beschäftigt, ungerechnet die bei anderen außerordentlichen Arbeiten angestellten.

Elberfeld. Die Erhebung der Arbeiter vom Januar 1893 ergab (nach einem Artikel der „Freien Presse“, welcher allerdings nicht direkt vorliegt) 1889 Arbeitslose (für Barmen 1320). Die Armenverwaltung bestreitet indessen für den Winter 1893 das Vorliegen einer außerordentlichen Arbeitslosigkeit, wie dies im Spätsommer 1891 bis zum Frühjahr 1892 der Fall gewesen sein soll. Sie behauptet, daß dies unter allen Umständen für die Armenverwaltung hätte fühlbar werden müssen, da die Scheu vor öffentlicher Unterstützung schließlich doch nicht so groß sei, als daß man lieber auf die Dauer Entbehrungen ertrüge. In der That weist eine vergleichende Statistik folgende Zahlen von Unterstützten nach:



	in den 2 Wochen vom 13.—26. Januar 1892	vom 11.—25. Januar 1893
Einzelne	63	66
stehende	411	417
Familien-	155	287
häupter	301	316

Die Steigerung bei den Familienhäuptern ist zum Teil allerdings nicht gering, wenn auch die Gesamtzahlen selber nicht hoch sind.

Danzig. Hier fand eine Erhebung seitens der Königlichen Polizeidirektion im Februar 1892 statt und ergab:

2316 männliche	} ganz Arbeits- lose,	648 männliche	} teilweise Arbeits- lose.
454 weibliche		574 weibliche	
2770 zusammen		1222 zusammen	

In welcher Weise diese Feststellungen geschahen, ist mir nicht bekannt. Formulare wurden nicht angewendet. Die elf Polizeireviervorstände, durch welche die Aufnahme geschah, waren angewiesen, den sich meldenden Arbeitgebern Arbeiter nachzuweisen. Aber trotz Aufforderung meldeten sich keine Arbeitgeber.

Die städtische Verwaltung beschäftigte seit März 1892 auf den Kieselplätzen 200 bis 300 Personen, nur verheiratete, zu einem Tagelohn von 1,80 M. Die Stadt Elbing kam insofern zu Hilfe, als sie gegen einen Akkordlohn, der aber nur bis 1,80 M. pro Tag ging, 45 Chausseearbeiter einstellen wollte. Von diesen lehnten 25 von vornherein die Arbeit ab, 14 nach 2 Tagen. Außerdem beschäftigten die Pferdebahn- und die Eisenbahn-Verwaltungen 60 und 70 Arbeiter mit Schneeschaukeln.

Stettin. Hier wurde ebenfalls durch die Vorstände der Polizeireviere die Zahl der Arbeitslosen Anfang Januar 1893 auf etwa 800 geschätzt. Der Magistrat und, wie es scheint, das Polizeipräsidium mit ihm, war der Ansicht, daß es sich hier in der Regel um Saisonarbeiter handeln würde, die nach Schluß ihrer Saison ohne Arbeit seien. Bei der Straßenreinigung konnte der Bedarf an Arbeitskräften an mehreren Tagen nicht gedeckt werden.

Nachen. Sowohl im Winter 1891/92 wie 1892/93 war größere Erwerbslosigkeit. Infolgedessen wurde im ersten Winter eine Liste der Arbeitslosen angelegt. Es meldeten sich vom 1. Dezember 1891 bis April 1892 im ganzen 478 Personen. Indessen konnten nur 6 bei Privaten, 32 bei der Stadt beschäftigt werden. Angesichts der geringen Möglichkeit, Arbeit nachzuweisen, wurde die Fortführung der Liste im nächsten Winter unterlassen. Wegen Erwerbslosigkeit wurden 297 Personen unterstützt.

Halle. Die Arbeitslosenstatistik der Arbeiter soll 1002 Arbeitslose ergeben haben. Sonst liegt nur die Angabe vor, daß Notstandsarbeiten stattfanden, bei welchen von Mitte November 1892 bis Ende März 1893 täglich

95 bis 100 beschäftigt wurden, und daß die Zahl der wegen Arbeitslosigkeit unterstützten Personen betrug

im Jahre 1890/91: 42

" " 1891/92: 171

" " 1892/93: 283.

In Braunschweig sollen die Arbeiter 1403 Arbeitslose ermittelt haben.

Dortmund. Die Arbeiterstatistik vom Dezember 1892 ergab 427 Arbeitslose. Der Magistrat bezeichnet diese Zahl indessen als übertrieben, da bei der Straßenreinigung, wo alle sich Meldenden eingestellt wurden, sich vom 28. December bis 7. Januar nur 171 Personen zur Arbeit meldeten, die Zahl der durchreisenden Arbeitslosen nicht gewachsen sein soll, auch die Wohltätigkeitsvereine nicht stärker in Anspruch genommen wurden.

Mannheim. Der Notstand der beiden Winter 1891/92 und 1892/93 nötigte zu sogenannten Notstandsarbeiten, welche gerade hier planmäßig durchgeführt erscheinen. Im ersteren Winter wurden etwa 400 Arbeiter angenommen, im letzteren circa 250. Ende des Jahres 1892 veranstalteten die Arbeiter ihre Erhebung, welche 1072 Arbeitslose (ohne Angehörige) ergab, nach ihrer Schätzung 7,13 Prozent aller Arbeiter. Die in der „Volksstimme“ vom 11. Februar 1893 mitgeteilte Tabelle läßt indessen ersehen, daß unter den Arbeitslosen auch Bureaugehilfen, männliche und weibliche Diensthoten, sowie Personen von 14 Jahren gezählt wurden und daß die Arbeitslosigkeit in vielen Fällen bis auf die Jahre 1891 und 1890 zurückging. Die längste Erwerbslosigkeit betrug 1830 Tage, also 5 Jahre.

In Essen versuchte der Magistrat zu Anfang Januar 1893 eine Aufnahme der Arbeitslosen durch die Armenpfleger. Das Formular enthielt Fragen nach Namen, Wohnung, sowie kurze Bemerkungen über die Familienverhältnisse und ob Arbeit in Aussicht sei. Ermittelt wurden 52 arbeitslose Familienhäupter. Die Kopfzahl betrug 128.

In Karlsruhe fand im Winter 1892/93 eine Versammlung Arbeitsloser statt, die von circa 400 Personen besucht war. In der Versammlung wurde eine Kommission gewählt, welche Listen zur Einzeichnung Arbeitsloser auflegte. Die Listen enthielten Fragen nach Namen, Beruf, Geburtsort, Wohnung und der letzten Beschäftigung unter Angabe des Arbeitgebers. Es zeichneten sich 216 Personen ein, von welchen aber 42 nicht aufzufinden, 26 notorisch arbeitslos waren. Ein wirklicher Notstand wurde unter solchen Umständen dort nicht angenommen.

Kassel. Der Oberbürgermeister erließ am 17. Januar 1893 folgende Bekanntmachung:

„Hier wohnhafte arbeitsfähige Personen, welche unver-



schuldet durch besondere Verhältnisse und die Strenge des Winters erwerbslos geworden sind, wollen sich zur Feststellung ihrer Verhältnisse und zum Zweck möglicher Verhütung einer Notlage in ihrer Familie innerhalb der nächsten acht Tage von heute an, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr vormittags, in dem zu diesem Zweck besonders eingerichteten städtischen Bureau im ehemaligen Regierungsgebäude, Königsplatz 34, Erdgeschoß, melden."

Es meldeten sich darauf 321 Personen (mit 562 Kindern), welche zum Teil bei der Straßenreinigung angestellt, zum Teil unterstützt wurden. Von diesen waren im Baugewerbe, welches ja im Winter ruht, 119 Tagelöhner, 34 Maurer und Steinhauer, 13 Zimmerleute, 2 Dachdecker und 1 Stuckateur, zusammen 169 Arbeiter beschäftigt, also über die Hälfte.

Die Erwerbslosigkeit dauerte erst seit Januar	in	37	Fällen,
"	Dezember	"	160
"	November	"	52
"	länger	"	72
zusammen 321 Fälle.			

Mit der Miete waren 160 Familien mit durchschnittlich 23,80 M. rückständig. 260 Personen waren verheiratet.

Die Aufnahme der Arbeiter soll 965 Arbeitslose ergeben haben.

Erfurt. Im Winter 1891/92 und 1892/93 fanden Notstandsarbeiten statt; 1891/92 vom 10. Dezember bis 17. März. Die Maximalzahl der Beschäftigten war 243 vom 3. bis 16. März; 1892/93 vom 8. Dezember bis 29. März mit einer Maximalzahl von 452 vom 19. Januar bis 1. Februar, in ersterem Falle bei einem Tagelohn von 1,80 M. und 9stündiger Arbeitszeit, in letzterem Falle bei 1,50 M. und 7 $\frac{1}{2}$ stündiger Arbeitszeit.

Überblickt man nun die verschiedenen angewandten Erhebungsarten, so kann man folgende unterscheiden:

1. Enquete über die gesamte Geschäftslage und Notlage, angewandt in Berlin.

2. Ermittlung durch die Polizeiorgane, angewandt in Danzig und wohl auch in Stettin; Ergebnis sehr unsicher. Die in Danzig versuchte Methode, Arbeit durch die Polizeireviere nachzuweisen, mißglückte; wie es ja auch auf der Hand liegt, daß gerade diese Organe keine geeigneten Arbeitsnachweistellen abgeben werden.

3. Ermittlung durch die Armenpfleger, angewandt in Essen. Dies würde eine ganz besonders gut organisierte Armenpflege voraussetzen, in vielen Städten übrigens ebenso wenig empfehlenswert sein, als polizeiliche Ermittlungen. Der Polizei und der Armenpflege geht der Arbeiter eben so lange als möglich aus dem Wege.

4. Anlegung einer Liste der Arbeitslosen, wie in Aachen, oder Aufforderung zur Meldung, wie in Kassel. Beide Arten, namentlich die letztere, können für die Feststellung eines momentanen Notstandes sehr brauchbar sein. Aber die Stadt übernimmt damit quasi die Verpflichtung des Arbeitsnachweises, welche oft schwer zu erfüllen ist, im Falle der Erfüllung übrigens leicht Arbeiter aus der Umgegend in die Stadt zieht.

5. Die Erhebungen der Arbeitervereinigungen selbst. Gehe ich zu einer Kritik derselben über, so ist der fundamentale Fehler aller dieser Erhebungen, daß sie ihr Resultat gewissermaßen vorweg nehmen, daß sie das zu Beweisende zum Teil schon voraussetzen. Um die Arbeitslosen zu zählen, werden Formulare an die Arbeitslosen verteilt. Ja — so fragt man — was braucht man sie denn noch zu zählen, wenn man sie schon kennt? Gewiß mag ein Teil eben durch die Eintragung in die Formulare wieder ausgeschieden sein, aber im ganzen lag die Tendenz vor, recht viel Arbeitslose zu ermitteln. Vielsach ist dies auch deutlich zum Ausdruck gebracht worden. So hieß es in einer Ansprache an die Arbeiterschaft auf der Rückseite des Stuttgarter Fragebogens:

„Die allgemeine Geschäftskrise mit der großen Zahl Arbeitsloser erregt nicht nur in den Kreisen der Arbeiter selbst Bedenken, auch die herrschenden Klassen beginnen der Sache ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das Wort „Es giebt keinen Notstand“ findet auch bei ihnen nicht mehr in dem Maße Glauben, daß sich die Gemüter dadurch beruhigen ließen.“

Dann wird darauf hingewiesen, daß die Erhebungen der Stadtverwaltung nicht genügen und geschlossen:

„Arbeiter und Arbeiterinnen! Zahlen beweisen! Die Zahlen aber können wir nur durch Eure vertrauensvolle Mitwirkung erlangen, um so der Stadtverwaltung Stuttgarts Beweismaterial für den gegenwärtigen Notstand liefern zu können. Wir bemerken ausdrücklich, daß diese Zettel nur für die Zählkommission bestimmt sind, also nicht in die Hände der Behörden kommen.“

In Mannheim hatte die Zählkommission einen „Aufruf an die arbeitende Bevölkerung Mannheims“ erlassen. Derselbe begann:

„Im Laufe der letzten Monate sind Hunderte von Arbeitern brotlos geworden. Hunderten und Aberhunderten steht das gleiche Schicksal bevor. Was bedeutet aber Arbeitslosigkeit? Nicht bloß Not und Elend für die von ihr Betroffenen, sie bedeutet auch die Unsicherheit der Existenz für die gesamte arbeitende Klasse, vermehrte Knechtung und Ausbeutung



der Arbeitenden, weil der Kapitalismus in seiner Profitgier die Hungerigen, die um jeden Preis ihre Arbeitskraft feilbieten müssen, zur Lohnrückerei gegen diejenigen, die in Arbeit stehen, ausspielt. . . . Der Staat, dessen Pflicht es eigentlich wäre, die Zahl der Arbeitslosen einmal festzustellen, hat noch niemals den Versuch gemacht, dies zu bewerkstelligen. Es liegt nicht in seinem Interesse, weil die Bourgeoisie, das Unternehmertum, als dessen ureigenster Vertreter er anzusehen ist, es sogar vermeiden muß, die Zahl dieser Ausgestoßenen zu erfahren, die nur eine furchtbare Anklage gegen sie bilden würde."

Wenn nun irgend etwas eine Statistik trüben kann, so ist es die Tendenz nach bestimmten vorher bezeichneten Resultaten; und diese spricht hier aus jedem Wort. Wird doch die Bedeutung der Arbeitslosigkeit eigentlich dahin erklärt, daß auch die sich unsicher in ihrer Existenz fühlenden und die da glauben, daß sie um jeden Preis ihre Arbeitskraft feilbieten, sich als arbeitslos betrachten sollen! So sind denn auch Dienstboten und Tagelöhner von 14 Jahren und von 90 Jahren, Bureaugehilfen von 18 und 69 mitgezählt und Arbeitslosigkeiten von einem Tage bis zu drei Jahren.

Darauf kommt es aber bei einer solchen Erhebung offenbar nicht an. Es könnte ja schließlich nichts dagegen gesagt werden, wenn der Begriff „Arbeitslosigkeit“ so weit, wie möglich, gefaßt worden wäre, so daß auch Urlaube und Ferien mit als Arbeitslosigkeit gerechnet wurden; aber dann hätte die Aufarbeitung des Materials eine solche sein müssen, daß man die verschiedenen Gattungen ausscheiden konnte.

Ein in den „Blättern für soziale Praxis“, Nr. 40 S. 117, abgedrucktes Gutachten des Herrn Dr. Bleicher, vom Statistischen Amt der Stadt Frankfurt a. M., legt ebenfalls der Frage der Aufarbeitung einen entscheidenden Wert bei. Mit Recht wird hier auch darauf hingewiesen, daß zur Bearbeitung geübtes Personal, Zeit und Geld gehört. Man hätte die vollständig Arbeitslosen trennen müssen von der Zahl der weniger Beschäftigten. Man mußte die einzelnen Gründe der Arbeitslosigkeit ebenso wie die verschiedenen Altersklassen auszählen, so daß man noch nicht arbeitsfähige Kinder und nicht mehr arbeitsfähige Greise ausschied.

Auch das Formular würde, wenn einmal solche Erhebungen wieder beliebt werden, weiter auszugestalten sein.

Das Formular fragt allerdings nach dem Grunde der Arbeitslosigkeit, aber nicht in zureichender Weise. Es fragt nur, wodurch dieselbe verursacht wurde, aber es fragt nicht, ob dieselbe entsehädigt wird, und nicht, ob im Krankheitsfalle nach beendigter

Krankheit der Eintritt in die Arbeitsstelle wieder erfolgen wird. Das Formular begnügt sich zu fragen, „seit wann arbeitslos?“ Es hätte aber eine Frage vorsehen sollen, ob nur eine momentane Beschäftigungslosigkeit mit begründeter Aussicht auf schleunige Wiederbeschäftigung vorliegt, sowie eine weitere, wovon der jetzige Lebensunterhalt bestritten wird, es hätte auch, um eben Zugereifte ausscheiden zu können, fragen müssen, seit wie lange am Orte? Das Formular wirft die außerordentlich wichtige Frage auf, ob die Beschäftigung jetzt eine kürzere Dauer habe, als sonst. Aber diese Frage — so bedeutsam sie ist — gehört doch garnicht auf ein Formular für Arbeitslose, sondern im Gegenteil auf eines für Beschäftigte. Durch diese Verquickung wird jedenfalls erreicht sein, daß viele Beschäftigte sich als arbeitslos eintrugen, nur darum, weil sie in der Lage waren, die Frage „Sind Sie nur einen Teil der sonst in Ihrem Gewerbe üblichen Zeit beschäftigt?“ zu bejahen. Allerdings sollte die Beantwortung dieser Frage unterbleiben, wenn die Frage, ob arbeitslos, beantwortet war. Aber die bezügliche Bemerkung wird wohl vielfach nicht richtig beachtet sein.

Aber, wird man nun einwenden, es kam hier nur auf die Ermittlung der Zahl der Arbeitslosen an. Dieser Einwand würde auf einem verhängnisvollen Irrtum beruhen; es ist der bei Laien leider weit verbreitete Glaube oder Wunsch, soziale Zustände durch einfache Zahlen ausgedrückt zu sehen. Dieses Bestreben führt dann dazu, daß man sogenannte Armenziffern für verschiedene Städte ausrechnet und vergleicht, ohne sich klar zu machen, daß die bloße Zahl der unterstützten Armen im Vergleich zur Einwohnerzahl keinen Maßstab für die sonstigen leicht gezogenen Folgerungen über die Höhe der ganzen Armenlast, überhaupt über die Möglichkeit, Verdienst zu erlangen oder nicht, über den Grad der Wohlthätigkeit u. s. w. abgiebt, ehe man nicht die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Beruf und Alter, die zeitige Lage des Erwerbslebens und Gesundheitszustandes u. dgl. kennt. So ist es auch nicht möglich, durch eine Zahl oder durch einige wenige Zahlen ein Bild der vorhandenen Erwerbslosigkeit zu gewinnen. Komplizierte Verhältnisse lassen sich nicht durch ein paar Schlagworte oder Zahlen erklären. Es ist nichts damit gewonnen, zu wissen, daß zur Zeit so und so viel Arbeiter ohne Erwerb sind. Man muß wissen, wie sich diese Zahl zu der Zahl der Beschäftigten in jeder Berufsklasse verhält. Man muß wissen, ob Krankheit Grund der Arbeitslosigkeit ist, ob Streik ob Erholung; man muß wissen, ob diese Arbeitslosigkeit mit Erwerbslosigkeit gleich



ist, oder ob sie entschädigt wird, und in welcher Höhe und von wem, ob von der Armenpflege, der Krankenkasse, einer Streik-kasse u. s. w. Man muß ferner wissen und auf einer etwaigen Zählkarte danach fragen, ob für die Branche des Arbeitslosen die sogenannte Saison beendet ist, ob der Bauhandwerker also nur feiert, weil die alljährlich wiederkehrende stille Zeit begonnen hat, in welcher er außerhalb seiner Branche gelegentlichen Erwerb suchen oder auf solchen verzichten muß. Es hat eine ganz wesentliche Bedeutung, ob die Zahl der Arbeitslosen sich vorwiegend aus solchen Arbeitern zusammensetzt oder nicht. Es ist wohl anzunehmen, daß die in den erwähnten Wintererhebungen der Arbeiter gezählten Arbeitslosen sich zum großen Teile aus Bauarbeitern werden zusammengesetzt haben. Dies sind aber in der Regel höher bezahlte Arbeiter, vielleicht deswegen höher bezahlt, weil sie eine Zeit im Jahre unbeschäftigt sein müssen.

Weil nun aber zu verschiedenen Zeiten die einen Gewerke reichlich und die andern spärlich Arbeit haben, so ist auch mit einer einmaligen Erhebung nichts erreicht, ja nicht einmal mit einer mehrmaligen. Hände dergleichen quartalsweise und einige Jahre hindurch fortgesetzt statt, so würden auch mittelmäßige Erhebungen relativ benutzbare Zahlen und einige Einblicke gewähren. Aber man vergegenwärtige sich, was dies für die Arbeitervereinigungen, wenn sie selbst solche Aufnahmen machen, heißen will. Nach vorliegenden Notizen kostete in einem Falle in Köln im Severinsviertel die Ermittlung des Arbeitslosen 65 Pfennige, in einem anderen Falle in Stuttgart 25  $\frac{1}{2}$  Pfennige, wie es scheint nur Erhebungskosten. Man kann sich selbst ausrechnen, was die ganze Erhebung der 42 000 angeblich Arbeitslosen gekostet hat, und was sie bei vierteljährlichen Erhebungen kosten würde.

Bleibe ich alle diese Umstände in Betracht, so komme ich zu dem Schluß, daß die Arbeiter selbst sich von der Anstellung solcher besonderer Zählungen zurückhalten sollten. Das Bild, das sie von ihrer Notlage geben wollen, kann, wie die Dinge liegen, kein richtiges werden; und die Lage eines Notleidenden wird dadurch nicht gebessert, daß sie falsch dargestellt wird; wird sie besser dargestellt, so wird die Hilfe zurückgehalten, und wird sie schlechter dargestellt, so ist man geneigt, die hier unterlaufende Übertreibung für größer zu halten, als sie vielleicht ist.

Nun wäre es freilich schlimm, wenn dies rein negative Resultat der Statistik — der Weisheit letzter Schluß wäre. Und man muß in der That seine Ansprüche an die verhältnismäßig noch sehr junge Wissenschaft der Sozialstatistik nicht zu hoch

schrauben. Der Statistiker befindet sich eben noch in den Anfangsstadien seiner sozialen Beobachtungen, er kann das Bild gewisser sozialer Krankheitszustände noch nicht mit der *Laterna magica* auf die Leinwand werfen, wie der Arzt dasjenige bestimmter Krankheitserreger. Er kann es, wie der Arzt, bei einigen Krankheiten wohl, und bei anderen nicht.

Aber weder der Arzt noch der Statistiker sind im Stande, bestimmte Krankheiten des menschlichen beziehungsweise sozialen Körpers klar zu legen, wenn nicht eindringende und oft zeitraubende Untersuchungen vorausgegangen sind.

Bei der sozialen Krankheit der Arbeitslosigkeit fehlen jedoch solche statistische Untersuchungen fast gänzlich. Will man sie nun endlich beginnen, so sind nach dem Vorausgeführten verschiedene Wege zu betreten und verschiedene Faktoren zuzuziehen.

Die beiden Wege sind einerseits selbständige Erhebungen und andererseits die Benutzung beziehungsweise Ausbaue der schon vorliegenden Verwaltungsstatistik. Die beteiligten Faktoren sind Staat, Stadt und Privatvereinigungen.

Der Weg der selbständigen Erhebung, der Zählung, ist freilich nur geeignet ein Momentbild zu liefern. Zu beschreiten ist er nicht durch Private, namentlich auch nicht durch Arbeiter. In Frage kommt Staat oder Stadt. Wenn man mich fragt, ob ich empfehle, ihn zu betreten, so würde ich von Aufnahmen in der Art, wie die Arbeiter solche im letzten Winter veranstalteten, abraten. Aber ich würde anraten, gelegentlich einer Volkszählung Fragen über Arbeitslosigkeit zu stellen. Am besten würden sich Berufszählungen eignen. Die letzte hat 1882 stattgefunden, eine Wiederholung wird immer dringender. Gefragt wurde schon damals bei jedem Einwohner nach Hauptberuf, Nebenberuf, vormaligen Beruf u. s. w. Es wäre nicht schwer, hier Fragen nach der Arbeitslosigkeit anzubringen. Es würde für das erste Mal genügen, wenn das Reich solche Erhebungen nur für bestimmte Bezirke machte, oder — falls das Reich dies unterläßt — daß die Stadtverwaltungen bestimmte Zusatzfragen zu den allgemeinen staatlichen Fragen bei der Volkszählung stellen.

Weit wichtiger freilich wird aus den schon angeführten Gründen die Benutzung der Verwaltungsstatistik, weil sie allein die Möglichkeit giebt, die sozialen Thatfachen nicht nur in ihrem Stande, sondern auch in ihrem Verlaufe zu beobachten. Was hier alles geschehen kann, durch Führung einer besseren Statistik der Polizei-, der Armenverwaltung, der Arbeiterversicherung, habe ich angedeutet. Die Stadtverwaltungen würden anfangen



müssen, Sozialstatistik zu treiben, eventuell entsprechende Ämter einzurichten, ähnlich wie ja auch das Reich mit der Gründung einer Kommission für Arbeiterstatistik vorgegangen ist.

Diese Thätigkeit des Reichs und der Städte aber wird durch die private Mithilfe zu ergänzen und anzuregen sein; nicht in der Weise, daß sich private Vereinigungen Verwaltungsaufgaben aneignen, sondern indem sie dieselben klarlegen. Bedeuteten auch die Arbeitererhebungen des letzten Winters eine solche Annexion, so haben sie doch das große Verdienst, sehr nachdrücklich gewisse Aufgaben der sozialen Statistik von Staat und Gemeinden bezeichnet zu haben. Vermutlich ist es auch hierauf zurückzuführen, wenn die Kommission für Arbeiterstatistik auf Antrag des Abgeordneten Siegle, in der Sitzung vom 3. Juli 1893 die Frage der Arbeitslosen-Statistik beriet.

Allerdings geschah dies nur auf Grund der Arbeitsnachweis-Statistik, auch fiel die Beratung insolgedessen negativ aus. Auch ist fernerhin die ganze Einrichtung der Kommission noch unfertig und das bisher zu Tage geförderte Material noch unvollkommen. Aber das statistische Amt des Reichs hat es dennoch sehr gut verstanden, soweit dies überhaupt möglich war, das Erhobene statistisch zu verwerten.

Vielleicht also führt dieser Anfang schneller zu einem Ziel. Soll die Frage der Sozialstatistik und speziell der Statistik der Arbeitslosigkeit in großem Stile behandelt werden, so wird ohnehin eine statistische Zentralstelle des Reichs nicht zu entbehren sein. Hier laufen die Fäden der Krankenkassenstatistik zusammen, hier wird die Kriminalstatistik, die Armenstatistik, die Versicherungsstatistik getrieben, von hier aus läßt sich auch für lokale Erhebungen leichter die für Vergleichen wichtige Einheitlichkeit erreichen.

Allerdings erwähnte ich bereits, daß die Frage der Arbeitslosigkeit eine recht verwickelte ist. Es lassen sich die viel verschlungenen Zweige des Erwerbslebens nicht mit einem Griff lösen. Treiben wir überhaupt mehr soziale Statistik, gehen wir an unsere Frage von verschiedenen Seiten aus heran, so werden wir endlich auch im stande sein, in statistischen Zahlenreihen unsere sozialen Zustände aufzudecken und damit die Möglichkeit zu geben, dort — wo sie fehlerhaft erscheinen — einzuschreiten.

Stadtrat Dr. Fleisch: Ich danke den Herren Referenten für die uns erstatteten Berichte im Namen der Versammlung herzlichst; im übrigen tritt jetzt eine Pause von 20 Minuten ein, nach deren Ablauf wir die Diskussion beginnen wollen.

## Diskussion.

E. Lautenschlager, Stuttgart: Meine Herren! Ich muß vorausschicken, daß ich zu den im Programm vorgeesehenen Herren, die mit der Arbeitsvermittlung praktisch vertraut sind, eigentlich nicht gehöre. Ich habe bloß die Absicht gehabt, später einmal praktisch in der Arbeitsvermittlung thätig zu werden und zwar in Stuttgart, wo in der letzten Zeit, wie Sie vielleicht gelesen haben werden, der Plan entstanden ist, die Arbeitsvermittlung in städtischen Betrieb zu nehmen.

Nach dem gedruckten Programm soll sich an die eigentlichen Vorträge eine Diskussion über die Frage der Arbeitsvermittlung anknüpfen. Nun ist aber in den bis jetzt gehörten Vorträgen die Frage der Arbeitsvermittlung nicht behandelt worden, und es ist schwer, eine Diskussion über Dinge, die überhaupt noch nicht besprochen worden sind, zu eröffnen.

Bei den Mitteilungen, die ich Ihnen machen will, gehe ich von dem gleichen Standpunkt aus, wie die Herren, die heute Vormittag geredet haben. Die Herren haben gesagt, es beständen Mißstände in unserem sozialen Leben, die in jedem Winter zu einem sogenannten Notstand führen, und es müsse irgend etwas gegen diese Mißstände gethan werden.

Über die Gründe, auf denen diese Mißstände und der Notstand beruhen, will ich mich nicht verbreiten, denn diese Dinge sind heute Vormittag schon genügend erörtert worden; ich will mich auf die Frage beschränken, wie kann eine Besserung der gegenwärtigen Mißstände erzielt werden.

Herr Kloss hat gesagt, eine Besserung sei erst dann zu erzielen, wenn aus der jetzigen individualistischen Gesellschaftsordnung in die kollektivistische übergetreten würde. Nun wird aber dieser Übertritt im nächsten Winter vermutlich noch nicht stattfinden, im übernächsten Winter vermutlich auch nicht, vielleicht auch nicht in diesem Jahrzehnt. Die Frage, die uns hier zusammengeführt hat, lautet aber: „Was können wir jetzt unter



den gegebenen Verhältnissen thun, was können wir im nächsten Winter und im nächsten Jahrzehnt gegen die Mißstände thun, die sich wieder zeigen werden." Ich will Ihnen kurz berichten, was zur Lösung dieser Frage in letzter Zeit in Stuttgart geschehen ist. Diese Mitteilungen werden auch für andere Städte von einigem Interesse sein, weil ähnliche Verhältnisse, wie in Stuttgart, auch in anderen Städten vorliegen werden.

Herr Dr. Hirschberg hat heute Vormittag ausgeführt, daß mit einzelnen Erhebungen, mit Momentaufnahmen über Arbeitslosigkeit und Notstand nicht viel erreicht werde, daß es vielmehr notwendig sei, fortlaufende Erhebungen und fortlaufende Beobachtungen anzustellen. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit war es, die in Stuttgart hauptsächlich dazu beigetragen hat, daß der Plan zur Errichtung eines städtischen Arbeitsamts entstanden ist. Die erste Anregung für ein städtisches Arbeitsamt habe ich übrigens durch meine richterliche Thätigkeit im Gewerbegericht bekommen.

Bei Entschädigungsklagen wegen kündigungsloser Entlassung oder wegen unbefugten Austritts aus der Arbeit mußte häufig festgestellt werden, ob wirklich der entlassene Arbeiter keine andere Arbeit finden und ob wirklich der Arbeitgeber keine anderen Arbeiter bekommen konnte. Um für solche Fälle eine Grundlage zu bekommen, habe ich mich an das in Stuttgart bestehende Bureau für Arbeitsnachweis gewandt. Von den Jahresberichten dieser Anstalt war ich zu der Ansicht gekommen, daß die Arbeitsvermittlung für sämtliche Arbeiter von Stuttgart dort stattfindet. Ich habe mich aber bald davon überzeugt, daß das nicht richtig ist und daß von den Arbeitsstellen, die jährlich in Stuttgart besetzt werden, nur der achte oder zehnte Teil auf das Bureau für Arbeitsnachweis kommt. Ich sagte mir, daß für die Zwecke der gewerblichen Rechtsprechung bloß dann zuverlässige Auskunft zu erhalten sein werde, wenn der gesamte Arbeitsnachweis zentralisiert wäre. Um eine solche Zentralisierung anzubahnen, habe ich schon vor 1½ Jahren vorbereitende Schritte gethan. Damals hat sich noch sehr wenig Entgegenkommen gezeigt. Die Vereine, die seither das Bureau für Arbeitsnachweis geleitet hatten, wollten die Sache nicht aus der Hand geben. Die Arbeitervereinigungen wollten die von ihnen selbst betriebenen Arbeitsnachweise nicht ohne weiteres aufgeben, und auch die Arbeitgeber hatten kein rechtes Vertrauen zu der Sache. Zudem war damals keine Aussicht, daß die Stadtverwaltung sich zur Bewilligung der nötigen Mittel entschließen werde. Der Plan wurde deshalb einstweilen zurückgestellt. Es war aber voranzusehen, daß der kommende Winter mit seinem Notstand die Anschauungen

der beteiligten Kreise ändern werde. Einstweilen benützte ich die Zeit, um den bestehenden Zustand der Arbeitsvermittlung zu untersuchen. Die Zustände, die ich gefunden habe, werden überall ähnlich sein. Arbeitsvermittlungsanstalten bestehen wohl, aber keine einzige beherrscht den ganzen Arbeitsmarkt. Die Arbeiter sind darauf angewiesen, von Thür zu Thür zu gehen und zu suchen, ob sie Arbeit finden. Sie sind darauf angewiesen, in den Herbergen zu warten, bis die Arbeitgeber kommen und Arbeiter suchen; sie sind ferner darauf angewiesen, kostspielige Anzeigen in die Zeitung aufnehmen zu lassen, und in vielen Fällen sind sie genötigt, sich an ein Privatbureau für Stellenvermittlung zu wenden. Bei diesen Privatbureaus ist die Gefahr der Ausbeutung groß, in Stuttgart wenigstens habe ich das gefunden. Es bestehen dort über fünfzig derartige Bureaus, in denen Gebühren verlangt werden, die zum Teil außerordentlich hoch sind.

Die Überzeugung, daß ein zentralisierter Arbeitsnachweis notwendig sei, hat dann der Winter mit seinem Notstand auch anderen Kreisen beigebracht. Die Presse brachte Mitteilungen über das Anschwellen der Arbeitslosigkeit, die Gewerkschaften veranstalteten eine Zählung der Arbeitslosen, und in dem Ergebnis der Zählung, das veröffentlicht wurde, fand sich eine ziemlich große Anzahl von Personen als arbeitslos bezeichnet. Es wurden dann Notstandsarbeiten angeordnet: Holzspalten, Grabarbeiten, Steinklopfen u. s. w., aber es zeigte sich, daß zu einem planmäßigen Vorgehen die Unterlagen vollständig fehlten. Jetzt brach sich mehr und mehr die Ansicht Bahn, daß eine Stelle geschaffen werden müsse, wo die Vorgänge, die zur Arbeitslosigkeit und zum Notstand führen, systematisch und fortlaufend beobachtet werden können. Das Gewerbegericht nahm die Sache in die Hand und legte im Sommer dieses Jahres gedruckte Vorschläge zur Gründung eines städtischen Arbeitsamtes den bürgerlichen Kollegien vor.

Dieses städtische Arbeitsamt soll zunächst den Zwecken der Arbeitsvermittlung dienen. Die Arbeiter sollen bewahrt werden vor der Zeitverschwendung, die mit dem Umhauern bei den verschiedenen Geschäftsstellen verbunden ist, und sie sollen bewahrt werden vor der Geldverschwendung, welche die Benützung der privaten Vermittlungsbureaus verursacht. Daneben aber soll das Arbeitsamt die Grundlagen liefern, von denen aus in der Frage der Arbeitslosigkeit und des Notstandes etwas gethan werden kann. Wenn die Stadt Arbeitslose beschäftigen will, dann muß sie zunächst wissen, wie es sich mit dem Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen verhält. Solche Feststellungen können



am ehesten gemacht werden von einer Stelle, bei der der gesamte Arbeitsnachweis zentralisiert ist.

Daß der Arbeitsnachweis jemals ganz zentralisiert werden wird, ist allerdings nicht anzunehmen; es werden stets Arbeitsstellen durch unmittelbare Verständigung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber besetzt werden, und es werden auch niemals die Privatbureaus ganz beseitigt werden können. Bei der Ausarbeitung des Statuts für das Arbeitsamt haben wir uns in reichlichem Maß die Erfahrungen zu Nutze gemacht, die in anderen Städten mit dem Arbeitsnachweis gemacht worden sind. Zunächst stand fest, daß der Arbeitsnachweis nur dann in Wirklichkeit ein zentralisierter werden könne, wenn Arbeitgeber und Arbeiter gleiches Vertrauen zur Sache haben. Dieses Vertrauen wird dann am ehesten zu erringen sein, wenn den Arbeitgebern und Arbeitern gleicher Einfluß auf die Leitung des Instituts gewährt wird. Die einfachste Lösung schien, die Leitung des Arbeitsamts einer Kommission des Gewerbegerichts zu unterstellen. Das Gewerbegericht besteht zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und aus Arbeitern, die aus der direkten Wahl aller Arbeitgeber und aller Arbeiter hervorgegangen sind.

Um eine allgemeine Benutzung des Arbeitsamts zu sichern, erschien es ferner wünschenswert, die Unentgeltlichkeit der Vermittlung anzustreben. Besonders bei den weiblichen Arbeitern drängen die Verhältnisse auf Unentgeltlichkeit hin. Die Dienstboten und das Wirtschaftspersonal sind vollständig auf die privaten Vermittlungsbureaus angewiesen. Die eigentlichen gewerblichen Arbeiterinnen dagegen müssen sich fast ausschließlich mit dem Umschauen behelfen. Zu welchen Mißständen gerade bei den Arbeiterinnen das Umschauen führen muß, brauche ich nicht näher hervorzuheben. Eine geregelte Arbeitsvermittlung ist daher bei den Arbeiterinnen ganz besonders notwendig. Sobald aber die Arbeitgeber für die Zuweisung einer Arbeiterin etwas bezahlen sollen, werden sie in den meisten Fällen von der Benutzung der Vermittlungsanstalt absehen und wie seither abwarten, bis die Arbeiterinnen selbst kommen und anfragen. Während im Prinzip die Errichtung des geplanten Arbeitsamts vom Gemeinderat in Stuttgart schon beschlossen ist, ist die Frage der Gebührenerhebung noch nicht erledigt. — Wie schließlich auch diese Frage geregelt werden wird, jedenfalls wird soviel erreicht werden, daß künftig eine Anstalt besteht, von der zuverlässige Angaben über die Bewegung des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage zu erhalten sind.

Auch in anderen deutschen Städten werden ähnliche An-

stalten geplant, und zu wünschen ist nur, daß möglichst bald diese Pläne verwirklicht werden; denn je rascher die Arbeitsämter sich ausdehnen, und je enger das Netz der Arbeitsämter, die gegenseitig mit einander in Beziehung treten können, wird, um so besser werden sie ihre Zwecke erreichen können. Es giebt nach meiner Ansicht wenige Fragen, in denen die deutschen Städte besser zeigen können, daß sie zu großen Leistungen auf dem Gebiet des sozialen Lebens noch fähig sind, wie gerade die Frage der „Errichtung von städtischen Arbeitsämtern“.

Joh. Bardorf, Sekretär des Vereins für Arbeitsvermittlung in Wien: Sehr geehrte Anwesende! Im Laufe des heutigen Vormittags hat sich — wenn ich mich so ausdrücken darf — die Theorie mit den vorliegenden Fragen beschäftigt. Manche der dabei aufgestellten Betrachtungen sind geeignet, selbst uns Praktikern neue Gesichtspunkte zu eröffnen. Auf alle Fälle ist es gut, Theorie und Praxis zur gemeinsamen Behandlung derartiger Fragen heranzuziehen, wie dies seitens des Hochstiftes geschah.

Von diesem Gesichtspunkte ließen wir uns auch in Wien leiten, als die Einladung des Hochstiftes zur Beschickung des Kongresses an uns erging. Wir sagten uns, wenn schon über Fragen wie Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung gesprochen werden soll, so dürfen dabei diejenigen nicht fehlen, welche auf eine mehrjährige Bethätigung auf diesem Gebiete zurückblicken können.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, gelangten wir daher zu dem Entschlusse, die Kosten zur Delegation eines Vertreters nicht zu scheuen.

Der Verein für Arbeitsvermittlung in Wien, den hier zu vertreten ich die Ehre habe, wurde vor circa 9 Jahren gegründet. Diese Gründung entsprach einem allseits fühlbaren Bedürfnisse. Das Arbeitsangebot vollzog sich bis dahin in der Regel in den alten überlieferten Formen, trotzdem das österreichische Gewerbegesetz die Genossenschaften verpflichtet, den Arbeitsnachweis zu führen.

Diese gesetzliche Bestimmung wird jedoch nicht durchgeführt, sondern übergangen — was übrigens, nebenher bemerkt, eine spezifisch österreichische Eigenart zu sein scheint — indem dies auch bei anderen Gesetzen der Fall ist.

Nur in vereinzelten Ausnahmen kommen Genossenschaften dieser ihrer Verpflichtung nach; die Mehrzahl derselben will und in vielen Fällen kann sie dies auch gar nicht.

Nach wie vor ist daher der Geselle in diesen Gewerben bei



Aussuchung einer Arbeitsstelle auf die persönliche Umschau angewiesen.

Aber selbst angenommen, die Genossenschaften wären gewillt, sich zur Führung des ihnen gesetzlich auferlegten Arbeitsnachweises zu entschließen, so würde damit jedoch nur immer erst ein Teil dieser Frage gelöst werden und dies keineswegs in allgemein befriedigender Weise, da auch hier, wie bei Gewerkschaften, die Gefahr nahe liegt, daß die Führung des Arbeitsnachweises zum Kampfobjekt zwischen Meistern und Gesellen wird.

Bei diesem Anlasse glaube ich es auch nicht unterlassen zu sollen, darauf zu verweisen, daß die bei uns auf zünftlerischer Basis beruhenden Genossenschaften, schon vermöge ihres beschränkten Wirkungskreises, ungeeignet sind, einen dem heutigen Stande des Arbeitsmarktes entsprechenden Arbeitsnachweis einzuführen.

Und nun wieder zu den verderblichen Wirkungen der persönlichen Umschau nach Arbeit. Ich bin selbst bis Mitte der achtziger Jahre Arbeiter gewesen und kenne diese Unannehmlichkeiten, welche mit dem Auffuchen einer Arbeitsgelegenheit verbunden sind, ganz genau. Es wird als unwürdige Härte von den Arbeitern empfunden, von Fabrikthor zu Fabrikthor um Arbeit betteln zu müssen. Gerade der bessere, intelligentere und daher empfindsamere Arbeiter fühlt diese Schmach doppelt; er ist es, dessen Faust sich oft vor Wut ballt, wenn er sich den rohen übermütigen Abweisungen ausgesetzt fühlt. Manche Erbitterung, die sich in Versammlungen in Worten, ja selbst in rabiaten politischen Thaten äußert, mag auf solche Ursachen zurück zu führen sein.

Wir in Österreich empfanden diesen Umstand lebhaft und sagten uns, diesen entwürdigenden Zuständen müsse denn doch ein Ende bereitet werden.

Es wurde schon von meinem Vorredner darauf verwiesen, daß die Stellenvermittlung für Arbeiterinnen und insbesondere für weibliche Dienstboten durch Privatvermittler besorgt wird. Dies ist auch bei uns und zwar hauptsächlich beim Dienstpersonal der Fall. Ohne im geringsten zu übertreiben, kann man hier mit Recht sagen, daß die Dienstboten, welche solche Privatbureaus in Wien in Anspruch nehmen, in der unverschämtesten Weise ausgebeutet werden.

Es ist keine Übertreibung, sondern entspricht den Thatfachen, daß vielfach die letzte Habe, das letzte entbehrliche Kleidungsstück, ins Pfandhaus wandert, um die Einschreibgebühren und Vermittlungsgebühren des geldgierigen Privatvermittlers decken zu können. Von der Erlangung eines Dienstpostens ist gewöhnlich keine Spur, da es dieser Sorte von Unternehmern weniger darum

zu thun ist, den Bewerber Posten zu verschaffen, als darum, Gebühren zu erhalten. Daher die übliche Praxis bei diesen Geschäften, möglichst hohe Einschreibengebühren einzuheben. Ankündigungen von angeblich freien Dienstposten in Zeitungsinsertaten locken immer neue Opfer an. Auf diese Weise gedeihen allerdings solche Unternehmungen, während die Opfer der gewissenlosen Ausbeutung, wenn aller Mittel entblößt, in ihrer Hoffnung, einen Dienstposten zu erlangen, betrogen, häufig in die Arme der Prostitution getrieben werden.

So liegen die Dinge bei uns, so oder ähnlich auch in anderen Großstädten; solch unwürdige Zustände müssen beseitigt werden, und es ist zunächst Sache der Gemeinden, hier einzugreifen.

Es sei mir gestattet, nunmehr eine andere Form des Arbeitsnachweises der Besprechung zu unterziehen, nämlich die Zuweisung durch Gewerksvereine. Die organisierten Arbeiter finden diese Art der Zuweisung als die passendste. Nicht mit Recht, wie ich glaube, und die Erfahrungen, die wir in Oesterreich mit den Gewerkschaften auf diesem Gebiete gemacht haben, bestätigen diese meine Ansicht. Die Gewerkschaften Wiens waren zu Beginn der siebziger Jahre fast durchgehends bemüht, die Stellenvermittlung durch den Verein zu besorgen und gründeten auch vielfach Stellenvermittlungs-Sektionen. Die Mehrzahl derselben erzielte ungenügende, im Verhältnis zur verursachten Mühe kaum nennenswerte Erfolge. In der Mitte der achtziger Jahre, als über Wien und andere Bezirke der Ausnahmezustand verhängt wurde, fand es die Mehrzahl dieser Vereine angemessener, ihre Thätigkeit einzustellen. Mit den dermaßen verschwundenen Gewerkschaften waren auch ihre Arbeitsnachweistellen verschwunden. Auch neuerdings versucht man wieder, in den Gewerksvereinen den Stellennachweis einzuführen, voraussichtlich auch ohne wesentlichen Erfolg. Die Ursache dieser Erfolgslosigkeit liegt meines Erachtens darin, daß die österreichischen Gewerksvereine erstens noch nicht im entferntesten so ausgebildet sind wie hier in Deutschland und ferner darin, daß die Gewerksvereine als Kampfesvereine überhaupt zur Ausübung des Arbeitsnachweises ungeeignet sind. Ich werde die letztere Behauptung sofort näher begründen; da mir viel daran gelegen ist, nicht mißverstanden zu werden, erkläre ich, mich zunächst auch nur auf österreichische Verhältnisse beziehen zu wollen.

Bei der Frage der Arbeitsvermittlung ist ein für allemal festzuhalten, daß zur Eingehung des Arbeitsverhältnisses zwei Faktoren gehören, nämlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Jede



Vermittlung, soll sie mit Erfolg geführt werden, hat daher als Voraussetzung, daß diese beiden Faktoren gemeinsam arbeiten und für den bestimmten Zweck in ihren Anschauungen und Bedürfnissen übereinstimmen. Ist dies der Fall, dann ist auch eine Einigung leicht erzielt zur Beseitigung der als beiderseits schädlich erkannten Übelstände. Fehlt aber diese Übereinstimmung und gelangt der Arbeitsnachweis in die Hand des einen Teiles, so wird als natürliche Folge der andere Teil eine gegnerische Haltung einnehmen, wodurch eine derartige Institution schon zur Erfolglosigkeit verdammt ist.

Wir sahen dies auch auf diesem Gebiete in den Genossenschaften. In den wenigen derselben, wo man an die Errichtung eines Arbeitsnachweises ging, ist die Stellenvermittlung gewöhnlich Kampfsobjekt geworden. Die Meister sagten sich: Haben wir den Arbeitsnachweis in Händen, so soll der Apparat sehr zu unseren Gunsten ausgenützt werden. Umgekehrt sagten sich die organisierten Arbeiter: Der Arbeitsnachweis muß in unsere Hände, denn er soll uns zur schneidigen Waffe gegen die Prinzipale werden. Immer fanden wir, daß, sobald die eine Seite herrschte, die andere mißnützig wurde und nicht mitthat und als Folge sich ergab, daß aus dem Ganzen nichts wurde.

Die Erkenntnis dieser Sachlage war auch in Wien der Anstoß zur Gründung eines Vereines, der unabhängig von jeder politischen als sonstigen Beeinflussung ohne jedwede Nebenabsicht sich lediglich auf sein engeres Ziel, die Arbeitsvermittlung, beschränken sollte. Um nun diesen Gedanken schon durch die Zusammensetzung des Vereines zum Ausdruck zu bringen und um den Interessenten beider Teile Vertrauen einzulösen, ward statutengemäß festgestellt, daß die Mitgliedschaft des Vereines aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bestehen habe und die Leitung desselben paritätisch sein müsse. Zur Leitung wurden berufen auf der einen Seite Leute aus den bürgerlichen Kreisen, wie Rammerrat Weiß, der Parlamentarier Dr. von Plener, auf der anderen Seite Vertrauensmänner der Arbeiter, wie die Herren Walečka, Dr. Adler, Gehrke und Ruzicka u. s. w. Die Leitung bestand demnach und besteht noch in ihrer Zusammensetzung aus Leuten, die im öffentlichen politischen Leben entgegengesetzte Meinungen vertreten; deren Wirken für den engbegrenzten bestimmten Zweck hat gezeigt, daß das neutrale Gebiet der Humanität selbst von politischen Gegnern vereint gehegt und gepflegt werden kann.

Zur weiteren Beurteilung der vorliegenden Frage sei noch eines ganz eigentümlichen Vermittlungswezens gedacht, einer Art des Arbeitsnachweises, auf welche bereits Herr Dr. Hirschberg

anpielte. Wir haben nämlich in Österreich auch eine Arbeitsvermittlung von Amts wegen oder — wenn man das Ding beim richtigen Namen nennen will — von Polizei wegen: eine Arbeitsvermittlung in Verbindung mit den Naturalverpflegungs-Stationen.

Bekanntlich reisen Jahr aus Jahr ein Hunderttausende von armen Teufeln — arbeitslose Handwerksburschen auf den Landstraßen. Für die Reisenden ist insofern Vorsorge getroffen, daß sie an gewissen Orten in nicht besonders reinlichen Behausungen unentgeltlich übernachten können und zumeist auch ein überaus kärgliches Mahl zugewiesen erhalten und endlich, soweit Arbeitsgelegenheit vorhanden, dieselbe ihnen zugewiesen wird. Diese Naturalverpflegungs-Stationen sind zumeist am flachen Lande. Die Leitung derselben ist in der Regel ausgedienten Unteroffizieren, vormaligen Polizisten u. s. w. übertragen. Dorthin laufen nun ab und zu Adressen für zu besetzende Posten ein. Es ist klar, daß der Leiter vermöge seiner polizeilichen Auffassung in den ihm unterstellten Schützlingen nur Menschen erblickt, die lediglich Order zu parieren haben, in dem Falle also, sich auf die von ihm namhaft gemachten Plätze zu begeben haben, mügen sie wollen oder nicht. In Niederösterreich, insbesondere in der Richtung gegen Wien, sind eine Anzahl solcher Stationen errichtet, weil Wien, wie alle Großstädte, eine besondere Anziehungskraft auf die reisenden Handwerksburschen ausübt. Diese Leute, oft aus den entferntesten Provinzen nach Wien reisend, stoßen, bereits in der Nähe der Stadt angelangt, auf eine solche Anstalt, erhalten für irgend ein Bauernnest Arbeit zugewiesen und sollen diese angesichts ihres Zieles annehmen. „Da oder dort ist Arbeit“ — schnauzt sie der Anstaltsleiter an —. „Sie haben die Arbeit anzunehmen, sonst bin ich im Stande, Sie als Vagabund zu behandeln.“ Die Leute werden dadurch eingeschüchtert und nehmen in vielen Fällen auch Posten an, die weder ihren Fähigkeiten noch weniger ihren Neigungen entsprechen. Eine derartige Einschüchterung ist denn doch bedenklich und sollte vermieden werden. Unter solchen Umständen ist es eben ganz begreiflich, daß die Arbeiterschaft von den Vermittlungen dieser Stationen nichts wissen will.

Also auch diese Form des Arbeitsnachweises erscheint mir ein wenig nachahmungswertes Vorbild zu sein. Ich glaube dies schon deshalb hervorheben zu sollen, weil ich zu befürchten Ursache habe, daß vielfach die Anschauung verbreitet ist, zur Leitung eines aus öffentlichen Mitteln erhaltenen Arbeitsnachweises müsse notwendigerweise eine Amtsperson berufen werden. Unsere Erfahrungen sprechen wenigstens direkt dagegen.



Meines Erachtens müßte bei Errichtung derartiger Institutionen das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig für die Sache interessiert werden. Es muß dabei insbesondere der leicht begreiflichen Erregbarkeit und dem vorhandenen Mißtrauen der Arbeiterschaft dadurch Rechnung getragen werden, daß man den Leiter zur Durchführung der Vermittlungsthätigkeit aus den Kreisen der Arbeiterschaft entnimmt. Nur dadurch wird das unter allen Umständen erforderliche Vertrauen zur Sache bei den Arbeitern erweckt. Dafür, daß der Vermittler aus den Kreisen der Arbeiterschaft zu entnehmen sei, spricht auch ein technisches Moment. Ein intelligenter Arbeiter wird nicht allein die Arbeitsverhältnisse seines Bezirkes genau kennen, sondern auch im Stande sein, in den meisten Fällen die Befähigung des Postenbewerbers im Verhältnis zu den geforderten Leistungen richtig oder wenigstens annähernd richtig zu beurteilen.

Schließlich sei noch einer Form des Arbeitsnachweises gedacht — jener des Zeitungsinserates. Ich kenne die hiesigen Zeitungsverhältnisse nicht, weiß daher auch nicht, ob die Ausschrottung des Inseratenwesens so usuell ist, wie bei der Wiener Presse. Inseratengreislerei nennen wir das scherzweise. Das Inseratengeschäft wird bei solchen Blättern zur Hauptsache. Geld stinkt nicht, und so ist es ganz begreiflich, daß der „Kleine Anzeiger“ — eine Rubrik, welche häufig Arbeits- und Arbeitergesuche enthält — zur ergiebigen Fundgrube wird. Eigentümlicherweise sind es auch nicht besonders reinliche Arbeitgeber, die von den Spalten der Blätter nach dieser Richtung hin Gebrauch machen. Inwiefern sich die Wirkungen der Arbeitsinserate auf den Arbeitsmarkt geltend machen, wolle man aus einigen Beispielen, welche ich aus der Fülle des mir zu Gebote stehenden Materials herausgreife, ermessen. So beobachteten wir eine Firma, die sich auf folgende Art jahrelang junge weibliche Arbeitskräfte zu verschaffen wußte — und zwar unentgeltliche Kräfte. Von Zeit zu Zeit wurde damals ein Inserat eingerückt folgenden Inhalts: „Junge Mädchen zur leichten Beschäftigung werden aufgenommen bei N. N.“ zc. Die Arbeit war wirklich leicht und auch derart leicht zu erlernen, daß ein halbwegs geschicktes Mädchen längstens innerhalb einiger Tage eingearbeitet war. Der Fabrikant bedingte aber in der Regel eine mehrwöchentliche Lehrzeit und vorherige Kenntnis des Nähens. Gewöhnlich erfuhren die Mädchen nach ein- oder zweiwöchentlicher Verwendung, daß die Firma, mit Ausnahme von einigen erfahrenen ständigen Arbeiterinnen, die Arbeit kostenlos von den angeblichen

Lehrmädchen herstellen lasse und gingen wieder ihrer Wege. Ein neues Inseerat brachte dann wieder frisches Arbeitsmaterial. Der gute Mann trieb dies so lange, bis ihm von irgend einer Seite unliebsam auf die Finger geklopft wurde; erst dann unterblieb die Fortsetzung des Manövers.

Dieser Fall zeigt kraß, welch sonderbare Blüten das Inse-ratenwesen treibt. Nun ein zweiter Fall — der einer komischen Pointe nicht entbehrt.

Macht sich da einmal ein Mann den Spaß, seinem Bruder, mit dem er auf gespanntem Fuße lebt, auf dem Wege des Inse-rates einen besonderen Schabernack anzuthun. Er inserierte, es werde in der und der Straße unter Bezeichnung der genauen Adresse und der bestimmten Stunde zur Vorstellung ein Haus-knecht gegen gute Bezahlung aufgenommen. Der Mann erreichte seinen Zweck vollkommen. Zur bestimmten Stunde fanden sich zwei- bis dreihundert handfeste Hausknechte ein. Der ahnungs-lose Geschäftsmann mag hinter seiner versperrten Thüre nicht wenig Angst ausgestanden haben, als die Handfesten unwirsch zu schimpfen begannen und Lust zeigten, zur Sühne der Fopperei Fenster und Thüren zu zertrümmern.

Man sieht, wie viele Leute durch solche Zeitungsanzeigen angelockt werden; jeder glaubt der erste zu sein, einer will dem anderen zuvorkommen. Eine ganze Reihe Leute werden unnütz auf die Beine gebracht, weil die Einrichtung unpraktisch ist.

Und nun wieder zur Berichterstattung über unsere Vereins-wirksamkeit. Wir haben auch in Brünn einen Filialverein er-richtet. Die paritätische Grundlage, welche Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gemeinsamem Wirken vereint, und die Über-tragung der Leitung für die Vermittlung auf eine Vertrauens-person aus der Arbeitererschaft bewähren sich auch dort auf das beste. In den 3 $\frac{1}{2}$  Jahren, wo dort der Arbeitsnachweis be-steht, wurden verhältnismäßig nicht unbedeutende Resultate erzielt. Der Abschluß des letzten Berichts zeigt an, daß sich innerhalb dieser Zeit 5903 stellensuchende Personen einzeichnen ließen, von denen 2618 Personen Arbeitsplätze angewiesen erhielten. Während einer Thätigkeit von 7 $\frac{1}{2}$  Jahren nahmen in Wien den Verein 52 654 Personen als Stellenbewerber in Anspruch, von denen 19 436 Arbeit erhielten. In beiden Vereinen zusammen war demnach das Angebot 58 557 Personen gegen 22 054 erfolgte Vermittlungen, was einem Prozentverhältnis von 37 $\frac{3}{5}$  ent-spricht. Dieser Prozentsatz erscheint gering. Es dürfte sich daher empfehlen, über die beeinflussenden Faktoren Mitteilung zu machen. Die hohe Ziffer der erfolgten Anmeldungen wird nicht unerheb-



lich dadurch hinaufgeschneelt, daß es eine Reihe von Saison-  
gewerben giebt. In der flauen Zeit rücken nun diese Saison-  
arbeiter heran in der Hoffnung, wenn schon nicht bei ihrem  
Gewerbe, so doch anderwärts eine Beschäftigung zu erlangen;  
dies gelingt aber in den seltensten Fällen. Ganz abweisen will  
man diese Bewerber auch nicht, obgleich man bemüht ist, die  
Zahl der Vormerkungen thunlichst einzuschränken. Nehmen wir  
an, um November herum komme eine Anzahl der bisher bei  
Bauten beschäftigten Anstreicher zur Anmeldung, so ist für diese  
Leute die Aussicht sehr gering, während der Wintermonate in  
der Eigenschaft als Anstreicher oder Lackierer in den Fabriken  
unterzukommen.

Weiters kommt als beachtenswerter Faktor in Rechnung,  
daß bei einzelnen Gewerben eine weitgehende Teilung der Arbeit  
herrscht, die die Zuweisung benötigter Arbeitskräfte außerordent-  
lich erschwert. Es kam und kommt auch häufig vor, daß unter  
20 vorgemerkten Stellenjuchenden eines bestimmten Gewerbes  
keiner darunter ist, welcher im gegebenen Falle den gestellten  
Anforderungen entspricht. Nicht minder macht sich die Wirkung  
fühlbar zwischen Arbeitern, die in Großstädten unter dem Ein-  
flusse der Arbeitsteilung gelernt und jenen, die am Lande das  
Handwerk erlernt. Letztere sind in ihrer Arbeit allerdings viel-  
seitiger als erstere. Sie kennen beispielsweise als Schreiner die  
Möbel- und Bauarbeit. Kommen solche Leute nach Wien, so  
gelten sie trotzdem als minderwertige Arbeitskräfte. Der Groß-  
städter als Teilarbeiter arbeitet in seiner Art nicht nur eleganter,  
sondern auch, was das wichtigste ist, wesentlich schneller. Der zu-  
gereifte Landgelernte wird daher immer nur für geringeren Lohn  
arbeiten müssen. Umgekehrt wird die erlangte Fertigkeit in der  
Teilarbeit dem städtischen Arbeiter dann zum Verderben, wenn  
er auf dem Land Arbeit annimmt. Es ist daher ganz begreiflich,  
daß bei vorhandenem Überschuß an Arbeitskräften solcher Branchen  
fühlbarer Mangel am Land eintreten kann. Neben dem Ein-  
flusse der Teilarbeit spielt auch die gewohnte Lebenshaltung des  
städtischen Arbeiters eine gewisse Rolle, ein Umstand, der bei  
jenen, welche Verschiebungen von Arbeitskräften in größerem  
Umfange das Wort reden, viel zu wenig Beachtung findet.

Nichtsdestoweniger gelang es uns, im letzten Jahre für 562 Per-  
sonen Stellen auf dem flachen Land zu vermitteln, und haben  
wir begründete Hoffnung, daß sich diese Ziffer in der Folge noch  
heben wird. Wichtig ist dieser Zweig der Vermittlung insofern,  
als den Industriestädten massenhaft Arbeiter zuströmen in der  
Absicht, lohnende Arbeit dort zu finden. In dieser Absicht ent-

täuscht, aller Mittel entblößt, läßt ihnen dann unsere Stätte für Arbeitsvermittlung doppelt wertvoll erscheinen. Bei Arbeitsangeboten aus der Provinz wird nämlich gewöhnlich das erforderliche Reisegeld eingeschickt, was die Rückkehr der Provinzarbeiter in solchen Fällen erst ermöglicht. Das Wandern zu Fuß, wie es vordem der Fall war, verschwindet dadurch mehr und mehr zu Gunsten der direkten Zuweisung.

Im großen und ganzen können wir trotz der langsamen Steigerung in den Vermittlungserfolgen immerhin zufrieden sein. Galt es doch zuerst, das vorhandene Mißtrauen zu beseitigen. Wir haben begründete Hoffnung, daß unsere Bethätigung in der Folge in größerem Maße in Anspruch genommen wird. Diese Hoffnung erscheint mir dadurch noch bestärkt, daß man nunmehr auch in Deutschland daran geht, dieser Frage größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

In der Voraussetzung, daß es Sie, verehrte Anwesende, interessieren wird, etwas über die eigentliche Geschäftsführung zu erfahren, erlaube ich mir einige bezügliche Mitteilungen zu machen. Der wichtigste Teil beim Arbeitsnachweis ist die Evidenzhaltung. Diese kann in verschiedener Weise erfolgen, jedenfalls aber so, daß man jederzeit im Stande ist, Übersicht über die erhaltenen Aufträge und über die Zahl und Art der angemeldeten Stellenbewerber zu gewinnen. Wir finden als beste Methode, die einlaufenden Aufträge der Unternehmer in Journalform mit entsprechenden Rubriken in fortlaufender Zahl zu buchen. Sollten Aufträge in größerer Anzahl einlaufen, so empfiehlt sich noch die Drucklegung eigener Bestellzettel, die wieder nach verschiedenen Systemen verwendet werden können. Während wir für Aufträge Buchform haben, wurde für die Arbeiteranmeldungen die Zettelform gewählt. Jeder Arbeiter erhält beim Eintritt eine solche Anmeldungskarte, die er eigenhändig auszufüllen hat. Die eigenhändige Ausfüllung setzt uns in die Lage, einen Begriff von dem Bildungsgrad des Schreibers zu erlangen. Ein gebildeter Arbeiter wird die in Frageform vorgedruckten Rubriken begreifen und richtig ausfüllen. In diesem Falle giebt die Anmeldungskarte dann Auskunft über Alter, Geschlecht, Stand, sein Geschäft und besondere Qualifikation, über seine eventuelle Absicht, außerhalb seines Berufes Beschäftigung zu finden, über die Zeit seiner bisherigen Arbeitslosigkeit und endlich über seine Heimat, was für uns Österreicher, schon vermöge der Sprache, wichtig ist. Es ist bei uns selbst für die Vermittlung in Fällen der Verschiedung in die Provinz von Wichtigkeit zu wissen, welche Sprachen der Bewerber beherrscht.

Hochstift, Arbeitslosigkeit.

6



Bei genauer Führung sind wir auf Grund unserer Anlage in der Lage zu konstatieren, wie lange der Mann arbeitslos ist. Sollte der statistische Wert ein unbestrittener werden, so müßte aber ferner noch neben der Vergleichen der entsprechenden Rubrik in der Anmeldungskarte mit dem Datum des Austrittszugewinnes eine Kontrolle geschaffen werden durch Verpflichtung des Stellensuchenden, sich in kurzen und bestimmten Zeitläufen seine Vormerkkarte ordieren zu lassen.

Ferner bekommt jeder vorgemerkte Arbeiter die bereits genannte Vormerkkarte als Gegenseite zur Ausweisleistung für den Aufenthalt im Wartesaale. Die Vormerkkarte korrespondiert in vorgegedruckter Vormerknummer und in beigelegter Gewerbenummer mit der Anmeldungskarte und ermöglicht dadurch die sichere und rasche Auffindung der Anmeldungskarte. Für jedes Gewerbe existiert ein eigenes Fach, welches die Karten der Stellensuchenden in der Reihenfolge der fortlaufenden gedruckten Nummern führt, eine Praxis, die es ermöglicht, sich jederzeit rasch zu informieren.

Die Art der Evidenzhaltung erscheint mir unter allen Umständen wichtig. Bei Gründung derartiger Institutionen ist daher die größte Vorsicht geboten, soll das Material später entsprechende Verwertung finden. In diesem Falle erscheint mir der Pessimismus des Herrn Dr. Hirschberg bezüglich der Verwertung des derart gewonnenen Materiales für die Arbeitslosenstatistik unberechtigt. Die Praxis giebt schon Kontrollmittel in die Hand, ob der Stellensuchende wirklich arbeitslos und arbeitsfähig ist. Allerdings gehört dann ein großer Apparat dazu nebst den erforderlichen Geldmitteln, die wir — nebenbei bemerkt — nicht haben. Mit dem Inslebentreten des Arbeitsnachweises auf städtische Kosten wird hoffentlich die Sorge um die Geldmittel schwinden.

Wir in Wien sind arme Teufel, „wir kochen mit Wasser“, wie der Wiener zu sagen pflegt, müssen uns mit eintaufend Gulden per Jahr durchsetzen. Eine Erweiterung unserer Wirksamkeit wird nahezu zur unabwiesbaren Notwendigkeit. Anmeldestellen in Wien sollten eröffnet werden, doch wir haben das erforderliche Geld nicht. Das ist die Schattenseite der von Privatpersonen ins Leben gerufenen Vermittlungsvereine. Wir sind daher auch zur Anschauung gelangt, daß es Sache des Staates oder der Stadtgemeinden sein muß, derartige Institutionen zu schaffen, welche letztern ohnedies die naturgemäße Verpflichtung zufällt, die Arbeitslosen zu unterstützen. Wir erwarten, daß dies in Bälde in Deutschland geschieht, und erwarten ferner davon die Rückwirkung dieser Maßnahme auf Österreich.

Vorläufig hat sich die Gemeinde Wien erst bewogen gefühlt, uns eine kleine Subvention zuzuwenden, die wir zumindest wohl auch in der Folge bekommen werden; daneben müssen wir uns einstweilen begnügen, die Mittel durch alle Mittel aufzubringen.

Unser Obmann, Herr Adolf Weiß, der zugleich der geistige Vater des Vereines ist, war bisher immer nur um die Aufbringung der Mittel besorgt, das ist zwar sehr schön von ihm, aber minder schön, daß es so sein muß.

Ich kann zum Schlusse meiner Ausführungen nur der Meinung dahin Ausdruck geben, daß es Pflicht des Staates oder der Stadtgemeinden ist, den Arbeitsnachweis kostenlos für die Beteiligten einzuführen. Vielseitig wird dies auch aus bürgerlichen Kreisen von Wohlmeinenden zugegeben; die Arbeiterschaft stellt es kurzweg als Forderung auf. Die Theoretiker beschäftigen sich mit dieser Frage, es müsse etwas geschehen. Beschlüsse werden darüber gefaßt und an platonischen Anerkennungen, die bekanntlich zu nichts verpflichten und vor allem nichts kosten, fehlt es nicht. Dies genügt nicht. Hoffen wir, daß aus der heutigen Versammlung ein kräftiger Stoß der Initiative ergeht. Ich hoffe dies und erwarte, daß die Besizenden und vor allem die Stadtgemeinden mehr und mehr zu der Ansicht gelangen, daß es Pflicht des Besitzes sei, hier energisch einzugreifen.

C. Legien, Hamburg, Vorsitzender der Generalkommission deutscher Gewerkschaften: Meine Herren! Mit Rücksicht auf die große Zahl der Herren, die sich an der Debatte zu beteiligen gedenken, werde ich versuchen, mich möglichst kurz zu fassen, obgleich das hier zur Verhandlung stehende Thema „Die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenstatistik“ so viel Stoff bietet, daß wir in der Zeit, die uns zur Verfügung steht, kaum fertig werden können. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenstatistik hängen, wie auch schon mein Herr Vorredner dargestellt hat, ziemlich eng zusammen. Beide führen aber zu einer Konsequenz, die heute noch nicht gezogen worden ist. Sind beide Einrichtungen, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenstatistik, von Amts wegen vorhanden, so ergibt sich die Konsequenz, daß notwendig den betreffenden Leuten, denen keine Arbeit nachgewiesen werden kann, von der Stadt eine bestimmte Unterstützung gegeben werden muß, um sie existenzfähig zu halten. Diese Konsequenz ist heute nicht gezogen worden. Ich bin aber fest überzeugt davon, daß in den beteiligten Kreisen, die sich mit der Sache zu beschäftigen haben, daß bei den Stadtverwaltungen die sich aus der von der Kommune



ingerichteten Arbeitslosenstatistik und aus der Arbeitsvermittlung ergebenden Konsequenzen gezogen worden sind. Und deswegen hauptsächlich verhalten sich die Stadtverwaltungen gegenüber den Forderungen der Arbeiter, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenstatistik auf Kosten der Kommune einzurichten, ablehnend.

Die Arbeitsvermittlung muß ausschließlich in den Händen der Gewerkschaften, oder sagen wir in den Händen der Arbeiter liegen. Bei der Arbeitsvermittlung, bei dem Arbeitsvertrage, tritt der Arbeiter als Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft auf. So wenig aber, wie man geneigt sein wird, dem Verkäufer irgend einer anderen Ware Vorschriften über die Art und Weise, wie er seine Ware zum Verkauf bringen will, zu machen, so wenig der Verkäufer sich eine solche Vorschrift wird machen lassen wollen, eben so wenig kann man dem Arbeiter zumuten, daß er andere über die Art des Verkaufes seiner Arbeitskraft bestimmen läßt, anderen, und in diesem Falle den Käufern der Arbeitskraft, den Arbeitgebern, das Recht einräumen soll, bei der Vermittlung der Arbeit, bei dem Verkauf der Ware Arbeitskraft, mitzuwirken. Dieser einfache Grund, ganz abgesehen von den Mißlichkeiten, die sich aus der gemeinsamen Arbeitsvermittlung unter Beteiligung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus der Praxis ergeben werden, dieser einfache Grund sollte genügen darzutun, daß den Arbeitnehmern ausschließlich das Recht zusteht, die Arbeitsvermittlung in den Händen zu haben. Dagegen liegt für die städtischen Verwaltungen, für die gesellschaftliche Organisation, wie sie heute vorhanden ist, die Verpflichtung nahe, diese Arbeitsvermittlung zu unterstützen, diese Arbeitsvermittlung gewissermaßen in geregelte Bahnen zu bringen.

Heute haben wir absolut noch keine irgendwie nennenswerte Regelung des Arbeitsvermittlungswesens, und besonders bei uns in Deutschland genau in demselben Sinne, wie es der Vertreter von Österreich vorgeführt hat, liegt die Arbeitsvermittlung noch sehr im Argen. Ich erinnere an drei Teile: an das Arbeitsvermittlungswesen der Seelente; über diesen Punkt werden wir von einem Vertreter der Seelente noch nähere Auskunft bekommen, die beweisen wird, daß eine ganz schauerhafte Ausbeutung der schwer arbeitenden Seelente, die mit den niedrigsten Löhnen vorlieb nehmen müssen, stattfindet, und ebenso schauerhafte Zustände sind auch bei der Arbeitsvermittlung in dem Kellnergewerbe vorhanden. Auch dort wird der Arbeitsuchende von Arbeitsvermittlern als Ausbeutungsobjekt betrachtet und so lange ausgebeutet, als er nur noch einen Pfennig zuzusehen vermag. Es werden von dem Privat-Stellenvermittler im Kellnergewerbe oft

Summen erhoben, wie 35, 40, 50 und 60 Mark, ehe der Arbeit-suchende irgend welche Aussicht hat, aus der betreffenden Stelle, die ihm zugewiesen wird, auch Vorteil ziehen zu können. Er kann diese Stelle, die er mit 30 und 40 Mark bezahlt hat, schon nach wenigen Tagen verlieren. Es ist sicher die höchste Zeit, daß die Behörden, welchen diese Verhältnisse nicht unbekannt sind, Veranlassung nehmen, sich damit zu beschäftigen. In Hamburg ist dies nach einer Richtung hin geschehen, wenn ich nicht irre, ist es am 1. März d. J. gewesen, daß eine diesbezügliche Ver-ordnung erlassen worden ist. Aber diese Verordnung läßt immer noch den Privat-Arbeitsvermittlern einen zu weiten Spielraum, so daß die Ausbeutung der Arbeit-suchenden nach wie vor be- stehen bleibt; davon bin ich ziemlich fest überzeugt. Die dritte Ausnutzung bei der Arbeitsvermittlung findet bei den Dienst- boten statt, und hier ist dem Staatswesen, dem preussischen Staate ganz besonders, der größte Vorwurf zu machen; denn wenn man eine bestimmte Kategorie von Menschen von vorn- herein als tieferstehend als wie andere hinstellt, wie es mit dem Gesetz vom 24. April 1854 geschehen ist, so nimmt man dieser Kategorie alle Möglichkeit, irgendwie selbständig wirken zu können. Den Dienstboten, Schiffsknechten und landwirtschaftlichen Arbeitern ist es durch besagtes Gesetz verboten, sich zu organi- sieren, um irgendwie gegen die Ausbeutung Front machen zu können. Hier trifft die Schuld also ausschließlich den preussischen Staat, ausschließlich die gesetzgebende Körperschaft, die Ver- treter im preussischen Staatswesen. Davon läßt sich dieser Kreis von Personen absolut nicht rein waschen. Dieses Aus- beutungssystem, wie es bei den Seeleuten, den Kellnern und den Dienstboten vorhanden ist, müßte schon allein genügen, die städ- tischen Verwaltungen resp. die Vertreter des Staates zu ver- anlassen, Wandel zu schaffen.

Die Arbeitsvermittlung bei den Arbeitern anderer Gewerbe, sage ich, müßte ausschließlich in den Händen der Arbeiter liegen, aber seitens der Kommunen unterstützt werden, von den Kom- munen, weil mehr oder minder die Arbeitsvermittlung einen lokalen Charakter hat und wohl auch für die nächste Zeit haben wird. Die Versuche, die in einzelnen Gewerkschaftsorgani- sationen gemacht worden sind, die Arbeitsvermittlung zu zentra- lisieren, sind ganz minimale geblieben und haben sehr wenig Er- folg gehabt. — Es wird wohl oder übel die Arbeitsvermittlung einen mehr lokalen Charakter tragen. Es ist Sache der lokal- städtischen Behörden und Verwaltungen, hier Einrichtungen zu schaffen. Die Einrichtungen, die in Stuttgart geplant sind, er-



kennen wir gewissermaßen als Abchlagszahlung ganz gern an. Aber das System, der Grundgedanke, der darin liegt, ist nicht der richtige. Es wird dort die Arbeitsvermittlung jedenfalls von einem städtischen Beamten besorgt. Die Arbeitgeber haben auf die direkte Arbeitsvermittlung keinen Einfluß. Die Erfahrung wird jedenfalls in Stuttgart lehren, daß die eigentlichen Berufsarbeiter diesem Arbeitsnachweise fern bleiben werden. Die Arbeitsvermittlung bei Berufsarbeitern erfordert immerhin Kenntnis in dem betreffenden Gewerbe, und diese Kenntnis wird dort, wo von einem städtisch angestellten Beamten die Arbeitsvermittlung geschieht, nicht in ausreichendem Maße vorhanden sein. Infolgedessen werden die Vertreter der Berufe, sowohl die Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, diesem Arbeitsnachweise auf die Dauer fernbleiben. Die Organisation muß derartig gestaltet werden, daß die städtischen Behörden die Räume zur Verfügung stellen und die eventuellen anderen Unkosten, die durch die Arbeitsvermittlung entstehen, tragen, die Arbeitsvermittlung aber selbst in die Hände der bestehenden Berufsorganisationen gelegt wird. Nun mag das vielleicht scharf und befremdend klingen. Wie mein Herr Vorredner ausgeführt hat, haben beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Sache gewissermaßen gleichwertiges Interesse, trotzdem aber sind diese Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bei der Arbeitsvermittlung nicht dieselben, sondern sich schroff gegenüberstehende. Es mag scharf klingen, daß wir die Arbeitsvermittlung den Arbeitern ausschließlich zuerkennen wollen. Die Sache liegt aber so: Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung liegen die Verhältnisse ebenso wie auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags. Bei beiden sucht jeder einzelne Teil für sich den größten Vorteil zu erringen, und bei der Festsetzung des Arbeitsvertrags wie bei der Arbeitsvermittlung stoßen diese beiderseitigen Interessen auf einander. Ich will ein Beispiel anführen. Nehmen wir an, es kommt wegen irgend einer Differenz zur Arbeitseinstellung. Die Arbeitgeber haben das Bestreben, an Stelle der die Arbeit einstellenden Arbeiter andere Arbeitskräfte heranzuziehen, und umgekehrt suchen die Arbeiter die neuen Arbeitskräfte von der Arbeit fernzuhalten. Wenn nun beide Teile gemeinschaftlich an dem Arbeitsvermittlungsbureau, das von seiten der Stadt unterstützt wird, gleichwertig beteiligt sind, fällt der Arbeitsnachweis vollständig zusammen. Die beiderseitigen Interessen stoßen dabei so scharf aufeinander, daß von gemeinsamer Arbeit nicht die Rede sein kann. Sie sehen, aus diesem Grunde, schon aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen ist es notwendig, daß die Arbeitsvermittlung, ganz abgesehen vom prin-

zipiellen Standpunkte, ausschließlich in die Hände der Arbeiter gelegt wird. Ich denke bei diesen Einrichtungen die Sache so gestaltet zu sehen, daß ähnlich wie bei der Bourse du Travail in Paris die Stadt die Kosten trägt und die Berufsorganisationen die Arbeitsvermittlung besorgen. In Paris besteht neben der Bourse du Travail, die, wie Ihnen bekannt, gegenwärtig geschlossen ist (aus Gründen, deren Erörterung hier zu weit führen würde), ein städtisches Arbeitsvermittlungsbureau, das ähnlich so eingerichtet ist, wie das neuerdings für Stuttgart geplante. Auch dort besorgt ein städtischer Beamter die Arbeitsvermittlung. Ähnlich wie in Paris müßten auch in Deutschland die Arbeitsnachweise eingerichtet werden, damit zunächst einmal die Mißstände bei der Arbeitsvermittlung in einzelnen Berufen, besonders aber bei den Seeleuten, Kellnern und Diensthofen, beseitigt werden.

Ich wahre hier den prinzipiellen Standpunkt der Gewerkschaften und weiß, daß die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen mit mir in dieser Beziehung vollständig übereinstimmen. Nur in der von mir empfohlenen Art und Weise der Arbeitsvermittlung wird den Arbeitern das geboten, was sie zu fordern berechtigt sind. Wir werden uns aber keineswegs dagegen wenden, wenn in irgendwelchen Städten Arbeitsnachweisämter, nach dem Plane, wie er jetzt für Stuttgart in Aussicht genommen ist, eingerichtet werden sollen, weil wir, gewissermaßen von diesem Punkt ausgehend, weiter zu bauen gedenken. Die Mißstände, die sich ergeben werden, führen zweifellos dazu, die Einrichtungen so zu gestalten, wie die Arbeiter es wünschen, wobei beiden Teilen ihr Recht wird, und daß beide Teile doch schließlich, soweit die Interessengegensätze dies zulassen, miteinander zu arbeiten und sich zu unterstützen vermögen. Ich denke dann weiter, daß neben diesen Arbeitsvermittlungen, die in den Händen der Arbeiter liegen, Schiedsgerichte eingesetzt werden, bestehend aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern, die alle Differenzen, die sich bei der Arbeitsvermittlung ergeben könnten, zu schlichten hätten. Wir sind allerdings in Deutschland in Bezug auf die Schiedsgericht-Einrichtungen auf einem niedrigen Standpunkt, und das kommt einfach daher — die Thatsache läßt sich nicht leugnen, und wir erfahren es, die wir in den Gewerkschaften thätig, und selbst als Arbeiter thätig sind oder waren, an unserem eigenen Leibe —, daß seitens der Arbeitgeber und Unternehmer die Arbeiter als untergeordneter Teil der menschlichen Gesellschaft betrachtet werden, und so lange, ja, meine Herren, Sie widersprechen, aber diese Thatsache läßt sich nicht leugnen; Sie, die Sie Vertreter der Wissenschaft sind, haben sie am eigenen Leibe nicht gespürt. Aber wir haben in dieser Be-



ziehung täglich viel zu leiden gehabt während der langen Zeit, die wir in dem abhängigen Verhältnis zu den Unternehmern stehen oder gestanden haben. Wir kennen das sehr genau, wir sprechen aus Erfahrung, und wie gesagt, meine Herren, es läßt sich diese Thatsache absolut nicht leugnen. Die Erfahrungen sprechen dagegen; und so lange, als die Unternehmer die Arbeiter oder deren Vertreter nicht als gleichberechtigte Faktoren bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages ansehen, so lange wird von wirksamen Schiedsgerichten nicht die Rede sein können. Die Organisation der Arbeiter wird nicht nur von den Unternehmerkreisen gehindert, sondern ich erinnere an die Eigentümlichkeit unserer Vereinsgesetzgebung in Deutschland, wo man noch nicht von dem verfassungsmäßigen Recht, die Regelung des Vereinswesens durch das Reich herbeizuführen, Gebrauch gemacht hat. Seitens des Reichs werden eben auch den Arbeiterorganisationen auf Schritt und Tritt Hindernisse in den Weg gelegt, und die Folge dieser gegen die Bestrebungen der Arbeiter wirkenden Kräfte ist, daß die Organisationen der Arbeiter, die Gewerkschaftsorganisationen, noch schwach sind und bis dato noch nicht die Macht erreicht haben, um den Unternehmern den Standpunkt abzurufen, daß sie die Arbeiter oder Vertreter der Arbeiterorganisationen bei Festsetzung des Arbeitsvertrages als gleichberechtigte Faktoren betrachten. So weit sind wir noch nicht in Deutschland. Der Unternehmer schreibt den Arbeitsvertrag vor. Dem Arbeiter bleibt es allerdings überlassen, darauf einzugehen. Aber wenn ihn der Hunger dazu treibt, muß er schließlich, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen, die ihm nicht genehm sind, den Vertrag eingehen. Bei dieser Sachlage wird aus den Schiedsgerichten nur wenig werden. Aber Versuche müssen auf diesem Gebiete gemacht werden, und ich halte es neben der Arbeitsvermittlung von Kommune wegen auch noch empfehlenswert, Schiedsgerichte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzusetzen. In diesem Sinne denke ich mir die Arbeitsvermittlung geregelt. Wir wollen hier unsere prinzipielle Stellungnahme vor allen Dingen klar legen; was uns praktisch auf diesem Gebiete geboten wird, wird dankbar von uns anerkannt werden. Wir sind schon dankbar dafür, wenn man uns unser Recht zu teil werden läßt. Wir werden nicht weniger dankbar sein, wenn man uns bei unseren Bestrebungen zu Hilfe kommt, die Lage der Arbeiter im allgemeinen zu heben.

Ich will nun auf die zweite zur Verhandlung stehende Frage, „Die Arbeitslosenstatistik“, eingehen. Ich habe mir zwei Bemerkungen, die der geehrte Referent, Herr Dr. Hirschberg, machte, aufgezeichnet. Es hat mich eigentlich ziemlich unangenehm berührt,

daß Herr Dr. Hirschberg sagte, daß die Statistiken, die seitens der Arbeiter oder deren Organisationen veranstaltet wurden, einen tendenziösen Charakter getragen hätten, und er erging sich in diesen Punkten ziemlich weit, indem er uns die betreffenden Flugblätter oder Aufrufe, die in den einzelnen Städten verbreitet worden sind, vorgeführt hat. Ich muß aufrichtig gestehen, die Stellung der Arbeiterorganisation bei Aufnahme der Statistiken war eine tendenziöse. Es kann uns allerdings nicht interessieren, welche Stellung die einzelnen Arbeiterorganisationen in den Städten bei Veranstaltung der Statistiken eingenommen haben. Etwas anderes wäre gewesen, wenn Herr Dr. Hirschberg nachgewiesen hätte, daß bei der Ausarbeitung der Statistik irgendwelche Tendenz vorgeherrschte hätte. Dies ist keineswegs der Fall, und es kann nicht nachgewiesen werden, daß wir dabei tendenziös vorgegangen sind. Die übergroße Arbeitslosigkeit zwang uns, weil seitens der Behörde nichts geschehen ist, die Arbeitslosenstatistik, die Feststellung über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu machen, um hierauf den Behörden sagen zu können: So liegen die Verhältnisse, eure Pflicht und Schuldigkeit ist es, einzugreifen, denn die Arbeitslosen sind auch Menschen, die ihre Existenz fristen wollen; deswegen mußten die von den Arbeitern unternommenen Statistiken einen tendenziösen Charakter tragen. Ich kann Herrn Dr. Hirschberg heilig versichern, daß bei der Zahlenzusammenstellung nach keiner Richtung hin tendenziös verfahren ist. Sodann ist diese Art der Ausschreibung der Arbeitslosenstatistik auch notwendig, weil wir berücksichtigen müssen, mit welchen Kreisen der Arbeiter wir zu rechnen haben. Die Arbeiter für eine Statistik zu interessieren, ist sehr schwierig. Meine Herren! Dessen kann ich Sie versichern, es hält äußerst schwer, die Leute dazu zu bewegen, Angaben über ihre Verhältnisse zu machen, da sie befürchten, daß irgend welcher nicht angebrachte Gebrauch davon gemacht würde, und weil ihre Lage eine so niedergedrückte ist, daß sie sich von dieser Statistik nichts mehr versprechen. Man könnte noch eine ganze Menge anderer Gründe angeben. Thatsache ist, daß es unseren Gewerkschaften außerordentlich schwer fällt, die Arbeiter zur Beantwortung der für die Statistik gestellten Fragen heranzuziehen, und daß man eine andere Sprache führen muß, als wir sie hier im Kongreß zu führen haben, ist so selbstverständlich, daß von einer Tendenz aus den beiden angeführten Gründen ganz und gar keine Rede sein kann.

Eine andere Bemerkung des Herrn Dr. Hirschberg ging dahin — und auch hier will es mir scheinen, als wenn ein klein wenig Tendenz dabei wäre — Herr Dr. Hirschberg betonte wiederholt,



daß es eine ganze Reihe von Arbeitsunlustigen gäbe, also sogenannte Vagabunden. Ich habe mir den Satz nicht genau gemerkt. Nun, meine Herren, kann ich zu diesem Punkte sagen: erstens glaube ich auf eins, auf unsere prinzipielle, auf unsere menschliche Stellung eingehen zu müssen. Wir haben zunächst einmal jeden Hilfsbedürftigen nach Möglichkeit zu unterstützen. Wir haben zu fragen, ob er Hunger oder Durst leidet und erst dann danach, warum er keinen Erwerb hat. Erst den Hungernden sättigen und dann ihn über die Ursache seiner Notlage befragen, das ist menschlich. Schon von diesem menschlichen Standpunkte aus sollte man so scharf nicht vorgehen in dieser Beziehung und von Arbeitsunlustigen sprechen. Zweitens muß man berücksichtigen, welchen Weg der Entwicklung diese Leute, die man als „Arbeitsunlustige“, als „Vagabunden“ bezeichnet, zurückgelegt haben. Ich kann Sie versichern, daß ich eine Reihe hier anwesender Arbeitervertreter kenne, welche ebenso, wie ich, schon einmal an der Grenze gestanden haben, wo man zu dem sogenannten Vagabundentum herabsinkt, und wenn wir uns damals solchen Kreisen gezeigt hätten (heute sind wir allerdings in der Lage, etwas besser erscheinen zu können), so hätte man die Achseln gezuckt. Aber man sollte nicht so tendenziös verfahren, solche Menschen, die in unserem wirtschaftlichen Leben Schiffbruch gelitten haben, einfach als Leute zu bezeichnen, die keine Lust zum Arbeiten haben. Einen Mann, der durch die Gewalt der Verhältnisse an seiner Moral Schiffbruch gelitten hat, der sich von dem Gendarmen hegen lassen muß, wenn er von Thür zu Thür geht, um sich ein Stück Brot zu betteln, meine Herren, einem solchen Manne sollte man das nicht zum Vorwurf machen, und das, meine Herren, ist es eben, was die scharfe Grenze zwischen den Vertretern der bürgerlichen Gesellschaft und den Arbeitern heute zieht. Man sieht eben das Elend der Arbeiter meistens als selbstverschuldet an, anstatt die Ursachen zu suchen, aus denen das Elend entstanden ist. Nun, diese beiden Punkte wollte ich nur berühren, weil uns eine gewisse Tendenz vorgeworfen wurde und zeigen, daß auch Ihre Stellungnahme eines tendenziösen Charakters nicht entbehrt.

Bestimmte Vorschläge für die Arbeitslosenstatistik hat Herr Dr. Hirschberg nicht gemacht. Wir haben uns in den Gewerkschaften alle mögliche Mühe gegeben, die Arbeiterkreise hierfür zu interessieren, und die Frage ist nicht jetzt im letzten Jahre erst angeregt worden, sondern bereits im Jahre 1891 traten die Hamburger Gewerkschaften an den Hamburger Senat heran, mit der Aufforderung, eine Feststellung über die Arbeitslosigkeit machen zu lassen. Der Senat oder Senatsvertreter erklärte damals den

Vertretern des Gewerkschaftskartells gegenüber, es wäre ganz zweckmäßig, wenn man diesbezügliche Vorschläge machen würde, wie sich die Sache wohl arrangieren ließe, und ich bin über die Vorschläge, welche die Arbeiter gemacht haben und wobei ich beteiligt war, genau informiert. Wir haben alle Vorarbeiten, die zu einer ständigen Arbeitslosenstatistik führen, möglichst fertig gestellt; alles klipp und klar, so daß wir von Zeit zu Zeit eine Übersicht über die Arbeitslosigkeit in Hamburg erhalten würden. Der Senat aber lehnte unsere Vorschläge ab. Er erklärte, daß der Erfolg der Sache in keinem Verhältnis mit den aufzuwendenden Kosten stünde. Alle Ausführungen, die ich damals machte, welche Wichtigkeit die Arbeitslosenstatistik für die Beurteilung der sozialen Lage der Gesellschaft habe u. s. w., waren vergebens. Genuß! es wurde abgelehnt. Als die Cholera-Epidemie so gewaltige Arbeitslosigkeit erzeugte, veranstalteten wir eine Arbeitslosenstatistik, die allerdings, weil wir mit den technischen Arbeiten nicht genügend vertraut sind und bei der Statistik immer lernen müssen, viel später herauskam, als geplant und gewünscht wurde. Wir reichten die Statistik dem Hamburger Senate ein und stellten auf Grund der festgestellten Zahlen der Arbeitslosen bestimmte Forderungen in Bezug auf Notstandsarbeiten u. s. w., deren wir in Hamburg, ich will dies besonders erwähnen, dringend bedurft hätten. Dort ist Notstandsarbeit in Hülle und Fülle, sofern man an maßgebender Stelle nur gewillt ist, solche verrichten zu lassen. Der Senat lehnte jedoch die von uns gestellten Forderungen gleichfalls rundweg ab. Diese Versuche, Statistiken zu veranstalten, um die Arbeitslosigkeit festzustellen, sind nicht nur im Interesse der Arbeiter selbst, sondern auch in gewisser Beziehung im Interesse der Stadtverwaltungen gemacht worden. Alle diese Einrichtungen, die Herr Dr. Hirschberg hier erwähnte, bezüglich Regelung der Arbeitslosenstatistik, halte ich nicht für praktisch, sondern es muß durch eine ganze Reihe gesetzlicher Maßnahmen, die sich gegenwärtig noch nicht erwähnen lassen, die Sache so gestaltet werden, daß ausschließlich nur durch das von der Stadt eingerichtete Arbeitsamt die Arbeit nachgewiesen werden darf. Da auch andere gesetzliche Maßnahmen in die Privatverhältnisse eingreifen, z. B. Zölle, welche die Industrie schädigen und den Konsumenten die Lebensbedürfnisse verteuern, warum nicht auch auf diesem Gebiete? Was auf dem einen Gebiete recht ist, ist auf dem anderen Gebiete billig, und man wird dazu kommen, durch gesetzliche Maßnahmen die ganze Arbeitsvermittlung auf die von der Stadt eingerichteten Arbeitsvermittlungsbureaus zu konzentrieren. Wenn die Sache einmal soweit gediehen ist, dann



ergiebt sich die Arbeitslosenstatistik durch die Buchführung bei der Arbeitsvermittlung, und würden wir dann besonderer Statistiken nicht bedürfen. So lange eine solche Arbeitsvermittlung nicht vorhanden ist, so lange wird man wohl oder übel auf die Moment-Erhebungen angewiesen sein. Eine ständige Erhebung über die Arbeitslosigkeit haben wir vorläufig nicht zu erwarten. Wir werden uns also zur gegebenen Zeit, besonders wenn wir uns dem Winter nähern, mit Momentaufnahmen begnügen müssen. Diese Art der Erhebung denke ich mir so, daß auch hier die städtischen Verwaltungen die Kosten für das Unternehmen tragen. Abgesehen von den Berufsstatistikern, welche die Ausarbeitung der nötigen Formulare und die Zusammenstellung der Resultate zu besorgen hätten, würde die Arbeitshätigkeit bei der Erhebung den Arbeiterorganisationen, den Gewerkschaften oder, sagen wir kurz, den Arbeitern zufallen in der Weise, daß also Fragebogen — ich gehe auf die Details nicht ein — ich werde mich möglichst kurz fassen und nur das System berühren — die entsprechend ausgearbeitet sind, ausgetragen werden und zwar von Haus zu Haus, von Thür zu Thür und ebenso wieder eingesammelt werden. Das wird allein der zweckmäßigste Weg sein, um zu einer brauchbaren Statistik zu kommen. So lange nicht eine Einrichtung geschaffen ist, welche einen ständigen Ausweis über den Umfang der Arbeitslosigkeit giebt, so lange werden wir auf dieses System der Erhebung angewiesen sein. In Hamburg ist seitens der Arbeiter dem Senat ein Vorschlag gemacht worden, eine ständige Übersicht über die Arbeitslosigkeit zu schaffen, und hätten die Behörden etwas mehr Entgegenkommen gezeigt, so würde das vorgeschlagene System sich nach meiner Ansicht wohl bewährt haben. Die Behörden haben sich aber bis jetzt gegenüber den Vorschlägen der Arbeiter nicht nur ablehnend verhalten, sondern haben sogar die Erhebung der Arbeitslosenstatistik seitens der Arbeiter verboten, wie dies seitens der Dresdener Polizeibehörde geschehen ist.

Ja, meine Herren, so lange wir mit solchen Behörden zu thun haben, ist unser Pessimismus gegenüber den Maßnahmen der Behörden, die angeblich zum Wohle der Arbeiter erfolgen sollen, vollständig berechtigt. Auf der einen Seite haben wir den Pessimismus der Arbeiter zu bekämpfen, ihnen den Glauben beizubringen, daß unsere Bemühungen nicht vergeblich sein werden, sie aus ihrer Lethargie zu reißen, auf der anderen Seite den fortgesetzten Kampf mit Polizei und Staatsanwalt zu führen, nur um das uns zweifellos zustehende Recht, alle uns zum Wohle der Arbeiter erforderlich scheinenden Einrichtungen treffen zu können, uns nicht nehmen zu lassen. Ganz natürlich ist demnach

unsere Stellung, indem wir sagen, daß von den heutigen Behörden nichts zu erwarten ist, was den Arbeitern nützen könnte. Ich wünsche, daß die Vertreter der Behörde, welche hier anwesend sind, sich einiges von dem, was ich erklärt habe, merken und mit nach Hause nehmen möchten, um in ihren Kreisen zu sagen, die Arbeiter sind nicht die schlechten Kerle, für die wir sie halten, auch nicht die dummen Kerle, für die wir sie halten, sie werden vielmehr mit Lust und Liebe zur Stelle sein, wenn es sich darum handelt, auf dem sozialen Gebiete mit zu arbeiten. Sie wollen nur als gleichberechtigte Faktoren betrachtet und nicht stets und ständig hintenangesezt werden. Es liegen allerdings die Verhältnisse so, daß wir überall die Zurückgesetzten sind, und unser Pessimismus gegenüber den Maßnahmen der Behörden ist ein berechtigter. So denke ich mir die Arbeitslosenstatistik, wie sie einigermaßen mit Erfolg ausgeführt werden kann.

Ich bin damit bezüglich der Einzelheiten am Schlusse und bemerke nur, daß wir, die Vertreter der Gewerkschaften, wir Arbeiter, so weit wir uns im öffentlichen Leben bewegen, genau auf demselben Standpunkt stehen, wie der Referent, Herr Alosz, vorgeführt hat. Wir sehen in all diesen Einrichtungen Milderungen des sozialen Elends, aber wir suchen die Sache bei der Wurzel anzufassen. Wir sehen, daß die ganze Entwicklung unserer gesellschaftlichen Zustände, unserer ganzen Produktionsweise — wann, können wir nicht voraussagen — daß sie drängt zum kommunistischen Eigentum, zur gemeinsamen Arbeit und zum gemeinsamen Konsum. Dahin führen die ganzen Bestrebungen der Arbeiter. Zu dieser Stellungnahme bewegt uns die Beobachtung der wirtschaftlichen Zustände, und wir wissen ganz bestimmt, daß das eigentliche Elend, das auf der Arbeiterklasse und auf der menschlichen Gesellschaft im allgemeinen lastet, daß dies nur beseitigt werden kann durch die Änderung der Art der Produktionsweise und der Konsumtion, wie sie heute in der Gesellschaft vorhanden ist. Das ist das Endziel, auf das wir hinausstreben; aber ich versichere Ihnen, alles was uns geboten wird, das gegenwärtige Elend zu mildern, wird als eine Abschlagszahlung dankbar von uns anerkannt werden.

Handelskammersekretär Rágóczy, Bonn: Verehrte Anwesende! Ich muß, wie schon einer meiner Vorredner, mein Befremden darüber aussprechen, daß der heutige gesamte Vormittag dazu gedient hat, uns Theorien vorzutragen, die mit der praktischen Lösung der Frage der Beseitigung der Arbeitslosigkeit nur einen sehr losen Zusammenhang haben. Ich muß aber



weiter ganz entschieden Einspruch dagegen erheben, daß hier, wo Männer aus allen Berufskreisen und aus allen Gauen Deutschlands zusammen gekommen sind, um gemeinsam an der Lösung der genannten Frage zu arbeiten, daß hier die Zeit dazu benutzt wird, um einseitig Klagen gegen die angebliche Ausbeutung der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeber zu erheben und somit die Zerklüftung, die unter den verschiedenen Klassen besteht, noch zu verschärfen. Meine Herren! Eine Anklage gegen das Bureau hat mir durchaus fern gelegen. Wenn das Bureau in seiner Liebenswürdigkeit den sämtlichen vorhergehenden Rednern freien Lauf gelassen hat, so bitte ich um das gleiche Recht.

Das Befremden, welches ich ausgesprochen habe, richtet sich nicht gegen das Bureau, sondern gegen den Inhalt einzelner Vorträge. Wenn hier in einem der Vorträge z. B. von seiten der Arbeitervertreter schwere Anklagen erhoben worden sind gegen das kapitalistische Unternehmertum, welches lediglich die Arbeiter auszunutzen bestrebt sei, so sage ich, befremdet das diejenigen Kreise unter den Unternehmern, die bereit sind, an der Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen mitzuarbeiten. Wenn ferner gesagt worden ist, wir werden nicht eher eine genügende Arbeitsvermittlung oder eine Beiseitigung der bis jetzt bestehenden Mißstände, unter denen die Arbeiter leiden, herbeiführen, als bis die gesamte Produktionsweise umgestürzt und umgeändert ist, so kann ich solche Vorschläge nicht als beachtenswerte betrachten.

Es ist weiter ein längerer Vortrag gehalten worden über die Frage, wie eine Arbeitslosenstatistik einzurichten sei, und es ist mit Recht gesagt worden, daß noch keinerlei Erfahrungen hierüber vorliegen, daß vielmehr Erfahrungen erst zu sammeln sind. Das ist meines Erachtens etwas ganz Selbstverständliches: wenn wir eine Arbeitslosenstatistik haben wollen, so kann diese sich nur stützen auf die Erfahrungen, die in den Arbeitsnachweisstellen gemacht worden sind, und wenn wir heute dahin wirken, daß möglichst in allen größeren Städten Arbeitsnachweisstellen errichtet werden, und wenn diese Bestrebungen Erfolg haben, erst dann wird, und zwar erst nach Verlauf einiger Jahre, die Möglichkeit gegeben sein, eine Arbeitslosenstatistik zu geben.

Wenn von seiten der Arbeitervertreter behauptet wird, man müsse zunächst die Gründe für die Arbeitslosigkeit untersuchen, um über die Arbeitsvermittlung zu sprechen, so sind diese Gründe doch zum größten Teil nicht in der „kapitalistischen Produktionsweise“, sondern vielmehr in der Gesetzgebung, in der kulturellen Entwicklung des Staates und der Bevölkerung zu suchen. Von

einzelnen Arbeitervertretern ist ja auch anerkannt worden, daß die Arbeitslosigkeit vielfach darauf zurückzuführen ist, daß der Arbeiter sich heute genötigt sieht, die gesteigerten Ansprüche des Lebens zu befriedigen. Allerdings! Jede Kulturstufe, welche ein Volk erklimmt, giebt demselben ein gewisses Gepräge, und wir dürfen uns freuen, daß wir in Deutschland eine solche errungen haben, daß das deutsche Reich inmitten Europas eine beachtenswerte Stelle einnimmt. Wenn heute morgen einer von den Arbeitervertretern gesagt hat, alle Erfindungen gereichten der Menschheit zum Fluch, so glaube ich, daß wir alle, auch die Arbeiter, partizipieren an den Erfolgen, welche sie uns gebracht haben. Meine Herren! Ich bin nach Frankfurt gekommen nicht als Politiker, sondern als ein Mann, der bestrebt ist, an der hervorragenden, heute zur Beratung stehenden Frage mit zu arbeiten. Wenn Sie meine Ausführungen indessen von Ihrem wirtschafts-politischen Standpunkte aus angreifen und verlachen, so wird mich das in keiner Weise zurückhalten, die Wahrheit und meine Ansichten über die Frage hier zu äußern. Ich habe noch nie Furcht gehabt vor den Angriffen in einer Volksversammlung, ich habe noch immer den Mut gefunden, meine Äußerungen zu verteidigen und ich spreche, ohne Rücksicht auf meine Stellung, ohne Rücksicht auf hier zu erhaschende Popularität.

Wenn ich nun wieder zur Sache zurückkehre, so glaube ich, daß die Einführung von Arbeitsnachweistellen ein allgemeines und ein dringendes Bedürfnis, namentlich in größeren Städten, ist, daß aber auch bis zu deren Einführung nicht erst die Vorlage einer Arbeitslosenstatistik erforderlich ist. Ich glaube, daß wir alle, die wir im wirtschaftlichen Leben stehen, dieses Bedürfnis anerkennen. Es ist notwendig, in jedem größeren Orte, eine Zentralstelle zu schaffen, welche allen Arbeitslustigen Arbeit zuzusichern bestrebt ist. Wenn wir auch bereits, besonders in den großen und industriell entwickelten Städten meist sogar mehrere Arbeitsnachweistellen besitzen, die von religiösen Vereinigungen, Herbergen, Innungen u. s. w. errichtet sind, so leisten dieselben doch nicht das, was man von den mir vorschwebenden öffentlichen Arbeitsnachweisen erwarten darf. Ich gehe dabei von der Ansicht aus, daß diese Arbeitsnachweistellen nicht dazu dienen sollen, den Arbeitern nur eines bestimmten Berufs zu Hilfe zu kommen — es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß das Gesinde, die landwirtschaftlichen Arbeiter, in gleicher Weise in den Kreis der so zu unterstützenden Arbeiter gehören. Ich gehe noch viel weiter — die Herren, welche mich eben verhöhnt haben, mögen



hieraus meine Stellung zu dem vierten Stande erkennen — ich möchte, daß die Arbeitsnachweistellen sogar dazu dienen sollen, auch sogenannten verunglückten Existenzen es zu ermöglichen, wieder in eine geordnete Lebensbahn einzutreten. Ich kenne hinlänglich solche bedauernswerten Leute, die früher einen ehrenwerten Beruf hatten und irgendwie durch Zufall, sei es durch Krankheit, durch Bankerott des Arbeitgebers oder dergleichen, ihr Brot verloren haben und die, weil sie eben äußerlich, in ihrer schlechten Kleidung, wenig empfehlenswert erscheinen, nicht in der Lage sind, eine neue Arbeitsgelegenheit zu finden. Wenn wir aber Arbeitsvermittlungstellen haben, die einen möglichst öffentlichen Charakter tragen und etwa an Gewerbegerichte, Ortskrankenkassen, öffentliche Stiftungen u. s. w. angegliedert oder als selbstständige Behörden errichtet sind, dann wird einerseits der Zutrang zu diesen bedeutend größer sein und andererseits ihr Erfolg wohlthätiger. Die arbeitslosen Leute werden sich an solche mit weit größerem Vertrauen wenden und nicht mehr nötig haben zu betteln, wo sie sich fürchten müssen, an der Hausthür abgewiesen zu werden.

Ich meine, es ist eine Pflicht der Gesellschaft, wie richtig hervorgehoben worden ist, die Arbeitslosen nicht nur mit Almosen zu bedenken, sondern ihnen auch die Gelegenheit zur Auffindung von Arbeit zu sichern.

Wir müssen uns aber vergegenwärtigen, daß die Arbeitslosigkeit in vielen Fällen kein temporäres Übel ist, das z. B. hauptsächlich nur im Winter eintritt. Der Winter ist doch eine Jahreszeit, die regelmäßig eintritt und wo eine Reihe von Berufsarten die Beschäftigung verliert, auch kann man nicht ohne weiteres nur von einzelnen Berufsarten sprechen, denen Arbeitsnachweistellen not thun, da die Arbeiter vielfach ihren Beruf sogar in kurzen Zwischenräumen wechseln. Der Geheime Rat Jencke vom Kruppschen Werke in Essen hat im Jahre 1886, als die Gründung der Berufsgenossenschaften in Frage stand, für dieses Werk eine Statistik aufgenommen, um nachzuweisen, daß von den dort beschäftigten Arbeitern 117 Prozent in einem Jahre ihren Beruf wechselten. Er hat nachgewiesen, daß die Leute, welche im Winter dort Arbeit suchen, vorher zum größten Teil Schuster, Schlosser, Maurer, Schreiner u. s. w. gewesen sind. Der Wechsel des Berufes ist unter den Arbeitern ein so ungeheurer, wie er auch anderwärts nach Errichtung von Arbeitsnachweistellen in die Erscheinung treten würde.

Wir müssen ferner auch anerkennen, daß die Arbeitslosigkeit vielfach hervorgerufen wird durch die Freizügigkeit, welche die

Arbeitermassen in die Städte führt. Ich glaube, daß deshalb die Frage der Errichtung von Arbeitsnachweisstellen ganz unabhängig zu betrachten und zu behandeln ist von den Jahreszeiten, von den Erfahrungen einzelner und von den Klagen, die mit mehr oder weniger Unrecht gegen die Arbeitgeber erhoben worden sind.

Die Errichtung von Arbeitsnachweisstellen ist meines Erachtens eine hervorragende sozialpolitische Aufgabe. Wenn der Arbeiter versichert werden soll gegen Krankheit, gegen im Verufe erlittene Unfälle und gegen die Sorgen des Alters, dann sollte meines Erachtens gewissermaßen auch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit hinzutreten in der Form von Arbeitsnachweisstellen. Es ist zwar anzuerkennen, daß die von einzelnen Gewerkschaften, von einzelnen Verbänden, Vereinen und Genossenschaften errichteten Arbeitsnachweisstellen jenseitsreich wirkten. Ich bin weit davon entfernt, den Wert dieser Vereinigungen herabsetzen zu wollen, ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß für bestimmte Berufsgruppen diese Vereine u. s. w. mit ihren Nachweisstellen bestehen bleiben müssen und ergänzend an die Seite der zu errichtenden öffentlichen Nachweisstellen treten sollten.

Ich freue mich, daß der Vertreter aus Wien uns in ausführlicher Weise seine Erfahrungen über die dortigen Einrichtungen mitgeteilt hat; ich muß sagen, seine Ausführungen sind so ermutigend, und so erfrischend wirken sie im Gezänke der Parteien, daß man zugreifen und hier in Deutschland das nachahmen sollte, was man in Österreich nicht im Kampfe der verschiedensten wirtschafts-politischen Anschauungen, sondern in dem einmütigen Bestreben, den Arbeitern förderlich zu sein, aufgebaut hat, Einrichtungen, die sich dort bestens bewährt haben. Wenn der Vertreter aus Wien aber gesagt hat, es fehle ihnen trotz der opferwilligen Unterstützung hervorragender Arbeitgeber an Mitteln und der Zuschuß der Gemeinde Wien sei nur ein geringer, und wenn er ferner geklagt hat, daß die dortige Einrichtung, eben weil sie zumeist nur auf Privatzuschüsse angewiesen sei, immerhin in der Luft schwebt, dann deutet er doch ganz bestimmt an, daß die einzig richtige Art der Unterhaltung der Nachweisstellen auf öffentliche Kosten sei.

Ich bin der Ansicht, meine Herren, daß wir heute nicht zusammengekommen sind, um bloß theoretische Erörterungen zu halten, daß wir vielmehr zusammengekommen sind, um voneinander zu lernen — das ist auch der Zweck, der mich hierher geführt hat — um zu sehen, wie sich in anderen Städten die Einrichtung von Arbeitsnachweisstellen gestaltet hat, um daraus zu entnehmen, wie ein jeder von uns in seinem Ort und in

Hochstift, Arbeitslosigkeit.

7



seinem Kreise dazu beitragen könne, diese Wohlfahrts Einrichtung auch der arbeitenden Bevölkerung seiner Heimat dienstbar zu machen. Wenn wir in diesem rein sachlichen Bestreben uns vereinigen, dann, meine Herren, glaube ich, kommen wir zu einem handgreiflichen Ziele. Wenn zwar von einer Seite hier gesagt worden ist, es sei nicht notwendig, die Arbeitgeber bei der Lösung dieser Aufgabe mit heranzuziehen, so verweise ich auf den Vertreter von Wien, der uns berichtet hat, daß gerade das Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer äußerst wohlthätig auf die Wirksamkeit der dortigen Anstalt gewirkt habe. Und wie sollten wir bei unseren Versuchen der Arbeitsvermittlung gerade die Arbeitgeber ausschließen, welche doch die Arbeit und leer gewordene Arbeitsstellen zu vergeben haben. Wenn wir die Arbeitgeber von dieser Mitarbeit ausschließen, ist jede Arbeitsnachweistelle, meines Erachtens, ein totgeborenes Kind. Ich muß wiederholen, meine Herren, es handelt sich bei dieser Frage nicht um die heute morgen so ausführlich behandelte Frage der Gestaltung des Arbeitsvertrages, es handelt sich um die nackte Thatsache der Arbeitslosigkeit und um die Frage: wie ist die Arbeitslosigkeit zu beseitigen? Man braucht daher nicht erst zu prüfen, aus welchen Ursachen ist sie entstanden, da wir diese Ursachen doch nicht beseitigen können, wir müssen vielmehr zunächst prüfen, wie ist die Thatsache der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wie ist die mit derselben verbundene Not zu beseitigen oder einzuschränken. Dazu soll jedermann, zu allererst auch der Arbeitgeber, der die Hand dazu reicht — ich glaube, in diesem Sinne ist die Einladung zum heutigen Kongreß ergangen — willkommen sein.

Ich halte es auch für unbedingt notwendig, daß, da die lösende Aufgabe überall eine rein örtliche ist, und weil durch die Thätigkeit der Arbeitsnachweistellen die Ausgaben für Armenunterstützungen verringert werden, den Gemeindeverwaltungen ein bestimmter Einfluß auf die Geschäftsführung der Nachweistellen eingeräumt werden muß. Überlassen wir diese Einrichtungen der freien Verfügung der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, so liegt die Gefahr nahe, wie Sie schon heute gesehen haben, daß die Gegensätze zum Ausdruck kommen und vielleicht sogar einen verschärften Ausdruck finden. Es ist also das Zusammenwirken der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Stadtverwaltungen meines Erachtens wünschenswert, ja sogar unbedingt notwendig.

Wenn mir auch das Bureau eröffnet hat, es sollen hier in dieser Versammlung keine Leitsätze aufgestellt werden, da deren Beratung zu langen unfruchtbaren Debatten führen würde, so

kann ich es doch nicht unterlassen, meine Ansichten über die Lösung der Frage der Errichtung von Nachweisstellen in einige kurze Sätze zu formen und Ihnen hier vorzutragen, einerlei, ob dieselben seitens des Herrn Vorsitzenden zur Verhandlung gestellt und von der Versammlung angenommen werden oder nicht. Bezüglich der Beschlußfassung über gewisse Leitsätze denke ich anders als das Bureau. Wenn wir klare Beschlüsse einer solchen Versammlung hinter uns hätten als Stütze, als Ansporn, dann könnten wir, jeder an seinem Platze, getrost an die Arbeit gehen.

Meine Gedanken, die ich Ihnen eben dargelegt habe, möchte ich in folgende Sätze zusammenfassen:

- I. Die Errichtung von Arbeitsnachweisstellen für Arbeiter aller Berufsclassen und jeden Geschlechts in mittleren und größeren Städten ist zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen, im Interesse der Hebung der öffentlichen Wohlfahrt und zur Ergänzung der sozialen Gesetzgebung möglichst überall anzustreben.
- II. Bei der Einrichtung von Arbeitsnachweisstellen empfiehlt sich der kommunale Charakter, sei es, daß sie als eigene Behörden errichtet, sei es, daß sie an bestehende öffentlich-rechtliche Anstalten, z. B. Gewerbegerichte, Ortskrankenkassen u. s. w. angegliedert werden.
- III. Die Kosten der Unterhaltung der Arbeitsnachweisstellen hat die Gemeinde, unter Umständen mit Unterstützung von Vereinen, Stiftungen u. s. w. zu tragen.
- IV. Bei der Thätigkeit und der Verwaltung der Arbeitsnachweisstellen ist die gleichmäßige Mitwirkung der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Gemeindeverwaltungen notwendig. Über die inneren Einrichtungen der Arbeitsnachweisstellen ist nach Lage der örtlichen Verhältnisse zu entscheiden.
- V. Zur möglichsten Verbreitung der Einrichtung der Arbeitsnachweisstellen und zur Erreichung der zweckdienlichsten Organisation der bestehenden, ist die Errichtung einer Zentralstelle für die Arbeitsnachweisstellen wünschenswert, durch welche Ratschläge erteilt und Erfahrungen gesammelt und regelmäßige Jahresversammlungen zum Zwecke der Beratung gemeinsamer Interessen veranstaltet werden.

Meine Herren! Diese Sätze haben sich mir als das Resumé des heute Gehörten aufgedrängt. Ob und in wie weit die Versammlung geneigt ist, in eine Erörterung über diese Sätze einzutreten, weiß ich nicht. Doch halte ich jedenfalls dafür, daß,



wenn dies nicht der Fall ist und wir heute auch nur theoretische Erörterungen pflegen, wir doch nach Hause gehen sollten mit dem Vorsatz, überall nach Kräften für die Errichtung von Arbeitsnachweisstellen zu wirken, daß es dann auch wünschenswert ist, wenn man etwa jedes Jahr sich wieder zusammenfindet, um die Meinungen und die gemachten Erfahrungen auszutauschen.

Gehen wir aber andererseits auch nicht zu weit! Legen Sie nicht zu viel Gewicht auf die Arbeitslosenstatistik, ehe Sie an die Errichtung von Nachweisstellen gehen. Der Statistiker von Beruf weiß, daß die Grundlage, auf der sie aufgebaut werden müßte, theoretisch außerordentlich schwer festzustellen ist. Ich glaube, wir beschränken uns zunächst auf die Erkenntnis der nackten Thatsachen, auf die Beseitigung der bedauerlichen Erscheinung, daß eine große Anzahl von Arbeitskräften aus den verschiedensten Berufsarten, Schreibgehilfen, landwirtschaftliche Arbeiter, Tagelöhner, Dienstmänner, Handwerksgejellen und Fabrikarbeiter keine Gelegenheit haben, wirtschaftlich thätig zu sein und ihr Brot zu verdienen. Das können wir nur durch Meldestellen, welche entweder unentgeltlich oder nur gegen Erlegung einer ganz geringen Gebühr Arbeitsgelegenheit nachweisen.

Diese Aufgabe ist meines Erachtens eine ganz erhabene, erhaben, weil die Arbeiter davor bewahrt bleiben sollen, Almosenempfänger oder Landstreicher zu werden. Aber zusammen wirken müssen wir; wenn wir dagegen uns gegenseitig als Feinde ansehen, dann, meine Herren, werden wir nichts Ersprießliches zuwege bringen können. Ich meine, meine Herren, wir sollten bei Verfolgung dieser Aufgaben alle Gegenjätze schwinden lassen, auch heute die fruchtlosen Betrachtungen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und über die Hoffnungen, die zu hegen sind bezüglich der künftigen Segnungen der kommunistischen Produktionsweise. Wir wollen uns vielmehr die Hand reichen zu eingehender Beratung und zur Prüfung über die Heilung der sozialen Krankheit der Arbeitslosigkeit, einer Krankheit, die nicht nur eine temporäre ist, sondern immer bestehen und bleiben wird.

Regierungsrat Dr. Lange, Karlsruhe (zur Geschäftsordnung): Wie ich höre, sind noch ziemlich viele Redner vorgemerkt; da aber die Zeit schon ziemlich vorgeschritten ist, so möchte ich den Antrag stellen, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, damit noch alle vorgemerkten Redner zu Worte kommen.

Stadtrat Dr. Fleich, Frankfurt: Es hat allerdings ursprünglich die Absicht bestanden, die Verhandlungen am heutigen Tage zu

Ende zu führen. Bei dem zahlreichen Besuche, der regen Teilnahme von Rednern aller Kreise, ist von einigen Seiten angeregt worden, ob es nicht angebracht wäre, die Verhandlungen morgen weiter zu führen. Ich stelle diese Anregung noch nicht zur Abstimmung, bringe das vielmehr nur zur Aufklärung vor und bitte jetzt über den Antrag des Herrn Regierungsrates Dr. Lange abzustimmen. Wer für Abkürzung der Redezeit auf 10 Minuten ist, möge die Hand erheben.

Das ist die Mehrheit, der Antrag ist angenommen, damit ist die Redezeit für die folgenden Redner auf 10 Minuten beschränkt.

Dr. Quard, Frankfurt a/Main: Meine Herren! Es ist der Wunsch der Mitglieder der volkswirtschaftlichen Sektion, daß, nachdem nunmehr eine Reihe auswärtiger Redner über das zur Verhandlung stehende Thema gesprochen haben, auch einer von uns Stellung nimmt zu der Frage, die wir selbst aufgeworfen haben. Ich spreche dabei nicht als Mitglied des Bureaus, sondern als einfaches Mitglied der volkswirtschaftlichen Sektion, und da ist es ein Bedürfnis für mich und meine Freunde, zunächst zu sagen, daß wir der Art, wie mein Herr Vorredner die Äußerungen der Arbeiter ausgelegt hat, nicht zustimmen können. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß jeder seinen Standpunkt hier bis aufs äußerste präzisieren kann. Es ist dringend erwünscht, daß die Arbeiter hier recht ausführlich sagen, welche Klagen sie gegen die Unternehmer haben, ebenso wie andererseits den Unternehmern das Recht zusteht, ihre Klagen und Beschwerden über die Arbeiter vorzubringen. Gerade diese Freiheit soll unsere Verhandlungen auszeichnen, und ich habe nicht bemerkt, daß von den Arbeitern das zulässige Maß überschritten worden ist.

Zum Gegenstand der Verhandlung möchte ich bemerken: mich hat im Gegenteil die Äußerung des Herrn Legien hier auf das Sympathischste berührt. Das Ziel und der Grundton seiner Rede waren: wir sind bereit, praktisch mitzuarbeiten an Vorschlägen und Gegenständen, die auch zunächst nur zur Besserung des augenblicklichen Notstandes beitragen. Das ist auch der Grundton, auf den die Verhandlungen gestimmt sein sollten, und das harmoniert auch mit dem, was von jeder Seite angestrebt wird.

Es ist zunächst in der logischen Reihenfolge bei der Verhandlung auszugehen von der Arbeitslosenstatistik. Man kann meines Erachtens einen Arbeitsnachweis gar nicht gut in einer Stadt einrichten, wenn man sich nicht mindestens einmal vorher darüber vergewissert hat, welches Meistangebot in arbeitsloser



Zeit eventuell dieses städtische Arbeitsamt zu bewältigen haben würde, und so fasse ich eigentlich die Arbeitslosenstatistik von meinem Standpunkt aus als eine Vorarbeit für ein städtisches Arbeitsamt auf. Nebenbei halte ich diese Arbeitslosenstatistiken auch von Wert für sonstige kommunale Verwaltungszweige. Es ist für eine Armenverwaltung nicht gleichgültig, zu wissen, wie viel beschäftigungslose Leute vorhanden sind, die teils aus Ersparnissen, teils aus anderen Mitteln leben und vielleicht in zwei bis drei Wochen der Armenpflege anheimfallen. Die Kenntnis vom Umfang der Arbeitslosigkeit ist ferner für diejenige städtische Verwaltung, die bei plötzlich eintretendem Bedarf durch Schneewetter u. s. w. eine Reihe städtischer Arbeiter einzustellen hat, und sehr oft in die Lage kommt, dieselben aus den Arbeitslosen zu nehmen, nicht gleichgültig. Und so ließen sich noch sehr viele weitere Beispiele anführen dafür, daß die Arbeitslosenstatistik als notwendige Vorbedingung für die weiteren Schritte betrachtet werden muß, von denen schon gesprochen wurde. Deshalb sagte Herr Dr. Hirschberg auch ganz richtig, er bedaure aufs tiefste, daß solche Statistiken von Gemeinden bisher ganz unterlassen worden seien. Er hat ganz richtig ausgeführt, daß die kommunale Statistik zu einem geordneten Städtewesen gehöre, wie die Buchhaltung zum Geschäft. Nur möchte ich das noch erweitern. Wenn eine Buchhaltung in einem Privatgeschäft schlecht geführt wird, so trifft der Schaden dieser schlechten Buchführung den einzelnen Geschäftsmann. Wenn aber die Statistik in einem Gemeindewesen nachlässig betrieben wird, so trifft der Schaden Tausende, oft Hunderttausende von Leuten. Wenn Herr Dr. Hirschberg freilich gemeint hat, der Kostenbetrag für Arbeitslosenstatistik von 65 Pf., der auf den Kopf berechnet worden ist, sei etwas hoch und entspreche nicht recht dem Wert der Sache, und wenn er im Anschluß daran weiter geäußert hat, er könne eigentlich den Arbeitern nur abraten, eine solche Statistik zu unternehmen, so möchte ich sagen: meines Erachtens ist es schwer, in dieser Beziehung überhaupt zu raten, sei es abzuraten oder zuzuraten. Die Sache liegt ganz einfach so: der Impuls, solche Statistiken vorzunehmen, ist bis jetzt thatächlich fast nur aus Arbeiterkreisen gekommen. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß unsere eigenen Besprechungen hier zurückzuführen sind auf Anregungen, welche im letzten Winter seitens der Arbeiter gegeben worden sind, und das ist doch schon eine sehr dankenswerte Wirkung der Unternehmungen, welche die Arbeiter versucht haben. Wenn man also den Wert der Arbeitslosenstatistiken nicht mit aller Gewalt aufhauen will, um dann desto mehr an ihnen kritisieren zu können,

wenn man nicht etwas von ihnen verlangen will, was sie nie leisten können, wenn man sie vielmehr, wie die Arbeiter selbst sagen, nur als bescheidene Anläufe und nützliche Vorversuche betrachtet, neben denen thatsächlich noch nichts Besseres geleistet worden ist, so weiß ich nicht, warum man abraten soll von solchen Dingen, selbst wenn sie vorläufig noch recht unvollkommen „nur“ von Arbeitern gemacht werden. Hier möchte ich auch noch auf die kleine Differenz eingehen, welche sich zwischen Herrn Legien und Herrn Dr. Hirschberg ergeben hat. Herr Dr. Hirschberg meinte, die Arbeitsscheuen seien auszuscheiden. Er hält dies aber lediglich zur Vervollkommnung der Technik der Arbeitslosenstatistik für nötig. Man müsse diejenigen Elemente, die auch in anderen Gesellschaftsklassen vorkommen, und die nicht arbeiten wollen, nicht zu denjenigen Arbeitslosen hinzuzählen, die beim besten Willen in Krisenzeiten nicht arbeiten können. Das ist nur gemeint gewesen, und ich habe nicht das Gefühl, als wenn dies den Arbeitern irgendwie zu nahe träte, wie Herr Legien gemeint hat. Im Gegenteile: wenn gute Vorschläge zur Verbesserung der statistischen Technik gemacht werden, und ich beklage, daß solche nur ganz vereinzelt gemacht worden sind, so werden sie von den Arbeitern immer am allerersten berücksichtigt. Ich kann nur aus der Praxis der Frankfurter Gewerkschaften erzählen, mit denen ich über eine Arbeitslosenstatistik verhandelte, daß da bereits eine ganze Anzahl Verbesserungen an der Hand der gesammelten Erfahrungen beachtet werden sollen, wenn es zu einer Arbeitslosenstatistik der hiesigen Gewerkschaften kommt, und ich kann wohl sagen, daß über diese Frage in den Gewerkschaften intensiver und tiefer nachgedacht wird, als in den berufsstatistischen Kreisen, aus denen man nur zu wenig Vorschläge zur Verbesserung der Technik hört.

Nun komme ich zur Arbeitsvermittlung. Die Arbeitsvermittlung ist von der einen Seite dargestellt worden, genau dem bisherigen Gang der Dinge entsprechend, als eine reine Angelegenheit der Arbeiter, und von der anderen Seite ist gesagt worden, sie sei eine gemeinsame Angelegenheit der Arbeiter und Unternehmer. Es ist so bezeichnend wie nur möglich, daß Herr Legien namens der Arbeiter und Herr Rägoczy namens der Unternehmer sich auf denselben einseitigen Standpunkt stellen. Ich bekenne offen, daß ich auf demselben Standpunkt, wie Herr Lautenschlager, stehe und daß eine Arbeitsvermittlung, namentlich auch in städtischem Rahmen, nicht gelingen wird, wenn nicht beide Teile zusammen gebracht werden, wie es Herr Lautenschlager an der Hand der Gewerbegerichtsorganisation, übrigens auf Grund eines



Planes, vorgeschlagen hat, der zu allererst von den Stuttgarter Gewerkschaften entworfen und vertreten worden ist. Ich glaube auch den Vorwurf, den Herr Legien diesem Plane gemacht hat, sehr leicht entkräften zu können. Herr Legien hat gesagt: man schreibt auch sonst den Warenverkäufern, wenn sie ihre Waren auf den Markt bringen, nicht vor, wie sie dieselben verkaufen sollen, deshalb sollte man dies bei der Arbeitsvermittlung auch nicht machen wollen. Dem erwidere ich: wir haben im Gegenteil eine ganze Reihe von Gesetzen, oder bekommen sie doch soeben, z. B. über Abzahlungsgeschäfte, die dem Mißbrauch beim Warenverkauf entgegenzutreten, und gewisse Bedingungen im Interesse des Gemeinwohls erwähnen, unter denen gewisse Waren nicht verkauft werden dürfen. Wir haben eine ganze Anzahl sanitärer und polizeilicher Gesetze, die gerade im Interesse der unbemittelten Bevölkerung vorschreiben, daß gewisse Verkäufer ihre Waren nur so und nicht anders verkaufen dürfen. Und die sozialdemokratische Partei hat solchen Gesetzen immer mit vollem Recht zugestimmt. Ferner erwähne ich die zahllosen Eingriffe der Arbeiterschutzesetze in den freien Arbeitsvertrag. Auch die Gewerbeordnung schreibt vor, damit der Arbeiter vor Übergriffen des allzu mächtigen Unternehmers geschützt ist, daß nur unter gewissen Bedingungen ein Vertrag geschlossen werden darf, und ebenso liegt die Sache bei der Arbeitsvermittlung. Zum Schutze der Arbeiter darf nur unter gewissen Bedingungen die Arbeitsvermittlung eintreten. Ich meine also, man muß unbedingt den Hauptnachdruck auf die Zuziehung beider Teile legen, und ich halte dieses Zusammengehen an der Hand der Gewerbegerichte, wie es in Stuttgart vorgeschlagen ist — und, wie ich nochmals betone, zuerst von den Gewerkschaften selbst vorgeschlagen wurde — für einen sehr glücklichen Gedanken, den ich allen Städtevertretern warm empfehlen möchte. Mit dem Anschluß der Arbeitsvermittlung an das Gewerbegericht erspart man vollständig eine Neuorganisation und alle die Mühseligkeiten einer besonderen Neuschöpfung. Der Plan hat auch das Zutrauen der Arbeiter, weil das Gewerbegericht in der That große Vorteile für die Arbeiter bedeutet. Wir sehen ja, wie dort, wo wegen des Widerstandes der Unternehmer absolut kein Gewerbegericht zu erreichen ist, heftige Agitationen seitens der Arbeiter inszeniert werden, und ich möchte dringend empfehlen, diesen Gedanken festzuhalten. Selbstverständlich ist das Stuttgarter Statut sehr wohl des Ausbaues im einzelnen fähig. Ich habe sogar den Eindruck, als wenn Herr Lautenschlager das Statut zu sehr auf seine Person zugeschnitten hätte. Es kann aber kommen, daß der Organisator

das Kind nicht selbst aus der Taufe hebt, und dann ist es gut, wenn Bestimmungen vorgeesehen sind, die auch einen weniger arbeiterfreundlichen Vorgesetzten binden. So würde es sich wohl empfehlen, Bestimmungen darüber aufzunehmen, daß die Beamten aus den Arbeiterkreisen genommen werden, daß die Vermittlung bei Streiks aufzuhören hat u. s. w. Ich verweise hier auf § 10 des Statuts der Wiener Arbeitsvermittlungsanstalt. Wie ich höre, ist dieser Paragraph in Wien stets gewissenhaft gehandhabt worden. Es sind wiederholt Unternehmer während eines Streiks nicht bedient worden, obgleich sie zahlende Mitglieder des Vereins für Arbeitsvermittlung waren; das hat sie aber nicht gehindert, nach Erledigung des Strikes doch wieder zu kommen und die Arbeitsvermittlung von neuem zu benutzen.

Zum Schlusse möchte ich noch sagen: wenn hier eingewendet worden ist, ich weiß nicht gleich von welcher Seite, man fürchte, daß aus der Etablierung solcher Arbeitsämter und der Vornahme von Arbeitslosenstatistiken ein gewisses Anrecht der Arbeiter auf städtische Hilfe konstruiert werde, so erwidere ich ganz offen und ehrlich: darüber kommen wir überhaupt nicht hinaus. Alle Aktionen in diesen Dingen basieren selbstverständlich auf dem Gedanken, daß nicht nur der Staat ein Fabrikgesetz zu erlassen hat, sondern daß auch die Städte sich auf ihre sozialen Aufgaben zu besinnen und einzugreifen haben. Meine Herren: wenn man vor dem Gedanken zurückscheut, daß die Gemeinden noch sehr viel für die Arbeiterklasse zu thun haben und daß sich selbstverständlich an den ersten Schritt eine ganze Reihe weitere zu noch viel wichtigeren Dingen reihen müssen, dann braucht man selbstverständlich auch nicht über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenstatistik zu reden und zu verhandeln.

C. Hahn, Magdeburg, Generalsekretär des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter: Meine Herren! Ich habe über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit, die den heutigen Verhandlungen als Thema zu Grunde gelegt sind, eigentlich nur wenig neues nachzutragen. Wir haben in unseren kleinen Arbeitsorganisationen, in unserem Gewerkschaftsverein, der ungefähr 11 000 Mitglieder zählt, die Frage der Arbeitslosigkeit und ihre Lösung gleich von vornherein von der rein praktischen Seite anzufassen versucht; wir haben uns auf eine Statistik, die heute ausführlich erörtert worden ist und den Arbeitervereinen und Organisationen zu Gebote steht, nicht stützen können, sondern wir haben gesagt, wir suchen der Not des Tages, die sich uns aufdrängt, durch Einführung einer Arbeitslosenunterstützung ent-



gegenzutreten. Unsere Versuche fingen vor ungefähr fünf Jahren in kleinem Maßstabe an. Wir gewährten unseren Mitgliedern in der ersten Zeit 13 Wochen hindurch die Woche 3 Mark Unterstützung; es war dies, wie gesagt, ein schüchterner Versuch, eine dürftige Unterstützung, wir gingen tastend vor, wir wußten nicht, in welchem Maße unsere nicht bedeutenden Mittel in Anspruch genommen würden. Nachdem wir das einige Jahre durchgeführt hatten, kamen wir auf Grund der Erfahrungen dazu, unseren Mitgliedern vorzuschlagen, diese Unterstützung zu verdoppeln; wir gewährten nach mehreren Jahren, ungefähr drei Jahre, statt 3, 6 Mark pro Woche und sind nun in unserer letzten Generalversammlung dahin gekommen, zu beschließen, diese Unterstützung für Mitglieder, welche dem Gewerbeverein acht Jahre angehören, auf 7,50 Mark pro Woche zu erhöhen. Das sind ja immer nur bescheidene Summen, aber sie helfen über die augenblickliche Verlegenheit, in die die besitzlosen Arbeiter geraten, hinweg. Zugleich mit dieser Arbeitslosenunterstützung haben wir auch eine Arbeitsvermittlung angestrebt, haben aber dabei, ich muß es leider gestehen, die allertrübfeligsten Erfahrungen gemacht. Als wir Hand in Hand mit den Arbeitgebern Arbeitsnachweusbureaus einrichten wollten, sind wir schnöde abgewiesen worden. Es hat etwas für sich, wenn da gesagt wird, Kapital und Arbeit sollen Hand in Hand gehen. Es kann jeder, der da wünscht, daß sich unsere Zustände harmonisch ausgestalten, nur wünschen, daß diese wichtigen Faktoren Hand in Hand gehen. Aber wenn man dergleichen Erfahrungen hinter sich hat, fragt man sich doch, ist es nicht zweckmäßiger, allein zu stehen und zu versuchen, durch erhebliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen die Lebenslage der Arbeiter derartig zu verbessern, daß sie im stande sind, eine kleine Steuer auszuwerfen zum Besten ihrer arbeitslosen Kollegen. Wir sind in dieser Weise vorwärts gekommen und denken auch, noch weiter vorwärts zu kommen. Zunächst sollten wir suchen, an der Hand der Vorschläge, die heute hier gemacht worden sind, auf Grund einer neu einzuführenden Statistik, vielleicht über den Umfang und die Bedeutung der Arbeitslosigkeit, uns klar zu werden und einzugreifen. Aber vor allen Dingen, meine Herren, wird es Aufgabe der Arbeiter selbst sein, ihr Bestes hierzu zu thun; die Arbeiter müssen sich gegen die Arbeitslosigkeit selbst zu helfen suchen; er darf sich nicht auf andere verlassen. Hilf dir selbst, das ist der rechte Mann. Wenn der Arbeiter in guten Tagen lebt, und er hat gute Tage, ich bestreite, wenn man sagt, er ist nur angewiesen, gewissermaßen aus der Hand in den Mund zu leben, muß er sich etwas ersparen können, und wenn er das

Dr. Möller, Brackwede.



thut, dann vermag er seine Lebenslage zu verbessern ohne irgendwelche Beihilfe. Der Staat hat die Aufgabe, diesem großen Kreis seiner Angehörigen Unterstützung zu teil werden zu lassen; er hat die Verpflichtung, den Arbeitsorganisationen Anerkennung zu teil werden zu lassen, wie er sie anderen Organisationen in jedem Maße zuerkannt hat. Aber die Arbeiter haben vor allen Dingen die Verpflichtung, sich dieser ihrer Ziele würdig zu zeigen, daß sie, wenn sie mit solchen Forderungen hervortreten, sagen können, wir sind reif für diese Ziele, und wenn wir diesen Zielen nach-eilen, werden wir auch vorwärts kommen.

Dr. Möller, Brackwede, Fabrikbesitzer: Meine Herren! Ich spreche zunächst hier als Vorsitzender des Arbeitsnachweises zu Bielefeld, einer wie Ihnen bekannt sein wird, sehr industriereichen Stadt mit ungefähr 50 000 Einwohnern. Ich kam zusammen mit dem Vorsitzenden des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin, Herrn Magistrats-Magessor Dr. Freund und tauschte meine Erfahrungen mit ihm aus. Wir kamen zu dem Resultat, daß die jetzigen Einrichtungen höchst ungenügend seien, sowohl für die großen Städte, wie für die kleineren und mittleren, daß es für den Arbeitsnachweis nötig wäre, die kleinen und mittleren Städte mit den größeren zu verbinden. Dem Mißstand, daß der Handwerksgehilfe auf der Landstraße herumläuft, um irgendwo Arbeit zu finden, glauben wir, kann nur dadurch abgeholfen werden, daß in allen größeren und mittleren Städten und Industriestädten Arbeitsnachweise auf gleichmäßiger Grundlage errichtet würden und zwar auf der Grundlage, daß sich Arbeiter und Arbeitgeber und sonstige Freunde der Arbeiter und des Fortschritts, die nicht direkt beteiligt sind, zusammenthun, um Arbeitsnachweise zu gründen, ähnlich wie es in Berlin, Bielefeld und Stuttgart geschehen ist, daß dann aber die Städte mehr wie bisher diese Unternehmungen unterstützen und ihnen dadurch die Möglichkeit geben, energisch zu wirken. Vor allen Dingen aber glaube ich, daß wir eine gemeinschaftliche Zentralstelle für ganz Deutschland schaffen müssen, um dem ganzen Unternehmen erst ein rechtes Gedeihen zu geben. Die Zentralstelle müßte selbstverständlich in der Weise organisiert sein, daß ihr in möglichst kurzen Zwischenräumen die Gesamt-meldungen nach Fächern geordnet zugesandt würden. Es ist zweifellos eine Organisation, die große Opfer erfordert, die aber andererseits so außerordentliche Vorteile bietet, daß die Opfer dagegen gar nicht in Betracht kommen können. Man könnte so mit Hilfe einer derartigen Organisation es ermöglichen, die Arbeitskräfte dorthin zu bringen, wo sie fehlen und



umgekehrt, wo sie überflüssig sind, sie wieder abheben. Es war die Absicht von Herrn Dr. Freund und mir und einigen Gefinnungsgegnossen, Einladungen zu diesem Zweck zu erlassen, als die Einladung zur heutigen Versammlung erschien. Wir haben deshalb damals hiervon Abstand genommen. Da hier, wie ich annehme, zahlreiche praktische Freunde des Arbeitsnachweises sind, so möchte ich die Bitte an die Anwesenden richten, diese Sache weiter zu verfolgen und möglichst bis morgen hier zu bleiben, damit wir diesen Gegenstand eingehend erörtern können; denn in diesen 10 Minuten ist das selbstverständlich nicht möglich. Ich möchte dann auch diejenigen Herren, welche verhindert sind, morgen hier zu sein, bitten, daß sie dem Magistrats-Meßior Dr. Freund Mitteilung machen darüber, daß sie in einer später zu diesem Zweck besonders einzuberufenden Versammlung und zwar bestehend möglichst nur aus Vorständen von Arbeitsnachweisen oder aus solchen, die sich speziell für diese Frage interessieren, eingeladen zu werden wünschen. Wir haben für diese Versammlung Frankfurt oder eine andere Stadt im mittleren Deutschland ins Auge gefaßt.

Wilh. Jugi, Darmstadt, Sekretär der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgegnossenschaft des Großherzogtums Hessen, Redakteur der Zeitschrift Konfordia: Geehrte Herren! Ich will nicht in der etwas erregten Art, wie es Herr Rógóczy gethan hat, hier meinem Befremden Ausdruck geben über den Verlauf, den die Verhandlungen zum Teil genommen haben. Ich muß aber gestehen, daß ich wesentlich auf dem gleichen Standpunkt stehe wie vorgenannter Herr. Als ich die Vorträge hörte, welche heute Vormittag hier gehalten wurden, fiel mir unwillkürlich das Wort ein: „Leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen“. Die beiden Herren, die zuerst gesprochen haben, haben eine Reihe von Vorschlägen gemacht; ich brauche dieselben nicht zu wiederholen, ich glaube aber sagen zu dürfen, daß diese Vorschläge so radikaler Natur waren, daß sie in absehbarer Zeit, wie schon Herr Lautenschlager hervorhob, keine Aussicht auf irgend welche Verwirklichung haben können. Beide Herren wollen, um ein Gleichnis zu gebrauchen, mit einem Sprung vom Fuß des Berges auf die Spitze kommen, anstatt bergan zu steigen. Als erstes Mittel, um der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, ist hier mit vollem Recht die Organisation eines geregelten Arbeitsnachweises vorgeschlagen worden. Ich möchte dem noch hinzufügen, daß der Arbeitsnachweis für jede Stadt streng zentralisiert sein und in Verbindung mit an-

deren Nachweisstellen in anderen Städten treten muß. Für die Nachweisstellen in den einzelnen Städten wäre dann eine gemeinsame Zentralstelle einzurichten, bei der alle Fäden zusammen zu laufen hätten. An diesem Zentralspunkte wäre vor allem eine umfassende Statistik über den Umfang des Angebotes und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte einzurichten, so daß sich die Bewegung desselben für alle Teile des Reichs übersehen ließe. Ich weiche in dieser Beziehung namentlich von Herrn Dr. Quard ab, welcher sagte, daß es nötig sei, zuerst eine Statistik der Arbeitslosen zu schaffen und dann erst den Arbeitsnachweis einzurichten. Ich bin der Ansicht, gerade durch den Arbeitsnachweis soll man zur Statistik übergehen und nicht umgekehrt; der Arbeitsnachweis soll uns die Statistik liefern und uns lehren, welche weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen sind.

Während, wie schon gesagt, die beiden ersten Redner des heutigen Tags ziemlich weitgehende Vorschläge machten, haben erfreulicher Weise die Herren Legien und Bardorf die Brücke zum heutigen Nachmittag geschlagen, daß sich die Verhandlungen auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse bewegen und praktische Resultate erzielen lassen. Ich möchte deshalb ganz kurz einige Fragen streifen, die bisher nicht hervorgehoben wurden, aber der Beachtung wert sind. Herr Rágóczy sagte, die Arbeitsnachweisstellen müssen unbedingt einen öffentlich rechtlichen Charakter haben, ebenso muß dem Arbeiter das Recht auf Arbeit und auf Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zuerkannt werden. Mit diesen Forderungen steht die Frage in Zusammenhang, ob unentgeltlich oder gegen eine Vergütung Arbeit nachgewiesen werden soll. Ich für meine Person möchte mich dafür aussprechen, diese Arbeitsnachweisstellen nicht unentgeltlich funktionieren zu lassen, sondern eine, wenn auch nur kleine, Abgabe zu erheben und zwar aus zwei Gründen; einmal wegen der technischen Durchführung. Wir haben in Darmstadt eine Arbeitsnachweisstelle, bei der eine geringe Gebühr erhoben wird, die noch dazu gestundet wird, falls der Arbeiter mittellos ist. Sobald nun der Arbeiter in Arbeit getreten ist und dies der Nachweisstelle anzeigt, erhält er die Hälfte dieser Gebühr, das sind 10 Pf., zurückerstattet. Dadurch bekommt die Zentralstelle gleichzeitig das Material in die Hand, festzustellen, ob die Arbeitsstellen, die sie ausgebaut hatte, wirklich besetzt worden sind. Dies hat sich sehr gut bewährt. In anderen Städten mit unentgeltlichem Arbeitsnachweis hat sich oft nicht gezeigt, ob die von den Nachweisbureaus nachgewiesenen Stellen besetzt wurden oder nicht. Das ist der eine Grund, weshalb man eine kleine



Gebühr erheben sollte. Der andere wichtigere Grund ist aber der, daß, wenn man die Arbeitsnachweisstellen unentgeltlich funktionieren läßt, nach meiner Ansicht einmal Mißbräuche nicht ausgeschlossen sind und daneben der Gedanke an Kraft gewinnen muß, daß es ein unbedingtes Recht des Arbeiters sei, diese Zentralstellen jederzeit in Anspruch zu nehmen. Von der Anerkennung des Rechtes auf Arbeitsnachweis ist aber der Schritt zur Anerkennung des Rechtes auf Arbeit nicht sehr weit. Ich hoffe, daß dieser Schritt in Deutschland sobald noch nicht gemacht werden wird; ich kann ihn für gegenständig nicht ansehen. Hier hängt auch die Frage des Arbeitsnachweises mit der Frage der Notstandsarbeit zusammen. Wir haben heute gehört, daß eine Reihe von Städten verschiedenartige Notstandsarbeiten geschaffen und große Geldmittel zu diesem Zwecke ausgeworfen haben, aber, meine Herren, solche Notstandsarbeiten haben ihre zwei Seiten. So wurden z. B. im vorvergangenen Jahr in Köln ebenfalls Notstandsarbeiten angeordnet; es ist jedoch die Erscheinung hervorgetreten, daß zahlreiche Arbeiter ihre feste Stellung in Fabriken verließen und sich zu diesen Notstandsarbeiten hindrängten, weil ihnen hier ein etwas höherer Verdienst winkte. Ja, meine Herren, ich spreche an der Hand von Thatfachen, ich kann es beweisen. Ferner ist es ganz natürlich, daß sich aus der Umgebung von Städten, welche Notstandsarbeiten einrichten, noch mehr Arbeitermassen, als das vorher der Fall war, nach dem Zentrum hindrängen. Nun ist ja allgemein anerkannt, daß ein starker Zusammenfluß von Arbeitern an ein und demselben Orte ein Übelstand ist, der gerade die Arbeiter selbst in der schlimmsten Weise trifft. Er steigert das Angebot an Arbeitskräften und fördert damit die Arbeitslosigkeit. Notstandsarbeiten können also zwar eine vorübergehende Linderung der Not bewirken, den Notstand selbst aber nicht beseitigen. Er muß im Gegenteil zum Teil gerade infolge solcher Notstandsarbeiten von Jahr zu Jahr in stärkerem Umfange hervortreten. Mit Rücksicht auf die abgelaufene Zeit muß ich mich auf das beschränken, was ich gesagt habe.

E. Döblin, Berlin, Vorsitzender des deutschen Buchdruckerverbandes: Verehrte Herren! Die rege Teilnahme an diesem Kongreß ist wohl der beste Beweis dafür, daß das Freie Deutsche Hochstift die Anregung zur Diskussion einer der brennendsten Fragen der Gegenwart gegeben hat. Von wissenschaftlicher Seite hat man heute, ohne den Ursachen der wirtschaftlichen Misere nachzuforschen, in theoretischen Erörterungen über den Wert der Schaffung von Arbeitsnachweisen und guten Statistiken Betrach-

tungen angestellt, während die im praktischen Leben stehenden Arbeitervertreter bemüht waren, zunächst die Quelle des hier zu behandelnden Notstandes unter den Arbeitern festzustellen. Von einem der Herren Vorredner ist ausgeführt worden, man solle nicht den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachgehen. Es ist aber ein schlechter Arzt, der eine Krankheit heilen will, ohne den Herd derselben zu erforschen. Ich bin nämlich der Meinung, daß die ganzen Arbeitsnachweise und die ganzen Statistiken absolut keinen Zweck haben, so lange nicht gleichzeitig auch Arbeit geschaffen wird. Was nützt der bestgeleitete Arbeitsnachweis, wenn keine Arbeit zu vergeben ist? Den Wert einer guten Statistik will ich nicht unterschätzen, sie schafft aber den Hungernen kein Brot; eine solche Statistik bleibt wirkungslos, wenn man es nicht für notwendig erachtet, Maßnahmen zur Beseitigung des durch dieselbe festgestellten Elends zu treffen. Ich darf wohl annehmen, daß ohne das Vorhandensein dieser wünschenswerten Statistik bei den Herren ein Zweifel darüber nicht besteht, daß eine große Arbeitslosigkeit besteht. Einen kleinen Beweis dafür bietet der Bericht des „Weimarschen Kreisverbandes zur Bekämpfung des Vagabundentums“ pro 1892. In diesem Bericht wird zugestanden, daß es sich bei den Unterstützten nicht um Vagabunden, sondern um Opfer der wirtschaftlichen Mißstände handelte. Dieser verhältnismäßig kleine Verband unterstützte im Berichtsjahre 13 071 Durchreisende aller Berufe. Diese Zahl gestattet einen kleinen Rückschluß auf den Umfang der Arbeitslosigkeit im allgemeinen. Diesen traurigen Verhältnissen gegenüber ist es tief bedauerlich, daß das Unternehmertum auch nicht einen Schritt zur Milderung des Notstandes thut. Als vor zwei Jahren die organisierten Buchdrucker, um einen Teil der vielen unbeschäftigten Berufsangehörigen unterzubringen, eine kleine Verkürzung der Arbeitszeit anstrebten, verhielten sich die Unternehmer nicht nur strikte ablehnend, auch die höchste Behörde, der damalige preussische Minister des Innern, Herr Herrfurth, erließ eine unsere Bewegung lähmende Verfügung, die später vom Oberverwaltungsgericht als ungesetzlich aufgehoben wurde. Ob durch ein solches Vorgehen das Vertrauen der Arbeiter zur Regierung gehoben wird, mögen Sie selbst beurteilen.

Seitens einiger Herren Vorredner versprach man sich von der Schaffung von Arbeitsnachweisen, bei deren Verwaltung Unternehmer und Arbeiter beteiligt sind, eine wesentliche Besserung der Verhältnisse. Dieser optimistischen Auffassung vermag ich mich nicht hinzugeben. Wir haben mit einem Unternehmertum zu rechnen, welches dem Arbeiter den Gebrauch des gesetz-



lich gewährleisteten Koalitionsrechts als ein Verbrechen anrechnet, das mit jahrelanger Verfolgung zu ahnden ist. Der Ausbruch eines wirtschaftlichen Kampfes, die einzige Möglichkeit des Arbeiters, seine gedrückte Lage zu heben, würde den Arbeitsnachweis und das Zusammenwirken sehr beeinträchtigen, wenn nicht in Frage stellen. Ist doch jetzt, also fast zwei Jahre nach dem Neunstundenkampf der Buchdrucker, noch eine „schwarze Liste“ in einigen größeren Druckorten in Zirkulation, welche die Humanität der Unternehmer treffend kennzeichnet. Dieselbe lautet: „Streng vertraulich! Hiermit überreiche ich Ihnen unter A eine Liste derjenigen Gehilfen, welche sich aus hiesigen Druckereien dem Ausstand angeschlossen haben. Diejenigen, welche mit einem oder mehreren \* bezeichnet sind, haben sich mehr oder weniger als Führer oder Verführer hervorgethan, während diejenigen, bei welchen dieses Zeichen fehlt, als Verführte betrachtet werden dürfen. Unter B sind diejenigen Gehilfen verzeichnet, die zum Ersatz eingestellt waren, aber nach kurzer Zeit ohne Kündigung die Arbeit verlassen haben. Unter C endlich erscheinen diejenigen, welche Engagement angenommen haben, aber dasselbe nicht antraten. Es empfiehlt sich, die auf beiliegender Liste mit \* bezeichneten Gehilfen nicht zu engagieren und bei allen Stellejuchenden den Austritt aus dem Verbande zur ersten Bedingung zu machen, da die vereinigten Druckereien das größte Interesse daran haben, nur Nichtverbändler zu beschäftigen. A., Buchdruckereibesitzer. B., Vorsitzender.“

Sie werden zugeben, meine Herren, daß ein besserer Beweis dafür, daß das Unternehmertum nicht das geringste Verständnis für die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter besitzt, nicht erbracht werden kann. Die entsetzliche Arbeitslosigkeit die im Buchdruckgewerbe herrscht, wird wohl am besten dadurch illustriert, daß der Verband der deutschen Buchdrucker im letzten Jahre 576 504 Mark Unterstützung an Beschäftigungslose am Ort und auf der Reise auszahlen mußte; und diesem Elend gegenüber schwarze Listen und Lehrlingszüchterei? Sie werden es verständlich finden, wenn wir nach diesen Erfahrungen uns von einem Arbeitsnachweis — und sei er noch so vollkommen — die Lösung dieser wichtigen Frage nicht versprechen können. Seitens eines der Herren Vorredner wurde der politische Standpunkt mit berührt, nun, meine Herren, daß derartige Zustände abänderungsbedürftig sind, wird auch selbst ein konservativer Arbeiter empfinden. Weitere Ausführungen zu machen, verbietet mir der Ablauf der Redezeit.

Polizeikommissar Schnitzer, Herlohn: Geehrte Versammlung! Zunächst bitte ich, nicht darüber erstaunt sein zu wollen, daß ich in diesem Kleide als Redner vor Ihnen erscheine. Nicht in meiner Eigenschaft als Vertreter der Polizeigewalt, sondern als Vertreter der Verwaltungsbehörde einer industriereichen Stadtgemeinde bin ich zu den heutigen Beratungen entsandt worden. Vollständig frei vom rein polizeilichen Standpunkte werden daher die Gedanken sein, denen Ausdruck zu geben ich mir hier erlauben will, und deren Inhalt zum Teil schon von den geehrten Herren Vorrednern scharf gestreift worden ist.

Trotz meiner Stellung als Polizeibeamter genieße ich das Vergnügen, in meiner Stadt das Zutrauen der Arbeiterschaft zu besitzen. Um diesem gerecht zu werden, konnte ich auch nicht unterlassen, mich mit dem heute zur Beratung stehenden Gegenstande eingehend zu beschäftigen.

Ich bin nun der Ansicht, daß wir, um über prinzipielle Gesichtspunkte einig zu werden, vor allem zunächst einige Kardinalfragen beantworten müssen:

Meine erste Frage ist die: Kann der organisierte Arbeitsnachweis an sich überhaupt, auch für einen größeren Gebietsteil des Staates, die Arbeitslosigkeit beseitigen? Ich antworte darauf mit „nein“, auch dem einfachen Grunde, weil ein solches Institut keine Lieferungsaufträge, mithin keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit herbeiführen kann. Die einzige günstige Fähigkeit des „Arbeitsnachweises“ wird immer nur die sein, ausgleichend einzutreten, wenn dem Arbeitsmangel an dem einen Orte zufällig zugleich Arbeitsüberfluß an dem anderen Orte gegenübersteht. Anderenfalls muß der Arbeitsnachweis ohne den gewünschten Erfolg bleiben.

Wir wissen, daß Arbeitslosigkeit zu Zeiten unverschuldete eintritt, und sind uns wohl darüber klar, daß die bedauernswürdigen Opfer dieses Umstandes einer geeigneten Hilfe bedürfen, und daß die menschliche Gesellschaft — um ihrer selbst willen — die sittliche Pflicht hat, diese Hilfe zu leisten.

Auf welche Art ist nun diese Hilfe zu leisten?

Nun, wenn nicht Arbeitsgelegenheit nachgewiesen werden kann, so muß sie geschaffen werden. Solches vermögen aber nicht die Veranstaltungen privater Wohlthätigkeit, sondern nur die Verwaltungskörper (Staat, Provinz, Kreis oder Gemeinde). In erster Linie würde es natürlich Aufgabe der Gemeinde sein, weil sie die Nächste an der Stätte des üblen Zustandes ist, und weil ihr ohnehin an erster Stelle die Fürsorge für ihre hilfs-

bedürftigen, Arbeitslosigkeit.



bedürftigen Angehörigen obliegt. Daher bin ich der Ansicht, daß die Arbeitsvermittlung ihre Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie nicht in die Hände privater Personen oder Vereinigungen gelegt, sondern zunächst von den Gemeindebehörden als ihnen obliegend anerkannt wird. — Soweit die Gemeindebehörde imstande ist, bei örtlich auftretendem Bedürfnis an Arbeitskräften Arbeitslose unterzubringen, wird sie das zu thun haben. Solche Gelegenheit bietet sich aber selten, denn sonst könnte von einer erheblichen Arbeitslosigkeit ja gar keine Rede sein. Die Gemeindebehörde wird versuchen, ebenso gut wie die Privatvereinigung, an anderen Orten nachzuforschen, ob dort Arbeitsüberfluß vorhanden ist, und ob es angängig und zweckmäßig erscheint, Arbeitslose dorthin zu schicken. Die Gemeindebehörde wird ferner bestrebt sein, die eigenen Lasten möglichst zu vermindern und auch nach oben hin zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit Anregung zu geben. So dürften sich die Lasten nach oben hin in angemessener Abstufung verteilen.

Ein weiteres Bedenken gegen den privaten Arbeitsnachweis steigt mir auf, wenn ich mir die Frage vorlege: Was würde denn für den Arbeiter erzielt werden, wenn der Arbeitsnachweis den herrschenden Wünschen gemäß organisiert wäre? — Nun diese Wünsche sind offenbar auf eine allgemeine, zentralisierte Arbeitsvermittlung, d. h. auf eine allgemeine Arbeiterbörse gerichtet. — Meine Herren! Was würde das Resultat der börsenmäßigen Vergebung von Arbeitskräften sein? An der Börse wird spekuliert. Die Spekulanten würden hier nicht die Arbeiter sein, sondern einzelne gewissenlose Arbeitgeber. Nehmen wir z. B. an: K. ist Inhaber einer großen Eisengießerei. Er beschäftigt 30 Formner. Durch Erkundigung an der Arbeiterbörse erfährt er, daß 50 seit längerer Zeit unbeschäftigte Arbeiter — natürlich für geringen Lohn — zu haben sind. Seine Formner haben bisher einen Tagelohn von 2,50 Mark erhalten. Nun kann er Formner für einen Tagelohn von 2 Mark haben. Dies ergiebt für ihn einen Bargewinn von 15 Mark täglich. (Ich vermute, solchen Versuchungen wird mancher nicht widerstehen können!) Er wird dann zu seinen 30 Formnern jagen: Ich kann jetzt Leute für 2 Mark haben. Wollt Ihr für denselben Lohn arbeiten oder nicht? Verneinen sie, so läßt er sie gehen und holt sich die Arbeiter von der Börse. Erklären sie sich einverstanden — wozu hat dann die Börse gedient? Zur Herbeiführung der Lohndrückerei. Man möchte mir hier vielleicht entgegenrufen, die Löhne zu drücken, sei schon heute an der Tagesordnung. Inwieweit solches zutrifft, will ich hier nicht

untersuchen. Ich habe nur darauf hindeuten wollen, wie sehr gerade ein börsemäßiger Arbeitsnachweis geeignet sein würde, verwerfliche, mit den geschäftlichen Konjunkturen in keinem direkten Zusammenhange stehende Lohnrückereien zu begünstigen. Heute kann der besagte Fabrikant zu seinen 30 Formern nicht sagen: Von morgen ab bekommt Ihr nur 2 Mark für den Tag. Wenn Ihr das nicht wollt, gehet Eurer Wege; denn er würde sich dadurch der Gefahr aussetzen, daß die Arbeiter wirklich gingen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, d. h. bei dem allgemeinen freien Wettbewerbs der Arbeiter um Arbeit, laufen ihm aber, selbst bei herrschender Arbeitslosigkeit, 30 brauchbare Former nicht schon morgen wieder zu. Der erstrebte Gewinn müßte sich durch Betriebsunterbrechung sicher in argen Schaden verwandeln.

Der Arbeitsnachweis muß, meiner Ansicht nach, unbedingt völlig kostenlos sein, und das ist umsomehr erreichbar, wenn ihn die Gemeinde in der Hand hat. Gebühren für die Arbeiter würden zum Ausschluß gerade der Bedürftigsten führen; denn wer gar nichts mehr hat, kann selbst nicht eine Gebühr von 2 Pf. leisten. Gebühren für die Arbeitgeber würden bei diesen die Mißliebigkeit der Institution erregen.

Der Arbeitsnachweis darf nicht generell sein, weil er dann dem Charakter der Börse zusteuern würde — der Börse, welcher außer der berührten Geeignetheit, Lohnrückereien zu begünstigen, noch ein anderer beachtenswerter Schatten anhaften müßte, nämlich: gänzliche Beseitigung des freien Wettbewerbes um Arbeit und damit Zerstörung des sittlichen Arbeitsernstes, Lähmung des inneren Antriebes zur Anspannung der körperlichen und geistigen Kräfte. Zwar würde der einzelne Arbeiter dadurch einen sichtbaren Schaden zunächst nicht erleiden. Es ist aber klar, daß auf solche Weise die Qualität der Nation, damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte zurückgehen und so indirekt auch der Einzelne materiell geschädigt werden müßte.

In Anerkennung der Dringlichkeit der Sache und unter dem Einflusse der angeführten Erwägungen habe ich im Auftrage meiner Behörde einen Entwurf zur Einrichtung einer städtischen Arbeitsvermittlung ausgearbeitet, der sich im wesentlichen widerspiegelt in dem Kopfe des Verzeichnisses, in das die Arbeitslosen eingetragen werden sollen — nur in Zeiten erheblichen wirtschaftlichen Druckes bezw. Stockens einzelner Gewerbebezüge in größerem Umfange, nicht aber aus gewöhnlichen Verhältnissen. Es sind hier namentlich als Rubriken vorgesehen:



1. Tag der Anmeldung;
2. Arbeitszweige, für die der Eingetragene sich eignet;
3. Alter;
4. Familienstand;
5. Zahl der erwerbsunfähigen und der überhaupt erwerbslosen Familienglieder; — getrennt, weil beide Arten eine verschiedene Beurteilung des Bedürftigkeitsgrades bedingen. Eine „Unterstützung“ wird auch die Arbeitsvermittlung im armenrechtlichen Sinne sein und bleiben müssen, wenn sie in der angegebenen Weise von den Gemeinden mit gutem Erfolge geübt werden soll. Und wenn man den Arbeitsnachweis als „Unterstützung“, als eine Wohlthat auffaßt, wird es auch folgerichtig sein, den zuerst zu unterstützen, dem das Messer an der Kehle sitzt, und den anderen, der sich noch eine Zeit lang halten kann, soweit nötig, zurückzusetzen, selbst wenn er der zuerst Angemeldete ist.

6. Körperliche Beschaffenheit. — Wenn ich jemandem Arbeit nachweisen soll, muß ich wissen, ob und in welchem Grade er arbeitsfähig ist. Nötigenfalls Einholung eines Gutachtens der Armenpfleger, welche ja die Leute in ihren Bezirken sehr genau kennen.

Ich kann nicht weiter fortfahren, da meine 10 Minuten abgelaufen sind; aber Sie werden auch aus den kurzen Ausführungen entnommen haben, wie ich die Sache auffasse, und es wird bei Ihnen stehen, näher zu prüfen, ob die entrollte Frage der Arbeitsvermittlung im Sinne meiner Andeutungen oder im entgegengesetzten Sinne zu beantworten ist. Im Falle sachlicher Widerlegung meiner gegenwärtigen Ansichten würde auch ich mich einer gegenteiligen Lehre gewiß nicht verschließen.

G. Hartmann, Düsseldorf, Delegierter des Zentralrats der deutschen Gewerkvereine: Geehrte Versammlung! In betreff des Arbeitsnachweises stehe ich nicht auf dem Standpunkt, daß die Behörde hier die Regelung vornehmen soll. Im Gegenteil, ich habe in einer Zeit von fünf Jahren, während ich die Arbeitsvermittlung in unseren Gewerkvereinen in Düsseldorf zu verwalten hatte, die Erfahrung gemacht, daß der Arbeiter einer Einrichtung, die von der Behörde in die Hand genommen ist, unbedingt Mißtrauen entgegenbringt, während er viel größeres Vertrauen zu dem Arbeitsnachweis hat, wenn er von seiten der eigenen Kollegen geleitet wird. Wir stehen in Düsseldorf alle auf dem Standpunkt, daß wir sozusagen von der Bereitwilligkeit der

Unternehmer, gegenüber dem Arbeitsnachweis, fast nichts zu erhoffen haben. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Unternehmer viel lieber Arbeiter bei sich aufnehmen, die durch die Not gezwungen sind, sich zu jedem Preise anzubieten, weil sie den Leuten den Fuß in den Nacken setzen können, während die organisierten Arbeiter einen Schutz haben und eventuell die Unterstützung der Organisation in Anspruch nehmen können. Außerdem überlassen die Großindustriellen die Annahme von Arbeitern ausschließlich ihren Meistern und Werkführern. Es kommt darauf an, ob in der Zukunft, wenn die Einrichtung der Arbeitsnachweisebureaus öffentlich rechtlich werden soll, das Unternehmertum eine andere Stellung gegenüber diesen Arbeitsnachweisen einnehmen wird, als dies bisher der Fall war. Ich möchte daran zweifeln. Ich glaube, man kann auch nicht anordnen, daß der Arbeiter sich unbedingt melden und daß der Arbeitgeber unbedingt nach dem Arbeitsnachweisebureau hingehen muß, um von dort seine Arbeiter zu beziehen.

Meine verehrten Herren, die Frage des Arbeitsnachweises kann nicht geregelt werden, ohne zu untersuchen, wodurch die Arbeitslosigkeit als solche entsteht. Die hauptsächlichste calamität liegt darin, daß ein großer Teil der auf dem platten Lande anjässigen Leute, angelockt durch die scheinbar bessere Lebensstellung, in die Großstädte zieht, und so den Arbeitern daselbst Konkurrenz macht. Wir hören auf der anderen Seite, daß gerade die Agrarier über den Mangel an Arbeitern auf dem platten Lande klagen, und ich möchte behaupten, daß hier der Hebel anzusetzen ist, und zunächst den landwirtschaftlichen Arbeitern vor allen Dingen das Koalitionsrecht gegeben wird, damit sie im stande wären, durch die Macht ihrer Organisation gegenüber den Agrariern bessere Bedingungen für ihre Existenz herbeizuführen. Weiter kommt in Betracht, daß, wenn durch die Arbeitslosigkeit in einer großen Stadt der Lohn herabgedrückt wird, daß dann eine Arbeiterfamilie nicht mehr die nötigen Mittel besitzt, um sich das anzuschaffen, was zur Erhaltung des Lebens notwendig ist. Es werden die Lebensmittel auf das Notwendigste herabgedrückt, es wird der Kleidung eine Beschränkung auferlegt, die bis zur Dürftigkeit geht, und das Ende vom Liede ist, daß dadurch eine Überproduktion in der Bekleidungsindustrie eintritt. Um eine Besserung zu erzielen, muß nach meiner Überzeugung dahin gestrebt werden, daß vor allem die Zölle auf die Lebensmittel abgeschafft werden; daß dadurch den Arbeitern billiges Brot gegeben wird, und daß er auch sonst seine übrigen Lebensbedürfnisse befriedigen kann. Dann wird mehr Absatz für die



Industrieprodukte sein und können auch mehr Leute beschäftigt werden, wodurch die Kaufkraft des Volkes steigt. Noch eins ist zu berücksichtigen, daß gerade der Staat dafür zu sorgen hat, daß in Bezug auf die Lebensmittel des Volkes gute Existenzbedingungen vorhanden sind. Und doch hat gerade der Staat es beispielsweise letzten Winter durch übertriebene Sparsamkeit verursacht, daß aus den Musterwerkstätten Hunderte von Arbeitern entlassen wurden. Wir sehen auf der einen Seite, daß man danach strebt, die Einrichtung der Staatseisenbahn zu einer Geldquelle zu machen, um gewissen kulturfeindlichen Einrichtungen die nötigen Mittel zu bringen, und wir sehen auf der anderen Seite, meine Herren, daß diese Einrichtungen nicht dem allgemeinen Volkswohl dienen. Diese Einrichtung der Staatseisenbahn sollte lediglich dazu ausgebaut werden, um die Wohlfahrt des Volkes zu fördern, aber nicht dazu benutzt werden, um kulturwidrige und kulturfeindliche Einrichtungen zu unterstützen.

Ich möchte Ihnen noch in Bezug auf den Arbeitsnachweis einiges sagen, den ich bereits vom 1. Mai 1888 bis 1. Oktober 1893 in Düsseldorf durchgeführt habe. Es haben sich 168 Personen als arbeitslos gemeldet und 58 Personen Arbeit nachgewiesen erhalten, also rund 32 Prozent. Es ist zu bedenken, daß diesen Arbeitsnachweis nur unserer Organisation angehörige Arbeiter in Anspruch genommen haben und daß also Arbeiter, die nicht der Organisation angehören, keinen Gebrauch davon gemacht haben. Trotzdem bin ich in der Lage und bin im Stande gewesen, auch einigen Nichtmitgliedern Arbeit nachzuweisen, allerdings nicht dadurch, daß die Arbeitgeber an mich herantraten, sondern dadurch, daß wir Zirkulare an die Werkmeister absandten; und diese sind zum Teil bereitwillig darauf eingegangen und haben sich mit uns in Verbindung gesetzt, und dadurch war es möglich, die angegebene Zahl der Genossen unterzubringen. Der Gewerbeverein für die Maschinenbauer und Metallarbeiter hat eine Statistik über die Arbeitslosigkeit innerhalb des Gewerbevereins veranstaltet, und da kann ich folgendes konstatieren: Im Gewerbeverein der deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter waren im III. und IV. Quartal 1892 arbeitslos 763 Mitglieder mit 18 313 Arbeitstagen oder pro Mitglied 24 Arbeitstage. Bei einem Durchschnittslohn von 3,50 Mark pro Tag kommt auf jedes arbeitslose Mitglied ein Verlust an Arbeitsverdienst von 84 Mark.

Nun, geehrte Herren, giebt es noch ein Mittel, und es ist schon angeführt, um die Arbeiter gewissermaßen widerstandsfähig zu machen, das liegt in der Berufsorganisation selbst. Aber die

Berufsorganisationen, wie sie heute existieren, können nicht in der Weise wirken, wie es nötig ist, sondern es muß ein Gesetz erlassen werden, welches die Organisationen nicht nur duldet, sondern sie auch anerkennt. Aus diesem Grunde hat auch der Anwalt unseres Verbandes, Herr Dr. Max Hirsch, seinen Entwurf eingebracht im Reichstage, um für diese freien Organisationen, diese freien Berufsorganisationen zu erreichen, daß sie als gesetzlich anerkannte Institutionen gelten sollen. Es würde dann möglich sein, dem Indifferentismus der Arbeiter zu begegnen, in dem sie mehr und mehr in die Vereine eintreten. Dies würde dann gleichzeitig auch die Unternehmer veranlassen, in ihren Vereinigungen, ebenso wie die Arbeiter, beide zu gleichen Teilen, an der Lösung der Frage teilzunehmen, wie der Arbeitslosigkeit abzuhelpen ist, und wie es möglich ist, bessere Verhältnisse zu erzielen.

Ich resümiere mich dahin, daß vor allem dahin gewirkt wird, daß man den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt und daß die Zölle auf die Lebensmittel hinweggenommen werden. Man gebe den Berufsorganisationen staatliche Anerkennung, dann bin ich fest überzeugt, die Arbeiter werden mit Hand anlegen, um bessere Existenzbedingungen zu erringen, und der Arbeitsnachweis kann und wird durch die beiderseitigen Organisationen geregelt werden, auch ohne den behördlichen Apparat.

Arthur Hinz, Frankfurt, Friseur: Meine Herren! Ich will Ihnen nur kurz ausführen, wie unser Arbeitsvertrag auf die Arbeitslosigkeit einwirkt. Wir sind durch den Arbeitsvertrag, durch die Innungen sehr gebunden, und es finden brutale Ausnutzungen statt, wie es bei einer anderen Korporation niemals vorkommen kann. Diese Innungen nutzen den Arbeitsnachweis, welchen sie in Händen haben, speziell in Norddeutschland, auf jede Weise aus, indem sie besonders die Arbeiter, welche aus der Provinz kommen, mißbrauchen, wozu der § 100 f der Reichsgewerbeordnung ihnen weitgehende Befugnisse giebt. Namentlich ziehen sie eine große Zahl von Lehrlingen heran, sodaß gerade in unserer Branche besonders viele Reservekräfte vorhanden sind. Die Zahlen haben es bewiesen. Nach der Statistik von 1891 haben allein 5560 Arbeitslose auf der Landstraße gelegen, ein Beweis, daß es keine Bagabunden sind, sondern Leute, die zwar arbeiten wollten, aber keine Arbeit finden konnten. Speziell in Schlesien, Brandenburg, Posen ist ein weites Feld der Lehrlingszüchterei. Dagegen ist ein großes Fragezeichen dahinter,



ob auch ein Geselle vorhanden ist. Es kommt vor, in Städten von ca. 7000 Einwohnern, daß da ein Inhaber eines Geschäftes fünf bis sechs Lehrlinge hat und vielleicht nur einen Gehilfen hält. Diese Lehrlinge müssen drei Jahre lernen, ohne irgend einen Verdienst. Wenn sie ausgelehrt haben, bekommen sie kein Attestbuch, weil sie der Zunft nicht angehören, und sie müssen dann, wenn sie nach einer größern Stadt Norddeutschlands kommen, ein halbes Jahr nachlernen, d. h. als Volontär gehen, weil die Zunft vorherrscht und die jungen Gehilfen in Unkenntnis bleiben. Sie glauben, ohne diese keine Stellung zu erhalten, und sie müssen noch ein halbes Jahr weiter lernen, ohne auch hierfür etwas zu beziehen. Es giebt einige humane Prinzipale, die sich veranlaßt fühlen, den Gehilfen doch wöchentlich ein Trinkgeld von 1—1,50 Mark zu geben. Das ist aber kein Lohn, denn den haben sie nicht zu beanspruchen. Würden sie sich in irgend einer Weise in ihrer Stellung gegen ihren Prinzipal verantworten, so würden sie auch dieser noch verlustig gehen; sie müßten dieses halbe Jahr ohne jede Bezahlung auslernen und ferner keine Stelle so leicht wieder erlangen können. Ich werde Ihnen ein Zeugnis vorlesen, das ein Gehilfe von seinem Prinzipal, da er sich nicht alles gefallen lassen konnte, erhalten hat. J. B. in Erfurt gab der Prinzipal (Knipp?) dem Gehilfen Trautmann folgendes Attest: „Wegen Aufwiegelung und sozialistischen Neben aus meinem Geschäft entlassen.“ Meine Herren! Da können Sie sehen, daß ein Gehilfe, der ein solches Zeugnis aufzuweisen hat, bei den Zunftmeistern keine Anstellung mehr bekommen wird. Denn es steht im Attestbuch, und das ist Eigentum der Zunft. Es sind aber noch andere Atteste vorhanden. Ein anderer Prinzipal hat seinem Gehilfen ein ähnliches Zeugnis ausgestellt, daß er absolut keine Stellung mehr bekommen konnte, denn die Zunftmeister sagten sich: wenn der ein solches Zeugnis von seinem Prinzipal erhalten hat, so muß er es wohl verdient haben. Meine Herren! Sie werden mir darin beistimmen, daß die Arbeitslosigkeit nicht abnehmen kann, so lange es möglich ist, derartigen Mißbrauch mit dem Erteilen von Zeugnissen und dem Heranziehen von Lehrlingen zu treiben. Ich bin bereit, diese Atteste vorzulegen, damit die Herrn Stadträte und Regierungsräte endlich einmal zu der Überzeugung kommen, daß das Wesen der Zünfte nicht weiter bestehen kann, sondern daß endlich eingeschritten werden muß, damit die Rechte der Prinzipale, sich nach Belieben so und so viel Lehrlinge zu halten, abgeschafft werden.

Stadtrat Dr. Fleisch, Frankfurt: Es ist der Antrag zur Geschäftsordnung eingelaufen, die Verhandlungen jetzt für heute zu beschließen und morgen fortzusetzen. Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung und bitte diejenigen, welche dafür sind, sich zu erheben.

Das ist die überwiegende Mehrheit. Ich schließe also nun die Verhandlungen für heute und fordere Sie auf, morgen früh um 9 Uhr möglichst vollzählig zur Fortsetzung der Verhandlungen zu erscheinen.

## Zweite Sitzung.

Montag, den 9. Oktober 1893, vormittags 9 Uhr.

Stadtrat Dr. Fleisch, Frankfurt: Ich eröffne die heutige Sitzung, in welcher die Verhandlungen des gestrigen Tages weitergeführt und abgeschlossen werden sollen und bemerke, daß das Bureau es als selbstverständlich ansieht, daß die Beschränkung der Redezeit, welche gestern Nachmittag eingeführt worden war, nunmehr wegfällt. Als erster Redner hat Herr Will aus Hamburg das Wort.

J. Will, Hamburg, Delegierter des Fachvereins der Seefahrer, der Schiffbauer, sowie der an und auf dem Wasser beschäftigten Arbeiter: Meine Herren! Ich habe hier ein ausreichendes und vielfältiges Material zur Hand; aber ich bin nicht in der Lage, das ganze Material auspacken zu können.

Ich bin Vertreter der an Schiffen und im Schiffbau beschäftigten Arbeiter, sowie der Seefahrer Deutschlands. Viel statistisches Material haben wir nicht anschaffen können, und doch haben wir versucht, und zwar in den Jahren 1886, 1887, 1888 und 1889, zu welcher Zeit die Vereine ins Leben getreten sind, Statistiken aufzunehmen. Aber wie schon gestern Herr Legien ausführte, ist die Statistik ungenügend, weil die Arbeiter sich nicht daran beteiligten, speziell die auf und an dem Wasser beschäftigten Arbeiter



nicht, und weil, wenn wir wirklich Fragebogen aussenden, dieselben eben nicht so ausgefüllt, wie es sein sollte, wieder eingehen, und zwar liegt hauptsächlich ein großer Indifferentismus unter diesen Leuten zu Grunde. Aus diesem Übelstand erklärt es sich auch, daß die Arbeitslosigkeit der an und auf dem Wasser beschäftigten Arbeiter eine viel größere ist, als bei den Arbeitern, die irgend einem anderen Beruf angehören, und zwar kommt es vielfach daher, daß die Arbeiter, die in ihrem Beruf Schiffbruch gelitten haben, sich in großen Handelsstädten in erster Linie nach den Häfen drängen. Ich glaube, das werden Sie zugeben, wenn sich keine Arbeitsgelegenheit am oder auf dem Wasser bietet, dann ist die letzte Zuflucht die Schifffahrt, und, meine Herren, solcher Leute haben wir in der Arbeitsvermittlung viel zu verzeichnen. Es herrscht hier eine ganz eigentümliche Methode, die eben in keinem anderen Berufe, mag er heißen wie er will, vorherrschend ist. Zunächst haben wir in Hamburg die sogenannten Stauer, durch die diese Arbeitsvermittlung geschieht. Der Schiffeheber giebt seine Ladung an den Stauer, der Stauer hat wieder seine Leute, die Obmänner, welche die Leute zur Arbeit anzuwerben haben.

Die Stauer bekümmern sich um die ganze Ladung wenig oder gar nicht, sondern haben nur mit dem Heber abzuschließen; die sogenannten Bizen haben die ganze Arbeit zu leiten. Was die Anwerbung der Leute anbetrifft, so geschieht diese in den Wirtschaften; Nachweissbureaus existieren überhaupt nicht.

Es geschieht die Arbeitsvermittlung, wie gesagt, in den Wirtschaften. Als Folge dieser Arbeitsannahme in den Wirtschaften ist im Laufe der Jahre ein System entwickelt worden, welches wirklich nicht mehr schön ist. Der Bize ist entweder selbst Inhaber einer Wirtschaft oder er hat Mutter, Bruder, Schwager oder sonst einen beliebigen Bekannten, den er dazu angestellt hat, ihm so viel wie möglich Geschäfte zu machen.

Nun der Bize! Ich will kurz ein Beispiel anführen. Hat ein Schiff Leute zum Ausladen nötig (die in „Gänge“ von acht bis neun Mann eingeteilt werden), so hat der Bize diese Leute anzuheuern.

Denken Sie sich, er hat nicht in einer, sondern in mehreren Wirtschaften Verwandte; er geht in eine herein, um Leute anzuheuern. In dieser Wirtschaft trinkt er eins, spricht sich aber nicht aus, sondern geht in die nächste Wirtschaft. Die Arbeitssuchenden laufen ihm nach, hoffend, Arbeit zu erhalten. So geht es fort, bis er drei bis vier Wirtschaften besucht hat. Dann heuert er vielleicht drei bis vier Leute an, die als Untervizen

figurieren, und diese Leute suchen erst die eigentlichen Arbeitskräfte. Diese Untervizen handeln nach demselben System, wie die Obergizen; auch sie suchen die Leute so viel wie möglich in die Wirtschaften hineinzudrängen, um ihnen unter der Vorspiegelung des Anheuerns Gelegenheit zu geben, auch den letzten Groschen in die Wirtschaften zu tragen. Auf dieses System haben wir die Handelskammer von Hamburg aufmerksam gemacht. Es war auch eine Konferenz deswegen, aber die Verhandlungen haben kein Resultat gehabt. Darauf hat sich die Handelskammer herbeigelassen, zu fragen: „Wie liegt denn eigentlich die Sache?“ Wir haben dieselbe geschildert, wir haben ausgeführt, wie sie in Wirklichkeit liegt. Darauf hat die Handelskammer die Herren Arbeitgeber zu sich berufen und hat mit denselben verhandelt, worauf sie uns einfach einen schriftlichen Bescheid erteilte, sie fänden dieses System am praktischsten, und es könne vorläufig noch nichts weiter unternommen werden. Meine Herren, das ist die Arbeitsvermittlung; jetzt kommt die Zahlung der Löhne. Nach § 115 b der Gewerbeordnung ist es den Arbeitgebern verboten, in Wirtschaften Löhne auszuzahlen. Dieses System ist aber ursprünglich in Hamburg immer gangbar gewesen und, ich hebe hervor, auch noch jetzt.

Wir haben uns bemüht, auf dieses System die Behörden aufmerksam zu machen, daß es nach dem angeführten Artikel der Gewerbeordnung nicht zulässig sei, in Wirtschaften Löhne auszuzahlen. Nun, es wurde uns darauf gesagt, da bezahlen wir einfach nicht mehr in der Wirtschaft aus, sondern in einer Nebenstube der Wirtschaft. Weil nun die Stauer ihren verdienten Lohn resp. die Entschädigung nach dem Tonnengehalt, den sie aus der Ladung vom Rheeder beziehen, nicht direkt, sondern erst dann bezahlt erhalten, wenn das Schiff zwei oder drei Tage in See ist, so sind sie infolgedessen nicht alle in der Lage, ihre Leute auszahlen zu können. Infolgedessen hat nun der Wirt den Vorschuß zu leisten. Nun sind die Leute aber infolge der Anheuerung gezwungen, in die Wirtschaft zu gehen, und wenn sie keinen Groschen mehr in der Tasche haben, so müssen sie bei dem Wirt Schulden machen. Bei der Bezahlung werden dann sofort die Schulden komptant abgezogen.

Meine Herren! Man hat noch ein weiteres System, ich glaube es wohl als Truicksystem bezeichnen zu dürfen.

Wenn die Arbeiter morgens zur Arbeit gehen und keinen Pfennig in der Tasche haben, so sind sie hauptsächlich in den norddeutschen Gebieten, wo sie Wind und Wetter ausgesetzt sind, auf den Schnaps und vielleicht ein bißchen Brot angewiesen.



Dies können sie nicht von anderen Leuten entnehmen, sondern sie sind gezwungen, es von dem Wirt zu beziehen, weil sie kein Geld haben, um es bezahlen zu können. Der Preis dieser Waren, welche sie geborgt haben, wird natürlich auf demselben Wege wie alles andere abgezogen. Wie gesagt, ich nenne dies ein Trucksystem. Meine Herren! Wir haben in demselben Beruf der Schauerleute zwei Kategorien, die sogenannten schwarzen und die weißen Schauerleute. Die schwarzen sind diejenigen, welche bei den Kohlenschiffen beschäftigt sind; die weißen sind jene, welche bei den Stückladungen arbeiten.

Kohlen- und Getreideladungen werden größtenteils in Akford gearbeitet.

Nun hatte voriges Jahr die Firma Lorenz & Co. eine sogenannte Zumpmaschine eingeführt; ich glaube, einer der Herren Professoren hat schon seiner Zeit dieses System geschildert; das Zumpen durch Menschenkraft kann als ein ganz unmenschliches Arbeitssystem bezeichnet werden.

Die Kohlen werden auf folgende Art befördert. Es wird auf und neben der Luke ein Aufbau gemacht, das Windetau läuft über eine einfache Scheibe und führt nach dem Raum hinunter. Dann wird der Korb vollgefüllt, die Leute machen darauf einen Druckzug und springen zurück. Nun geht die Arbeit aber so in Hast, daß wirklich eine halzbrechende Arbeit entsteht, daß kein Mensch in der Lage ist, diese Arbeit nach der Gefährlichkeit zu beurteilen. Dieses System sollte durch eine sogenannte Zumpmaschine, wie schon erwähnt, von der Firma Lorenz & Co. ersetzt werden. Durch die Benutzung der Maschine wurden an jedem Schiff zwölf Mann Arbeitskräfte weniger nötig; infolge dieser Reduktion der Arbeitskräfte wurden so und so viele Leute brotlos. Wir wandten uns darauf an die ersten drei Kohlenimporteure Hamburgs, um einen regelrechten Arbeitsnachweis zu errichten, und womöglich auf demselben eine Organisation aufzubauen, damit auch die Arbeitsverteilung eine einigermaßen gleichmäßige sein sollte. Doch ließen sich die Importeure darauf nicht ein.

Wir kommen jetzt zu einem anderen Beruf und zwar zu dem der Schiffer, der Flußschiffer Hamburgs. Sie sind unter dem Namen Ewerführer bekannt. Wir haben da auch in den Jahren 1886—1890 verschiedene Verhandlungen mit der Handelskammer gehabt, unter anderem auch über die Lohnfrage. Im Jahre 1888 einigten wir uns in Güte mit der Handelskammer. Es sollte der Lohn von 3,60 Mark auf 4 Mark pro Tag erhöht werden, und es wurde alles in Güte geschlichtet, ohne eine Streitigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hervorzurufen.

Nun trat im Jahre 1890 eine gewisse Arbeitslosigkeit unter den Schiffern ein. Ich bemerke noch, daß die Erwerführer in der ganzen Welt außer in San Francisco nur in Hamburg vorkommen. Die anderen Häfen, holländische u. s. w., die erwähnt werden könnten, besitzen die Erwerführerei nicht so wie Hamburg. Meine Herren! Weil dieser Beruf vereinzelt dasteht, so haben wir auch, da die Kaufmannschaft in Hamburg ihre Verbindung in der Handelskammer hat, mit der Handelskammer zu thun, die auch alle Abschlüsse zu machen hat. Die Arbeitgeber sind nur Vermittler; sie haben nur ihre Fahrzeuge und haben die Kaufmannswaren zu befördern. Wir haben seiner Zeit der Handelskammer gesagt, man möchte die Kaufmannschaft in Hamburg doch ersuchen, daß sie dieses Zwischensystem aufheben möchte, daß sie diese Vermittlung nicht noch weiter bestehen lasse, sondern daß sie so viel wie möglich versuche, ihre Arbeiter selbst zu übernehmen und die Arbeiter selbst anzuheuern.

Es ist abgelehnt worden, weil das bisherige System eines- theils den Leuten, welche Fahrzeuge haben, und andererseits der Kaufmannschaft, welche mit den Arbeitern nicht direkt verkehren will, bequemer ist. Im Jahre 1890 hatten wir, wie erwähnt, eine große Arbeitslosigkeit und infolgedessen wandten wir uns wieder an die Handelskammer und ersuchten, die Arbeitszeit zu verringern. Es besteht nämlich unter den Schiffern eine Arbeitszeit von täglich  $13\frac{1}{2}$  Stunden, anfangend morgens  $5\frac{1}{2}$  Uhr und endigend abends  $6\frac{1}{2}$  oder 7 Uhr. Pausen giebt es nicht; es heißt hier, der Schiffer muß sich nach dem Stromgebiet, Wind und Wetter verhalten, und infolgedessen kann er nur da eine Pause machen, wo die Wasserverhältnisse, Wind und Wetter es veranlassen. Also Pausen giebt es nicht. Wenn das Fahrzeug beladen wird, erhält es einen Schleppdampfer, der es an Ort und Stelle bringt. Die Ladung wird mit Dampfkraft nach und von dem Schiffe befördert und infolgedessen giebt es keine Pausen. Die  $13\frac{1}{2}$  Stunden müssen vollständig gearbeitet werden. Da wir nun eine große Anzahl Arbeitslose hatten, wandten wir uns an die Handelskammer und ersuchten, die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabzusetzen, und zwar von morgens 6 bis abends 6 Uhr. Es gab dies eine große Differenz zwischen beiden Seiten. Die Kaufmannschaft von Hamburg sagte, die Schiffer sind vollständig berechtigt, diese Frage zu stellen, weil sie eine so lange Arbeitszeit haben, und die unmittelbaren Arbeitgeber, die Erwerführer-Baase, sagten, wir können darauf nicht eingehen, weil wir dadurch einen großen Verlust haben würden. Es kam zu Streitigkeiten beiderseits, und es brach ein großer Streik aus.



Wir hatten bei diesem Streik versucht, auf dem allergütlichsten Wege mit der Handelskammer und den Arbeitgebern eine Unterhandlung anzuknüpfen; es sind auch Verhandlungen gewesen, die aber nicht von Belang gewesen sind. Es wurde einfach alles abgelehnt. Nun sagten wir uns, wir möchten jetzt für dieses Gewerbe einen Arbeitsnachweis errichten; auch dieses wurde abgelehnt, und zwar wurde denjenigen, welche darauf bestanden, einen Arbeitsnachweis zu haben (es war dies am 13. Mai 1890), ein Zirkular unterbreitet, das sie mit ihrer eigenen Unterschrift versehen und den Arbeitgebern wieder zurückstellen sollten. Dieses Zirkular lautete: „Hierdurch erkläre ich auf mein Ehrenwort, daß ich aus dem Verein der Fluß- und Stromschiffer, der Seefahrer Deutschlands, Lokalverein Hamburg, ausgetreten bin, und daß ich keiner Vereinigung mehr angehöre, noch in eine solche wieder eintreten werde; auch verpflichte ich mich, mit dem übrigen Angestellten ruhig zu arbeiten.“

Meine Herren! Dieses Zirkular, wie Sie aus dem Inhalt ersehen, ist eine Zwangsmaßregel für denjenigen, der seine Familie ernähren muß. Wer dieses Zirkular nicht unterschreiben wollte, war arbeitslos, konnte einfach abziehen und bekam überhaupt keine Arbeit. Meine Herren! Man hatte rechtzeitig dafür gesorgt, daß diese Leute dann nicht wieder angestellt wurden, und zwar habe ich auch als Beweis dafür eine sogenannte schwarze Liste. Hier stehen 179 Arbeiter verzeichnet, die überhaupt in diesem Gewerbe nicht wieder beschäftigt werden sollen. Außer dieser Liste von 179 Aufgezeichneten besteht noch eine zweite Liste, die leider nicht in meinen Händen ist. Darauf stehen 250 Mann, und diese Leute sind Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder der Vereinigung gewesen, die sich beileidigten, so viel wie möglich für die Interessen der Arbeiter — natürlich auch infolgedessen für die Interessen des Staats — zu sorgen, weil, wenn die Leute keine Arbeit haben, sie ihrer Verpflichtung gegenüber dem Staat nicht nachkommen können.

Nun will ich noch hervorheben, wie wir auch einen Arbeitsnachweis vollständig von unserer Seite errichtet haben. So haben wir ein Zirkular am 1. September 1888 ausgegeben, welches lautet: „Unterzeichneter ersucht Sie freundlichst, im Falle eines Bedürfnisses an Kastenschiffern uns davon in Kenntnis zu setzen; da wir praktische und in der Ewerführung erfahrene Leute zu Ihrer Verfügung haben, muß es ja auch in Ihrem Interesse liegen, Ihre Schuten mit Fachleuten besetzt zu wissen.“ Ich muß noch kurz erwähnen, daß Kastenschuten überdeckte Fahrzeuge sind; die Fahrzeuge, welche von

den Ewerführern benutzt werden, sind offene Fahrzeuge, sogenannte Brähme, wie sie anderwärts heißen; wir nennen sie Schuten.

Diese offenen Fahrzeuge haben nur einen kleinen Raum, wo das Inventar und ein entsprechendes Quantum Lebensmittel hineingelegt werden können; sie sind aber durchaus nicht dazu eingerichtet, daß sich ein Mann selbst hineinlegen kann.

Die Kasten schiffe dagegen sind Fahrzeuge, welche überdeckt sind und ein vollständiges Logis für einen Mann gewähren, wie sie auch zum Kochen Einrichtungen haben. Für die Kasten schiffer haben wir in erster Linie den Arbeitsnachweis errichtet, weil mehr Leute als Fahrzeuge vorhanden waren. Meine Herren! Obgleich wir diesen Arbeitsnachweis errichtet hatten, traten uns die Arbeitgeber entgegen und errichteten einen eigenen Nachweis, der thatsächlich gegen den unsrigen arbeitete.

Dieser Arbeitsnachweis ist aber durchaus nicht als Arbeitsnachweis zu bezeichnen, sondern wir können ihn ein sogenanntes Kontrollbureau nennen, denn es werden Arbeits schein e ausgegeben. Wie Sie sich überzeugen können, ist das nur ein Arbeits schein, daß man berechtigt ist, zu arbeiten. Er steht nicht in der schwarzen Liste, er kann zu irgend einem Arbeitgeber hingehen und sich Arbeit suchen; das allein beweist der Schein. Hat ein Mann seine Arbeit vollendet, so giebt ihm der Arbeitgeber einen Entlassungs schein; mit diesem Schein geht er wieder zum Kontrollbureau und bekommt wieder einen neuen Schein. Nun, meine Herren, diese Scheine sind gleich, nur die Abstempelung ist verschieden. Arbeit kann der Mann erhalten, aber je nach seiner Leistungsfähigkeit u. s. w. wird dieser Stempel versezt. Hat sich der Arbeiter gut geführt, so wird der Stempel gerade gesezt; hat er sich nicht so gut betragen, stellt man den Stempel etwas schräg; ein anderer wieder anders; so sind die Abstempelungen verschieden. Ich besitze alle Stempelarten, habe sie aber leider zu Hause liegen gelassen. Also der Mann kann Arbeit erhalten, durch die Stempelung wird aber gleich bekannt gegeben: „den und den Arbeiter kriegst du!“ Wenn also der Stempel nicht gerade ist, so weiß der Arbeitgeber auch schon, daß er ihn zu einer einfachen Arbeit, die vielleicht ein bis zwei Tage dauert, benutzen kann. Ist diese Arbeit beendet, so erhält er wieder einen Entlassungs schein und kann vielleicht acht bis zehn Tage herumlaufen, bis er wieder Arbeit erhält. So funktioniert das Arbeitsbureau der Ewerführerei.

Meine Herren! Wir haben weiter noch eine Branche von Hafenarbeitern, die sogenannten Vaggerer. Es herrschte auch bei



diesen ein gewisses Ausbeutungssystem, welches kürzlich beseitigt wurde.

Es hatte nämlich ein gewisser Burmeister die Leute für den Baggereibetrieb anzuheuern, und zwar nahm er für jede Anheuerung 1 Mark. Nun, der angeheuerte Mann freute sich, wenn er Arbeit hatte; aber sobald er auf dem Fahrzeug beschäftigt war und sich ein kleines Versehen zu Schulden kommen ließ, wurde er sofort wieder entlassen. Durch dieses System hat sich der Mann ein Kapital gesammelt und eine Wirtschaft eingerichtet, wo die Leute unbedingt verkehren mußten.

Natürlich mußten sie erst gut verzehren, dann 1 Mark bezahlen, worauf sie erst Arbeit erhielten; zwei bis drei Tage darauf waren die Betroffenen dann schon wieder arbeitslos. Ich will mich nicht länger damit aufhalten; es wurde dieses System beseitigt und zwar staatlich, indem sich die Arbeiter an einen Vertreter der Bürgerschaft wandten; letzterer brachte die Sache in der Bürgerschaft vor, und die Bürgerschaft machte den Senat darauf aufmerksam.

Nun, meine Herren, haben wir noch eine weitere Branche; das sind die sogenannten Speicherarbeiter. Die Leute, welche die Waren von den Ewerführern in Empfang nehmen und aufspeichern, werden so genannt. Auch hier ist eine eigentümliche Anheuerung. Es handelt sich hier zum großen Teil um Gelegenheitsarbeiter. Ich will z. B. annehmen, es kommt eine Schute Kaffee von 500 Säcken, welche in  $1\frac{1}{2}$  Stunden nach dem Speicher hinaufbefördert werden müssen. Die Anzahl der Leute, welche auf dem Speicher beschäftigt sind, ist sehr gering; sie können die Arbeit nicht leisten; infolgedessen müssen sie Hilfe haben, denn auf den Speichern, wo ca. 4—500 Mädchen arbeiten, arbeiten höchstens acht Mann, und diese können die Säcke in der vorgeschriebenen Zeit nicht befördern, weshalb noch Leute angeheuert werden müssen. Diese Anheuerung geschieht auf eine eigentümliche Art und Weise. Es liegt hier ebenfalls eine Art „Wirtschaftssystem“ vor, aber nicht so weitgehend wie bei den Schanerleuten. Die Vizen holen sich die Leute auf eine oder zwei oder mehr Stunden. Nun stehen die Leute da, dem Wind und Wetter ausgesetzt, und warten, bis sie angeheuert werden für eine oder zwei Stunden, welche mit 40, 50 oder 60 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Meine Herren! Ich kann Ihnen die Erklärung geben, wenn man jene Leute ansieht, muß man den Kopf schütteln. In Hamburg kennt man diese Leute unter dem berühmten Namen „Löwen“; es sind dies Leute, welche in ihrer Branche Schiffbruch gelitten haben und nach dem Hafen versetzt wurden. Ich habe gerade

in Hamburg veranlaßt, daß für diese Gelegenheitsarbeiter Arbeitsnachweishureaus errichtet wurden. Sie werden sich erinnern, daß im vorigen Jahre in Hamburg eine Cholera-Kommission niedergesetzt wurde. Diese Cholera-Kommission setzte 10 000 Mark aus, um Arbeitsnachweishureaus zu errichten. Diese Arbeitsnachweise wurden erst in einer Straße errichtet, „Bei der Poggenmühle“. Das Bureau war jedoch so klein, daß darin ein großes Gedränge stattfand, daß massenhaft Schutzleute herbeigerufen wurden, um Ordnung zu halten. Es wurde in Anbetracht dieser Umstände das Bureau verlegt nach dem Sandthorquai 11; hier war ein großer freier Platz, wo sich die Arbeiter einfänden konnten.

Nun fanden sich zu Zeiten 5—800, ja sogar bis zu 3600 Arbeiter ein. Selbstverständlich war der Platz auch wieder zu klein, und es war auch hier wieder ein Gedränge. Das Bureau ist jedoch vorläufig noch an diesem Platz geblieben, und es wurde keine Veränderung vorgenommen, obgleich die Leute von morgens 5 Uhr bis abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr gestanden haben, Wind und Wetter ausgesetzt. Der Untergrund, worauf sie den ganzen Tag standen, war nicht planiert; sie mußten den ganzen Tag unter freiem Himmel kampieren.

Wir haben in letzter Zeit über die Thätigkeit dieses Arbeitsnachweishureaus kurze Berichte in den verschiedenen Zeitungen gelesen, und ich kann Ihnen anführen, wie der Andrang gewesen ist. Im August meldeten sich 1535 Arbeiter, davon 1063 Hamburger und 472 Fremde, und zwar im ganzen 8538 Mal. Diesen 1535 Arbeitern wurden im ganzen 2525 Mal Arbeit nachgewiesen, also können Sie sich denken, wie die Arbeit schnell verlaufen war.

Wie gesagt, ich spreche hier eben nur von den Gelegenheitsarbeitern, welche vielleicht nur eine oder zwei Stunden eingestellt und dann wieder arbeitslos wurden.

Nun will ich Ihnen auch noch über den Monat September kurz berichten. Es meldeten sich auf dem Bureau 1836 Arbeitslose, darunter 1273 Hamburger und 573 Fremde, und zwar 11 100 Mal zur Arbeit. Sie wurden zusammen 3320 Mal angestellt und erhielten Arbeit. Es ist dies genau dasselbe Verhältnis wie im vorigen Monat. Nun muß ich die Erklärung abgeben, daß in diesen Arbeitsnachweishureaus nicht etwa alle Gelegenheitsarbeiter, welche vorhanden sind, sich melden, sondern es melden sich nur diejenigen, welche sozusagen total heruntergekommen sind und welche überhaupt keine Beschäftigung mehr finden können. Die Arbeitgeber kümmern sich nicht viel um den Arbeitsnachweis. Nur die staatlichen Betriebe beteiligen sich

Gehilft, Arbeitslosigkeit.

9



daran, manche der Beamten aber nur höchst widerwillig. Nur die Quaibeamten heuern die Leute an, aber nicht etwa, daß sie die Leute abholen, sondern es wird alles auf telephonischem Wege vermittelt. Es heißt einfach, wir müssen 50 Arbeiter haben. Gut, sagt der Beamte und liest 50 Namen der Reihenfolge nach herunter. Ich habe mich davon überzeugt, wie gesagt wurde: „Ihr geht zu Schuppen Nr. 15, dort könnt Ihr Arbeit erhalten.“ Aber bis sie dorthin kommen, sind schon andere vor ihnen da, die von dem betreffenden Schuppenvorsteher angeheuert worden sind, und sie müssen wieder abziehen. Sie gehen zu dem Arbeitsbureau zurück und sagen: „Wir sind nicht angenommen worden.“ Denken Sie sich die Aufregung. Die Leute haben geglaubt, einen Taglohn zu verdienen, müssen aber, weil ihnen andere zuvorgekommen sind, wieder weggehen. Das sind sogenannte staatlich eingerichtete Arbeitsnachweissbureaus. Das wären im Vorübergehen die im Schiffahrtsbetriebe selbst beschäftigten Arbeiter.

Dann haben wir ähnliches im Schiffbau. Darüber kann ich Ihnen jedoch nur sehr wenig mitteilen. Ich kann Ihnen nur die Mitteilung machen, daß hier das gleiche System wie im Schiffahrtsbetrieb eingeführt ist. Hier besteht ein Arbeitsnachweis, welcher von Arbeitern errichtet wurde und nur für Metallarbeiter, Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer u. s. w. gegründet war. Dieses Arbeitsnachweissbureau wurde von den Arbeitgebern aber durchaus nicht anerkannt. Die Eisenindustriellen gründeten einen eigenen Arbeitsnachweis, wovon ich Ihnen auch einen kurzen Bericht geben kann, wie die Arbeitslosigkeit auch in dieser Branche bei den im Schiffbau beschäftigten Arbeitern vorherrschend ist. Es meldeten sich im August 3358 Arbeiter; hiervon wurden bestellt 944 und Arbeit erhielten 750, so daß noch 2608 ohne Arbeit blieben. Die 3358 Arbeiter meldeten sich 13 686 Mal, so daß für den Tag 507 Personen im Bureau verkehrten. Von den Arbeitsuchenden waren 2098 Hamburger, 641 Altonaer und 619 Fremde. Also 3358 waren im August ohne Beschäftigung und 2608 sind es noch, nur 750 wurden angestellt. Sie sehen auch hier, daß bei den im Schiffbaubetrieb beschäftigten Arbeitern eine derartige Arbeitslosigkeit herrscht, daß auch hier unbedingt Hilfe geschaffen werden muß. Weiter kann ich darüber nichts ausführen, weil ich nicht genau darüber informiert bin, aber auch nichts Ungenaueres sagen will.

Nun komme ich auf die sogenannten Gelegenheitsarbeiter, die in ihrem Beruf Schiffbruch gelitten haben und sich im Hafen einfänden, zurück. Man hat in Hamburg versucht, einen christlich-sozialen Arbeitsnachweis zu errichten. In Bezug darauf

muß ich also dem Vertreter der Handelskammer, Herrn Sekretär Dr. Rágóczy-Bonn, die Mitteilung machen, daß wir in Hamburg eine derartige Institution, welche auf christlich-sozialer Basis errichtet wurde, haben.

Kann keine Arbeit geschaffen werden, so werden die Leute in diesem Institut, einer sogenannten Arbeiterkolonie, selbst untergebracht. Es ist dies ein großer Saal, in welchem vordem ein gewisser Warburg eine Schirmnäherei mit Maschinenbetrieb hatte und in welchem eine große Anzahl Arbeiter untergebracht werden können. Die jetzt dort untergebrachten Arbeiter flechten die sogenannten Demijohns,<sup>1)</sup> dann machen sie kleine Bürsten, Besen und andere Sachen; spalten Holz u. s. w. Wenn nun ein Teil dieser Arbeit fertig ist, werden die Sachen auf einen Karren geladen, und damit gehen einige los und verhandeln sie in der Stadt. Sie müssen bedenken, diese Arbeiter erhalten einen Mindestlohn von fünf Pfennig; dafür dürfen sie sich aber keinen Schnaps oder Tabak kaufen. Es ist im nordischen Gebiet infolge des Klimas Gebrauch geworden, daß der Arbeiter einen Schnaps haben muß. Wir haben in Hamburg selten gutes Wetter, und ich glaube, es ist deswegen notwendig, daß der Arbeiter seinen Schnaps und Tabak hat, Kautabak nämlich. Hier werden ihm jedoch beide Artikel entzogen, und er darf sie sich nicht kaufen.

Nun kommt es vor, daß von besser situierten Herren ganze Anzüge für die Arbeiter gespendet werden, denn die Kleidung der Eingetretenen ist meist total ruiniert. Sie werden dann mit den gespendeten Anzügen neu eingekleidet, und für diese Einkleidung müssen sie 12 Mark und mehr bezahlen. Nun denken Sie sich, so ein Arbeiter erhält vielleicht pro Tag 5 Pf.; dann hat er noch gewisse Bedürfnisse, welche er gerne befriedigen will, was er natürlich nicht kann, weil er 12 Mark für die Einkleidung bezahlen muß. Diese Sachen werden an der Lohnzahlung abgezogen; das ist ein christlich-soziales Institut! Meine Herren! Dann ist weiter von dem Vertreter der Handelskammer zu Bonn ausgeführt worden, daß die Zimmungen Arbeitsnachweise errichtet hätten.

Nun, meine Herren, wir haben in Hamburg dasselbe System wie schon angeführt. Die Schmiede, Schlosser u. s. w. haben ihr eigenes Nachweissbureau, welches von den Arbeitern errichtet wurde. Dieser Arbeitsnachweis wurde von den Arbeitgebern

<sup>1)</sup> Demijohns sind die mit Weibengesecht überspinnenen, ca. 3—30 Liter fassenden Transportflaschen.



nicht respektiert, sondern sie errichteten auch einen eigenen Arbeitsnachweis. Es durfte bei diesem Arbeitsnachweis kein einziger Arbeiter nachfragen, welcher einem Fachverein angehörte, denn die bekamen keine Arbeit. Sie sehen, daß mit diesem Arbeitsnachweis für die Arbeiter nichts zu bezwecken ist. Dieselben wurden einfach gefragt: „Gehören Sie einem Fachverein an?“ Wenn sie dies bejahten, erhielten sie keine Arbeit. Wie kann da eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstehen? Ich hätte noch verschiedenes auszuführen; wenn es Sie interessiert, können Sie mein Material einmal ansehen. Ich will die Herren aber weiter nicht langweilen und gehe deshalb jetzt zu den Seefahrern über.

Meine Herren! Da haben wir ein ganz eigentümliches System von Arbeitsvermittlung. Wir haben in Hamburg die sogenannten Feuerbaase, oder wie sie der Volksausdruck nennt, „Landhaie“. Die Feuerbaase haben für die Schiffe der Rheeder die Leute anzunehmen, und zwar teilen sie sich meistens nach den Branchen. Der eine heuert die Deckmannschaft, der andere das Maschinenpersonal an. Aber es giebt auch Feuerbaase für beide Kategorien. Der Feuerbaas an und für sich hat weiter nichts zu thun, als zu fragen: „Wie viel Leute habt Ihr nötig?“ Er hat aber die Leute keineswegs zu suchen, weil er durch die sogenannten Schlafbaase genügend Vorrat hat.

Das verhält sich so: wenn der Seemann eine Reise gemacht und etwas verdient hat, so pflegt er, wenn er aus Land kommt, loszugehen und so lange sich zu vergnügen, bis er keinen Groschen mehr in der Tasche hat. Wenn er sich vordem noch ein bißchen gut gekleidet, Uhr, Schuhe und Schirm u. s. w. angeschafft hat, so dauert die Geschichte gar nicht lange, und er verkauft jedes einzelne Stück in einem Zeitraum von 24 Stunden, um wieder zu Gelde zu kommen. Das ist leichtsinnig von den Leuten; aber zur Entschuldigung muß man berücksichtigen, daß die Leute, wenn sie reisen, Wind und Wetter ausgesetzt sind, nichts hören und nichts sehen und es ihnen am Land gerade geht wie dem Vogel, der aus dem Bauer gelassen wird und seine Freiheit wieder erhält.

Wenn diese Leute ihr Geld ausgegeben haben, sind sie hilflos und müssen sich an einen Schlafbaas wenden; sie gehen in dessen Logis und warten der Dinge, die da kommen sollen. Das bißchen Geld, das der Mann vorläufig noch hat, wird entweder mit dem Schlafbaas oder Feuerbaas durchgebracht; eher lassen die ihn nicht aus den Fingern. Sobald das Schiff im Hafen ankommt, kommt der sogenannte Rumer an Bord, nimmt die

Leute in Empfang und sagt: „Kommt!“ Sie gehen mit. Vor der Abmusterung haben sie kein Geld und der Feuerbaas fragt: „Wollt ihr Vorschuß haben?“ „Ja wohl, Herr,“ lautet die Antwort.

Wenn sie nun den Vorschuß erhalten haben, dann geht es am anderen Tag nach dem Seemannsamt, wo sie abgemustert werden, und dann bleiben sie in den Händen des Rumpers, welcher wieder dem Feuerbaas angehört; ich kann Ihnen die Versicherung geben, so lange der Rumper bei den Leuten ist, behalten sie keinen Pfennig mehr in der Tasche. Es wird so lange getrieben, bis alles verpulvert ist. Das sind die Landhaie in Hamburg, die man Feuer- oder Schlafbaas nennt. Um nun wieder eine Stellung zu erhalten, müssen die Leute bei diesen Schlafbaasen wohnen, und zwar wohnen sie ungefähr so lange, bis der erhaltene Arbeitsvorschuß ganz verbraucht worden ist und außerdem noch Schulden gemacht worden sind. Sobald der Schlafbaas merkt, es wird Zeit, oder er hat den Monatsvorschuß bereits in Händen, so muß der Mann wieder weg. Erst jetzt wird er angeheuert und bekommt seine Feuernote. Doch wird das Geld nicht in barer Münze ausbezahlt; das ist das Eigentümliche. Die Vorschüsse oder Feuernoten werden nicht etwa von den Arbeitgebern, den Rhedern, unterzeichnet, sondern von den Feuerbaasen. Der eigentliche Arbeitgeber, der Rheder, unterzeichnet die Note nicht; der zahlt sie auch nicht aus, sondern der Feuerbaas.

Nun sind diese Feuernoten nicht leicht umzusetzen, weil sie erst ausbezahlt werden, wenn das Schiff mehrere Tage in See ist oder vielleicht schon einen anderen Hafen berührt hat und der Mann an Bord ist; dann jedoch werden sie von jedem Geschäftsmann ausbezahlt. Vorher giebt es kein Geld; der Mann muß aber, weil er nichts besitzt, Geld haben. Er muß also dem Feuerbaas zu Füßen fallen und muß sagen: „Wechselt mir die Note um.“ Wenn er dies thut, so zieht der Baas seine Prozente ab, und zwar kann er so viel Prozente abziehen, wie es ihm beliebt. Nun weiter. Während des Aufenthalts in diesen Logis erhalten die Leute bei Speisen, Getränken nicht etwa einen billigeren Preis, sondern müssen im Gegenteil die schauerhaftesten Preise bezahlen. Das Bier, welches überall in den Wirtshäusern 10 Pf. kostet, bezahlen sie mit 25 Pf.; der Schnaps, der sonst 5 Pf. kostet, muß von ihnen mit 15 Pf. bezahlt werden, und so geht das mit jedem Artikel. Jeder Artikel, kann man sagen, muß etwa dreifach bezahlt werden. Infolgedessen können Sie sich denken, wie schnell die paar Groschen, welche die Seelente als Vorschuß erhalten haben, aufgezehrt sind.



Nun habe ich noch vorzuführen, daß, wie Herr Legien schon gestern bemerkte, am 11. März von der Behörde eine Verordnung erlassen wurde, welche sich zumeist auf die Kellner bezieht. Ich will nur erwähnen, daß diese Verordnung auch teilweise auf die Feuerbaase zutrifft, und zwar dahingehend, daß die Anheuerung der Leute nicht wie früher in den Gastwirtschaften erfolgt, sondern privat gemacht werden soll. Sie können sich selbst vorstellen, was dieses bedeutet, wenn der Mann in der Gaststube oder im Privatlokal abgefertigt wird, denn als letzteres hat sich der Feuerbaas ein kleines Bureau eingerichtet, wo er vielleicht einen Pult stehen hat; hier werden die Leute angeheuert. Weiter hat es gar keinen Zweck! Dieses Gesetz ist mit dem 1. Oktober in Kraft getreten. Ich brauche nichts weiter auszuführen, Herr Legien hat es bereits behandelt.

Nun, meine Herren, zum Schluß will ich noch sagen, daß dieses System in Hamburg unbedingt beseitigt werden muß, und zwar ist es Wunsch des Vereins der Matrosen, sowie des Vereins der Heizer Hamburgs und der Rhedereien, einen eignen Arbeitsnachweis zu errichten, ungefähr auf demselben Wege, wie die Hamburger Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft es eingerichtet hat. Diese Gesellschaft hat ein Bureau eingerichtet, wo die Leute nicht genötigt sind, in einer Wirtschaft zu verkehren; es ist ein Privathaus, und hier werden die Leute nicht übervorteilt, sondern haben nur für die Anheuerung 3 Mark zu entrichten. Doch sind auch hier ganz eigentümliche Umstände, die aber der Gesellschaft nicht zur Last gelegt werden können, sondern nur den Numers. Die Gesellschaft muß eben auch ihre Numers haben, um die Leute anzuwerben. Nun haben es die Numers fertig gebracht, daß sie im vorigen Jahre nicht lauter befahrene Leute angeheuert haben, sondern so viel wie möglich bestrebt waren, unbefahrene Leute zu bekommen. Wie sich ein Numer ausgelassen, hat die Packetfahrt-Gesellschaft im vorigen Jahre 1000 Mann angemustert, die nicht befahren gewesen sind. Die Numer haben sich daher gesagt, wenn wir das im nächsten Jahre wieder so machen, brauchen wir überhaupt keine befahrenen Leute mehr. Nun denken Sie sich die Sachlage! Es wird in den ganzen Schiffsfahrtskreisen, in den Regierungskreisen, sowie auch von der kaiserlichen Marine der Wunsch geäußert, so viel wie möglich befahrene Leute anzustellen. Wenn nun hier von einer Gesellschaft durch ihre Numer in einem Jahre 1000 Mann angeheuert werden, welche noch nie Seewasser gesehen haben, wie soll da unsere Marine bestehen? Nun haben auch verschiedene Geschäftsleute (Händler) durch Zirkulare auswärts wohnende Leute aufgefordert, nach Hamburg zu

kommen, indem sie ihnen eine billige Schiffsgelegenheit anboten. Da ist eben dieses System für die Schiffsjungen. Früher, meine Herren, mußte jeder Rheder und Kapitän einen befahrenen Deckjungen und einen unbefahrenen Kajütenjungen annehmen; nach den neueren Bestimmungen ist dieses weggefallen. Es nehmen sich die Feuerbaase Leute, welche sie für ein Billiges bekommen können, und dadurch wird der Schifffahrt ein ganz unbrauchbares Menschenmaterial zugeführt. Dieses System ist wohl hauptsächlich in Hamburg vorherrschend; es giebt aber auch preussische Städte, wo es vereinzelt (aber nicht in dem Maße wie in Hamburg) vorkommt.

Nun habe ich Ihnen noch kurz mitzuteilen, wie also ein Feuerbaas Leute für einen Packetfahrtdampfer, resp. überhaupt für einen Dampfer, anzumustern hat. Ich mache gleichzeitig hiermit die Preise bekannt, welche der Mann verdienen kann. Zuerst muß er haben einen ersten Steuermann; dafür erhält er 20 Mark; dann einen zweiten und dritten Steuermann à 12 = 24 Mark, einen ersten und zweiten Maschinisten à 20 = 40 Mark, einen dritten und vierten Maschinisten à 12 = 24 Mark, einen Bootsmann und obersten Stewart à 10 = 20 Mark, Zimmermann und Koch à 12 = 24 Mark, 6 Matrosen à 6 = 36 Mark, 10 Heizer und Trimmer à 6 = 60 Mark, Jungen und Leichtmatrosen 13 Mark, also zusammen 261 Mark. Für diese 261 Mark hat der Feuerbaas weiter nichts zu thun, als an Bord zu gehen und zu fragen: „Wie viel und was für Leute müßte ich haben?“ Man sagt ihm: „Die und die Mannschaft müß ich haben;“ er geht wieder nach Hause, füllt ein Ticket aus, schickt nach dem Schlafbaas und läßt sagen: „Schickt mir so und so viel Leute.“ Nun kommt noch das Wirtschaftssystem, welches ich angeführt habe, hinzu. Der Mann hat selbst eine Wirtschaft, die Leute sind verpflichtet, da zu verkehren, und diese ganzen Einnahmen fließen ihm noch zu. Dieses ist der bare Verdienst eines Feuerbaas, eines Vermittlers unserer Hamburger Rhederschaft. Meine Herren! Deswegen ist dieses System zu verwerfen, deshalb ist hier auszusprechen und zu wünschen, die Rhederei möge ein eigenes Feuerbureau errichten, ähnlich wie die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft. Ich kann Ihnen auch anführen, wie es mit den inländischen Leuten steht, die nach Hamburg angelockt werden. Der Geschäftsmann verschickt ein Zirkular, worin er mitteilt, daß er so und so viel Leute brauche u. s. w. Wenn mancher eine Indianerschrift gelesen hat, so findet er sich berufen, mitzukämpfen. Wir haben schon in den Zeitungen berichtet, wie sie mit Pistolen ausgerüstet ankamen, um den Indianern zu Leibe zu gehen. So



ist es gerade auch mit den Binnenländern, die sich zu Seelenten berufen fühlen. Ein Inlandsmann fragt bei einem Feuerbaas an: „Kannst du meinen Jungen auf das Schiff befördern?“ „Ja,“ sagt der, „warum nicht?“ „Nun, wieviel kostet es?“ „Wir haben zwar in Hamburg nicht nötig, Schiffsjungen mitzunehmen, insofgedessen muß ich erst mit dem Kapitän Rücksprache nehmen, und wir müssen eine Vergütung haben.“ Diese beläuft sich ungefähr auf 400 Mark; außerdem muß der Junge eine gute Ausrüstung und zwar möglichst erster Garnitur haben. Eine solche kostet bei den Leuten auch wieder 400 Mark, während sie in Wirklichkeit vielleicht nur einen Wert von 150 Mark repräsentiert. Das sind also bis jetzt zusammen 800 Mark, welche der Junge mitzubringen, resp. welche der Vater zu bezahlen hat. Das ist aber noch nicht alles. Es findet sich auch nicht sofort ein Schiff, wo der Junge untergebracht werden kann. Wenn letzterer nämlich angekommen ist, heißt es einfach: „Wärest du gestern gekommen, hättest du gerade auf einem Schiff noch mitfahren können.“ Insofgedessen muß er noch acht oder vierzehn Tage, sogar öfter vier Wochen bei einem solchen Schlafbaas wohnen, bevor er auf ein Schiff genommen wird. Ich habe schon angeführt, wie die Speisen und Getränke bezahlt werden. Sie können sich also das schöne Geschäft denken, welches die Feuerbaase machen. Nun, meine Herren, ich habe hier, wie schon zu Anfang gesagt, ein massenhaftes Material, aber ich kann es nicht auspacken; ich mußte die Sache kurz behandeln. Ich könnte Ihnen noch anführen, wie die Bestrafungen der Schiffsmannschaften sind, wie auch der Arbeiter, wie die für ein Vergehen bestraft werden und wie die Herren Offiziere bestraft werden, und wie eine unserer größten Hamburger Gesellschaften Vergungslöhne zahlt den Leuten, welche Tag und Nacht beschäftigt sind. Es wird Ihnen bekannt sein, daß, wenn ein Schiff im Kanal hilflos treibt, jeder Kapitän gehalten ist, dieses Schiff ins Schlepptau zu nehmen und in den Hafen einzubringen. Für diese Arbeit giebt es einen Vergungslohn, und zwar wird derselbe nach dem Hamburger Handelsregister gleichmäßig an die Leute verteilt; auch bekommt die Rheberei einen gewissen Prozentsatz dafür. Nun steht es den Schiffsrhedern anheim, mit den Mannschaften Bestimmungen zu treffen, und da hat die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft eine Vereinbarung mit den Leuten, daß sie ein Zehntel des Vergungslohnes erhalten sollen. Haben die Leute irgend einen Dampfer aufgefunden, ins Schlepptau genommen und nach New-York eingebracht und dafür verschiedene Preise erhalten, so erhielten immer diejenigen, welche weniger

damit zu thun hatten, mehr als die Schiffsmannschaften, welche Tag und Nacht hierbei beschäftigt waren. Schließlich ist die Geschichte gerichtlich zum Austrag gebracht worden, und die Gesellschaft hat den Lohn ausbezahlen müssen. Es betrug ein Behtel; sie haben das Doppelte von dem erhalten, welches ihnen von der Gesellschaft zuerkannt worden ist.

Ich will nur darauf hinweisen, daß die Arbeiter von allen Seiten übervorteilt werden, wie es nicht ordnungsgemäß ist, und deswegen möchte ich nochmals die Versammlung ersuchen, auszusprechen, daß die Hamburger Rheder sich dazu bequemen möchten, die Feuerbaase verschwinden zu lassen und selbst ein eigenes Nachweiskbureau für Seefahrer zu errichten.

Amtsrichter Rulmann, Braunschweig: Geehrte Herren! Wir sind dem Herrn Vorredner zu außerordentlichem Dank verpflichtet für das fast erdrückende Material, welches er uns geliefert hat. Es liegt besonders für diejenigen unter uns, die, wie ich, persönlich dem praktischen Leben nicht unmittelbar nahe stehen, die Gefahr vor, daß man Schlußfolgerungen zieht, ohne mit den Thatfachen des Lebens, auf welchen sie aufgebaut sind, hinreichend vertraut zu sein. Gerade für uns sind daher solche Mitteilungen von außerordentlichem Wert.

Ich will jetzt jedoch versuchen, die Frage meinerseits wieder mehr zurückzulenken von der Feststellung der thatsächlichen Verhältnisse auf die daraus zu ziehenden Schlüsse. Insbesondere sehe ich die Thatsache einer bestehenden umfassenden Arbeitslosigkeit als feststehend voraus und beschäftige mich mit der Frage, was ist dem gegenüber zu thun?

In dieser Beziehung haben wir gestern in erster Linie erörtert, wie weit es möglich ist, durch eine bloße Arbeitsvermittlung Abhilfe zu schaffen. Meine Herren, ich glaube, diese Frage ist im ganzen gestern erschöpft worden, und ich habe nicht die Absicht darauf näher einzugehen. Dagegen bin ich der Meinung, daß es nicht umgangen werden kann, noch einen weiteren Schritt zu thun, um der Sache näher auf den Grund zu gehen, indem wir dem allerdings sehr schwierigen Problem näher treten: worauf läßt sich die Arbeitslosigkeit zurückführen? Ich halte das umsomehr für unvermeidlich, als von keiner Seite bestritten werden dürfte, daß eine Arbeitsvermittlung, noch so ideal gedacht, niemals imstande sein würde, eine endgültige Abhilfe zu schaffen. Es ist gestern bereits darauf hingewiesen, daß die Arbeitsvermittlung im günstigsten Falle nicht mehr leisten kann, als die vorhandenen Arbeitskräfte an die richtige Stelle zu befördern. Aber



wenn wir darüber einig sind, daß ein größeres Angebot als Nachfrage nach Arbeitskräften stattfindet, so kann die Arbeitsvermittlung diesen Rest niemals ausgleichen.

Die Frage nach dem Grunde der Arbeitslosigkeit ist außerordentlich schwieriger Art, aber wenn gestern von einzelnen Seiten bemerkt wurde, daß es nicht unsere Aufgabe sein könne, uns mit diesem grundlegenden Probleme zu befassen, so glaube ich dem gegenüber, daß wir diese Aufgabe nicht ablehnen dürfen. Gewiß würden dadurch unsere Verhandlungen einen etwas abstrakten Charakter erhalten, aber umgehen können wir es nicht, weil wir uns sonst dem Vorwurf aussetzen würden, daß wir mit Pallativ-Mitteln operierten, und uns über die eigentliche Grundfrage nicht verständigten.

Ich halte die Behandlung dieses Problems aber auch aus einem anderen Grunde für unvermeidlich. Meine Herren, es wird von Ihnen niemand bestreiten, daß unsere deutsche Arbeiterbewegung, die in erster Linie zur Unterlage einer jeden sozialpolitischen Untersuchung gemacht werden muß, sich aufbaut auf der großen prinzipiellen Frage nach der Berechtigung unserer heutigen Wirtschaftsordnung. Dadurch unterscheidet sich dieselbe von der anderer Länder. Man hat wohl gesagt, der Deutsche sei geneigt, sich in Phantasien zu ergehen, die praktischen Engländer nähmen das Leben wie es ist. Meine Herren, ich kann das nicht als einen Mangel unseres deutschen Wesens ansehen. Es ist im Gegenteil ein Vorzug, daß wir geneigt sind, in die Tiefe zu gehen, und zu untersuchen: wie erklären sich die sozialen Thatfachen aus den Verhältnissen der Gegenwart. Aber sollte selbst diese Auffassung unrichtig sein, so hätten wir schließlich immer noch mit der Thatfache zu rechnen, daß unsere deutsche Arbeiterschaft einen Heißhunger hat nach Aufklärung auf diesem Gebiete. Wenn nun die höher gebildeten Kreise sich diesem Bestreben unserer Arbeiterschaft entziehen wollten, so würden sie vollständig die Brücke zu ihnen abbrechen. Wir müssen deshalb auch unsererseits uns mit diesen Dingen befassen, damit wir den Arbeitern, die mit Recht jene Frage aufwerfen, Rede und Antwort stehen können, und dadurch im Stande sind, einen gewissen Einfluß auf die Bewegung auszuüben.

Meine Herren, der soziale Kampf, wie er sich entwickelt und leider zu einer sehr bedenklichen Verschärfung der Gegensätze sich entwickelt hat, wird geführt zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Es ist nun gewiß sehr wünschenswert, wenn zwischen diesen beiden Parteien eine unmittelbare Verständigung erzielt wird. Aber das ist naturgemäß sehr erschwert, und da ist es nun von

großem Werte, wenn eine Klasse von Leuten, die den streitenden Parteien neutral gegenüber steht, sich einmischet und im Sinne des Friedens zu wirken sucht. Dies sind die Kreise ohne eigene wirtschaftliche Interessen, insbesondere auch unsere gelehrten Stände, und ich möchte den Vorwurf, der gegen unser Gelehrtentum erhoben ist, daß es sich um Dinge bekümmere, die es nichts angingen, ganz entschieden zurückweisen. Es ist durchaus notwendig, von dritter, unbeteiligter Seite einen vermittelnden Einfluß geltend zu machen; einerseits ist den Unternehmern zu zeigen, hier sind unabweisliche, durch die Kulturentwicklung gegebene Sonderungen, über die könnt ihr nicht hinwegkommen, andererseits aber auch den Arbeitern zu sagen, hier liegen eure Fehler. Sie werden finden, daß die Gelehrtenkreise, soweit sie sich mit der Frage befassen, überwiegend auf diesem vermittelnden Standpunkte stehen. Sie lehnen manche Forderungen der Arbeiter ab, die als unberechtigt oder unmöglich erscheinen, aber sie treten für andere ebenso entschieden ein, auch wenn sie sich dadurch den Haß gewisser einseitiger Unternehmerkreise zuziehen.

Man hat die Arbeitslosigkeit in Zusammenhang gebracht mit der Frage des Rechts auf Arbeit. Dies Recht ist ein ziemlich unklarer Begriff. Wenn ich meine persönliche Ansicht aussprechen soll, so halte ich die ganze Fragestellung nicht für glücklich. Man versteht regelmäßig unter dem Recht auf Arbeit den Anspruch, daß der Staat oder die Kommune verpflichtet sein soll, unmittelbare Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Meine Herren, ob und in welchem Umfange man eine solche Verpflichtung anerkennen soll, halte ich für eine offene Frage. Mir scheint es aber viel wichtiger, die Frage so zu stellen: Ist nicht die Tatsache einer umfassenden Arbeitslosigkeit ein Symptom dafür, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in ihren Grundlagen ansechtbar sind? Wenn das bejaht wird, dann hat man weiter zu untersuchen, wo der Fehler liegt, und findet man denselben, so soll man das ganz offen und vorbehaltlos zugestehen. Thut man das nicht, aus Furcht, wenn man irgend einen Teil der bestehenden Ordnung als besserungsbedürftig zugebe, diese in ihrer Gesamtheit zu gefährden, dann befördert man nur das Mißtrauen, und es wird dann gesagt, ihr wollt der Sache nicht auf den Grund gehen. Nun glaube ich, in der That läßt sich auf diesem Gebiete manches als abänderungsbedürftig zugeben, ohne den Grundgedanken der privaten Produktion aufzugeben. Wie überall, so giebt es zwischen den beiden Extremen viele Mittelstandpunkte. Wir sind von dem Prinzip der rein individualistischen Auffassung in der praktischen Gesetzgebung längst zurückgekommen. Wir haben



einen Tropfen sozialen Oles in unsere Gesetzgebung eingemischt, und können noch einige Tropfen mehr davon gebrauchen, sind aber deshalb noch längst nicht gezwungen, die letzten Konsequenzen des Sozialismus zu ziehen.

Hier befinde ich mich allerdings im schärfsten Gegensatz zu der herrschenden Meinung der nicht sozialistischen Kreise. In diesen meint man, wenn man dem Teufel den kleinen Finger gebe, werde er schließlich die ganze Hand nachziehen. Das ist, nach meiner Erfahrung, der hauptsächlichste Einwand, der gemacht wird, wenn man gewisse sozialpolitische Anschauungen öffentlich zu verteidigen sucht. Man stößt stets auf den Einwand, über den einzelnen Punkt möge sich ja reden lassen, aber wenn man den Arbeitern bei einem Teile ihrer Forderungen recht gäbe, so würden sie mehr und mehr fordern. Ich bin umgekehrt der Meinung: hat man die berechtigten Forderungen, die von den verständigen Arbeitern gestellt werden, erfüllt, so wird man um so leichter die unberechtigten ablehnen und zu relativ befriedigenden Zuständen gelangen können. Nun, meine Herren, wenn ich von diesem Standpunkte aus die Frage aufwerfe, wie ist die Arbeitslosigkeit in ihrer umfassenden Gestaltung zu erklären, dann bin ich allerdings der Meinung, man soll sich nicht scheuen, offen zuzugestehen, daß unsere ganze Produktionsweise in der Entwicklung, die sie im Laufe der letzten 50 Jahre genommen hat, an tiefgreifenden Schäden krankt. Meine Herren, wenn man von der Thatfache der Arbeitslosigkeit spricht, so findet man zunächst immer noch Leute, die dieselbe einfach bestreiten und behaupten, jeder Mensch, der Arbeit sucht und ein tüchtiger Arbeiter ist, kann auch Arbeit finden. Ich halte das für ein geringes Verständnis des Lebens. Ich kann dafür mich Ihnen persönlich als Zeugen anbieten. Dem Einzelrichter, zumal in einer großen Stadt, ist häufig genug Gelegenheit gegeben, recht tiefe Einblicke in das Volksleben zu erhalten. Nehmen Sie z. B. an, jemand wird verklagt auf Mietzahlung. Er bestreitet die Forderung gar nicht, hat aber nicht bezahlt. Wenn ich ihn frage: „Warum zahlen Sie nicht?“ so ist die regelmäßige Antwort: „Weil ich nichts habe.“ Und wenn ich weiter frage: „Warum haben Sie nichts?“ so heißt es: „Ich bin so und so lange außer Arbeit gewesen und habe auch zunächst noch keine Aussicht, welche zu erhalten.“ Meine Herren, es wäre nun natürlich sehr bedenklich, sich ohne weiteres auf diese einseitige Darstellung hin ein Urteil zu bilden, aber der Einzelrichter ist regelmäßig in der glücklichen Lage, eine ganz vorzügliche Kontrolle zu haben, denn gewöhnlich ist der Gläubiger dabei und wenn die Sache erörtert wird, können wir jeden Augenblick sehen,

ob der Schuldner eine falsche Behauptung aufgestellt hat, oder ob er bei der Darstellung seiner Lage im Rechte ist. Ich kann nun aus meiner amtlichen Thätigkeit, wie gesagt, als Zeuge bekunden, daß die Fälle, in denen ein Schuldner nicht bezahlen kann, mindestens zu 75% auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen sind. Meine Herren, solche Zustände sind in der That eine Kritik unserer ganzen Kulturentwicklung, wie sie nicht schärfer gedacht werden kann. Wenn dem Menschen, der arbeiten will, die Möglichkeit hierzu nicht gegeben wird, so ist das ein Zeichen, daß unsere Zustände in weitem Umfange fehlerhaft sind. Es ist doch geradezu ein Hohn auf die menschliche Kultur, daß man um Arbeit wie um ein Almosen betteln muß. Was will so ein Mann? Er will seine Arbeit leisten, um einen Gegenwert dafür zu erhalten; er will durchaus nichts geschenkt haben. Auf diese Bewertung seiner Arbeitskraft ist er angewiesen, und wenn die heutigen Verhältnisse ihm dies unmöglich machen, so sind sie ungesund und unnatürlich.

Meine Herren, ich habe es für unsere Pflicht erklärt, uns mit den Gründen der Arbeitslosigkeit zu beschäftigen, aber diese Gründe hängen auf das engste zusammen mit den Grundlagen unserer ganzen Wirtschaftsordnung, und es ist mir deshalb unmöglich, in so vorgerückter Stunde noch irgendwie tiefer auf die Frage einzugehen. Ich muß mich vielmehr darauf beschränken, meinen Standpunkt mit ganz wenigen Worten anzudeuten.

Die Arbeitslosigkeit hängt auf das engste zusammen mit unserer technischen Entwicklung. Wenn wir Arbeitskräfte nicht mehr so viel brauchen, weil sie durch Maschinen ersetzt werden, so ist es natürlich, daß diese Arbeitskräfte überflüssig werden müssen. Wenn sich nun der Arbeitsmarkt naturgemäß gestaltet hätte, so hätte man entweder die gesteigerte Arbeitsintensität verwenden können, um die Arbeitszeit herabzusetzen, oder aber man könnte die Menge der erzeugten Güter entsprechend vermehren. Der letztere Weg fand jedoch seine Schranke in der Notwendigkeit, die Produktion und die Konsumtion in Ausgleich zu bringen. Hieran fehlt es bei uns. Das Übermaß der Produktion kann nicht konsumiert werden, weil die wohlhabenden Klassen nicht imstande sind, den Konsum für sich allein zu beschaffen, die breite Masse der Bevölkerung aber vom Konsum ausgeschlossen ist, weil sie nicht hinreichend Verdienst hat. Der letzte Grund der Arbeitslosigkeit liegt also in der bestehenden unzureichenden Verteilung der Güter, welche es ausschließt, alle vorhandenen Arbeitskräfte für die Produktion zu verwenden.

Das Gesagte ist eine äußerst knappe Skizze, aber für die-



jenigen, welche sich mit der Frage beschäftigt haben, wird es genügen, um meinen Standpunkt zu charakterisieren.

Ich will deshalb nicht weiter auf diese Frage eingehen, ich möchte vielmehr meine Ausführungen schließen mit einer allgemeinen Bemerkung. — Ich bin dem Freien Deutschen Hochstift außerordentlich dankbar, daß es gerade diese Frage zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht hat, denn ich sehe in derselben den Schlüssel zu dem ganzen Geheimnis unserer sozialen Notlage. Ferner bin ich dem Hochstifte dankbar für die Art und Weise, wie es diese Aufgabe angegriffen hat, nämlich insofern, als es gerade die Kreise zugezogen hat, die berufen sind, zu der Lösung der Frage wirksam beizutragen.

Wir haben eine ganze Reihe von Vereinigungen in Deutschland, die sich mit solchen Fragen beschäftigen, aber bei keiner dieser Vereinigungen haben wir in gleichem Maße die Vorbedingungen, die erfüllt sein müssen, um einen Erfolg zu garantieren. Insbesondere haben wir bei dem Hochstifte eine absolute Neutralität der Instanz, welche die Versammlung zusammengerufen hat, und diese Neutralität ist zum Ausdruck gebracht in der Adressierung der Einladungen.

Aber ich finde bei unseren Verhandlungen noch einen Erfolg erzielt nach einer ganz anderen Richtung, nämlich der einer sozialen Versöhnung. Ich glaube, daß Erörterungen, wie wir sie hier angestellt haben, wesentlich dazu beitragen, eine gewisse Abchwächung der Gegensätze anzubahnen. Ein großes Stück sind wir hierin schon weiter gekommen, denn vor zehn Jahren wäre es nicht möglich gewesen, solche Verhandlungen, wie heute, zu führen. Die Kluft zwischen den verschiedenen Anschauungen und Parteien war damals zu groß.

Ich danke zum Schlusse also nochmals dem Freien Deutschen Hochstift und hoffe, daß dasselbe sich zur Wiederholung solcher Verhandlungen entschließen wird.

Dr. Möller, Brackwede: Meine Herren! Ich erlaube mir gestern kurz anzudeuten, über welche Punkte ich mich mit dem Vorsitzenden des großen Arbeitsnachweises in Berlin, Herrn Dr. Freund, verständigt hatte. Das, was ich jetzt sagen will, ist zunächst meine eigene Ansicht, denn ich hatte keine Gelegenheit, mich über alle Einzelheiten mit Herrn Dr. Freund auszusprechen. Wir haben vielfach gehört und auch mein Herr Vorredner hat es gesagt, „der Arbeitsnachweis kann keine Arbeits-Gelegenheit schaffen, damit ist uns nicht geholfen“, es beweist diese Äußerung nur, daß der Herr Vorredner das Leben, wie es ist, nicht kennt.

In der That können wir durch geregelte Arbeitsnachweise einen erheblichen Teil der Arbeitslosigkeit beseitigen, nicht die ganze Arbeitslosigkeit. Wenn wir auch nur im Stande sind, einen großen Teil dieses sozialen Krebschadens zu beseitigen, dann ist außerordentlich viel gewonnen. Ich will zunächst auf die Handwerker aufmerksam machen; da besteht der kolossale Mißstand, daß der Handwerksgehilfe von Ort zu Ort wandert, er bettelt sich an den Thüren Brot, um bei den Meistern Arbeit zu suchen; planlos irrt er zu diesem Zwecke in Deutschland umher. Wir haben namentlich von dem Herrn Vertreter aus Wien mit beredten Worten gehört, was das heißt. In meiner unmittelbaren Nähe hat zunächst Herr von Bodelschwingh in Wilhelmsdorf ein Heim errichtet, und ihm sind zahlreiche Arbeiterkolonien in allen Teilen Deutschlands gefolgt, Anstalten, die keinen anderen Zweck haben, als den durch das viele Herumwandern herunter gekommenen Menschen wieder zu einem brauchbaren zu machen. Daß dies nur zu einem kleinen Teil gelingt, liegt in der Natur der Sache; wenn allein diese Übelstände beseitigt würden, würde die Notwendigkeit eines geregelten Arbeitsnachweises nachgewiesen sein. Es bestehen aber noch andere Übelstände. In allen größeren und mittleren Städten ist es für den Arbeiter, der außer Arbeit gekommen ist, außerordentlich schwierig, auch nur diejenigen Arbeitgeber aufzuspüren, welche möglicherweise seiner bedürfen können. Es ist niederschlagend, von Haus zu Haus gehen zu müssen, und besondere Schattenseiten hat es, wie auch schon gestern hervorgehoben wurde, für das weibliche Geschlecht, zu sagen, ich bin in Not, könnt ihr mir nicht helfen? Alle, die das Leben verstehen, werden wissen, was das heißt. Ein anderer Übelstand, und ich halte ihn für den größten, besteht darin, daß der Arbeiter bei der jetzt herrschenden Teilung der Arbeit, wenn er außer Arbeit gekommen ist, sehr häufig nicht in dem Ort, wo er sich befindet, wieder die Arbeit auffinden kann, die er versteht. Er muß deshalb, und wir haben gestern einen Teil der schrecklichen Statistik gehört, zu einem anderen Beruf übergehen, wo er nur die Hälfte des Lohnes verdient, den er sonst bekommt; eben weil er die Arbeit nicht findet, die er, wenn ein Arbeitsnachweis, der die Arbeit von Ort zu Ort vermittelte, haben könnte. Ein weiterer Übelstand besteht darin, daß in den kleineren Orten die Arbeitgeber keineswegs in der Lage sind, jederzeit geeignete Fach-Arbeiter zu finden. Es ist dies der Hauptgrund, weshalb der Arbeitgeber der Industrie nach den größeren Städten hinstrebt. Dort weiß namentlich der gelehrte Arbeiter, daß er im allgemeinen in dem Zweige, den er versteht,



Arbeit finden kann. Er sagt sich, kommst du außer Arbeit, so hast du wahrscheinlich bald wieder Gelegenheit anzukommen. Nach den kleineren und mittleren Städten hüten sich die Leute hinzuziehen. Ich bin Maschinenfabrikant; wir haben augenblicklich außerordentlich viel zu thun, wir haben viele Aufträge nur deshalb abweisen müssen, weil wir keine fremden Arbeiter nach Brackwede hinziehen können. Sie kommen nicht hin, weil sie nicht wissen, ob die Arbeit wirklich dauernd ist, und wir tragen Bedenken, auswärtige Arbeiter heranzuziehen, denn wir würden eine große Verantwortung auf uns laden; wir können die Leute, wenn sie  $\frac{1}{4}$  Jahr gearbeitet haben, nicht wieder auf die Straße setzen. Wenn wir Arbeiter haben, müssen wir sie dauernd behalten, es bliebe uns, wenn die Arbeit nachläßt, nichts übrig, als die Arbeitszeit im allgemeinen zu verkürzen, um die vermehrte Arbeitererschaft durchzuschleppen. Das wäre eine Ungerechtigkeit gegen unsere alten Arbeiter, die vielleicht 25 Jahre bei uns gewesen sind und darunter leiden sollen, daß fremde Arbeiter hingekommen sind. In kleineren Städten hat man deshalb nicht die Möglichkeit, den Betrieb in der Weise auszudehnen, wie es in den Großstädten im allgemeinen geschieht. Hier nimmt man, wenn viel Arbeit vorliegt, sofort zahlreiche Arbeiter an in der sicheren Voraussetzung, daß, wenn die Arbeit vorbei ist, einfach die Leute entlassen werden. Wenn ein geregelter Arbeitsnachweis bestände, würden wir Industriellen der kleinen Städte den Leuten, die wir annehmen die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit geben, daß sie wieder anderswo Arbeit finden werden, ebenso würden die Arbeiter sich nicht scheuen, aus großen Städten zu uns zu kommen, und wir würden auch dann in der Lage sein, günstige Konjunkturen auszunutzen. Es liegt in der Natur unserer wirtschaftlichen Entwicklung, daß in dem einen Zweig und in dem einen Ort sehr flott gearbeitet wird, während oft in dem anderen Zweig und dem anderen Ort Arbeitsmangel herrscht. Hier ist nur der Ausgleich möglich durch einen geregelten Arbeitsnachweis. Es strömen nach den großen Städten, wie wir wissen, eine Menge Landarbeiter; sie finden dort keine Arbeit, sie wollen meist nicht gerne in ihre Heimat zurück, wohl aber aufs Land, sie wissen aber nicht wohin. Sie bleiben deshalb in der Großstadt liegen, verarmen und drücken die Löhne für die anderen. Wäre ein geordneter Arbeitsnachweis da, so würden diese Leute, die nur kurze Zeit in der Stadt gewesen sind, gerne wieder aufs Land zurückgehen. Man würde sie gern wieder aufnehmen.

Es ist auf den Wert der Arbeitsstatistik hingewiesen worden: nur ein geordneter über ganz Deutschland sich erstrecken-

der Arbeitsnachweis ist aber im stande, eine zuverlässige Arbeitsstatistik zu liefern; alles andere ist Unsinn, verzeihen Sie mir diesen Ausdruck. Es kommt darauf an, daß wir zuverlässige Grundlagen gewinnen; die Statistik der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste, und zwar eine regelmäßige Statistik, eine Statistik von Woche zu Woche, etwa so, wie wir unsere Wetternachrichten bekommen. Wissen wir statistisch, wie die Arbeitslosigkeit liegt, dann werden wir die Größe des Elends übersehen können, dann können wir an ernste Abhilfe denken. Wir werden uns nicht mit theoretischen Betrachtungen abgeben, wie sie heute gefallen sind, wenn wir wissen, so und so viele müßige Arbeiter sind da, und dann muß Arbeit geschaffen werden. Denken Sie sich 300 000 Menschen, die ohne Arbeit sind, rechnen Sie, was diese Armen jährlich kosten; es sind 135 Millionen Mark; es giebt nichts, was den Wohlstand in Deutschland mehr heben kann, als eine genaue Übersicht über die Leute, die unbeschäftigt sind und zwar mit genauer Angabe, welchem Geschäftszweig sie angehören. Also, meine Herren, ich glaube, es wird niemand darüber im Zweifel sein können, daß ein geordneter Arbeitsnachweis, der ganz Deutschland überspannt, der uns die Möglichkeit giebt, in jedem Augenblick zu sehen, wie die Verhältnisse liegen, eine Notwendigkeit ist, und wir dürfen die großen Opfer nicht scheuen, die nötig sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Ich möchte jetzt sagen, wie ich mir diese Organisation denke. Zunächst sollten in allen größeren und mittleren Städten, namentlich in allen Industriestädten, denen das benachbarte Land als Bezirk zugeteilt wird, Arbeitsnachweise errichtet werden, von einem Vorstand verwaltet, der zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Arbeitgebern besteht, der als Vorsitzenden einen Mann hat, der keiner dieser beiden Parteien angehört. Ich nehme an, daß von den Arbeitgebern und Arbeitern hierzu ein Betrag geleistet werde, daß aber auch die Städte zu den Kosten dieser Büreaus zuschießen. Man kann darüber streiten, ob die Städte verpflichtet sind, zu einem derartigen Gegenstand beizutragen; bisher gehörte es nicht zu ihren Aufgaben, aber jede Stadt, die sich sagt, durch einen derartigen Arbeitsnachweis erhalte ich mir meine fleißigen Bürger steuerfähig und kann dadurch die Leute, welche sonst aus städtischen Mitteln unterstützt werden mußten, an einen Ort bringen, wo sie Arbeit finden, wird einen Arbeitsnachweis errichten, für den sie vergleichsweise geringe Opfer zu bringen hat. Es ist hier geäußert worden, daß jeder Arbeitsnachweis staatlich errichtet und geleitet werden sollte; ich glaube, daß das ganz verfehlt sein würde. Der Herr Vertreter aus Wien hat mit

Gedächtnis, Arbeitslosigkeit.

10



Recht gesagt, der Arbeitsnachweis muß etwas mehr sein als ein bloßes Bureau, wo mechanisch die Sachen betrieben werden, es müssen Leute an der Spitze sein, die etwas von den Handwerken und Fabrikarbeiten, wofür Arbeiter gesucht oder angeboten werden, verstehen, und je größer die Stadt ist, desto mehr muß die Arbeit eines solchen Nachweises geteilt sein. Es muß für jedes Fach ein Vorstandsmitglied da sein, das die Persönlichkeiten der Arbeitgeber kennt, um die es sich handelt und das weiß, was es für Fragen an die Arbeiter zu stellen hat, wenn es wissen will, ob der Arbeiter das Fach auch versteht, worin er Arbeit sucht. Dazu muß man Vorstandsmitglieder haben, die Fachleute sind. Es ist gestern geäußert worden, die Arbeiter hätten das Recht und es wäre naturgemäß, daß sie die Sache allein machen. Ich glaube das nicht, denn die Arbeiter müssen sich selbst sagen: So erfolgreich vielleicht anfangs ihr Arbeitsnachweis auch sein mag, er kann doch nicht auf die Dauer bestehen, denn die Arbeitgeber können sich das nicht gefallen lassen. Eine Übertragung der Arbeitsnachweise auf die Arbeiter allein würde zu Kämpfen führen, die unbedingt vermieden werden müssen, weil sie uns Millionen kosten und keinen Zweck haben würden. Nur durch die gemeinschaftliche Arbeit der Arbeitgeber und Arbeiter kann hier wie auf allen Gebieten etwas Ersprießliches erreicht werden.

Ich bin ferner der Ansicht, daß diese Arbeitsnachweise weiter gehen müssen, daß sie auch zu Auskunftsbureaus möglichst ausgestaltet werden müssen. Wir haben bekanntlich in kaufmännischen Kreisen derartige Bureaus in ausgedehntem Maße und würden sie gar nicht entbehren können. Zuverlässige Auskünfte über Firmen, über Charakter und Vermögensverhältnisse sind für einen Geschäftsmann heutzutage unentbehrlich, wo immer neue Verbindungen angeknüpft, alte geprüft werden. Ähnlich steht es auch beim Arbeitsnachweis. Wenn ich mir aus einer entfernten Stadt einen Facharbeiter kommen lasse, so werde ich mich natürlich fragen, was ist er, versteht er sein Fach, ist er fleißig und solid, ist er kein Trinker oder ist er noch nicht wegen Diebstahl bestraft u. s. w. Also auf Wunsch müßten diese Arbeitsnachweise eine möglichst eingehende Auskunft geben und zwar gegen besondere Vermittlungsgebühr. Ich will noch bemerken, daß bei einer derartigen Auskunft selbstverständlich über die soziale und politische Parteistellung jede Auskunft verweigert werden müßte, und der zur Hälfte aus Arbeitern bestehende Vorstand hätte dafür zu sorgen, daß dies gewissenhaft beachtet wird. Ich bin überzeugt, daß, wenn man zunächst eine Auskunftserteilung als nicht zu den

Aufgaben des Arbeitsnachweises gehörig betrachtete, sie dennoch durch die Natur der Sache von selbst kommen würde, denn die Auskunftserteilung ist ein dringendes Bedürfnis, weil das Zeugniswesen abge schafft ist. Man kann es keinem Arbeitgeber verdenken, wenn er wissen will, was der Arbeiter leistet, den er bekommt, namentlich wenn er ihn von auswärts verschreibt und hohe Reisekosten zahlt; ebenso kann man es dem Arbeiter nicht verdenken, daß er im voraus wissen will, wozu Geistes Kind der Arbeitgeber ist, ob er ein anständiger Mensch ist und auch das hält, was er verspricht. Also sowohl über Arbeiter wie Arbeitgeber muß Auskunft erteilt werden. Es muß jedoch die Auskunft vollständig unparteiisch sein und die soziale und politische Stellung desjenigen, über den Auskunft gegeben wird, und desjenigen, der Auskunft erteilt, darf das Urteil nicht beeinflussen.

Die weitere Organisation, die Zusammenfassung aller Arbeitsnachweise in ganz Deutschland denke ich mir in der Weise, daß die Lokalarbeitsnachweise versuchen, an Ort und Stelle Angebot und Nachfrage auszugleichen; es wird aber meist ein Überchuß von Angebot auf der Seite der Arbeiter oder der Seite der Arbeitgeber bleiben, und ich denke mir, etwa alle acht Tage geben die Ortsnachweise ein Verzeichnis der unerledigten Stellen oder Stelle suchenden an die Zentralstelle, und diese stellt diese Berichte übersichtlich in einer Zeitung zusammen, die an sämtliche Arbeitsnachweise in ganz Deutschland versandt wird, und die jeder Arbeiter an jedem Postamt für 5 Pf. kaufen kann. Nur auf diese Weise läßt sich die große Aufgabe befriedigend lösen. Es ist vielfach gesagt worden, die Arbeitsnachweise sollen sich direkt miteinander in Verbindung setzen, aber das würde eine endlose Korrespondenz geben, wenn sich jeder Arbeitsnachweis mit jedem Arbeitsnachweis in Deutschland direkt in Verbindung setzen wollte. Der Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitsnachweisen kann nur in der Weise leicht geschehen, daß sämtliche Meldungen aus ganz Deutschland in einer Stelle zusammenlaufen, um hier zusammengestellt und so wieder verteilt zu werden. Allerdings erfordert diese Organisation einen erheblichen Aufwand von Bureauarbeit, aber die materiellen Erfolge werden so erheblich sein und die zentralisierten Nachweise werden eine solche Menge moralischen Glens aus der Welt schaffen, daß ich diese Opfer für sehr gering halte gegen den Erfolg, der damit erreicht würde.

Allerdings werden meinen Vorschlägen erhebliche Gegner entgegenstehen. Mir ist gesagt worden, die größten Schwierigkeiten böten die Sozialdemokraten. Ich hoffe jedoch, daß dieser



Widerstand beseitigt wird, denn die Sozialdemokraten werden sich doch sagen müssen, daß sie mit dem Widerstand gegen eine so erhebliche Reform in den Kreisen der Arbeiter sich nur schädigen. Ich erkenne vollständig an, daß diese Partei in ihren jetzigen zahlreichen Arbeitsnachweisen das kräftigste Mittel für die Agitation hat; die sozialistischen gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise wissen dadurch, daß in jeder Fabrik Sozialdemokraten sind und daß diese ihr Bureau von dem Freiwerden einer Stelle in Kenntnis setzen, dafür zu sorgen, daß vor allen anderen immer Sozialdemokraten sich melden und deshalb angenommen werden. Infolgedessen ist der sozialdemokratische Arbeiter, was die Arbeitsgelegenheit betrifft, anderen Arbeitern voraus, und von diesem Standpunkt aus finde ich es nur erklärlich, wenn die Führer der Sozialdemokratie diese Machtmittel nicht aus den Händen geben möchten. Aber ich glaube, daß die Erwägung, daß eine derartige Macht sehr leicht durch Nachweisebureaus der Arbeitgeber gebrochen werden kann, zum Teil schon gebrochen ist, die Sozialdemokraten veranlassen wird, im Interesse der Arbeiter städtische, zentralisierte Arbeitsnachweise zu fordern und sich der Notwendigkeit eines gemischten Vorstands zu fügen. Nicht geringer ist die Abneigung von Seiten eines Teils der Arbeitgeber. Es sind zunächst die Innungsmeister, die schon lange den Arbeitsnachweis für sich als eine Art Monopol betrachteten. Ohne äußeren Zwang werden sie sich schwerlich dem städtischen Arbeitsnachweis anschließen. Es kommen ferner die als Kampfmittel gegen die Gewerkschaften der Sozialdemokraten geschaffenen Nachweise der Fabrikanten in Betracht, wie sie in Hamburg, Hannover, Berlin bestehen. Auch hier ist ja zunächst ein Parteiinteresse vorwiegend; man will die Sozialdemokraten vor allen Dingen möglichst aus den Betrieben ausschließen und errichtet für diesen Zweck seitens der Arbeitgeber Arbeitsnachweise. Ich glaube die Fabrikanten werden einsehen, daß es ein Kampf ist, den man aufgeben sollte, wenn ein neutraler Arbeitsnachweis besteht. Es sind wohl ferner die Agrarier große Gegner eines derartigen Nachweises, weil sie fürchten, daß ihre Arbeiter mehr wie bisher vom Lande nach den Städten gezogen würden; freilich mit Unrecht, denn ich bin im Gegenteil überzeugt, die Leute würden von dem Lande nicht nach der Stadt ziehen, wenn sie wüßten, daß dort alles besetzt ist. Die Errichtung derartiger zentralisierter Arbeitsnachweise würde eine ganz erhebliche Neuerung in unserem sozialen Gebiete sein, und da werden eine große Menge Leute sagen, es ist bis jetzt immer ohne diese Einrichtungen gegangen, warum sollen wir dann etwas ändern.

Eine kräftige Agitation wird also nötig sein, um das Projekt ins Leben zu führen, zumal da es erforderlich sein wird, durch gesetzgeberische Bestimmungen die Arbeitsnachweise zu unterstützen. Die gesetzgeberischen Bestimmungen müssen darin bestehen, daß bei Strafe jedem Arbeitgeber aufgegeben wird, innerhalb 24 Stunden jede freiverdende Stelle anzumelden, und ebenso auch es anzuzeigen, wenn sie wieder besetzt ist. Natürlich würde kein Arbeitgeber oder Arbeiter gezwungen werden, Arbeiter bezw. Arbeitgeber durch diesen öffentlichen Arbeitsnachweis zu suchen. Diese Einrichtungen werden aber so vorzüglich, sicher und schnell arbeiten, daß die anderen Arbeitsnachweise allmählich von selbst eingehen müßten. Es würde meiner Ansicht nach Sache des Reichs sein, die oben erwähnte Zentralstelle auf Kosten des Reichs zu gründen. Wie groß der Etat eines solchen Zentralbureaus ist, läßt sich nur veranschlagen, wenn man die Arbeit kennt; daß er sehr groß sein würde bei den Millionen von Arbeitern Deutschlands, das ist klar. Doch würden die Kosten durch die Zeitung wohl gedeckt werden.

Es ist zunächst erforderlich, daß sich die Herren, welche sich für die Sache interessieren, einerlei, welcher Parteistellung sie angehören, zu einer Zusammenkunft einfinden, um sich über die Grundlagen einer derartigen Organisation zu verständigen. Dann müßte in der Presse und in Versammlungen dafür gewirkt werden, daß an möglichst vielen Orten Deutschlands Arbeitsnachweise auf dieser Grundlage errichtet werden, und endlich müßte man die Regierung und den Reichstag bestimmen, daß sie die nötigen gesetzgeberischen Maßregeln ergreifen.

Ich möchte die Herren wiederholt bitten, welche auf der angedeuteten Grundlage für das Zustandekommen von Arbeitsnachweisen wirken wollen, sich bei Herrn Dr. Freund oder mir zu melden.

Ich bitte Sie, meine Herren, seien Sie freundliche Beurteiler dieser Vorschläge, erwägen Sie dieselben auch zu Hause. Ich würde mich glücklich schätzen, wenn es mir gelingen wäre, Sie zu überzeugen, daß es sich wirklich ernster und vieler Arbeit lohnt, um dies große Ziel zu erreichen.

Kaufmann Moritz Löß, Frankfurt (zur Geschäftsordnung):  
Meine Herren! Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Stunde, da doch sehr viele nicht in der Lage sein werden, den ganzen Nachmittag den Verhandlungen zu widmen, stelle ich den Antrag, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken.



Stadtrat Dr. Fleisch, Frankfurt: Ich stelle diesen Antrag zur Abstimmung, wer ihn beistimmt, möge die rechte Hand erheben.

Das ist die überwiegende Mehrheit. Die Redezeit aller Herren, die noch sprechen werden, ist auf 10 Minuten beschränkt.

Adolf Hamel, Bockenheim: Meine Herren! Wir haben gestern und heute die Herren Theoretiker und die Leute, die in der Praxis stehen, gehört. Die Herren zu I haben den guten Willen, die heute bestehenden traurigen Zustände der Arbeitslosigkeit zu steuern, durch alle möglichen Sachen, durch Einrichtungen von Arbeitsbureaus u. s. w. Die Herren von II sagten uns, wie traurig es in der Arbeitswelt bestellt ist und welche trassen Zustände existieren; und welche Vergewaltigungen vorgekommen sind, hat der Vertreter der Schiffsbauarbeiter gesagt. Meine Herren, die Frage nach dem Grund ist schon so oft hier angeregt worden, wo ist der zu finden, der heutzutage solche Zustände geschaffen hat. Für mich ist es nicht schwer, sie zu beantworten. Ich gehöre weder zu der Kategorie der Ersten noch zu den Arbeitern. Ich stehe dazwischen und habe mich trotzdem mit der Materie befaßt und sage: die ganze Schuld trägt die heutige Produktionsweise. Daran kann kein Mensch etwas ändern, und daran kann auch die Gründung von Arbeitsnachweisebureaus nichts ändern. Der ganze Gesellschaftskörper ist erkrankt und bedarf einer gründlichen Operation, die aber nicht durch Einschüttung von Medizin, wie sie in diesen Arbeitsbureaus eingegeben werden soll, sondern die ganz gründlich vorgenommen werden muß. Meine Herren! Wie das Bureau beschaffen sein soll, vom Standpunkt der Unternehmer aus, das hat uns Herr Fabrikant Möller voll und richtig gesagt, das giebt nicht ein Arbeitsbureau, sondern ein politisches Bureau, wo die Polizei die Einsicht haben soll, und wie Herr Dr. Möller ausführte, bekommen wir dadurch erst recht keine Arbeit, sondern es werden noch viel andere Sachen als jetzt vorkommen. (Herr Dr. Möller verwahrt sich dagegen, das gesagt zu haben.) Meine Herren! Herr Dr. Möller hat erklärt, das man dort über Arbeiter alle Auskunft erhalten könnte, und darunter gehören auch diese Auskünfte, und da wird jeder Mensch, der in der Praxis steht, voll und ganz sagen, natürlich werden die Auskünfte gegeben, und dann ist es allerdings kein Arbeitsnachweisebureau, sondern ein Bureau, wo man sich seine Arbeiter herausucht, und ein großer Teil wird erst recht hier keine Arbeit bekommen, denn jeder Arbeiter steht minder oder mehr auf der linken Seite.

Meine Herren! Durch die Arbeitsbureaus könnte allerdings etwas eingeführt werden, und das wäre das, daß die Zustände, welche augenblicklich unter den arbeitenden Klassen herrschen, durch ihre trassen Verhältnisse an die Öffentlichkeit gezogen würden, und dadurch würde mancher zu dem Standpunkt kommen, den heutzutage schon viele einnehmen, daß die Gesundung der Arbeiter ganz wo anders zu suchen ist, als an der Stelle, die unter den Arbeitsnachweisebureaus gesucht werden soll, und daß die Städte und Kommunalverbände, auf die hier so viel angespielt worden ist, die Arbeitsbureaus teilweise übernehmen sollen. Meine Herren, auf die halte ich auch nicht viel. Ich erinnere nur — ich muß allerdings bitten, Rücksicht zu nehmen, wenn ich abschweife — an die Arbeiterschiedsgerichte, die von vielen Kommunalverbänden abgelehnt worden sind, und warum werden sie abgelehnt, weil heutzutage die Unternehmer in den Kommunalverbänden die Ehrenämter in der Hand haben, zu denen ein Arbeiter wohl niemals in der jetzigen Gemeindevertretung herangezogen werden kann. Die Vertretungen, besonders die amtlichen, sind meistens in den Händen der Unternehmer. Ich muß einen Fall anführen, der wirklich vorgekommen ist. Da ging ein Arbeiter zu einem Arbeitgeber und verlangte Arbeit, wurde auch 14 Tage beschäftigt, bekam aber dann, nachdem er gearbeitet hatte, anstatt Lohn eine Abrechnung, wonach er noch so und so viel herauszahlen soll, weil die Arbeit nicht zu gunsten seines Arbeitsgebers ausgefallen ist. Er geht auf das Bürgermeisteramt und will dort klagen. Er kommt dort hin — aber wer sitzt dort, der Herr Bizebürgermeister, sein Arbeitgeber. Wie da ein Urteil ausfällt, das können Sie sich denken. So wird es genau sein, wenn Sie den Arbeitsnachweis in die Hände der Kommunalverbände legen. Die Herren Arbeitgeber werden ihre Interessen, welche sie sich durch ihr Geschäft erworben haben, nicht aus den Händen geben. Die Herren Arbeitgeber haben recht gut sagen, wir wollen abhelfen. Sie sollen vor allen Dingen einmal die Lehrlingszüchtereie abschaffen, damit nicht, wie gestern der Ausdruck gebraucht wurde, die Zwangsvagabunden auf der Chaussee herumlaufen müssen, die gezwungen sind, für alle Löhne zu arbeiten, um nicht der Polizei in die Hände zu fallen. Das wird durch die Arbeitsnachweisebureaus in keiner Weise abgeändert werden. Meine Herren! Überlassen Sie die Arbeitsnachweisebureaus den Arbeiterorganisationen. Stellen Sie sich dahin, und helfen Sie dazu, daß die Arbeiterorganisationen von dem Staate anerkannt und nicht wie seither verfolgt werden. Bewilligen Sie einstweilen



diejenigen Mittel dafür, daß sie dieselben einrichten können, und Sie können sich darauf verlassen, es wird zum Frommen der beiden Teile, sowohl der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sein; aber wenn die Polizei, Kommune oder Arbeitgeber die Sache in den Händen hat, unter unseren heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen, dann, meine Herren, glauben Sie ja nicht, daß der Arbeiter Zutrauen hat. Es wird das Gegenteil von dem erreicht, was hier bezweckt werden soll. Meine Herren! Herr Legien, der eine große Anzahl deutscher Arbeiter vertritt, hat gestern ausdrücklich gesagt, Sie bieten uns etwas, was wir ja annehmen wollen, um zu dem Ziele zu gelangen, das wir erstreben, denn wir sehen dieses einstweilen als eine kleine Abschlagszahlung von unseren Gesamtbestrebungen an. Ich bestreite ferner noch, daß die Arbeitslosigkeit nur in den Arbeiterkreisen ist, sondern sie ist überhaupt in der ganzen Bevölkerung, und daß sie in der ganzen Bevölkerung ist, daran ist nur unsere heutige Gesellschaftsordnung einzig und allein schuld.

F. H. Junge, Bremen, Vertreter der Tabakarbeiter: Geehrte Herren! Es ist hier vielfach von Arbeitsnachweisen gesprochen worden, und wie diese wohl ungefähr werden könnten. Ich kann aufrichtig sagen, mit meinem Freund Legien bin ich derselben Ansicht, wenn Mittel und Wege gefunden würden, daß in irgend einer Weise die Arbeitslosigkeit ein bißchen gehemmt werden könnte, würde ich ganz gewiß der Erste sein, der die Hand dazu bieten würde. Allein ich habe meine Bedenken dabei. Der Herr Polizeikommissar von Hierlohn sagte gestern, daß nach seiner Überzeugung die Arbeitsnachweise am besten in den Händen der Behörden wären. Ich gebe zu, daß dies etwas für sich hat, wenn man allerdings einen Zwangsarbeitsnachweis einführen wollte, aber auch nur dann; denn wenn man überhaupt einen Arbeitsnachweis einführt, soll der doch bezwecken, eine klare Übersicht zu haben, wie viel Arbeitslose es giebt. Was nützt ein Arbeitsnachweiseinstitut, wenn die Leute, wie auch Herr Möller anführte, nicht hingehen würden, dann wissen wir doch nichts und können das Übel nicht erkennen. Ich meine, daß wenn ein solches derartiges Institut geschaffen werden sollte, absolut jeder Arbeiter hingehen muß. Man kann man das schlechterdings nicht gut verlangen. Man könnte das nur in der einen Form verlangen, daß man sagt, alle Arbeitslosen haben sich in den Nachweisebureaus zu melden und werden dort eine Unterstützung erhalten, falls sie nachweisen können, daß sie arbeitslos sind.

Das würde ein Sporn sein, wonach die Leute hingingen und sich meldeten. Andernfalls würden die Leute sehr gerne unterlassen sich zu melden, wenn die Arbeitsnachweisedeureaus seitens der Behörden eingerichtet würden. Sie würden nicht genau über alles Auskunft geben, und diese Arbeitsnachweise umgehen. Ich kann zweitens diese staatlichen Arbeitsnachweise, da sie leicht polizeiliche Auskunftsbureaus werden, auch nicht für gut anerkennen. Dagegen liegt bei den freien Arbeitsnachweisen, die Sache etwas anders. Selbstverständlich haben wir auch von unseren Organisationen aus einen Arbeitsnachweis. Dieser ist frei in den Händen einer jeden Zahlstelle. Diese müssen den Leuten, sobald welche da sind, Arbeitsstellen nachweisen. Dies geschieht unentgeltlich und gerade zu unserem eigenen Schaden, ich meine damit zum Schaden der Mitglieder. Es wenden sich nur Mitglieder der Organisation an unseren Nachweis, während alle übrigen ruhig Umschau halten; denen gelingt es zehnmal eher, Stelle zu erhalten, während wir auf unsere Arbeitsstellen angewiesen sind und die Mitglieder unterstützen müssen. Die Arbeitgeber bekämpfen unsere Organisationen auf alle Weise. Und doch sollten sie in ihrem eigenen Interesse, auch im Interesse der Arbeiter, eigentlich dafür Sorge tragen, daß die Organisationen stark sind, dann könnten sie verlangen, daß die organisierten Arbeiter nach Recht, Sitte und Ordnung in den Fabriken streben. Zweitens würde für die freien Bureaus in Betracht kommen, daß auch die Behörden stets den Organisationen das Leben sauer gemacht haben. Die Behörden haben unsere Vereinigungen, ich möchte sagen an achtzig Mal vor die Schranken des Gerichts getrieben und wir haben bald als Verteidiger für die prinzipielle Sache, bald als Angeklagte selbst figurieren müssen. Die Behörden wollen nicht einmal, daß die Arbeiter selbst gegenseitig vermöge ihres Koalitionsrechtes in eine Verbindung treten, wo sie sich selbst unterstützen. Wenn auch eine Verurteilung oder eine Freisprechung niemals ein Erfolg ist, sondern dadurch nur große Kosten erwachsen, so kann dies alles doch nicht gleichgültig sein, denn die Schererei ist einem Verein nicht förderlich, und der Verein kann sich nicht so entwickeln, wie man das wünschen müßte. Die Behörden wie die Arbeitgeber könnten froh sein, wenn alle Arbeiter organisiert wären, dann könnte vielleicht eher eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital hervorgehen, als so. Ich wüßte nicht, daß auf diese Art und Weise schon jemals der Beweis geliefert worden wäre, daß durch einen Arbeitsnachweis auch schon damit die Lage der Arbeitslosen gehoben wäre. Die Arbeits-



losigkeit ist eine ganz andere Frage. Was nützt es wenn in jeder Stadt drei Bureaus sind, die Arbeit nachweisen sollen ohne überhaupt welche zu haben.

Die nächste Frage ist die: Wo kommt die Arbeit her. Hier wäre es notwendig, sich darauf zu stützen, daß man die Arbeitszeit verringert. Man sollte möglichst suchen, nach der Gesetzgebung sie zu regulieren, daß die nötigen Verkehrsvorrichtungen nach allen Ländern getroffen werden und dieselben erleichtert werden, damit das deutsche Absatzgebiet ein weiteres würde. Dann würde Arbeit da sein, dann würden die Bagabunden nicht im Chausseegraben liegen.

Von den Arbeitsnachweisen hat auch nicht ein einziger überzeugen können, daß auch die Arbeitslosigkeit gebessert werden könnte. Das Arbeitsangebot ist entschieden zu groß, und da können die Arbeitsnachweise nichts ändern. Da muß immer gesagt werden, wir müssen Arbeit haben, und dann haben auch die Arbeitsnachweisebureaus ihre Schuldigkeit gethan. Herr Fabrikant Möller aus Brackwede hat erklärt und auch eine Einrichtung angeführt, wodurch seiner Ansicht nach wieder eine Besserung in die Leute hereinzubringen sei. Ich bin auch darüber anderer Meinung. An die Arbeiterkolonien wenden sich die Arbeiter nur in der äußersten Not, um überhaupt etwas zu verdienen. Nach meiner Ansicht ist das absolut keine Bildungsanstalt für die verkommenen Arbeiter. Sie werden einige Tage lang bleiben können, werden dann aber wieder entlassen und gehen wieder arbeitslos herum, haben also abermals keine Arbeit; sie können ebenfalls keine ständige Arbeit bekommen. Dieses Übel liegt daran, daß einerseits zu viel Arbeiter vorhanden sind, und andererseits unsere industriellen Verhältnisse in Deutschland derart sind, daß sie sich nicht nach außenhin verbreiten wie in anderen Staaten. Der Herr hat ferner gesagt, daß in Brackwede eine ganz andere Sitte herrsche. Darüber habe ich mich außerordentlich gefreut. Wenn man in Brackwede unter Arbeitern heute noch die Arbeiter versteht, welche längere Zeit in einer Anstalt arbeiten, so ist das eine Ausnahme. Ich bezweifle aber sehr, daß es in Brackwede und anderen kleineren Städten überall so Gebrauch ist. Wenn es aber trotzdem so ist, würde ich mich höchst bedanken, daß die Herren in Brackwede so gemüthlich sind und solche Leute annehmen. Wenn ich noch einen kleinen Punkt berühren dürfte, so ist das in Bezug auf die Ausweise. Ich will nicht sagen, daß Herr Möller ausdrücklich erklärte, politische Auskünfte sollen nicht gegeben werden. Aber diese persönlichen Auskünfte sind häufig sehr scharf

und sehr wunderbar. Ich will nur einmal annehmen, es wären Arbeiter, die wegen irgend einer Lohndifferenz oder irgend eines Parteistreiches entlassen wurden, und über die würde eine Auskunft gewünscht, so würde das Auskunftsbureau einfach sagen: Der und der Arbeiter ist da und da aus diesem Grunde entlassen worden. Das genügt für jeden Arbeitgeber, und er wird sich sagen, das ist ein Krakehler, den schicken wir wieder fort. Das sind Sachen, da wird — ohne daß man Politik hineintreibt — sich der Arbeiter schon so schildern und wieder spiegeln, wie er ist. Kein Unternehmer wird aber so geschildert werden, wie es dem Arbeiter geschieht. Ich habe leider die Glocke wieder gehört, ich hätte gerne noch etliche Sachen vorgebracht; aber ich muß darauf verzichten.

Karl Freitag, Frankfurt a. M.: Meine Herren! Ich bin in der angenehmen Lage, mich kürzer fassen zu können, als ich beabsichtigte, weil Herr Amtsrichter Kulemann schon einen Teil dessen gesagt hat, worauf ich noch besonders hinzuweisen gedachte. Er hat darauf hingewiesen, daß man warnen muß vor einer Überschätzung der bloßen Praxis und einer Vernachlässigung der Theorie, und ich kann ihm darin nur beipflichten. Während fast alle Reden, die wir gestern und heute in der Diskussion gehört haben, in dem mephistophelischen Wort ausklangen: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, doch grün des Lebens goldner Baum“ — halte ich es im Gegenteil für einen großen Vorzug dieser Zusammenkünfte, daß wir die ebenso tiefen als geistvollen Ausführungen des Herrn Professor Tönnies, sowie die statistisch wissenschaftlichen Ausführungen des Herrn Dr. Hirschberg und die mehr allgemeinen Betrachtungen des Herrn Klotz gehört haben. Und gipfelten nicht auch die Reden der Herren Tönnies und Klotz, so theoretisch und allgemein sie auch angelegt waren, in eminent praktischen Vorschlägen — Vorschlägen freilich, welche von allen den „Praktikern“, welche wir in der Diskussion gehört haben, kaum gestreift worden sind?! Besonders des Herrn Professor Tönnies Vorschläge sind leider von allen späteren Rednern in der Diskussion gar nicht wieder aufgenommen worden.

Namentlich das Zukunftsbild einer Wiederverbindung der Industrie mit der Landwirtschaft, welches schon vor Jahrhunderten dem großen Utopisten Thomas Morus als erstrebenswert vorschwebte, ist nur von einem Redner (wenn ich nicht irre, Herrn Hartmann) flüchtig gestreift, und doch scheint mir hier ein Problem berührt zu sein, welches heute bei der Kürze der Zeit nicht mehr in erschöpfender Weise behandelt werden kann, welches



aber notwendig hereingezogen werden muß, wenn unter großen Gesichtspunkten eine Lösung der Frage der Arbeitslosigkeit erfolgen soll. Denn während in den Industriezentren Tausende nach Arbeit suchend, ja um Arbeit flehend von Fabrik zu Fabrik, von Werkstatt zu Werkstatt vergeblich wandern, verfault dem Bauer, namentlich dem Kleinbauer, das Korn auf dem Felde, das Heu auf der Wiese, weil er an Arbeitern Mangel leidet, welche die notwendigen Arbeiten mit der erforderlichen Schnelligkeit verrichten könnten! Tritt hier nicht ein klassender Zwiespalt, ein schreiender Widerspruch zu Tage? „Ja, mögen die Landwirte höhere Löhne zahlen — dann werden sie mehr Arbeiter haben“ — so lautet der oft gehörte Einwand, und auch Herr Hartmann hat ihn hier vorgebracht. Sollte aber die Höhe der Löhne auf dem Lande nicht ebenso gut wirtschaftlichen Gesetzen unterliegen, wie die der Löhne in der Stadt? Oder glaubt man, daß die Arbeitgeber in der Stadt die höheren Löhne nur aus gutem Herzen zahlen? Oder weil die Arbeiter in den Städten größere Koalitionsfreiheit haben? Gewiß wirkt dieser Umstand mit, aber man gebe den Arbeitern auf dem Lande die größte nur denkbare Koalitionsfreiheit — sie werden sie nicht oder fast nicht benutzen, weil die Landwirtschaft, namentlich seit die Dreschmaschinen zc. erfunden, nicht jedes Minimum von Verdienst und Sicherheit der Stellung das ganze Jahr hindurch gewähren kann, welche für jede Gewerkschaftsbewegung unerläßlich ist. Nur die Saisonindustrie, wie sie in der Zucker-, der Tabakfabrikation, der Herstellung von Hausgeräten und ähnlichem schwache Anfänge zeigt, wird hier erlösend und befreiend wirken können, und erst dann, wenn die große Mehrzahl der Arbeiter im Winter Industriearbeiter, im Sommer aber Bauern sind — erst dann wird nicht nur die jetzt bestehende, früher nie geahnte Einseitigkeit der menschlichen Arbeit vermieden, sondern auch ein großer Teil der jetzt bestehenden Arbeitslosigkeit in den Städten und Arbeitslosigkeit auf dem Lande beseitigt sein! Über Mittel und Wege zu diesem Ziele nachzudenken, möchte ich jedem Teilnehmer unserer Versammlung dringend ans Herz legen! Als praktische Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind weiter vorgebracht von Herrn Kloss und einigen anderen Rednern: Verminderung der Arbeitszeit und Fixierung eines Minimallohnes. Dies sind aber Fragen, welche noch zu sehr im Streit der Parteien fluktuieren, als daß man hoffen dürfte, sie schon jetzt in gemeinsamer Arbeit aller Parteien zu einer fruchtbringenden Lösung führen zu können, so sehr dies von mir selbst erwünscht und erstrebt wird. Wir haben uns nun im Laufe

der Debatte immer mehr konzentriert auf die Frage der Arbeitsvermittlung, und ich habe mit Freude gesehen, wie selbst die Arbeitervertreter, welche in dieser Beziehung einem weitgehenden Skeptizismus huldigen, bereitwillig erklärt haben, wir wollen gerne die Hand reichen und Hilfe bieten, daß etwas derartiges geschaffen und nutzbringend durchgeführt wird. Ich kann nur bedauern, daß wir heute auch wieder ablehnende Stimmen gehört haben, und glaube, daß diese Ablehnungen ihren Grund nur haben in einigen Mißverständnissen, und daß auch die Herrn, welche jetzt glauben, sich der Sache gegenüber skeptisch verhalten zu müssen, durch die praktischen Resultate belehrt werden. Ich meine, daß die Bedenken, welche geltend gemacht sind gegen die Einführung der Arbeitsbureaus und Arbeitsbörsen, sich heben lassen durch eine zweckmäßige Organisation der Bureaus, welche gleichmäßig aus Arbeitgeberern und Arbeitern bestehen müsse und nicht zu einer Parteilache gemacht werden dürfe. Die Frage einer zweckmäßigen Organisation ist die wichtigste bei der ganzen Angelegenheit, und ich halte es für einen äußerst glücklichen Gedanken, wenn Herr Dr. Möller vorgeschlagen hat, Konferenzen zu veranstalten zu diesem alleinigen Zweck; und ich bitte deshalb alle die Herrn Vertreter der Arbeiter, sich mit dem Gedanken doch befreunden zu wollen. Es ist anerkannt von ihnen, daß, wenn auch der praktische Nutzen gering sein möge, sich doch so viel mit Sicherheit daraus ergeben würde, daß man wenigstens ein deutliches und klares Bild der gegenwärtigen sozialen Zustände gewinnen würde. Dieses deutliche und klare Bild, diese allein sichere Grundlage einer jeden Untersuchung der sozialen Verhältnisse, würde, wie mir scheint, von ebenso hohem Wert sein, wie eine Arbeitsvermittlung. Aber auch für die Vermittlung der Arbeit dürften derartige Arbeitsämter nicht völlig wertlos sein, wenn sie auch neue Arbeit im allgemeinen nicht zu schaffen vermögen. Ich selbst habe durch praktische Erfahrungen in der Industrie gelernt, daß nicht etwa, wie man vielfach glaubt, das Arbeiterangebot es nur allein bewirkt, daß sich für die nötige Arbeit auch die richtigen Arbeitskräfte finden. In der That müssen oft in der Industrie Aufträge abgelehnt werden, weil man die zur Arbeit erforderlichen, richtigen Arbeiter nicht hat, obgleich solche vielleicht an andern Orten vergeblich nach Arbeit suchen. Den Bedenken, welche Herr Polizei-Kommissar Schnitzer gegen solche Arbeitsbörsen gestern vorgetragen hat, glaube ich keinen großen Wert beilegen zu müssen. Er hat gesprochen von der Spekulation der Arbeitgeber, welche zu befürchten sei, jener Spekulation, welche durch ein größeres, zur Verfügung stehendes Angebot den



Wert der Arbeit herabdrücken würde. Diese Spekulation glaube ich nicht befürchten zu sollen, denn jeder, der eine Fabrik leitet oder Arbeiter beschäftigt, weiß, mit wie schweren Verlusten und Gefahren es verbunden ist, wenn plötzlich ein Wechsel in der Arbeiterschaft eintritt, und jeder Arbeiter wird mir beipflichten, daß das Exempel, welches Herr Schnitzer gegeben hat, durchaus unrichtig ist, denn die Verluste, welche aus einem solchen Wechsel resultieren, sind ungleich größere, als die momentanen Ersparnisse an Arbeitslöhnen; ein verständiger Arbeitgeber würde sich deshalb zu solchen Manipulationen niemals herbeilassen. Herr Schnitzer hat noch angeführt, daß der sittliche Ernst im Arbeiter gefährdet würde; er hat gesagt, daß wenn es eine Nachweisbörse für Polizei-Kommissare gebe, man leichtfertiger, wo es Einem nicht gefällt, die Arbeit aufgeben würde. Auch dieses, glaube ich, ist nicht stichhaltig, denn leider sind nicht überall die Behörden so, wie die vorgelegte Behörde des Herrn Polizei-Kommissars Schnitzer zu sein scheint. Nicht alle Behörden lassen sich nur durch den „sittlichen Arbeitsernst“ ihrer Beamten bestimmen, sondern es kommen auch noch persönliche Momente mancherlei Art mit in Betracht, und ob ein Polizei-Kommissar seine Stelle behält, wird nicht immer nur von seinem „sittlichen Arbeitsernst“ abhängen, sondern vielfach auch von ganz andern, nicht so eminent moralischen Eigenschaften, welche heutzutage dazu dienen, einen Beamten nach oben hin beliebt zu machen. Genau so ist es aber auch bei den Arbeitern; auch hier möchte ich sehr bezweifeln, ob es auf die moralischen Qualitäten einen guten Einfluß übt, wenn man einem Menschen zu fest an seine Stellung fesselt. Das wird vielmehr nur dazu dienen, ihm das Rückgrat zu brechen und jede Selbstständigkeit zu rauben. Auch die Einwände des Herrn Redakteur Fuzi scheinen mir auf recht schwachen Füßen zu stehen. Er meinte, es sei zu befürchten, daß wenn die Notstandsarbeiten eingeführt würden, dann die Arbeiter, wie es in Köln geschehen sei, ihre alten Stellen verließen, um zu diesen Notstandsarbeiten hinzulaufen. Meine Herren! Ich glaube nicht darauf weiter eingehen zu sollen. Sie werden alle überzeugt sein, wenn die Arbeiter wirklich zu den Notstandsarbeiten hingelaufen sind, dann mügen sie wohl Löhne verdient haben, oder eine Behandlung erfahren haben, welche eine fernere Besetzung der Stellen durch sie selbst nicht wünschenswert erscheinen ließ. Ich hätte noch manches zu bemerken, um die Einwände zu entkräften, die gegen die Arbeitsvermittlung geltend gemacht worden sind, z. B. daß die Politik hineingetragen würde seitens der Sozialdemokraten oder Arbeitnehmer, oder seitens der Zünfte. Aber alle diese Ein-

wände kann ich leider nicht mehr erledigen, weil die Glocke des Herrn Präsidenten ertönt. Ich bedauere, darauf verzichten zu müssen, erkläre mich aber wiederholt für einen warmen Freund der Bestrebungen des Herrn Dr. Möller und wünsche denselben den besten Erfolg und werde, was in meinen allerdings bescheidenen Kräften steht, dazu beitragen, sie zu unterstützen.

D. Niepsche, Wiesbaden: Meine Herren! Ich begnüge mich damit, auf einen Punkt, auf den Punkt der Arbeitsvermittlung einzugehen. Nach meinen Erfahrungen im Glasergerwerbe Deutschlands ist der Arbeitsnachweis das einzige Mittel um die Arbeitskraft zu verkaufen und auf den Markt zu bringen. Infolgedessen muß auch nach meiner Überzeugung der Arbeitsnachweis in die Hände der Arbeiter kommen. Von den Gemeinden müssen wir nur die Mittel zur Erlangung der Lokale für Auskunftsbureaus zu erlangen suchen. Ferner ist für die Arbeitslosen eine Unterstützungskasse einzuführen. Wir haben in unserem Verband eine Arbeitslosenunterstützung; diese Kasse hat sich insofern bewährt, als auf die Zeit von sechs Wochen Unterstützung gezahlt wird, allerdings sind wir zu der Überzeugung gekommen, daß die Kasse durch die überaus große Arbeitslosigkeit nicht im stande war, die Unterstützung für die Dauer zu gewähren, und infolgedessen konnten wir auch keine weiteren Unterstützungen mehr bezahlen. Eine Arbeitslosenstatistik vom Januar dieses Jahres, die ich persönlich aufgenommen habe, kann ich wegen der Kürze der Zeit nicht mehr erläutern, stelle sie dagegen hiermit zur Verfügung und Ansicht. Sie sehen daraus die Resultate über die Arbeitslosigkeit, insbesondere von Leipzig, Dresden und Berlin. Es sind traurige Resultate zu Tage getreten innerhalb fünf bis sechs Wochen, während ich diese Erfahrungen gesammelt habe als Vorsitzender des Glaserverbandes Deutschlands. Das sind die Mitteilungen, die ich in aller Kürze machen kann.

Wilh. Boffe, Offenbach a. M. (Posamentierverband): Meine Herren! Zuerst muß ich vorausschicken, daß ich Begründer und zwei Jahre lang Vorsitzender des Posamentier-Verbandes war. Der Sitz ist in Stuttgart. Die Erfahrungen, die ich gesammelt habe in meiner Thätigkeit als Vorsitzender, kann ich Ihnen ebenfalls mitteilen, wie die übrigen Herren, doch beschränke ich mich bei der Kürze der Zeit auf die einzelnen Momente, die bisher nicht erwähnt worden sind. Es ist eine Thatsache, und diese wird anerkannt von den Herren Vertretern der Arbeiter hier, wie auch



von den Herren Vertretern der Arbeitgeber, der Besitzenden, der Gelehrten und der gebildeten Kreise, daß ein Notstand, eine Arbeitsnot vorhanden ist. Daß dies eine Krankheit ist im Gesellschaftsleben, im Körper des Staatslebens, das hat jeder zugegeben, und darüber ist man ja, Gott sei Dank, bis jetzt einig. Nun steht man vor der Frage, wie ist dieser Kalamität abzu-  
helfen. Wie wird man dieses Übel beseitigen können? Im allgemeinen haben wir von den verschiedenen Rednern gehört, und zwar fast übereinstimmend, daß die Arbeitsvermittlung nicht allein im stande ist, dieses Übel an der Wurzel zu packen. Aber erst, wenn die Arbeitslosigkeit überhaupt beseitigt wird, dann werden die Arbeitsnachweise dasjenige sein, was man von ihnen erwartet, nämlich das Mittel, um dort, wo Arbeiter-Mangel ist, Arbeiter hinzubeforgen, und wo Arbeitsnot vorhanden ist, also Überschuß an Arbeitern, die Überschüsse an anderer Stelle unterzubringen. Die Arbeitslosigkeit selbst aber wird nach meinem Dafürhalten nur dadurch beseitigt, daß man die Arbeitszeit im allgemeinen verkürzt. Dann ist es selbstverständlich und handgreiflich, daß die Arbeitsnot abnehmen muß. Heute arbeitet man nicht 10—12 Stunden, sondern 15—16 Stunden in manchen Berufen. Würde dies eingeteilt auf eine gewisse Zeit, auf eine gesetzlich festgesetzte Arbeitszeit, dann würden wir einen großen Teil dieser Reservearmee Arbeitsloser einstellen können für die Arbeit, die jetzt von den einzelnen zu viel gearbeitet wird. Im ferneren muß ich ausführen, daß die Gesellschaft selbst ein Interesse daran haben muß, namentlich der Staat, daß der Arbeiter genügend ernährt wird, daß er das Mitglied im Staate ist, das er sein soll, daß er seinen Pflichten dem Staate gegenüber nachkommen kann. Das kann er aber heute nicht. Durch die Steuern und die Abgaben, die der Staat verlangt zur Verteidigung des Reiches in militärischer Beziehung, durch diesen Krebschaden, der am Volke zehrt, degeneriert das Volk. Die Masse wird verarmen und schließlich mit der Zeit durch die Verarmung verrohen. Diese Verrohung wird dahin führen, daß das, was heute von den herrschenden Klassen bekämpft wird, durch brutale Mittel ge-  
fordert wird.

Ich will noch einige kurze Bemerkungen über die Ausführungen des Herrn Dr. Müller in betreff der Arbeitsnachweise machen. Ich habe in den Arbeitsnachweisen ebenfalls eine Thätigkeit gehabt und habe auch gesehen, wie sie gehandhabt werden. Sie werden von Arbeitern der Gewerkschaften in der Weise gehandhabt, daß eine geordnete Liste geführt wird. Alle diejenigen, die arbeitslos werden, melden sich an und werden in der Liste

angeführt, und sobald eine Stelle bekannt wird, geht es der Reihenfolge nach. Die Anschuldigungen des Herrn Dr. Möller treffen also in keiner Weise zu.

Ich bin jetzt am Schlusse und möchte nur wünschen, daß derartige Erörterungen, wie sie das Freie Deutsche Hochstift arrangiert hat, öfters arrangiert werden, damit die herrschende Gesellschaft endlich einsehen möchte, daß auf dem brutalen Wege nichts zu erreichen ist, sondern nur auf dem Wege der Einigung und der Einsicht, denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Dr. Duard, Frankfurt a. M.: Gestatten Sie mir, verehrte Anwesende, eine Mahnung an Sie zu richten. Was nützt es, wenn heute, am zweiten Tage unserer Verhandlungen, wiederum ein Redner nach dem andern „das Übel mit der Wurzel auszugiehen“ versucht? Wohl die Mehrzahl der Teilnehmer an unserem Kongreß, und ich schließe mich in diese Mehrzahl ein, steht ja auf dem Standpunkt, daß das Übel der Arbeitslosigkeit ein organisches Übel der heutigen Wirtschaftsordnung ist, und daß ihm deshalb nur durch sehr tiefgreifende Änderungen abgeholfen werden kann. Weshalb brauchen wir aber nun diese unumstößliche Wahrheit fortwährend zu wiederholen? Sie ist im bisherigen Gang der Verhandlungen oft, laut und verständlich genug gesagt worden, und wir könnten doch unsere Zeit etwas mehr dazu verwenden, bei aller Schärfe der grundsätzlichen Anschauungen, welche die meisten von uns vertreten, Erfahrungen und Wünsche zu der engeren Frage mitzuteilen, welche uns praktisch beschäftigt, zur Arbeitsvermittlung. Ich finde, daß die Herren Vertreter der Gewerkschaften den Schatz von thatsächlichem Wissen, das sie unzweifelhaft bezüglich der Arbeitsvermittlung besitzen, viel zu wenig ausmünzen. Nur einzelne Herren, wie z. B. Herr Bardorf und Herr Will, haben hierin ein gutes Beispiel gegeben. Auf die Unentgeltlichkeit der gemeindlichen Stellenvermittlung, die für mich Hauptbedingung ist, auf den Zusammenhang mit dem Gewerbegericht, auf die tieferen Gründe des Fiascos der bisherigen Arbeitsnachweise muß meines Erachtens noch viel ausdrücklicher an der Hand der praktischen Arbeitererfahrungen eingegangen werden. Verbreiten Sie sich hierüber, und helfen Sie dadurch, Mißgriffen bei der Schöpfung städtischer Einrichtungen vorzubeugen, damit diese nicht etwa für alles mögliche, nur nicht für die Arbeiter geschaffen werden!

Theod. Schwarz, Lübeck, Delegierter der Gewerkschaft der Former Deutschlands: Meine Herren! Ich bin gestern leider

Hochstift, Arbeitslosigkeit.

11



verhindert worden, hier rechtzeitig zu erscheinen. Ich bin als Vertreter der Formier hier und bin hierher gekommen, weil ich mir gesagt habe, vielleicht ist es möglich, daß wir in Frankfurt den Weg finden, auf welche Weise das Arbeitsvermittlungsweisen derartig gestellt werden kann, daß es für beide Teile, sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, von Nutzen sein kann. Ich muß nun kurz bemerken, daß während der Zeit, wo ein gewisser Geschäftsausschwung vorhanden ist, man es den Arbeitern überließ, das Vermittlungsweisen in die Hand zu nehmen, wie auch damals die Unternehmer sich besleißigten, die Arbeitsnachweiskbüreau der Arbeiter aufzufuchen, wenn sie Arbeiter haben mußten. Nachdem wir aber in diese heillofen Krisen hineingeraten sind und je mehr sich die Krisen verschärft haben und überhaupt das ganze Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit sich bald immer mehr zugespitzt hat und nunmehr Arbeiter nicht so sehr gesucht wurden, haben es die Unternehmer teilweise verstanden, die Arbeitsnachweise an sich zu reißen und in ihrem Interesse zu verwerten. Dieser Zustand kann unmöglich länger fortdauern, sondern wir müssen alles mögliche anbieten, um daraus herauszukommen. Man hat die Arbeitsnachweise jetzt benutzt, um irgendwie verdächtige Arbeiter ganz aus der Arbeit auszuschließen; man hat auf alle mögliche Art und Weise den Spieß umzukehren versucht. Es sind hier in dem kurzen Zeitraume verschiedene Vorschläge gemacht worden; unter anderem auch hat Herr Dr. Möller den Vorschlag gemacht, daß man ein zentralisiertes Arbeitsnachweiskbüreau schaffen sollte. Der Gedanke ist an und für sich sehr gut, aber er wird von privater Seite nicht durchzuführen sein, und ungeheure Mittel werden dazu gehören, um ihn derartig durchführen zu können, daß er auch segensreich wirken kann. Ich glaube, daß dies nicht anders geregelt werden kann, als durch das Reich selbst; das ist das Arbeitsamt, welches wir anstreben, das ist die Organisation, welche unbedingt geschaffen werden muß. Nun ist aber in der Gesetzgebung für dieses Arbeitsamt wenig Aussicht vorhanden; es werden noch viele Kämpfe in der Gesetzgebung selbst stattfinden, bis man sich dazu entschließt, ein solches Arbeitsamt zu schaffen und deshalb eben, weil noch keine Aussicht vorhanden ist, daß wir auf diesem Wege etwas erreichen, meine ich, daß wir auf anderen Gebieten versuchen müssen, eine Regelung zu schaffen. Da haben wir neulich gelesen, daß man in Stuttgart daran gegangen ist, städtischerseits ein Arbeitsvermittlungsbüreau einzusetzen, und ich meine, daß dies der Weg ist, den wir heute gehen müssen. Es wird aber noch lange Zeit dauern, bis im allgemeinen die städtischen Behörden sich dazu

entschließen, ein solches Arbeitsvermittlungsbureau einzusetzen; wir werden deshalb noch viele Kämpfe in den einzelnen Städten zu bestehen haben, und ich denke, wenn wir uns dafür aussprechen und in allen Städten sowohl durch Wort als auch Schrift dazu beitragen und zwar, wenn die Herren von der gelehrten Seite uns in diesem Streben wirksam unterstützen wollten, dann werden wir die städtischen Behörden doch zu der Ansicht bekehren, daß es im Interesse des Gemeinwohls und des städtischen Wohls nützlich ist, wenn eine solche Arbeitsvermittlung stattfindet. Und dann denke ich mir die Sache wie in Stuttgart, daß dieselben Personen, welche in das Gewerbeschiedsgericht gewählt sind, auch den Arbeitsnachweis leiten und aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen und daß auch der Vorsitzende des Gewerbeschiedsgerichts das Arbeitsvermittlungsammt als Vorsitzender verwalten muß. Aber natürlich bin ich auch der Ansicht, daß diese Arbeitsvermittlung nicht durch eine gewisse Steuer erschwert wird für denjenigen, der Arbeit sucht, sondern sie muß unentgeltlich geführt werden. Natürlicherweise habe ich alle die Ausführungen, welche gestern gefallen sind, nicht gehört, aber dies ist meine Ansicht, und aus diesem Grunde bin ich hierher gekommen und erlaube alle, dafür zu streben, daß man die Zustände, die man in Stuttgart geplant hat, zuerst einmal und zwar unentgeltlich in allen Städten durchführt, dann werden wir auf Grund unserer Erfahrungen, die wir gemacht haben auf diesem Gebiete, auch die Gesetzgebung schließlich dahin zu drängen suchen, daß ein Arbeitsamt, wie es allein nur praktisch sein kann, von der Gesetzgebung als Reichsinstitut eingesetzt wird.

Josef Hütisch, Frankfurt a. M., Maler: Werte Versammlung! Ich will an die letzten Ausführungen des Herrn Schwarz anknüpfen. Ich kann mich von meinem Standpunkt aus nicht dazu bequemen, in einem Arbeitsnachweissbureau Arbeitgeber und Arbeitnehmer miteinander zu verbinden. Die Eigenschaften, welche die beiden besitzen, sind entgegengesetzte, und an eine gemeinsame friedliche Arbeit kann nicht gedacht werden, obgleich es von dieser Seite sehr erwünscht ist. In dem Arbeitsnachweis werden alle Vertreter der Gewerkschaften schlimme Erfahrungen gemacht haben, und unsere Diskussionen werden auch nicht dazu beitragen, daß die Arbeitgeber anderer Ansicht werden. Ich glaube, daß die Vertreter der besitzenden Klassen und die Gelehrten, die hier sind, es vielleicht einsehen, daß etwas geschaffen werden muß. Ich glaube aber, daß bei den Behörden alle Worte, die gefallen sind, zum einen Ohr hineingehen und zum anderen wieder heraus-



kommen. Wir können nichts neues mehr bringen, denn es ist alles schon 1000 Mal gesagt worden. Die Behörden folgen nicht, und sie werden dem Druck der Arbeiterbewegung folgen müssen. Es ist auch Verschiedenes über die Arbeitslosigkeit ausgeführt worden, aber die Herren Theoretiker sind wenig darauf eingegangen. Sie haben sich beschäftigt mit der Arbeitsvermittlung und haben ihre Ansicht geltend gemacht, indem sie sogar die Vermietung der Arbeitskräfte mit dem Verkauf einer Ware verglichen. Werfen Sie den Arbeitern keinen Stein in den Weg, und es wird die Arbeitsfrage geregelt werden. Ich bin ganz entschieden dagegen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsnachweis zusammen sind.

Romanus Göller, Frankfurt a. M., Schuhmacher: Geehrte Anwesende! Auch ich werde mich befeßigen, lediglich die Erfahrungen, welche wir in unserem Schuhmachergewerbe gesammelt haben, vorzutragen und namentlich diejenigen, welche von ganz besonderem Interesse sind. Wir haben in Frankfurt schon jahrelang einen Arbeitsnachweis unter Schuhmachern errichtet; er wird in jeder Hinsicht tolerant geführt. Jeder einzelne, welcher kommt, wird der Reihe nach eingetragen und erhält die Stelle nachgewiesen. Aber es liegt bei den Schuhmachern so, daß wohl sehr viele Arbeiter, jedoch keine Arbeiten da sind. Der Kampf, welcher sich abspielt zwischen der Großindustrie und dem kleinen Gewerbe, berührt namentlich das Schuhmachergewerbe so stark, daß tatsächlich Arbeitsgelegenheit für den Schuhmacher vorläufig gar nicht vorhanden ist. Daher haben auch alle Einrichtungen von Arbeitsnachweissbüreaux, mögen sie errichtet sein von Arbeitern oder Arbeitgebern, oder von städtischer Seite, an und für sich sehr wenig Bedeutung für die Schuhmacherei, denn die Arbeiter müssen, wenn sie auf irgend einem Arbeitsnachweis keine Arbeit erhalten, von Thür zu Thür gehen und sich Arbeit suchen, und da spielen sich merkwürdige Kämpfe ab, speziell in der Schuhmacherei, wie sie in keinem anderen Geschäft zutage treten. Die Schuhmacher sind, wollen sie Arbeit haben, dazu gezwungen, ein Probestück zu machen; sie müssen ein paar Stiefel fertigen und zwar auf ihre eigenen Kosten und mit diesem Arbeitsstück von Geschäft zu Geschäft gehen, um auf Grund der in ihrer Arbeit vorhandenen Leistung sich zu empfehlen und auf diese Weise Arbeit zu verschaffen. Daß diese Art des Arbeitens sehr verhängnisvoll wirkt, das ist klar, und vielfach sind auch durch diese Verhältnisse selbst diejenigen Arbeiter, welche jahrelang in einem Geschäft gearbeitet haben, der Gefahr ausgesetzt,

jeden Tag auf die Straße gesetzt zu werden. Bekanntlich war in Frankfurt vor zwei Jahren von seiten der städtischen Verwaltung schon geplant, einen städtischen Arbeitsnachweis zu errichten. Die Schuhmacher waren es, an die man sich wandte auf Grund der von mir entwickelten Idee. Es liegen aber nun einmal die Verhältnisse so, daß eine Arbeitsvermittlung in der Form nicht gedacht werden kann; aber es waren auch andere Gründe, welche uns veranlaßten, gegen die Errichtung eines solchen Arbeitsnachweissbureau Stellung zu nehmen. Es war namentlich der Grund, daß hier in Frankfurt die Erscheinung oftmals zu Tage getreten ist, daß diejenigen Arbeiter, welche Armenunterstützungen erhalten, welche vermöge ihrer Verhältnisse Armenunterstützung beziehen müssen, von städtischer Seite Arbeit nachgewiesen bekommen. Wir Schuhmacher fühlten das deutlich, wir wissen, daß ein ungemein großer Teil von Schuhmachern, die sich früher eine Existenz gegründet hatten, später aber Schiffbruch litten, sich an das Armenamt wandten, wo sie dann zu Laternen-Ansteckern u. Verwendung fanden. Diese Thatsache ließ uns die Vermutung nahe liegen, daß viele Arbeiter, die durch die städtischen Nachweissbureaus in städtische Arbeit genommen wurden, andererseits der städtischen Armenverwaltung zur Last fielen. Das war ein Punkt gegen die Errichtung von städtischen Nachweisen. Nun hat sich aber im Laufe dieser zwei Jahre in den Gewerkschaftskreisen die Idee immer mehr ausgebildet, daß diese Zustände, wie sie thatsächlich existieren, unhaltbar sind; die Arbeitslosigkeit nimmt immer größere Dimensionen an. Im Reichstag war schon eine Notstandsdebatte darüber; die ablehnende Haltung der Regierung hat gezeigt, daß dieselbe für uns nichts übrig habe. Auch hier hat die städtische Verwaltung, nachdem das Gewerkschaftskartell ein Ersuchen an sie gerichtet hat, pekuniäre Unterstützungen zur Erhebung einer Arbeitslosen-Statistik zuzusichern, gezeigt, daß von dieser Seite aus, allerdings aus anderen Gründen, nichts zu erwarten ist. Dennoch habe ich für meine Person nichts dagegen, daß ein städtisches Arbeitsnachweissbureau errichtet werden soll, und daß zur Begründung desselben eine Arbeitslosenstatistik vorausgeht. Die Arbeitslosenstatistik wird uns erst lehren, wie unsere jetzigen ökonomischen Verhältnisse sind, sie wird positive Vorschläge zu Besserem von selbst nach sich ziehen. Im übrigen stimme ich mit dem überein, was mein Vorredner, Herr Schwarz-Lübeck, gesagt hat, namentlich damit, daß die Arbeitsvermittlung unentgeltlich sein muß.

Es wurde auch vielfach davon gesprochen, daß mit dem städtischen Nachweissbureau zu gleicher Zeit die Einrichtung ge-



troffen werden muß, daß eine Arbeitslosen-Unterstützung zugesagt werden soll, sodaß die Arbeiter dadurch angehalten würden, die städtischen Arbeitsnachweiskbüreauen zu benutzen. Diese Unterstützung wird ein Sporn dazu sein, daß ein städtisches Arbeitsnachweiskbüreau denjenigen, die um Unterstützung nachsuchen, städtische Arbeit überträgt.

C. Legien, Hamburg, Vorsitzender der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften: Meine Herren! Ich habe unter Festhaltung des gestern von mir prinzipiell aufgestellten Standpunktes in Bezug auf den Arbeitsnachweis einige Irrtümer, die sich im Laufe der Debatte von gegnerischer Seite gezeigt haben, zu widerlegen. Besonders waren es die Ausführungen des Herrn Dr. Möller, die sicherlich nicht den Verhältnissen entsprechen. Herr Dr. Möller spricht ganz anstandslos von „sozialdemokratischen“ Arbeitsnachweisen, daß diese „sozialdemokratischen“ Arbeitsnachweise versuchten vornehmlich die Genossen, die Sozialdemokraten, in Arbeit zu bringen, mit dem Zwecke, in den Fabriken Sozialdemokraten zu haben, die Propaganda machen.

Zunächst mache ich demgegenüber darauf aufmerksam, daß wir bis dato noch keine „sozialdemokratischen“ Arbeitsnachweise besitzen. Noch nirgends ist dem Nachweis irgend welche Tendenz beigelegt worden. Wir besitzen nur einen gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis in einzelnen Organisationen, und wenn sich Herr Dr. Möller die Mühe gemacht hätte, diese Arbeitsnachweise kennen zu lernen, würde er dazu kommen, mir erklären zu müssen, daß das System der Arbeitsvermittlung ein durchaus gerechtes ist. Die Arbeitsvermittlung beschränkt sich nämlich nicht allein auf die Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen, sondern jeder Arbeitssuchende wird eingetragen und nach den gleichen Grundsätzen behandelt, wie die Mitglieder der Organisationen. Wenn wir Wert auf den Arbeitsnachweis legen, so geschieht es nur deshalb, um denjenigen, welche der Organisation nicht angehören, herein-zuziehen. Das ist die ganze Tendenz, die aber in den Hintergrund tritt, weil wir bei der Arbeitsvermittlung selbst keine Rücksicht darauf nehmen. Wenn aber stellenweise doch die sozialdemokratischen Arbeiter bevorzugt werden, so liegt dies daran, daß es meistens der intelligentere Teil der Arbeiterschaft ist. Auch haben wir nicht nötig, den Arbeitsnachweis dafür zu benutzen, Sozialdemokraten in die Fabriken zu bekommen, denn die finden sich auch ohne Arbeitsnachweis in den Fabriken.

Dann will ich noch eine andere irrtümliche Auffassung seitens des Herrn Dr. Quarek widerlegen resp. zurückweisen. Herr

Dr. Quark hat mich aller Wahrscheinlichkeit nach mißverstanden, indem er sagt, daß ich gegen die Intervention des Staates resp. der Kommune sei bei der Arbeitsvermittlung. Das ist durchaus nicht der Fall gewesen. Ich habe ausdrücklich erklärt, die Arbeitsnachweise-Einrichtung muß von seiten der Kommunen geschaffen werden; aber der Unternehmer, der Käufer der Arbeitskraft, hat mit dieser Arbeitsvermittlung ganz und gar nichts zu thun. Die Unternehmer sind bei der Arbeitsvermittlung direkt auszuschließen. Das ist meine Stellungnahme gewesen. Der Staat und die Kommune haben zu intervenieren, und auf diesem Grundsatze bleibe ich bestehen, und die Ueberzeugung von der Richtigkeit dieses Grundsatzes ist bei mir noch bedeutend verschärft worden durch die verschiedenen Vorführungen der geehrten Herren Vorredner.

Ich kann Sie versichern, meine Herren, wir sprechen hier nicht als Theoretiker, sondern als Praktiker, und daran halten Sie fest. Das, was wir vorgeführt, sind nicht Voreingenommenheiten, das sind keine theoretischen Erörterungen, sondern praktische Erfahrungen, die uns dazu gebracht haben, hiervon zu sprechen. Sie haben hier das System der „schwarzen Liste“ vorgeführt gesehen. Wenn in diesem Sinne gearbeitet wird, wenn der Arbeitgeber sein Ganzes darauf richtet, den Arbeiter auszuschließen, so soll man nicht kommen und soll sagen, wir sollen Vertrauen zu den Unternehmern haben. Meine Herren! Es sind vielleicht einzelne, die das nicht thun, aber ich meinesteils glaube, es liegt in der Natur der Sache, daß allgemein die Arbeitgeber dieses Bestreben haben. Ich bemerke z. B., daß im Arbeiterschutzgesetz, in der Gewerbeordnung gewisse Bestimmungen bezüglich der Arbeitsordnung vorhanden sind. Wie sind diese gesetzlichen Bestimmungen seitens der Unternehmer ausgenutzt worden! Welche chikanösen Arbeitsordnungen haben wir bekommen! Wieder ein Grund, um ein ziemlich tiefes Mißtrauen gegen das Unternehmertum zu haben. Sie können sich das nicht denken. Wer aber selbst die Erfahrungen gemacht hat, muß unbedingt auf diesen Standpunkt kommen. Wenn wir also hier die Sache so scharf vertreten, so geschieht das nur, um unseren prinzipiellen Standpunkt in dieser Angelegenheit zu wahren. Ich habe es erklärt, und darin stimmen die Vertreter der Gewerkschaften mit mir überein, daß wir das Mittel, welches uns geboten wird, dankbar annehmen werden, zunächst die Arbeitsvermittlung im Sinne des Stuttgarter Nachweises durchzuführen. Es ist ein Fortschritt zur Besserung nach der Richtung hin, daß das Ausbentungssystem, wie es hier vorgeführt wurde, beseitigt wird.



Man darf nicht so weit gehen, sich von den Arbeitsnachweisen einen so großen Vorteil für die soziale Bewegung und Entwicklung zu versprechen. Man darf nicht soweit wie Herr Dr. Möller gehen und sagen, daß durch die Arbeitsvermittlung ein Teil der Arbeitslosigkeit beseitigt werden würde. Meine Herren! die günstigste eingerichtete Arbeitsvermittlung wird absolut nicht in der Lage sein, einen Arbeitsplatz mehr in Deutschland zu schaffen, und wenn bezüglich der qualifizierten Arbeiter gesagt worden ist, daß die Fabrikanten an diesen Mangel leiden, so ist das nicht zutreffend. Denn bei diesem übergroßen Angebot von Arbeitskräften, das wir haben, und speziell von qualifizierten Arbeitskräften, ist eine einzige Annonce in irgend einem Blatte genügend, um qualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten. Aber die betreffenden Arbeiter, die sich dorthin wenden, wollen auch eine gewisse Garantie dafür haben, daß sie eine dauernde Beschäftigung finden. Außerdem liegt der Arbeitsmarkt so, daß einlaufende Aufträge schnell erledigt werden müssen. Es ist daher dem verheirateten Arbeiter nicht möglich, von einem Ort zum andern zu ziehen, wenn ihm nicht die Garantie gegeben wird, dauernde Beschäftigung zu erhalten. Ebenso wenig wird die Arbeitsvermittlung dazu beitragen, daß dem Zuzug der ländlichen Arbeiter nach den Großstädten ein Damm gesetzt würde. Der Zuzug der ländlichen Arbeiter, die Überschwemmung des Arbeitsmarktes wird erst beseitigt werden, wenn man sich auch bei den Agrariern dazu bequemt, die Arbeitskräfte anständig zu behandeln und zu bezahlen. Durch diese Einrichtung fallen alle Schwierigkeiten weg, auch die Überschwemmung des Arbeitsmarktes durch die ländlichen Arbeiter.

Wir dürfen uns auch nicht versprechen, daß durch die Arbeitsvermittlung das eintritt, was Herr Amtsrichter Kulemann sagte, daß eine Versöhnung der gegenüberstehenden Volksklassen herbeigeführt werden würde. Die Vertreter der Wissenschaften, soweit sie wirkliche Vertreter der Wissenschaften sind, werden vielmehr genötigt, sich der Meinung ihrer Arbeitgeber — ich spreche nicht von besonderen Personen, sondern nur im allgemeinen — ebenso zu fügen, vielleicht noch mehr, als die Handwerker. Meine Herren! Diese Thatsache läßt sich nicht leugnen. Die Vertreter der Wissenschaften, die hier sind, sind wahre Vertreter der Wissenschaften, aber so sehr wir mit ihren Ansichten übereinstimmen und harmonieren — eine Versöhnung ist durch die Arbeitsvermittlung und durch die Einrichtungen, welche geschaffen werden soll, nicht möglich, und tritt nicht ein. Wir ebnen uns die Bahn für die soziale Erkenntnis, und die soziale Erkenntnis führt wohl

oder übel zu den Bestrebungen, die die Arbeiter auf sozialem Gebiete, sowie auf politischem Gebiete verfolgen.

Ignaz Brandt, Frankfurt a. M., Schuhmacher: Meine Herren! Nur wenig Worte sind es, die ich noch zu sprechen habe. Meine Ansicht ist zum größten Teil von dem Vertreter der Gewerkschaft schon geäußert worden, und Herr Dr. Duarck führte aus, die zukünftigen Redner sollten ihre Stellung präzisieren und sich erklären, wie sie sich zu verhalten gedächten zu den Einrichtungen des Stuttgarter Arbeitsnachweises und welche Stellung sie diesem Arbeitsnachweis gegenüber einzunehmen gedächten. Ich für meine Person kann erklären, daß ich eine solche Einrichtung, wie sie in Stuttgart besteht, als eine Abblagszahlung annehme, aber mit dem Unterschiede, daß nicht der Vorsitzende des Gewerbeschiedsgerichts auch zugleich der Vorsitzende des Arbeitsnachweises sein soll, sondern daß der Vorsitzende aus der Arbeitererschaft heraus gewählt wird. Dagegen bin ich dafür, daß die Beisitzer des Gewerbeschiedsgerichts oder ein Teil davon auch Beisitzer beim Arbeitsnachweise werden. Aber selbst wenn wir dieses gutheißen, so stellt sich die Frage auf: wie ist es möglich, in solchen Städten einen Arbeitsnachweis zu errichten aus beiden Teilen, in denen die städtische Verwaltung sich weigert, ein gewerbliches Schiedsgericht einzuführen, wie es hauptsächlich in unserer Nachbarstadt Bockenheim geschieht, wo die Arbeiter wiederholt angehalten haben um Errichtung eines Schiedsgerichts. Sie sind bis jetzt abschlägig beschieden worden. Es ist notwendig, daß in allen Städten gewerbliche Schiedsgerichte eingesetzt werden.

Im übrigen verspreche ich mir auch von diesem Arbeitsnachweis nicht so sehr viel; denn wir müssen uns die Ursache der Arbeitslosigkeit, die Ursache des Elends vor Augen führen, und wenn gestern Herr Rágóczy erklärt hat, man soll nicht auf die Ursachen eingehen, sondern auf die äußeren Erscheinungen, so erwidere ich mit Herrn Dr. Duarck: wie kann ein Arzt eine Krankheit heilen, wenn er nicht auf die Ursache der Krankheit eingeht.

Die Verhältnisse speziell im Schuhmachergewerbe hat mein Freund Göller vorgeführt, auch daß wir uns die größte Mühe gegeben haben, einen Arbeitsnachweis bei uns einzuführen, was uns auch in Frankfurt gelungen ist. Wir haben uns auch der Mühe unterzogen, eine Statistik herauszugeben über die Verhältnisse der Schuhmacher, aber es fehlte einesteils an dem nötigen Verständnis der Arbeiter für die Arbeitslosenstatistik, und anderer-



seits, ich muß es offen gestehen, haben wir bei den Arbeitern die Erfahrung gemacht, daß sie sich zum großen Teil schämen, ihre traurige Lage kund zu thun.

Ich möchte nun auf einige Ausführungen des Herrn Dr. Möller eingehen, welcher erklärte, daß in den Fabriken, wo eine Arbeitsstelle frei wird, sofort wieder ein Sozialdemokrat hinein kommt und daß die Sozialdemokraten den Vorzug hätten, sie wären stets den anderen Arbeitern voraus. Demgegenüber möchte ich auf die schwarze Liste hinweisen, daß nicht die Sozialdemokraten im voraus, sondern im Nachteil sind, da sich die Unternehmer die größte Mühe geben, keinen Sozialdemokraten im Hause zu haben. Deshalb habe ich bezüglich des Auskunftsbureaus des Herrn Dr. Möller auch ganz gewaltige Bedenken. Wenn er angeführt hat, daß daselbe keinen politischen Charakter tragen (und ich nehme an, es sei seine festeste Absicht, daß das Auskunftsbureau keinen politischen Charakter trägt), so kennt er eben die Herzen der anderen Unternehmer nicht. Ich denke mir, wenn die Personalien alle veröffentlicht werden, kann der andere Unternehmer daraus entnehmen, was der und der für eine Gesinnung hat.

Sodann glaube ich meine Freude darüber aussprechen zu können, daß gestern und heute kein Vertreter des Kapitals oder der Wissenschaft hat leugnen können, daß ein Notstand unter der Masse besteht. Ich sage mir auch, die Not der Arbeitslosigkeit unter der Masse der Bevölkerung kann nicht abgeschafft werden durch die Arbeitsnachweise, sondern wollen wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen, dann ist es notwendig, das einzuführen, was schon ein Teil meiner Freunde angeführt hat, nämlich einen normalen Arbeitstag und einen Normallohn, sowie Abschaffung der Akkordarbeit. Sie ist das Mordsystem für die Arbeiter, sie ist gerade das, was den Arbeiter bis aufs Blut ausbeutet; durch geringe Bezahlung wird er dazu angespannt, seine Kräfte soweit wie möglich zu vergeben, und dadurch leidet er auch körperliche Not. Der nicht so intelligente Arbeiter verdient bedeutend weniger, und durch diese schlechten Löhne, welche die Arbeiter haben, fehlt es ihnen an Kaufkraft. Wollen wir weiter auf die Ursache des Übels eingehen, so kommen wir dazu, zu erklären, es müssen die Zölle abgeschafft und Normallöhne eingeführt werden. Wir nehmen aber vorderhand diese Arbeitsnachweise, welche die Stadt die Pflicht hat, zu errichten, dankbar an.

Zu ferneren möchte ich noch auf etwas aufmerksam machen. Der Herr Vertreter aus Wien erklärte, daß die Arbeitsvermittlung in Wien betreffs der Diensthoten und Kellner ganz haar-

sträubende Mißstände gezeitigt hat, und er möchte wissen, ob es in Deutschland auch so ist. Demgegenüber kann ich konstatieren, daß auch hier bei den Gesindebureaus, wo Dienstmädchen und Kellner vermittelt werden, dieses Ausbeutungssystem besteht, wie in Wien. Da wäre es Pflicht des hiesigen Magistrats einzugreifen in derartige Verhältnisse. Ich habe mich auch gestern wieder bei einem Dienstmädchen erkundigt, und dieses erklärte mir, daß hier die Dienstmädchen zum größten Teil ihre Kleider versehen müssen, um die Vermittlungsgebühr im Voraus zu entrichten, und wenn sie die Kleider nicht versehen wollen, so werden die Koffer so lange zurückgehalten, bis die Mädchen die Gebühr bezahlt haben. Diese Bureaus fragen nicht darnach, ob die Mädchen einen oder zwei Tage in Stellung bleiben. Ähnlich ist es hier im Heimatshaus für Mädchen; auch da müssen die Mädchen ein gewisses Entgelt bezahlen und die Herrschaft auch. Auch die Kellner haben bei den Bureaus eine ganz enorme Summe zu bezahlen, für geringe Stellen bis zu 20 Mark, und derjenige, welcher am meisten bezahlen kann, bekommt am ersten eine Stelle.

Nun möchte ich noch auf die Ausführung des Herrn Vertreters aus Iserlohn eingehen, welcher ausführte, daß durch die Arbeitsnachweise eine sogenannte Arbeitsbörse geschaffen würde. Ich sage mir, dies wird eintreten, wenn nicht unter den Arbeitern eine kräftige Organisation errichtet wird. Wenn unsere Arbeitgeber den Organisationen der Arbeiter freien Spielraum lassen, daß sie sich entwickeln können, und nebenher die Polizeibehörde den Organisationen kein Hindernis in den Weg legt, dann werden diese Arbeitsbörsen nicht zu Bucherbörsen ausarten. Ist aber keine kräftige Organisation bei den Arbeitern vorhanden, dann werden solche Institute zur Ausbeutung der Arbeiter führen.

J. Bardorf, Wien: Meine Herren! Ich möchte nur im Interesse aller derjenigen, welche heute Abend bald abreisen müssen, den Herren, welche noch sprechen wollen, dringend ans Herz legen, sich recht kurz zu fassen. Ich glaube gerade auf das, was die Herren Schwarz und Legien gesagt haben, werden wir uns sehr leicht verständigen können.

Kindler, Niederrad, Vertreter des deutschen Hutmacherverbandes: Meine Herren! Wir haben jetzt die Ursachen und die Wirkungen der Arbeitslosigkeit gehört; es ist aber, so viel ich gehört habe, gestern und heute noch nichts gesagt worden, daß irgend ein Arbeitsnachweis außer Stuttgart und Wien funktioniert.



Meine Gewerkschaft ist im Jahre 1889 zu der Ansicht gekommen, einen solchen Nachweis zu errichten. Die Arbeitslosigkeit hatte sich gehäuft, und es war nicht immer möglich, die Stellen wirklich so zu besetzen, daß diejenigen, welche die Arbeit benötigten, eine Arbeit bekamen. Meistenteils ist das der Fall gewesen. Wir sind in einem Geschäft, von dem wir sagen können, wir gehen heute da fort und morgen da. Wir sind in 42 Orten Deutschlands vertreten, infolgedessen mußten wir einen zentralisierten Arbeitsnachweis einführen. Der Herr von Iserlohn hatte auch schon auf einen zentralisierten Arbeitsnachweis hingewiesen. Es ist ferner heute schon gesagt worden, wenn an dem einen Ort Arbeitskräfte zu viel sind und an dem andern Ort herrscht Mangel, so müßte das ausgeglichen werden. Wer bezahlt aber die Kosten? Und um einen kleinen Beitrag zu liefern, möchte ich Ihnen vorlesen, was wir im Jahre 1892 an Umzugskosten bezahlten. Wir sind eine Gesellschaft, die noch nicht aus 3000 Mitgliedern besteht und haben sehr viel leisten müssen, um die verheirateten Mitglieder, denen Arbeit nachgewiesen wurde, an den Platz zu befördern.

Es wurden im Jahre 1892 für die auf der			
Reise befindlichen Hutmacher gezahlt . . .	27 388 Mk.	50 Pf.	
Für Arbeitslose am Ort mit 9 Mark pro			
Woche Unterstützung . . . . .	23 995 "	02 "	
Für Domizilwechsel an verheiratete . . .	1 551 "	10 "	
Für Fahrgeld an ledige Mitglieder, welche			
durch den Arbeitsnachweis an andere Orte			
untergebracht wurden . . . . .	2 083 "	31 "	
Für die Familien abgereister Mitglieder .	562 "	— "	
	<hr/>		
	55 579 Mk.	93 Pf.	

Letztere Ausgabe resultiert daraus, daß wir der Familie eines an einem anderen Orte in Arbeit gebrachten Mitgliedes zwei Wochen lang je 5 Mark zahlen. Der Grund hierfür ist: wenn der Mann eine andere Arbeitsstelle antritt, so braucht derselbe immer einige Zeit, bis er sich in die Verhältnisse eingelebt und eingerichtet hat; infolgedessen verdient er weniger und kann nichts nach Hause schicken. Es sind dies Kosten, die wir uns selbst auflegen, und ich würde fragen, wer bei einem zentralisierten Arbeitsnachweis, der von Stadt oder Reichs wegen eingerichtet wird, die Kosten zahlen will? Die Gemeinden wären dazu in erster Linie verpflichtet, aber ich weiß nicht, ob die städtischen Verwaltungen solche Summen in ihr Budget stellen würden. Wir haben die Arbeitsvermittlung vollständig in unserer Hand; die

Fabrikanten haben sich gesträubt. Es sind auch Maßregelungen vorgekommen von Leuten, die dafür eingetreten sind, daß die Organisation zur Verwirklichung kam; aber heute, das kann ich nach drei Jahren konstatieren, funktioniert dieser Apparat sehr gut. Natürlich können wir, um mich eines technischen Ausdrucks zu bedienen, dem Richter nicht immer diejenigen Stellen zuweisen, auf die er eingeübt ist, und wo er soviel verdient, als in seiner letzten Stelle. Diese Frage ist jetzt gelöst: der Fabrikant sagt ganz einfach zu irgend einem Vertrauensmann: Ich brauche so und soviel Mann — wieviel hast du bereit. Dieser schreibt an unsere Zentralstelle nach Altenburg. Der Zentralvorstand in Altenburg hat die Liste sämtlicher Arbeitslosen in ganz Deutschland, auch von der Schweiz. Unsere Berufsgenossen sind eben Leute, welche nicht von der Hand in die Tasche leben, denn wir zahlen ihnen einen Betrag von 9 Mark pro Woche während eines Vierteljahres im Jahre aus; so kommt der Mann, der arbeitslos ist, nicht derart in Schulden, so daß er seine Habe auch nicht veräußern muß, daß er moralisch nicht herunterkommt, wenn er nicht mehr so erwerbsfähig ist. Ich stehe also auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterorganisationen, wo jeder mit Hand anlegt, die Arbeitsvermittlung möglichst zentralisiert besorgen sollen. Die Gewerkschaftskartelle könnten auch mithelfen. Dann müssen, das ist richtig, die Städte mit einem Beitrag zuhelfen. Es ist dies zwar eine schwierige Materie, aber der Versuch muß gemacht werden. Ebenso bin ich mit den Vorrednern einverstanden, daß die Unternehmer bei der Arbeitsvermittlung nur mehr hindernd als fördernd wirken. Die beiderseitigen Meinungen wären sehr verschieden, und das Ganze würde weder nach Wunsch der Arbeiter, noch nach Wunsch der Unternehmer arbeiten.

G. Fladung, Bockenheim, Bildhauer: Ich glaube mich sehr kurz fassen zu können, indem ich mich ganz den Ausführungen des Vertreters sämtlicher Gewerkschaften, Herrn Legien aus Hamburg, anschließe. Wir im Bildhauergewerbe haben den zentralisierten Arbeitsnachweis und mit demselben die Arbeitslosenunterstützung, welche meines Erachtens nach damit verbunden werden muß, eingeführt. Es würde zu weit führen, wollte ich das näheren auch die Ausgaben und die Umstände, welche dies verursacht, eingehen, es ist bereits von verschiedenen Vorrednern darauf hingewiesen, daß es für die einzelnen Gewerkschaften große Opfer sind, welche gebracht werden. Ich muß Herrn Dr. Hirschberg, der die Statistiken der Arbeiter als zum großen Teil ten-



denziös bezeichnet, erwidern, daß gerade erst auf das Vorgehen der Gewerkschaften, welche allüberall darauf hingewiesen, man sich in höheren Kreisen hie und da nicht verschließen konnte, die jährlich zunehmende Arbeitslosigkeit (Notstand) einzugestehen, ich weise daher die Ausführungen des Herrn Dr. Hirschberg ganz entschieden zurück. Wenn ich alle heute hier gemachten Vorschläge nur als Palliativmittel bezeichne, so trete ich dennoch energisch dafür ein, daß die Kommune resp. das Reich den Arbeitsnachweis in allen Gemeinden errichtet. Die Leitung muß unter allen Umständen nur von den Arbeitern gehandhabt werden, da es doch die Arbeiter sind, die ihre Arbeitskraft für lumpige Pfennige an die Unternehmer verkaufen, und somit auch nur sie (und nicht der Käufer der Ware Arbeitskraft) darüber zu bestimmen haben müssen. Der Nachweis muß unbedingt unentgeltlich geführt werden. Die entstehenden Kosten haben einzig und allein die Gemeinden zu tragen. In diesem Sinne möchte ich die volkswirtschaftliche Sektion des Freien Deutschen Hochstiftes ersuchen, dahin zu wirken, daß Vorerwähntes, von den meisten hier anwesenden Arbeitervertretern vorgeschlagen, in den einzelnen Gemeinden zur Ausführung gelangt im Interesse und zum Wohl des Volkes.

Simon Katzenstein, Frankfurt a. M., Schriftsteller: Meine Herren! Ich werde mich nur auf das Praktische beschränken, ich möchte mich einverstanden erklären mit den Vorschlägen des Herrn Vertreters aus Stuttgart, daß ein kommunales Arbeitsvermittlungsbureau geschaffen wird, das unentgeltlich zu funktionieren hätte. Und ich möchte anregen, daß in Verbindung mit einem solchen Institut die Gründung einer zentralisierten Herberge bewirkt wird. Verschiedene Gewerkschaften haben sich dieser Sache angenommen; welchen Erfolg sie hat, das steht noch dahin. Ich glaube, die Stadt sollte der Frage der Herbergen sich annehmen, sollte aber der Arbeiterschaft den maßgebenden Einfluß gewähren. Ebenso muß ich einer Auffassung des Genossen Legien widersprechen. An und für sich bin ich der Ansicht, daß die Arbeitsvermittlung Sache der Arbeiter sein soll, und die scheinbare Gleichberechtigung der beiden Teile ist in Wahrheit eine bedeutende Übermacht des Unternehmers. Aber wie die Verhältnisse sind, würden die Unternehmer angesichts der geringen Macht unserer Gewerkschaften, den Arbeitsnachweis, der in den Händen der Arbeiterschaft ist, ablehnen, und die Leute, die von der Gewerkschaft nicht versorgt werden können, werden die Unternehmer nach wie vor überlaufen. Ich bin aus diesem Grunde mit aller Entschiedenheit für einen

kommunalen Arbeitsnachweis. Damit dieser kommunale Arbeitsnachweis aber richtig wirken kann, muß er sich zentralisieren, und mit dieser Zentralisation muß auch ein erleichteter Verkehr verbunden sein. Es sind mir vor einigen Wochen Leute auf der Landstraße begegnet, welche aus der Umgegend von Siegen kamen und nach Homburg vor der Höhe eine mehrtägige Reise gemacht hatten, weil sie gehört hatten, daß eine Bahn in Homburg gebaut wird. Diese Bahn wird aber noch nicht gebaut, sondern ist vorläufig nur geplant. Eine Zentralisierung des Nachweises ist also notwendig; damit aber dieselbe auf sozialpolitischem Gebiete etwas erreicht, müssen mindestens die Eisenbahnfahrpreise bedeutend herabgesetzt werden. Nun habe ich, ich möchte sagen, darnach gelehzt, praktische Vorschläge zu hören. Die Vermittlung ist ja ganz gut, sie spart viel Mühe, viel Herumlungern und Verkommenheit, aber praktische Hilfe kann sie nicht schaffen. Man muß der Arbeitslosigkeit doch tiefer zu Leibe gehen. Es fällt mir nicht ein, hier sozialpolitische Theorien zu entwickeln, und ich bin mit den Parteigenossen ziemlich einig; es werden sich aber doch eine Reihe praktischer Vorschläge finden, durch welche die Arbeitslosigkeit vermindert werden kann. Zunächst die Regelung des kommunalen Submissionswesens. Die Stadt vergiebt die Arbeiten an diejenigen, welche am billigsten sind. Der Unternehmer sucht bei der Arbeit Profit zu machen. Daraus ergibt sich, daß eine thatsächliche Überarbeitung einer großen Masse von Arbeitern durch einen Teil des Jahres hindurch stattfindet. Wäre die Stadt dazu geneigt, die Arbeit, die sie zu vergeben hat, selbst zu leiten, so könnte sie für eine weitaus größere Zeit des Jahres in vernünftiger Weise Arbeit schaffen. Andererseits würde die Durchführung eines Normalarbeitstags, namentlich auch für die Saisongewerbe der Arbeitslosigkeit steuern. Es ist nicht wahr, daß alle Saisongewerbe, an eine bestimmte Zeit gebunden seien, für Modeindustrie und Bekleidungsindustrie trifft dies nicht zu. Eine strenge Gesetzgebung, die namentlich alle Ausnahmefälle vollständig fern halten würde, ermöglicht es, daß auch hier in der heute günstigen Zeit nicht übermäßig bis in die Nacht gearbeitet und eine Ausgleichung hergestellt würde. Es hat unter anderen die Schweizer Arbeiterpartei die Forderung gestellt, daß einerseits die einheimischen Arbeiter vorwiegend beschäftigt würden — und es scheint das erwähnenswert; man kann der Arbeiterschaft nicht zumuten, sich herabdrücken zu lassen auf das tiefere Niveau ausländischer Arbeiter; — auf der anderen Seite, daß eine öffentlich rechtliche Regelung der Stellung der Arbeiter in den Fabriken herbeigeführt würde. Das ist ein Ge-



danke, der erinnert an das, was Friedrich Albert Lange gefordert hat. Der Arbeiter steht heute tatsächlich unter dem Belieben des Unternehmers. In der Arbeitsordnung steht einfach, die Kündigung kann so und so erfolgen; warum sie erfolgen kann, das ist nicht gesagt. Wenn der Arbeiter von seinem Kündigungsrecht Gebrauch macht, kann er dem Unternehmer nur einen kleinen Schaden zufügen; bei der Kündigung von seiten des Unternehmers kann es sich darum handeln, daß er die Familie des Arbeiters ins Elend stürzt. Man hat die Arbeitsordnung in der Gesetzgebung rein formell behandelt. Das wäre ein Punkt, gesetzlich einzuschreiten, indem man bestimmte Normen schaffte, welche die Kündigung des Arbeiters regelten. Was die Einwirkung der Unternehmer auf den Arbeitsnachweis betrifft, so wird sich diese unter den bestehenden Verhältnissen nicht umgehen lassen. Auch ich stehe dem Unternehmertum nicht vertrauensvoll gegenüber. Wenn man bedenkt, wie eine Reihe von Fabriken die Bestimmung getroffen haben, daß der Arbeiter, der freiwillig den Betrieb verläßt, nicht mehr aufgenommen wird, wie das namentlich in der rheinisch westfälischen Kohlenindustrie vorkommt, dann beweist das, daß man versucht, den Arbeiter durch den Arbeitsvertrag völlig zu fesseln. Die Aufgabe der Stadt wäre zunächst, möglichst auf eine Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben hinzuwirken und andererseits eine Zentralisierung des Nachweises herbeizuführen. Herr Dr. Hirschberg hat den Arbeiterstatistiken eine Tendenz vorgeworfen. Es handelte sich für sie darum, die Grundlage festzustellen. Nahmen sie die Arbeitslosigkeit als vorhanden an, so wissen wir aus Erfahrung, daß sie den Thatfachen nicht vorgegriffen haben. In Frage stand nicht die Thatfache der Arbeitslosigkeit selbst, sondern die Ausdehnung; wenn dann die Methode der Arbeiterstatistik bemängelt wird, so möchte ich die Herrn von Beruf bitten, dieser Sache eine rege Förderung angedeihen zu lassen.

Dr. Möller, Brackwede: Meine Herren! Ich freue mich, daß die Worte, welche ich vorher gesprochen, vielfach die Anregung gegeben haben, die Frage der Zentralisierung des Arbeitsnachweises weiter zu verfolgen. Meistens hat man jedoch mich angegriffen, vielfach offenbar deshalb, weil man das, was ich gesagt, nicht richtig verstanden hat. Ich wende mich zunächst zu dem, was Herr Legien gesagt hat. Herr Legien hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kommune die Arbeitsnachweise errichten soll, daß aber die Arbeitsnachweise nur den Arbeitern zu unterstellen sind. Ich halte Herrn Legien für viel zu klug,

als daß er nicht einfähe, daß dies einer vollen Ablehnung gleicht. Die Kommunen werden sich nie und nimmer darauf einlassen, zu einer derartigen Bestimmung ihre Zustimmung zu geben. Sie werden mit vollem Recht fordern, daß Arbeiter und Arbeitgeber zu gleichen Teilen im Vorstand der Arbeitsnachweise zusammen wirken. Herr Legien hat ferner gesagt, daß ich behauptet hätte, die Gewerkschaften hätten nur den Zweck, Sozialdemokraten in bestimmte Fabriken hereinzubekommen. Es ist mir gar nicht eingefallen, derartiges zu behaupten. Wohl aber habe ich gesagt, es wollen die Gewerkschaften in erster Linie ihre Genossen unterbringen: Es ist eine genügend bekannte Tatsache, daß gerade infolge der durch das Sozialistengesetz bewirkten Ausweisungen gewerkschaftliche Arbeitsnachweise errichtet worden sind. Ich möchte auch der Behauptung Legiens widersprechen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die besten und beliebtesten sind; im Gegenteil, die Arbeitgeber scheuen sich im allgemeinen vor den sozialdemokratischen Arbeitern. Wir haben viele sozialdemokratische Arbeiter und sind bisher mit ihnen gut fertig geworden, aber es ist vollständig unrichtig, wenn von Herrn Legien gesagt wird, die sozialdemokratischen Arbeiter seien die besten, ich muß dagegen unsere nicht sozialdemokratischen Arbeiter in Schutz nehmen.

Es ist ferner gesagt worden, es müßte der Arbeitsnachweis unentgeltlich sein. Ich bin auf den Punkt vorher nicht eingegangen, und ich glaube aber, daß es unumgänglich nötig ist, daß Arbeitgeber und Arbeiter eine Gebühr zahlen. Eine Tage von 20 Pfennigen für den Arbeiter und 10 Pfennigen für eine Arbeiterin zahlen sie leicht und gerne. Es empfiehlt sich, von den Arbeitgebern die Einziehung der Arbeiterbeiträge und eine bestimmte Vorauszahlung von Beiträgen zu verlangen, die einem Abonnement ähnlich sind und die nach der Zahl der Arbeitswechsel abgeschätzt wird. Nur bei angemessenen Beiträgen der Beteiligten werden die Kommunen bereit sein, die Errichtung von Arbeitsnachweisen zu übernehmen. Entschieden muß ich mich dagegen aussprechen, daß den Meldern eine Extraprämie gezahlt wird, wohin soll dies führen? Da würden ja die Bummeler, welche überall zum Scheine einen Tag arbeiten, eine ganz besondere Einnahme haben. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß die Arbeitgeber durch Strafen angehalten werden müssen, Austritte und Eintritte zu melden. Es ist auch gesagt worden, es wäre bedenklich, durch die Arbeitsnachweise Auskunft zu erteilen; jeder der das Leben kennt, wird es aber für unbedingt notwendig halten. Ich habe schon hervorgehoben, daß es nach beiden Seiten geschehen muß.

Gesellschaft, Arbeitslosigkeit.

12



Auch der Arbeiter hat das lebhafteste Interesse daran, wenn er nach auswärts geht, zu wissen, was Geisteskind der Arbeitgeber ist, bei dem er eintreten will. Die Arbeitgebe bezahlen, wenn sie von auswärts Leute beziehen, meistens die Reisekosten, ziehen sie jedoch allmählich später wieder ab. Hierauf lassen sie sich aber nicht ein, wenn sie sich nicht über den betreffenden Arbeiter erkundigen können. Alle guten Arbeiter haben dringend Ursache zu verlangen daß gewissenhafte Auskünfte erteilt werden, die sich aber nie auf die politische und soziale Stellung beziehen dürfen, was ich nochmals hervorheben will.

Stadtrat Dr. Flesch, Frankfurt: Es ist kein Redner mehr zum Wort gemeldet, somit schließe ich die Diskussion und erteile den Herren Referenten, in derjenigen Reihenfolge das Schlusswort, welche sie mir vorgeschlagen haben, nämlich zuerst Herrn Kloss, dann Herrn Dr. Hirschberg und zuletzt Herrn Professor Tümmers.

C. Kloss, Stuttgart: Meine Herren! Gestatten Sie mir zunächst, meine Stellung zum Arbeitsnachweis hier zu präzisieren und die Erfahrungen vorzutragen, die ich im Laufe der Jahre in unserer Organisation gemacht habe. Meine Ansicht über die Frage der Verwaltung des Arbeitsnachweises ist genau dieselbe, welche Herr Legien vorgetragen hat, auch ich sage mir, der Arbeitsnachweis ist Sache der Arbeiter. Wenn ich Ihnen nun trotzdem erkläre, daß ich bereit bin, das Arbeitsnachweisant, wie es von Herrn Lautenschlager in Stuttgart vorgeschlagen ist, zu acceptieren, so thue ich dies gerade auf Grund der Erfahrungen, welche wir mit dem Arbeitsnachweis gemacht haben, der ausschließlich von Arbeitern geleitet wurde und ganz speziell von organisierten Arbeitern. Wir haben im Jahre 1880 in Stuttgart Fachvereine lokaler Natur errichtet und hatten von vornherein mit diesem Verein einen Arbeitsnachweis verbunden. Die Arbeiter haben sich wohl an uns gewandt, aber leider blieb das Unternehmertum von Stuttgart dem Arbeitsnachweis vollständig fern. Es war also zwar eine Stelle da, die Arbeit nachzuweisen bereit war, wo sich Arbeit suchende meldeten, aber wir konnten keine Arbeit nachweisen, weil die Herren Fabrikanten uns absolut übergingen. So hat der Arbeitsnachweis sein Dasein damit gefristet, daß wir Arbeit in die Umgebung von Stuttgart und auf ziemlich weite Entfernungen innerhalb Württembergs vermitteln konnten, für Stuttgart selbst war uns dies nicht möglich. Allerdings liegt dies

an den inneren Verhältnissen; Stuttgart besitzt sehr ausgebreitete Möbelindustrie und die größeren Unternehmer haben stets die Arbeiter bezogen durch ihre Arbeiter. Wenn ein Platz frei war, sagte man einfach, sorgt für tüchtige Männer; ja, sogar wenn jemand um Arbeit nachfragte, hieß es, habt ihr Bekannte in der Fabrik, und falls die Arbeiter dies bejahten, wurden sie gefragt, wer sind sie? Alsdann erkundigte man sich nach dem Betreffenden über Charakter, Leistungsfähigkeit u. s. w., und dann wurde er erst angestellt. Wir haben also mit unserem Arbeitsnachweis in Stuttgart so zu sagen nichts erreicht. Um aber der Nothilfe abzuweichen, sage ich: Es wird besser sein, wenn wir einen derartigen Arbeitsnachweis anerkennen, wie er von Herrn Lautenschlager vorgeschlagen worden ist. Es darf aber nicht verwechselt werden der Arbeitsnachweis, wie ihn Herr Lautenschlager vorgeschlagen hat, mit demjenigen, der vom Gemeinderat angenommen worden ist. Das einzige, was wir an Konzeptionen machen können, ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen die Aufsicht über die Arbeitsnachweisorganisationen haben, daß wir den Vorsitzenden des Gewerbegerichts als Vorsitzenden dieser Arbeitsnachweiskommission anerkennen.

Nun hat aber der Gemeinderat von Stuttgart gesagt, ja wenn wir aus den Gemeindefassen das Geld aufbringen sollen, und die Garantie übernehmen, dann muß der Arbeitsnachweis der Gemeindeverwaltung unterstellt sein; der Gemeinderat will die Aufsicht haben und die Satzungen der Arbeitsnachweiskommission bestimmen. Wir sagen nun, wenn das Arbeitgeberement in solchem Maße vertreten und auf dem Arbeitsnachweis maßgebend sein soll, dann wird der Arbeitsnachweis nicht das leisten können, was wir von ihm erwarten, dann wird auch das Mißtrauen bei den Arbeitern ein sehr großes sein. Nun fragt es sich, ob der städtische Arbeitsnachweis überhaupt zweckmäßig ist. Ich sage, nach den gegebenen Verhältnissen wollen wir in den städtischen Arbeitsnachweisen die erste Stufe zu der Staffel erblicken, welche zu den Arbeitsämtern und den Reichsarbeitsämtern führt. Es muß sobald wie möglich mit diesem Arbeitsnachweis eine ständige Arbeitsstatistik verbunden werden, außerdem soll womöglich die Einrichtung getroffen werden, daß den Arbeit suchenden im gegebenen Fall eine Bestätigung erteilt wird, daß ihnen keine Arbeit nachgewiesen werden konnte.

Dieses scheint mir von großer Bedeutung und zwar aus folgendem Grunde: Es ist vielfach die Ansicht ausgesprochen worden, daß, wer Arbeit haben wolle, auch Gelegenheit hat, sie zu finden. Mir wurde vor einigen Monaten ein Fall erzählt, wo ein Ar-



beiter, der gezwungen war, zwei Monate lang arbeitslos herumzugehen und sich das Brot zu betteln, um seinen Hunger zu stillen, bei dem Betteln erwischt wurde, er wurde vor den Strafrichter gestellt, und dieser verurteilte den Mann zu zwei Monaten Gefängnis. Er nahm als strafverschärfend an, daß dieser Mann bereits zwei Monate ohne Arbeit war, und ging von dem Gedanken aus, daß, wer Arbeit haben wolle, auch schon eine Gelegenheit finden würde.

Die Bekannten dieses Mannes gaben meinen Gewährsleuten die Versicherung, daß der Mann durchaus fleißig und arbeitswillig gewesen sei und daß er gern gearbeitet hätte, aber er habe keine Gelegenheit dazu finden können. Nun, meine Herren! Das sind schreiende Zustände, und da wollen wir lieber ein klein wenig von unseren Wünschen opfern, um den Leuten, die so unter dem Druck der Verhältnisse zu leiden haben, zu helfen, damit denselben nicht solches Unrecht angethan wird. Wenn die Arbeitsnachweise allgemein eingeführt sind, wenn den Leuten ein Bettel ausgestellt und vermerkt wird, er hat Arbeit nachgesucht, konnte jedoch keine Gelegenheit dazu finden, wenn ferner durch einen Stempel bestätigt wird, daß dies so ist und dann bei der nächsten Stelle in gleicher Weise verfahren wird, ich glaube, daß dann kein Richter existiert, der die Strafe verschärft, weil der Betreffende keine Arbeit gefunden hat. Was den Arbeitsnachweis für mich äußerst wichtig macht, ist eben, wie ich schon ausführte, daß mit demselben ein statistisches Amt verbunden, daß dadurch die Frage der Arbeitslosigkeit dauernd wach erhalten, dauernd beobachtet werden soll, und ich bin überzeugt, wenn der Gesellschaft durch die Berichte dieser Arbeitsämter, dieser Kommissionen, immer wieder die überaus traurigen Zustände zahlenmäßig dargelegt werden, daß dann Regierung und Reichstag doch einmal zu der Erkenntnis kommen müssen, daß unbedingt Wandel geschaffen werden muß; daß man bei solchen Verhältnissen keine Vogel-Strauß-Politik treiben darf, indem man den Kopf in den Sand steckt. Wenn dann so die Beweise geliefert sind, wird man die Vogel-Strauß-Politik aufgeben und die Thatsachen anerkennen müssen. Nun, meine Herren, wurde von einem der geehrten Herren Vorredner gesagt, der Arbeitsnachweis soll zentralisiert sein, er soll in gewisser Beziehung obligatorisch sein.

Auch ich bin der Ansicht, daß erst der obligatorische Arbeitsnachweis das Übel ganz beseitigen wird, weil ein Teil der Unternehmer den Arbeitsnachweis nicht benutzen wird und die Arbeiter insofgedessen gezwungen sind, andere Gelegenheit aufzusuchen.

Ich hatte unlängst in München Gelegenheit, die Verhältnisse der Kellnerinnen in den Kaffees kennen zu lernen; dort wurde mir mitgeteilt, daß ein Kaffetier, der sein Geschäft erst eröffnen wollte, um eine Anzahl Kellnerinnen auszuwählen. Derselbe suchte unter den sich Meldenden die mit dem erwünschten schönen Aussehen Begabten heraus, erklärte aber, er selbst stelle niemand ein und verwies dieselben an ein Vermittlungsbureau, wo sie engagiert werden würden. Dort aber mußten dieselben eine Gebühr von 20 Mark entrichten.

Später stellte sich aber heraus, daß ein Teil der Kaffetiers mit dem Inhaber des Vermittlungsbureaus in Vertragsverhältnis steht, dahin gehend, daß sie, die Kaffetiers, möglichst oft mit den Kellnerinnen wechseln, ihnen dafür aber vom Vermittlungsbureau die Hälfte der Gebühr herausgezahlt wird. Deshalb sage ich, erst der obligatorische Arbeitsnachweis wird gründlich Wandel schaffen.

Ich erkenne also den städtischen Arbeitsnachweis nur an, wenn derselbe von gleichviel Unternehmern und Arbeitern geleitet wird und acceptiere auch den Vorsitzenden des Gewerbegerichts als Vorsitzenden dieser Kommission.

Wenn ich Wert darauf lege, daß den Gewerbegerichtsmitgliedern dies Amt übertragen wird, so geschieht dies deshalb, weil diese mit den städtischen Verhältnissen mehr vertraut sind. Der frühere Vorsitzende des Stuttgarter Gewerbegerichts, Herr Lautenschlager, der hier auf dem Kongress anwesend war, sagte einmal mit Bezug auf einen Fabrikanten: „Diesem Manne sollte man gar keine Arbeiter zuweisen.“ So dürfte er sich als Leiter des Arbeitsnachweises nicht genieren, dem Unternehmer zu sagen, daß es bei den bei ihm obwaltenden Geschäftsverhältnissen schwer halte, ihm Arbeiter zuzuweisen, er solle für bessere Verhältnisse sorgen, ebenso könnte er den pflichtvergeffenen Arbeiter auf seine Pflicht aufmerksam machen.

Die Frage, ob der Arbeitsnachweis unentgeltlich sein soll, muß ich entschieden bejahen, und kann ich dies kurz damit motivieren, daß viele Arbeiter, zumal wenn sie längere Zeit arbeitslos sind, beim besten Willen nichts übrig haben, um noch Nachweisgebühr zahlen zu können. Ein Arbeiter, der längere Zeit die Landstraße frequentiert, müßte geradezu betteln, um die Kosten aufzubringen, und setzt sich dadurch der Gefahr aus, mit dem Strafrichter Bekanntschaft zu machen.

Der Arbeitsnachweis, den wir in Stuttgart, Karlstraße 15, haben, giebt zu großen Bedenken Anlaß, weil erstlich allgemein Klage geführt wird über inhumane Behandlung der Nachsuchen-



den seitens des Verwalters und weil derselbe außerdem nicht in der Weise geführt wird, wie man dies zu erwarten berechtigt ist. Mir wurde mitgeteilt, daß unlängst um 500 Arbeiter der verschiedensten Branchen seitens dieses Nachweises ausgeschrieben wurde, ich bin aber fest überzeugt, und ich getraue mir die Verhältnisse in Stuttgart zu kennen, daß es dort kaum in einer Branche an Arbeitern mangelt.

Dies zum Arbeitsnachweis. Ich hebe hervor, daß ich denselben ganz speziell deshalb befürworte, weil ich die Arbeitsstatistik damit verbunden wissen möchte.

Nun einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Dr. Hirschberg. Derselbe drückte sich, wenn nicht wörtlich, so doch ähnlich, dahin aus, daß den Arbeitern bei ihren Erhebungen nicht so viel Spielraum gelassen werden solle. Er legt den Erhebungen gelegentlich des Notstandes im vorigen Winter keinen Wert bei und kritisierte hauptsächlich die Ansprache auf der Rückseite des Fragezettels und die Bemerkung auf demselben, daß der Zettel nur für die Kommission bestimmt ist und nicht in die Hände der Behörde gelangt.

Im Dezember vorigen Jahres richtete der Stadtschultheißenamts-Verweser, Herr Dr. Schall, an mich die Frage, ob ich über den Umfang der Arbeitslosigkeit zahlenmäßige Angaben machen könne. Dies mußte ich verneinen, glaubte aber versichern zu können, daß die organisierte Arbeiterschaft bereit sein wird, dieselben Erhebungen anzustellen, sofern uns von der Polizei kein Hindernis bei dieser Erhebung bereitet wird, daß diese Erhebung aber erst in der zweiten Januarwoche stattfinden könnte, weil dann erst viele Geschäfte den durch die Feiertage unterbrochenen regelmäßigen Gang wieder aufgenommen haben. Vor Weihnachten waren die Erhebungen nicht mehr möglich, weil die Zeit zur Vorbereitung fehlte.

Bei den Gewerkschaftsleitern fand ich bereitwilliges Entgegenkommen, und ich kann konstatieren, daß alle Beteiligten sich mit großem Eifer der Sache widmeten.

Herr Dr. Hirschberg nimmt Anstoß daran, daß die Kosten für Stuttgart so geringe waren. Dies hat seinen Grund darin, daß die Mitwirkenden sich mit geringem Gehrgeld begnügten in dem Bewußtsein, einer guten Sache zu dienen und auf eine wirkliche Entlohnung verzichteten. Aber auch der Einwand des Herrn Dr. Hirschberg, daß Leute mitgerechnet wurden, die schon jahrelang nicht mehr gearbeitet haben, trifft nicht zu, denn diese wurden als arbeitsunfähig ausgeschieden und nur beiläufig erwähnt. Auch die Behauptung, daß die in Armenunterstützung stehenden nicht

ausgeschieden wurden, ist irrig. In den bürgerlichen Kollegien wurde der Wunsch geäußert, es möge festgestellt werden, wie viel von den Arbeitslosen Armenunterstützung genießen; diesem Wunsche kam ich nach und konnte nach genauem Vergleich der Arbeitslosenliste mit der städtischen Armenliste feststellen, daß von 2086 männlichen Arbeitslosen nur 22 und von 186 weiblichen Arbeitslosen nur 8 in den Armenlisten aufgeführt sind.

Die Ansprache auf der Rückseite des Zettels war notwendig, um den Arbeitslosen die Scheu vor dem offenen Eingeständnis ihrer mißlichen Lage überwinden zu helfen, und die Zusicherung, daß die Zettel nicht in die Hände der Behörde fallen, schien deshalb geboten, weil andernfalls die Arbeitslosen die Konsequenzen des Unterstützungswohnitzgesetzes fürchten mußten und somit lieber den Zettel unausgefüllt gelassen hätten. Die Erhebung durch Arbeiter selbst ist deshalb zu empfehlen, weil die Beteiligten den Arbeitern ungleich mehr Vertrauen entgegenbringen und mit der Wahrheit weniger zurückhalten, als wie dies den behelmten und uniformierten Polizeivorganen gegenüber der Fall wäre.

Nunmehr komme ich zu meinem Vortrag von gestern zurück. Ich habe darin die Ursachen geschildert, welche aktiv auf den Arbeitsmarkt einwirken und weitere Einrichtungen unserer Produktion, wie Akkordarbeit, Arbeitsteilung u., welche die Arbeitslosigkeit vermehren; ich wies ferner nach, wie die geringen Löhne passiv auf den Arbeitsmarkt wirken, indem sie die mangelnde Kaufkraft des Arbeiters verschulden. Ich führte aus, wie durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne Linderung geschaffen werden könne, sowie daß durch einen Normalarbeitstag, der nicht feststehend, sondern beweglich, je nach dem Bedürfnis regulierbar sein muß, in Verbindung mit den Ergebnissen der Arbeitsstatistik ein Mittel geschaffen würde, um die Produktion zu regeln; aber ich sprach auch meine Überzeugung dahin aus, daß das Unternehmertum sich dieser Regelung mit allen Mitteln widersetzen wird und daß somit gründliche Abhilfe erst geschaffen werden kann durch eine Umwandlung der ganzen Produktion.

Ich war daher befremdet, daß Herr Lautenschlager meine Ausführungen dahin auffaßte, daß ich die Möglichkeit jeder Linderung abspreche; ich stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß wir jede Linderung, jede Besserung der Verhältnisse anerkennen, aber wir halten die Angelegenheit damit nicht für abgeschlossen.

Ich komme nun zum Schluß und will nur noch eine Bemerkung des Herrn Handelskammersekretärs Rágöczy erwähnen. Derselbe sagte: Man solle nicht den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachforschen, sondern man solle die Arbeitslosigkeit abschaffen.



Eine derartige Äußerung von einem Handelskammersekretär muß befremden. Ich gestehe offen, daß ich in den Handelskammerberichten, die ich bis jetzt gelesen habe, auch immer bei Besprechung der mißlichen Geschäftslage, die mutmaßlichen Ursachen vorgetragen fand. Wie hier nun der Herr Handelskammersekretär dazu kommt, uns einen solchen Rat zu erteilen, ist für mich unverständlich.

Ich schließe meine Ausführungen, indem ich das Ersuchen an Sie richte: Wenden Sie alles an, um die Krankheitserscheinung zu beseitigen, aber geben Sie sich nicht dem Gedanken hin, durch Bekämpfung der Krankheitserscheinung die Krankheit selbst beseitigt zu haben, sondern trachten Sie bei Bekämpfung der Erscheinung immer darnach, die Ursachen zu beseitigen. Sorgen Sie dafür, daß die Arbeitszeit verkürzt wird, um dem Arbeitsmangel abzuhelpfen, erhöhen Sie die Löhne, um den Arbeiter kaufkräftiger zu machen, wir werden dadurch unserm hohen Ziele näher kommen; möge jeder dafür eintreten, diesem Ziele, der Umwandlung der Produktion, die Wege zu ebnen.

Dr. Hirschberg, Berlin: Meine Herren! Ich bin in meinem Vortrag, wie ich schon zu Anfang desselben sagte, bemüht gewesen, rein objektiv zu sein, bin da vielleicht etwas zu objektiv gewesen und habe mich zu nüchternen Betrachtungen der Verhältnisse hingegeben, indem ich wesentlich die bestehende Gesetzgebung darnach durchstreifte, inwieweit es möglich wäre, sie für eine Statistik der Arbeitslosen auszunutzen. Dabei bin ich selbstverständlich immer auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung geblieben, da sich die Statistik nur mit Thatsachen befassen kann, nicht mit Zukunftsbildern. Ich hatte nicht nötig, mich über Utopien irgend wie zu äußern. Da hätte ich nun nicht die Angriffe erwartet gegen eine Statistik Arbeitscheuer. Daß es Arbeitscheue auch unter den Arbeitern giebt, darüber, glaube ich, sind alle einig — wohl auch Herr Legien. Ich habe in meinem Referat ausdrücklich hervorgehoben, daß es Arbeitscheue auch unter anderen Schichten der Gesellschaft giebt. Aber weil die Zahl der Arbeitscheuen in gewisser Weise, wie nachgewiesen ist, bei den statistischen Aufnahmen von Einfluß ist, so habe ich es selbstverständlich für meine Aufgabe gehalten, darauf hinzuweisen, daß man bemüht sein muß, diese Zahlen zu ermitteln. Herr Legien scheint dies falsch verstanden zu haben, er knüpfte daran eine lange Auseinandersetzung über die traurige Situation, in der die Arbeiter sich befänden und durch die sie zur Verurteilung wegen Arbeitscheu kommen können. Meine

Herrn! Gegen diese Ausführungen habe ich nicht das Mindeste einzuwenden; ich teile sie, und die meisten von uns werden sie auch teilen. Was ich dazu zu bemerken habe, ist, daß Herr Legien die Spitze dieser Ausführungen gegen mich richtete. Ich sehe keinen weiteren Anlaß mich über die allgemeine Lage der Arbeiter auszulassen, ich habe nur sagen wollen, daß die Statistik der Arbeitslosen gegenüber den Arbeitslosen mit berücksichtigt werden sollte. Ich glaube, wenn dies geschieht, werden auch die Arbeiter von dieser Unterscheidung einen gewissen Nutzen haben. Ich schicke dies voraus; gegen meine Ausführungen selbst sind im Laufe der langen Diskussion Einwendungen nicht erhoben worden. Allerdings haben sich die Herren, welche selbst eine Arbeitslosenstatistik erhoben haben, gegen meine Ausführungen gewandt. Das ist selbstverständlich, denn ich habe den Rat gegeben, lieber die Hand von solchen privaten Erhebungen zu lassen, weil ich die Überzeugung habe — und ich bin in der Überzeugung während der langen Diskussion nicht erschüttert worden — daß das zu keinem Resultat führt und daß, wenn hier und da brauchbare Resultate erreicht würden, diese Erhebungen auch nicht viel nützen, weil sie nur dann und wann angestellt werden können. Ich muß sogar sagen, daß Schilderungen, wie sie einer der Hamburger Vertreter von bestimmten Gewerbszweigen gemacht hat, wenn sie auch nur hier und da vereinzelt vorliegen, weit brauchbarer sind, als die Arbeitslosenstatistiken der Arbeiter. Aber ich bin überzeugt — schon weil ich weiß, daß unter den Arbeitern selbst eine gewisse Abneigung dagegen existiert — daß, wenn man auch zu einigen Aufnahmen kommen wird, man bald einsehen wird, daß sich die Mühe nicht lohnt. Welche Wege wir wirklich beschreiten können, war ich in meinem Referat bemüht zu zeigen. Soweit, meine Herren, spreche ich als Statistiker. Nun ist heute im Laufe der Diskussion viel von der Statistik des Arbeitsnachweises und von dem Arbeitsnachweis im allgemeinen gesprochen worden, und speziell Herr Möller hat auf den Arbeitsnachweis hingewiesen, wie er in Berlin existiert, indem er sich speziell auf Herrn Dr. Freund, den Vorsitzenden desselben, berief. Nun bin ich selbst nicht nur Mitglied des Vorstandes dieses Zentral-Arbeitsnachweises von Berlin, sondern ich habe auch mitgeholfen, diesen Verein zu reorganisieren. Ich muß daher wohl oder übel einige Worte darüber sagen. Herr Möller hat eine Besprechung darüber vorgeschlagen, daß man zu einer Zentralisierung sämtlicher Arbeitsnachweise des deutschen Reichs schreiten sollte. Ich am allerwenigsten möchte ihm durch meine Ausführungen etwas in den Weg legen. Man kann sich ja doch darüber



ausprechen, wenn auch nichts Praktisches dabei herauskommt. Allerdings, meine Herren, glaube ich, soll man sich keinen Illusionen hingeben. Mit dieser Krönung des ganzen Werkes des Arbeitsnachweises darf man nicht beginnen, indem man sich gleich das hohe Ziel einer Zentralisierung des ganzen deutschen Arbeitsnachweises setzt. Wir haben in Berlin kleiner angefangen, wir haben eine Versammlung abgehalten, zu der die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften eingeladen und erschienen waren, von allen Berufen. Wir haben nur die Frage ausgesprochen, und ich muß sagen, ich habe den Eindruck gehabt, daß gerade bei den Gewerkschaften keine große Neigung bestand, einen zentralisierten Arbeitsnachweis für Berlin zu unterstützen und den übrigen aufzuheben. Aber, meine Herren, wir haben uns auf einem anderen Gebiete geeinigt, und es haben in Berlin die Arbeitsnachweisstellen beschlossen, einstweilen den Versuch zu machen, eine zentralisierte Arbeitsnachweisstatistik zu schaffen. Die Vereine haben sich bereit erklärt, die Zahlen der zu besetzenden und besetzten Stellen zu ermitteln und der Zentralstelle mitzuteilen, und dachten, daß dies vielleicht ein Schritt zur Vereinigung sei.

Ich habe, meine Herren, dies hervorheben wollen. Ich glaube weiter, daß, wenn es erst gelungen ist, die Arbeitsnachweise in den einzelnen Städten unter einen Hut zu bringen, man dann erst wird überhaupt daran denken können, den Arbeitsnachweis zu kommunalisieren. Endlich aber muß ich noch darauf aufmerksam machen, daß unser Zentralverein für Arbeitsnachweis nicht das thun würde, was Herr Möller vorgeschlagen hat für seinen zentralisierten Arbeitsnachweis, nämlich auch Auskunft über Arbeiter und Arbeitgeber zu erteilen. Ich kann das bestimmt sagen; es ist zwar darüber vorerst ausdrücklich nicht gesprochen worden, aber bei uns in unserem Verein sind im Vorstände fast alles neutrale Personen, weder Arbeiter noch Arbeitgeber, und ich glaube, daß da nicht zum allermindesten die Neigung sein würde, irgend wie über die Thätigkeit der Arbeiter Auskunft zu erteilen. Schließlich möchte ich dann noch darauf hinweisen, daß kommunale Arbeitsnachweisstellen in dem Regierungsbezirk Liegnitz auf Anregung des Regierungspräsidenten eingerichtet worden sind; mit welchem Erfolge, das steht noch dahin, einstweilen sind schon eine ganze Anzahl solcher Stellen eröffnet worden.

Professor Tönnies, Kiel: Meine Herren! Ich fühle mich veranlaßt mit einer persönlichen Bemerkung zu beginnen. Herr Legien hat einen Ausdruck in die Versammlung geworfen, den ich nicht ganz ohne Widerspruch vorbeigehen lassen darf. Er

stellte die Verhältnisse der meisten wissenschaftlich thätigen Männer als in einem Arbeitsvertrage mit dem Staate beruhend dar und zog daraus die Folgerung, allerdings mit Ausnahme zu Gunsten der Anwesenden, daß der wissenschaftliche Arbeiter ebenso bedingt sei durch seine Stellung zum Arbeitgeber, wie sonst etwa ein Arbeiter, der seine Kraft verkauft hat. Es liegt mir daran, ausdrücklich festzustellen, daß dieser Vergleich, wenn er auch hier und da und in einigen Stücken den Thatfachen entspricht, denn doch nicht genau ist, denn wenn es das Recht eines sogenannten Arbeitgebers ist, die Qualität der Arbeiter zu prüfen, so kann er auch, ohne Gründe zu nennen, weil ihm etwa die politische Stellung des Arbeiters nicht paßt, den Eintritt in die Arbeit verweigern, oder das Verhältnis auflösen. So liegt der Arbeitsvertrag zwischen Staat und akademischen Lehrern, wenn man ihn so nennen soll, denn doch nicht. Eine Bestimmung der Verfassung lautet: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei; daraus folgt, daß wenn ein Ministerium aus Gründen der wissenschaftlichen Stellung, also auch der sozial-politischen Stellung sich weigert, einen Mann zu befördern, der in rechtmäßiger Weise für ein Lehramt vorgeschlagen wurde, daß dann das Ministerium pflichtwidrig handelt im Gegensatz zu den Unternehmern. Ich stelle ausdrücklich fest, daß bisher kein Grund vorhanden ist, insbesondere der preussischen Unterrichtsverwaltung eine solche Pflichtwidrigkeit zur Last zu legen; wie gesagt, eine solche pflichtwidrige Handlungsweise haben wir auch kein Recht, von der Regierung zu erwarten. Wenn die Teilnahme aus Universitätskreisen an diesen Beratungen eine so geringe ist, so weiß ich nicht, aus welchen Ursachen dies der Fall ist. Für mich kommt es nicht in Betracht, ob noch andere akademische Lehrer teilnehmen, ich interessierte mich lebhaft für die Sache, und das war für mich entscheidend; persönliche Rücksichten liegen mir überhaupt ferne. Meine Herren! Es ist hier wiederholt von dem Unterschied einer theoretischen und praktischen Erörterung die Rede gewesen; ich glaube, daß die Grenzlinien zwischen einer theoretischen und praktischen Erörterung nicht immer im Bewußtsein der Redenden klar vorgeschwebt haben. Diese Grenzlinien sind in der That kaum mit einiger Sicherheit zu bezeichnen; die meisten, die so sprechen, werden geneigt sein, die Frage der Arbeitslosenstatistik für eine praktische zu halten. In Wahrheit ist sie, wie alle wissenschaftlichen, eine rein theoretische, und es könnte wohl die Frage sein, welches Problem hier zunächst und vor allem zur Erörterung gestellt werden sollte, ob nicht die eigentliche Absicht dahin ging, über die Thatfachen und Ursachen der Arbeitslosigkeit sich auszusprechen, so daß diese rein theore-



tischen, wenn man will akademischen Fragen im Vordergrunde standen. Die Frage, was läßt sich thun, was sollen wir thun gegenüber der Arbeitslosigkeit, ist als eine praktische Betrachtung aufzufassen; wenn aber einige Herren gemeint haben, sie dürfe deshalb auch nur allein den Gegenstand der Verhandlung bilden, so waren diese Herren im Irrtum. Im Freien Deutschen Hochstift, meine ich, war die Absicht, daß die theoretische und die praktische Seite gleichmäßig erörtert werden sollte, damit war vielleicht das Ziel zu hoch gesteckt — wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß die Unternehmung dieses Kongresses eine Sache war, die ihresgleichen vorher nicht gehabt hat. Ich meine, man soll sich von der Sache keinen so leichten Begriff machen, wie dies geschehen ist, wenn ein geehrter Vorredner uns Theoretiker einfach vor die Thüre setzen wollte — ein Vorredner, der zugleich seine eigene theoretische Bildung in einer Weise bloßstellte, daß man dachte, er müßte froh sein, wenn ihm bei dieser Gelegenheit einige Belehrung zu teil geworden ist. Es hat mir daran gelegen, die unterscheidenden Merkmale des modernen Arbeitsvertrags mit aller Schärfe hervorzuheben, und ich glaube, daß die notwendige Einigung, die notwendige Unterscheidung dieses Begriffes in der Praxis bei weitem noch nicht scharf genug durchgeführt wird, und das gilt insbesondere allen denen, die die Aufgabe haben und die man wohl von einiger Seite als öffentlich berufen darstellt zur Leitung der nationalen Produktion, wenn auch die Praxis wiederum keineswegs dieser Auffassung entspricht. Ich meine die gewerblichen Unternehmer, daß sie diese vollständige Aufklärung in sich aufnehmen und verbreiten sollen über die wahre Natur ihres Verhältnisses zur arbeitenden Klasse; und wenn doch die Arbeiter gezwungen sind, durch ihre Ohnmacht, durch den Mangel an Organisation und häufig auch durch den Mangel an individueller Bildung Arbeitsverträge anzunehmen, die eine Art von persönlicher Unterwerfung enthalten, schriftliche Verträge, welche sie oft gar nicht gelesen oder verstanden haben, zu unterschreiben, so begehen die Unternehmer Eingriffe in die persönliche Freiheit, die nicht durch die Natur des Arbeitsverhältnisses gegeben sind, und es ist ihre eigene Schuld, wenn sie auf dem Boden der Ungleichheit das tiefe Mißtrauen nicht zu beseitigen vermögen, das heute so manchem seinen Beruf verleidet, im Dienste des Kapitals thätig zu sein.

Es wurde unter anderem auch auf einen Gegensatz aufmerksam gemacht, der in der Betonung dieser reinen Freiheit des modernen Arbeitsvertrags liegt. Herr Dr. Duarck hat das Wort Mandestertum aufgeworfen. Ich glaube, daß das Wort zu den

vielen Schlagwörtern gehört, die, so sehr sie in ihrer historischen Bedeutung hervorrufen, in der sachlichen Erörterung doch leicht Mißverständnisse hervorrufen. Ich meine, wenn das Wort Mandat die Freiheit des Arbeitsvertrags fördern bedeutet, so wird man einverstanden sein, daß wir im Prinzip alle Ursache haben, diese Freiheit energisch zu befördern, und uns zu bemühen, zunächst einmal aus den Schwierigkeiten herauszukommen, die uns in Deutschland so viel Ärger anhängen, als in den industriell weiter fortgeschrittenen Ländern, weil wir nicht energisch genug die Konsequenzen haben ziehen können, die durch Anordnung der modernen Betriebsformen gegeben und geboten sind; und hingegen, wenn wir nun die volle Freiheit des Arbeitsvertrags, die volle Koalitionsfreiheit, die vollkommene Freiheit der Arbeiter als Warenverkäufer durchsetzen, dann können wir dem Unternehmer gegenüberreten und ihm sagen, daß wir bis soweit mit seinem Prinzip, mit dem liberalen Prinzip, das seine Entwicklung getragen hat, durchaus einverstanden sind. Wenn das eine Konsequenz ist, so folgt daraus keineswegs irgend ein Einwand gegenüber den Eingriffen des Staates in den Arbeitsvertrag. Der Staat liegt vollkommen außerhalb dieses Gedankens, er hat, ganz abgesehen was dabei herauskommt, bei dem Arbeitsvertrag dafür zu sorgen, daß keine Ungerechtigkeit herrscht, und aus diesem Gesichtspunkte heraus und aus der Erkenntnis der Wahrheit, daß die formelle Freiheit des Arbeitsvertrags in Wirklichkeit doch infolge ökonomischer Verhältnisse fortwährend in Nachteil des Arbeiters ausschlägt, muß der Staat eingreifen; diese Eingriffe sind selbstverständlich nicht zu hemmen, sondern können nur befördert werden. Nun möchte ich ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß es sich nach meiner Auffassung bei der Vermittlung der Arbeit, die hier so sehr in den Vordergrund gestellt wurde, nicht um einen solchen Eingriff seitens des Staats oder der Kommune handelt. Diese Vermittlung muß praktisch ins Werk gesetzt werden, darüber scheinen wir alle überein zu stimmen, in dem Sinne, daß wir zunächst thunlichst den Versuch machen, eine relative Besserung herbeizuführen und dem anerkannten Umwesen der privaten gewerbsmäßigen Vermittlung ein Ende zu machen; prinzipiell stehe auch ich auf dem von verschiedenen Herren kundgegebenen Standpunkt, daß die natürliche Form des Arbeitsnachweises in der Regelung der Arbeitsangebote von den Arbeitern selbst liegt. Es wäre aber ebenso selbstverständlich, wenn die Regelung der Nachfrage nach Arbeitskraft von seiten der Unternehmer gegenüber gestellt wird, und es wird sich immer um eine Organisation



der Streitkräfte drehen, die wiederum doch eine Vermittlung herausfordert, die alsdann ihrer Natur nach eine mehr schiedsrichterliche sein würde und die auf die bestehenden Gewerbe-gerichte zu übertragen ich für einen höchst beachtungswürdigen Gedanken halte. Ich habe im Laufe der Debatte, um damit abzuschließen, noch manches bemerkt, was aber im Laufe der Debatte wieder erledigt worden ist, sodaß ich darauf nicht weiter zurückzukommen brauche. Insbesondere will ich jedoch meinerseits erwähnen, daß die Frage der Arbeitslosigkeit in ihren Thatfachen und Ursachen aller Voraussicht nach durch Organisation der Vermittlung keineswegs endgültig gelöst, ja kaum ernstlich dadurch berührt wird. Herr Legien hat schon betont, daß durch den Arbeitsnachweis keine Arbeitsstelle mehr geschaffen würde. Ich möchte das vollkommen bekräftigen, und ich glaube, daß wir von einem geregelten und zentralisierten — ich meine nicht bloß lokalen — Arbeitsnachweis — wovon wir ja noch sehr weit entfernt sind — eher das Gegenteil erwarten müssen.

Der geregelte Arbeitsnachweis wird der höher entwickelten Technik am ehesten zu gute kommen; diese bedarf am häufigsten solcher Arbeitskräfte, die nicht auf der Straße liegen und an die Thüren klopfen. Der technische Fortschritt fällt nicht einfach zusammen mit Expansion des Marktes, welche die Nachfrage nach Arbeitern schlechtthin vermehrt; jener Fortschritt, wozu oft die Kontraktion des Marktes am meisten veranlaßt, vermehrt nur die Nachfrage nach speziellen in modernem Sinne, d. h. für den Maschinenbetrieb geschulten Arbeitern, und setzt den allgemeinen Bedarf vielmehr herab, sodaß also indirekt die Arbeitslosigkeit gefördert wird. Diese Aussicht darf freilich nicht abschrecken; alles was die natürliche Entwicklung beschleunigt, müssen wir willkommen heißen. In dem Wunsche solcher entschiedenen Entwicklung stimmen diejenigen mit uns überein, welche durch reine Freiheit die sozialen Fragen gelöst sehen wollen und auch in anderer Beziehung kann das Verständnis dadurch erhöht werden, wenn wir auf der Basis zusammenkommen, alles nicht mehr Lebensfähige so sehr als möglich hinwegräumen zu wollen. Sollte sich herausstellen, daß durch die besten sozialpolitischen Maßregeln, z. B. durch Regelung des Arbeitsnachweises, die schlimmsten Übel, z. B. die Arbeitslosigkeit, nicht geheilt, sondern eher noch herausgefordert werden, so wird es an der Zeit sein, um so stärker zu erörtern, ob das ganze Arbeitssystem, ob das Lohnsystem noch lebensfähig sei oder: wie lange es noch zu leben verdiene. Ich schließe wieder mit einer persönlichen Bemerkung, die sich auf die Ausführungen des Herrn Amtsrichter

Kulemann bezieht. Er stellt die Sache so dar, und es haben auch andere Herren sie so dargestellt, als ob bei dem gesamten Ausblick auf eine Lösung der sozialen Frage sich es immer nur darum handle, von den Ansprüchen und Meinungen der einen Seite etwas für berechtigt zu halten, einiges einzuräumen, mit anderen Worten: der Arbeiterklasse entgegenzukommen. Er führte an, daß man ihn gewarnt habe, „dem Teufel“ (damit war eben die Arbeiterklasse gemeint) nicht den kleinen Finger zu reichen, weil er sonst die ganze Hand nehmen würde. Er hat es fast als selbstverständlich dargestellt, daß dieser Entschluß des Entgegenkommens das Äußerste sei, was von einem wissenschaftlich Denkenden erwartet werden könne, und das einzige, womit man der Leidenschaft und dem Haß zu begegnen hoffen dürfe. Es ist dadurch von seiten dieses Herrn der Schein erweckt worden, als ob die leidenschaftliche Richtung des Gemütes der individualistischen Richtung des Denkers ebenso ferne liege, als sie mit einer radikalen Ansicht über die Lösung der sozialen Frage notwendig verbunden sei. Das ist ein großer Irrtum, und man muß ihn feststellen. Was Leidenschaft und Haß betrifft, so sind das Empfindungen, die hier und dort vorhanden sind und die zuweilen ihre guten Ursachen haben. Man muß sich als wissenschaftlicher Mensch allerdings davon frei fühlen, und man kann sich frei fühlen und doch den wissenschaftlichen Sozialismus für wahr und richtig erachten.

Stadtrat Dr. Fleisch, Frankfurt a. M.: Meine Herren! Es ist üblich, daß am Schluß der Verhandlungen einer wissenschaftlichen Vereinigung der Vorsitzende eine zusammenfassende Darstellung der gewonnenen Ergebnisse giebt. Meine Aufgabe kann aber nicht die sein, welche einem wegen seiner hervorragenden wissenschaftlichen Stellung gewählten Präsidenten zufiele, nämlich gewissermaßen die Summe der Verhandlungen zu ziehen, mit Autorität als Schiedsrichter einen Spruch über den höheren oder geringeren Wert der vorgetragenen Meinungen abzugeben. Ich betrachte es vielmehr lediglich als meine Aufgabe, die Forderungen und Wünsche, die hier laut geworden sind, kurz zusammenzustellen und zu prüfen, inwieweit sie den Hoffnungen und Erwartungen entsprechen, die für das Hochstift und dessen volkswirtschaftliche Sektion bei Berufung des Kongresses maßgebend waren.

Als wir die Einladungen erließen, standen wir unter dem Eindruck, daß die Zählungen der Arbeitslosen, wie sie in einer Reihe größerer Städte seitens der Arbeiterorganisationen ver-



anstaltet worden waren, zu einwandsfreien Ergebnissen über die uns beschäftigenden Fragen kaum führen konnten, und wir sahen andererseits, daß die Notstandsarbeiten, die vielfach verlangt wurden und die in einer Reihe von Städten seitens der Armenverwaltung mehr oder weniger planmäßig veranlaßt worden waren, lange das nicht leisteten, was man von ihnen gehofft und weshalb man sie eingerichtet hatte. Diese Punkte waren es, die wir hauptsächlich, jeden für sich und jeden in seinen Beziehungen zu dem anderen, der Prüfung unterwerfen wollten, und diese Punkte haben denn auch den Ausgangspunkt für fast alle Redner, die hier aufgetreten sind, gebildet. In ihrer Beurteilung herrschte aber eine viel größere Einstimmigkeit, als wir und als man wohl im allgemeinen bisher angenommen hatte. Fast übereinstimmend ward von allen Rednern zugegeben, daß jene vereinzeltten Zählungen der Arbeitslosen, nach welchem System sie auch ausgeführt seien, statistisch und zur Erkenntnis des Übels nur einen sehr geringen Wert hätten. Sie haben lediglich die Bedeutung, daß durch sie auf die Größe des Übelstandes hingewiesen wird, daß, wie einer der Redner sich ausdrückte, die Vogel-Strauß-Politik erschüttert wird, die bisher seitens der kommunalen und staatlichen Behörden, bezüglich der Arbeitslosigkeit beobachtet worden sei. Und ebenso herrschte kein Streit darüber, daß die Notstandsarbeiten dem Übel nur wenig helfen können. Sie müssen von den Gemeinden vorbereitet werden, weil sie in vereinzeltten Fällen bessere Hilfe leisten, als die Armenpflege. Die Lage der Arbeiter im Ganzen können sie aber schon deswegen nicht bessern, weil es ganz außer Macht der Gemeinden steht, sie in größerer Menge und ausreichend zur Beschäftigung aller Arbeitslosen zu beschaffen. Der Winter, der die Bauarbeiter arbeitslos macht, hindert auch die Angriffnahme von Notstandsarbeiten.

An diese Erkenntnis anschließend, entwickelten sich nun aber drei besondere Richtungen: Die einen erklärten jede Thätigkeit der Gemeinden, gemeinnützigen Vereine u. s. w. für völlig zwecklos. Das Übel sei in den Grundlagen unserer Produktion begründet und könne nur von da aus bekämpft werden. Man möge die Arbeitszeit der Arbeiter abkürzen, für bedeutende Lohnerhöhungen sorgen, welche die Konsumtionskraft der Arbeiter steigern und dadurch die Arbeitsgelegenheit in Handel und Industrie vermehren würde. Dies allein seien die Mittel, die bis zur Einführung der als Ziel zu erstrebenden kollektivistischen Produktionsweise mit Nutzen zur Anwendung gebracht werden könnten. Als Vertreter des Hochstifts will ich hierbei nicht unterlassen,

unsern Dank für die freundliche Anerkennung auszusprechen, mit der in der Begründung dieser Ansicht der von uns veröffentlichten Frankfurter Arbeiterbudgets gedacht ward. Gegenüber diesen, jedenfalls weit von dem speziellen Thema unserer Arbeiten abweichenden Ausführungen ward andererseits das Hauptgewicht auf die Arbeitslosenstatistik als Grundlage der Erkenntnis des zu bekämpfenden Übels gelegt. Eine allen technischen Anforderungen entsprechende, durch längere Zeit hindurch geführte Statistik, die von Sachverständigen, am besten von den vorhandenen statistischen Bureaus bearbeitet sei, müsse an die Stelle der vereinzelt Zählungen der Arbeitslosen treten. Das Minimum, was zu fordern sei, sei die Aufnahme bezüglich der Fragen bei den Volkszählungen, Gewerbezahlungen u. s. w. Dabei ward zugestanden, daß eine solche Statistik ohne thätige Mithilfe der Arbeiter bei den Zählkommissionen u. s. w. undenkbar sei und daß zu ihrer Durchführung die pekuniäre und sonstige Beihilfe des Staates wie der Gemeinden in Anspruch genommen werden müsse. Endlich ward aber auch eine Reihe von Gesichtspunkten betont, welche, ohne den Gegenstand der Diskussion zu verlassen, doch über den Ausgangspunkt weit hinausführten. Die Arbeitslosenstatistik und die Fürsorge für einen regelmäßigen und dauernden Arbeitsnachweis sei wichtiger als z. B. die gelegentliche Veranstaltung von Arbeitslosenzählungen und von Notstandsarbeiten. Der Arbeitsnachweis, dessen Organisation hiernach gefordert werden müsse, sei aber besser als in der Hand von Privaten, wo vielfach die größten Mißstände beständen — ich erinnere an die Ausführungen des Herrn Will über die Verhältnisse der Schifffahrt —, in der Hand von Vereinen, und besser als in der Hand von Vereinen — dies ward unter anderem seitens des Vertreters des vorzüglich funktionierenden Wiener Arbeitsvermittlungsvereins anerkannt — in der Hand der Gemeinden.

Von diesem Punkte aus, bis zu dem eine große Anzahl der Redner vollständig einig ging, teilten sich dann die Ansichten wieder; die einen betrachteten den von der Gemeinde unter gleichmäßiger Zuziehung von Arbeitern und Arbeitgebern organisierten und geleiteten Arbeitsnachweis gewissermaßen als den Endpunkt der auf diesem Gebiete zu erhebenden Forderungen; für die andere ward der so organisierte Arbeitsnachweis nur ein Interim, eine Vorstufe, für deren Zubilligung man dankbar sein könne, weil sie den guten Willen bekunde, die aber höchstens ein Durchgangsstadium sei, das zu der richtigen Organisation führen könne, in welcher der Arbeitsnachweis den Arbeitern allein zufalle; diese in ihren gewerkschaftlichen Organisationen könnten ihn sehr wohl



übernehmen und müßten darin ein Mittel erblicken, ihre Ware, die Arbeitskraft, so teuer als möglich zu verkaufen und dadurch die Erfüllung ihrer sonstigen Forderungen auch auf politischem Gebiete vorzubereiten.

Mag man nun die eine oder die andere dieser Ansichten teilen, jedenfalls wird man sich darüber freuen, daß über die Forderungen eines seitens der öffentlichen Autorität eingerichteten Arbeitsnachweises eine gewisse Einstimmigkeit erzielt ist, und man wird selbstverständlich den Anhängern der letzterwähnten Ansicht nicht zumuten, für die Gewährung dankbar zu sein, da Dankbarkeit für die Erfüllung einer gerechten, dem Ganzen frommenden Forderung nie verlangt werden darf.

Man wird mithin als die Punkte, über die eine gewisse Einstimmigkeit erzielt ist, bezeichnen können: Organisation des Arbeitsnachweises durch die Gemeinden oder unter Kostenbeitrag der Gemeinden; ferner, im Falle es nicht geeignet scheint, den gesamten Arbeitsnachweis eines Ortes zu monopolisieren, was in größeren Städten kaum möglich wäre, Einführung einer regelmäßigen Verbindung der einzelnen Arbeitsnachweise untereinander; in allen Fällen aber vollständige Unentgeltlichkeit des Arbeitsnachweises und die Mitwirkung der Arbeiter durch von ihnen gewählte Vertrauensmänner bei allen Arbeiten dieser Verwaltung. Ob man die so organisierten städtischen Arbeitsbureaus zu wirklichen Arbeitsämtern ausbilden soll, ob man sie mit den Gewerbegerichten in Verbindung zu setzen hat, so daß das Gewerbegericht die Mitglieder der Arbeitsnachweis-Behörden bestimmt, ob die Beamten des Bureau von den Gemeinden, welche die Kosten zahlen, oder von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, für die das Bureau errichtet ist, ernannt werden sollen, sind Fragen zweiter Ordnung, die je nach den örtlichen Verhältnissen und der Entwicklung des einzelnen Arbeitsnachweises entschieden werden mögen. Ebenso wird auch die höchst bedeutame Frage, die namentlich Herr Möller, Brackvede, aufgeworfen hat, die der interlokalen Verbindung der einzelnen Arbeitsämter, ihre Vereinigung zu provinziellen Arbeitsnachweisen mit einer gemeinsamen Spitze im Reichsarbeitsamt noch eingehender und weiterer Beratung bedürfen.

Ich habe bei dieser Zusammenfassung nur die Hauptgesichtspunkte der Diskussion erwähnt, die vielen sozialpolitisch äußerst wichtigen und äußerst interessanten Fragen, die ferner angeregt wurden, unter anderem die der geeignetsten Art der Arbeitslosen-Unterstützung, der Arbeitslosen-Versicherung u. s. w. aber absichtlich bei Seite gelassen. Mir mag es genügen, darauf hinzu-

weisen, daß sich die Erwartungen des Hochstiftes wenigstens bis zu einem gewissen Grade erfüllt haben. Es sind durch gemeinschaftliche Arbeit der hier versammelten, allen Parteien, allen Berufs-, allen wirtschaftlichen Klassen angehörigen Männer des praktischen Lebens mit den hier anwesenden wissenschaftlichen Fachmännern, mit den in so großer und erfreulicher Anzahl anwesenden Vertretern von Städten und gemeinnützigen Korporationen und mit den anwesenden Staatsbeamten eine Reihe Punkte herausgearbeitet worden, welche für das behandelte Problem von äußerster Wichtigkeit sind, und welche wohl als nächste Ziele für die Arbeit an dem uns beschäftigenden Teil des großen Ganzen, das man soziale Frage nennt, bezeichnet werden können. Alle hier Anwesenden sind einig, daß jene Ziele erreicht werden müssen, und wenn die Frage, was hernach werden soll, von den verschiedenen Anwesenden in sehr verschiedenem Sinn beantwortet wird, so darf das von der gemeinschaftlichen Arbeit wenigstens bis zu ihrer Erreichung nicht abhalten.

Hätte unsere gemeinschaftliche Arbeit auch in Ihnen diese Überzeugung erweckt, so wäre dies das erfreulichste Resultat, wenn auch dadurch an den Grundlagen der Ansichten eines jeden Einzelnen, an seinen Idealen und an den von ihm verfolgten Zielen nicht das Geringste geändert wird. Wir sind nicht zusammen gekommen, um einander zu belehren, sondern um einander zu verstehen. Halten Sie dies schon für einen Gewinn, wie ich es thue, so wird sich auch die Möglichkeit zur Wiederholung ähnlicher Besprechungen bieten, und gerade das Recht des Arbeitsvertrages, die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse bieten dazu reichlichen Stoff und können ohne gemeinsame Arbeit weder von den Arbeitern allein, noch von den Unternehmervereinigungen und auch nicht von neutral stehenden Beamten, Gelehrten u. s. w. gelöst werden.

Hiermit komme ich zum Schluß, und es bleibt mir nur noch übrig, den Dank all denen auszusprechen, die an diesem Kongreß mitgewirkt haben. Vor allen natürlich den Referenten, deren klare Darstellungen der Diskussion den festen Boden verliehen, ferner all den Korporationen, Behörden und Vereinigungen, die sich hier vertreten ließen und all den einzelnen Personen, welche den Verhandlungen beigewohnt haben. Nicht minder Dank schulden wir der Presse und zwar der Presse aller Parteien, die in richtiger Würdigung unserer Ziele unsere Unternehmen durch Aufnahme der Mitteilungen über unsere Beratungen unterstützt hat. Und endlich gilt mein Dank noch dem „Kaufmännischen Verein“, der uns seine Lokalitäten in der liebenswürdigsten und freund-



lichsten Weise zur Verfügung gestellt hat, sowie den beiden Herren, welche fast die gesamten, geschäftlichen Vorbereitungen des Kongresses mit so viel Geschick und Energie in die Hand genommen haben. Es sind dies die Herren Dr. Quardt und Dr. Brückner, deren Verdienst um unsere Tagungen ich ausdrücklich konstatieren will.

Ich erkläre die Verhandlungen für geschlossen.

Dr. Möller, Brackwebe, Fabrikant: Ehe wir auseinandergehen, möchte ich, und dabei bin ich der Übereinstimmung aller Anwesenden gewiß, im Namen der Versammlung dem Freien Deutschen Hochstift und dem Bureau für die Veranstaltung des Kongresses, insbesondere aber auch Herrn Stadtrat Dr. Fleich für die unparteiische Leitung der Verhandlungen unseren herzlichsten Dank aussprechen; möchte es gelingen, die Veranstaltung recht bald zu wiederholen.

## Anhang.

### I.

Begrüßungsansprache, gehalten von Dr. Schnapper-  
Arndt-Heidelberg am Vorabend des Kongresses.

„Verehrte Anwesende!

Im Namen des Organisationsausschusses heiße ich Sie auf das Herzlichste willkommen. Ihr zahlreiches Erscheinen ist uns eine gute Vorbedeutung, daß, was wir erstreben, gelingen werde, daß unser Dafürhalten, es sei erwünscht, dem gedanklichen Austausch der Freunde wirtschaftlicher Reform ein neues Zentrum zu eröffnen, kein irriges gewesen ist. Wohl hat es bis jetzt an solchen Vereinigungspunkten nicht völlig gefehlt, wohl hat gerade diese Stadt eine lange Reihe von Jahren hindurch zahlreiche ansehnliche Vertreter der akademischen Wissenschaft und der Verwaltung bei sich vereint gesehen. Aber die Vermehrung dieser Zentren hat gewiß nicht annähernd Schritt gehalten mit der immer mehr anschwellenden Teilnahme an volkswirtschaftlichen Dingen, mit der immer wachsenden Begier, mit welcher alle Stellungen und Gesinnungen nach freier und unabhängiger Aussprache drängen, mit welcher sie danach verlangen, Fragen, welche die Zeit aufwirft, nach eigener Wertung zur Erörterung zu stellen.

Wir glauben aus Ihrer regen Teilnahme auch schließen zu dürfen, daß die Wahl unseres Themas von Ihnen als eine opportune anerkannt worden ist. Wenn die Lösung: „Der Arbeit ihren Lohn“ so recht im Mittelpunkt der Sozialpolitik erschallt, so geht ihr gewiß diejenige vorher: „Dem Menschen überhaupt Arbeit“. Jahrhunderte hören wir reden von der Arbeit, welche adale, Moralsysteme wollen auf diese These aufgebaut sein: aber die Arbeit adelt nicht, wenn sie anstatt in gewisser Regelmäßigkeit unsere Kräfte wachzuhalten, bald durch Übermaß ertötet, bald wiederum unsicher wird, oder auf unwürdige Weise erbettelt werden muß. Wenig harmonisch wird eine Gesellschaft sein, wenn alle Ereignisse, die sie durchlebt, bei ihren Teilen schroff entgegengesetzte Gefühle erwecken müssen: gegenwärtig wird noch nicht einmal dem Wechsel der Jahreszeiten mit gleichen Gefühlen entgegengegangen. Frohe Geselligkeit, konzentrierte Genüsse versprechen den einen die lange Nacht des Winters zu erhellen, während die andern klopfenden Herzens in sie eintreten müssen, weil sie ihnen bittere Not und Entbehrung droht. Die Frage der Arbeitslosigkeit und des Arbeitsnachweises ist darum so recht eigentlich ein WintertHEMA.

Wir begrüßen es sonach mit großer Freude, daß wir die Vertreter der verschiedensten Kreise und Bestrebungen zu gemeinsamer Arbeit hier vereinigen dürfen. Wir werden morgen Männer hören, welche vorwiegend den Klassen angehören, die Abhilfe zu bringen berufen sind, und



auf der andern Seite Männer, welche die Leiden, um die es sich handelt, aus ihrer nächsten Umgebung kennen. Daß diese Männer sich so willig an unseren Verhandlungen mitwirkend und mitführend beteiligen, daß sie aus allen Berufszweigen zu uns gekommen sind, daß sie zu diesem Zwecke Opfer nicht gescheut haben, gereicht ihnen zur besonderen Ehre, weil sie so gut wie wir wissen, daß unsere Beratungen wesentlich akademischer Natur sein werden und sollen.

Je höher die Bogen geistiger Kämpfe gehen, um so höher wachsen auch die Gefahren derselben. Wir wollen uns davor hüten, dem einmal Angenommenen blindlings zu folgen, wir wollen uns davor hüten, nur noch Freund und Feind zu sehen, das Wort soll uns nicht Kampfmittel sein, sondern der Ausdruck einer Überzeugung, die sich in täglich erneuter Selbstprüfung täglich neu verjüngt. Welche Zeit hätte mehr der freien individuellen Gedankenbildung bedurft, als die unsrige! Sie hat sich Probleme zur Lösung gestellt, vor denen Jahrtausende zurückschreckten. An solchen Aufgaben können nicht zu viel Köpfe, zu viel Herzen mitarbeiten.

Je mehr wir in energischem Kampfe bestimmten Zielen uns widmen, um so leichter können wir dahin gelangen, zu wähen, mit der Erreichung dieser Ziele werde der Sieg aller Wahrheit, die Niederlage alles Unrechts nach zeitweiliger Verdunkelung von selber kommen. Indes, keine in der unendlichen Folge der Vergangenheiten hat in weite Zukunft hinaus, von dem was kommen sollte, sich ein richtiges Bild zu entwerfen vermocht. Auch wir, die Gegenwärtigen, müssen unsern Weg tastend suchen. Darauf aber sollen wir achten, daß keine der idealen Errungenschaften, die uns teuer waren, aus unserem Bewußtsein schwinde; die Geschichte nimmt erloschene Ideen nicht so leicht wieder auf, wie man ein aus der Hand gelegtes Buch wieder aufschlägt. Wir werden auf dem Wege, den wir voranschreiten, kein Unrecht unbeachtet, keine unwidersprochene Unwahrheit als drohenden Feind im Rücken lassen wollen. Der Mischung verschiedener geistiger Bestrebungen, wie wir sie in unserer Vereinigung versucht haben, darf deswegen noch eine allgemeine ethische Bedeutung zugeschrieben werden.

Und so lassen Sie mich denn, geehrte Anwesende, ein Hoch ausbringen auf das Gedeihen der Arbeit, welcher wir entgegengehen und ein Hoch all denen, welche gekommen sind, an ihr teilzunehmen."

## II.

### Gewerbegericht Stuttgart.

#### Anträge

#### zur Errichtung eines städtischen Arbeitsamts in Stuttgart.

Das Gewerbegericht hat in seiner Sitzung vom 5. Juni 1893 einstimmig beschlossen, auf Grund von § 70 Abs. 3 des Reichsges. betr. die Gewerbegerichte, vom 29. Juli 1890, bei den bürgerlichen Kollegien der Stadt Stuttgart die Errichtung eines städtischen Arbeitsamts zu beantragen. Dem Arbeitsamt soll der unter Ziff. 1 enthaltene Entwurf eines

Ortsstatuts zu Grunde gelegt werden. Über die einzelnen Bestimmungen des Statuts wurde Einstimmigkeit erzielt, bloß bei § 4 des Entwurfs haben sich vier Beisitzer dagegen ausgesprochen, daß die Kommissionsmitglieder eine Entschädigung erhalten sollen, und bei § 7 hat sich ein Beisitzer dagegen erklärt, daß die Arbeitsvermittlung unentgeltlich erfolgen solle. Zur näheren Begründung der Anträge sind die in Ziff. 2 bis 4 enthaltenen Ausführungen bestimmt.

## 1. Entwurf eines Ortsstatuts für das städtische Arbeitsamt.

§ 1. Das Arbeitsamt der Stadt Stuttgart hat den Zweck, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (gewerblichen Arbeitern, Dienstboten und Lehrlingen) Arbeit zu vermitteln.

§ 2. Das Arbeitsamt besteht aus einer männlichen und einer weiblichen Abteilung.

§ 3. Das Arbeitsamt steht unter der Leitung und Aufsicht einer Kommission von neun Mitgliedern und sechs Stellvertretern. Der Vorsitzende der Kommission ist der Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die übrigen Mitglieder der Kommission und die Stellvertreter werden von den Beisitzern des Gewerbegerichts aus ihrer Mitte gewählt, und zwar werden von den Arbeitgebern und von den Arbeitnehmern je vier Mitglieder und drei Stellvertreter gewählt. Die Amtsdauer der Mitglieder und Stellvertreter erlischt mit dem Ablauf der Zeit, auf die sie für das Gewerbegericht gewählt sind.

§ 4. Die Sitzungen der Kommission werden von dem Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch mindestens alle zwei Monate einberufen. Wenn ein ordentliches Mitglied am Erscheinen verhindert ist, ist ein Stellvertreter beizuziehen. Für jede Sitzung erhalten die Mitglieder eine Entschädigung von 3 Mark.

§ 5. Die Angestellten des Arbeitsamts werden vom Gemeinderat nach Anhörung der Kommission gewählt.

§ 6. Die Geschäfte des Arbeitsamts werden nach einer Geschäftsordnung, die von der Kommission festgesetzt wird, geführt.

§ 7. Die Kosten der Unterhaltung des Arbeitsamts werden von der Stadt getragen. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.

## 2. Die Arbeitsvermittlung in Stuttgart.

In Stuttgart werden gegenwärtig jährlich etwa 74 000 Arbeitsstellen mit gewerblichen Arbeitern, Dienstboten und Lehrlingen neu besetzt. Von diesen Stellenbesetzungen fallen etwa 44 000 auf männliche und 30 000 auf weibliche Arbeitskräfte. Da in Stuttgart gegenwärtig ungefähr 47 000 gewerbliche Arbeiter, Dienstboten und Lehrlinge (28 000 männlich und 19 000 weiblich) sich befinden, wird angenommen werden können, daß die Arbeiter und Dienstboten im Durchschnitt sieben bis acht Monate in einer Stelle bleiben. Was nun die 74 000 Stellenbesetzungen betrifft, so findet bei einem großen Teil davon eine eigentliche Vermittlung durch ein Vermittlungsbureau überhaupt nicht statt. In sehr vielen Fällen erfahren die Arbeiter unter der Hand von Kollegen, Bekannten u. s. w., daß in einem Geschäft eine Stelle frei ist, und die Stelle wird dann auf Grund direkter Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter besetzt. Besonders bei größeren Gewerbebetrieben, in denen das Arbeiterpersonal wenig wechselt, scheint eine eigentliche Stellenvermittlung selten nötig zu werden. Wenn z. B. in einer Pianofortefabrik, Bijouteriefabrik, litho-



graphischen Anstalt u. s. w. eine Stelle frei wird, so spricht sich das sofort unter den Arbeitern der betreffenden Branche herum, und der Arbeitgeber erhält, ohne daß er weitere Schritte zu thun braucht, die nötigen Angebote. Da es sich dabei meistens um Stellen handelt, die verhältnismäßig gut bezahlt sind und die eine besondere Ausbildung erfordern, so wird sich diese Art von Stellenbesetzung im großen ganzen auf männliche Arbeiter beschränken. Doch kommt es auch bei Arbeiterinnen, die eine besondere Ausbildung haben, wie Poliseusen, Punktiererinnen u. s. w. häufig vor, daß die offenen Stellen unter der Hand besetzt werden.

In zahlreichen Fällen wird die Stellenbesetzung durch die Zeitung vermittelt. Bei den Zeitungen ist zu unterscheiden zwischen den Fachzeitungen und den Lokalblättern. Bei einer Anzahl von Gewerben scheint die Arbeitsvermittlung fast ausschließlich durch die über ganz Deutschland verbreiteten Fachzeitungen zu geschehen. Es kommen hier hauptsächlich solche Gewerbe in Betracht, bei denen von den Arbeitern ein besonders hoher Grad von Ausbildung verlangt wird, z. B. die Lithographen, Feinmechaniker, Uhrmacher, Photographen. Während die Fachzeitungen sich auf ein bestimmtes Gewerbe beschränken, werden durch die Anzeigen in den allgemeinen Tageszeitungen für alle Arten von Gewerben Stellenbesetzungen angebahnt. Für Stuttgart geschieht dies hauptsächlich im Neuen Tagblatt und im Schwäbischen Merkur, zum Teil auch im Evangelischen Sonntagsblatt. Von den Anzeigen in diesen Blättern fällt ein sehr großer Teil auf die Dienstboten, also hauptsächlich auf weibliche Arbeitskräfte. Auch bei den Anzeigen, die sich auf Stellen in gewerblichen Betrieben beziehen, sind die weiblichen Arbeitskräfte unverhältnismäßig stark vertreten. Es rührt dies davon her, daß für weibliche Arbeitskräfte eine geregelte Arbeitsvermittlung noch weniger besteht als für männliche Arbeiter. Allein das Neue Tagblatt wird jährlich 20 bis 30 000 Anzeigen enthalten, die sich auf Stellenbesetzung beziehen. Die meisten Anzeigen in den Tageszeitungen gehen von Arbeitgebern und nicht von Arbeitern aus. Von den Arbeitern, besonders von den gewerblichen Arbeitern, werden die Tageszeitungen verhältnismäßig wenig benutzt, die Arbeiter ziehen, soweit sie sich nicht an Vermittlungsanstalten wenden, in der Regel die direkte Anfrage beim Arbeitgeber der kostspieligen Anfrage durch die Zeitung vor.

Das direkte Anfragen der Arbeiter, das sogenannte Umschauen, kommt bald mehr, bald weniger häufig bei allen Gewerben hier vor. Nicht bloß die zugereisten Arbeiter suchen durch Umschauen Arbeit zu bekommen, sondern vielfach auch die ansässigen Arbeiter. Im Baugewerbe wird die Arbeit fast ausschließlich durch direkte Anfrage der Arbeiter bei den Arbeitgebern vermittelt. Es hängt dies mit den besonderen Verhältnissen im Baugewerbe zusammen, und es wird sich daran auch nicht viel ändern lassen. Aber auch bei den anderen Gewerben, wo diese besonderen Verhältnisse nicht vorliegen, wird das Umschauen in weitem Umfang betrieben. Das Umschauen ist besonders stark im Gang bei solchen Gewerben, die zu bestimmten Zeiten des Jahres eine verstärkte Geschäftstätigkeit entwickeln. Zu diesen Gewerben gehören, abgesehen vom Baugewerbe, vor allem die Buchbinder, die Schneider, die Schuhmacher. Was die Arbeiterinnen, besonders die Arbeiterinnen ohne besondere Ausbildung betrifft, so ist das Umschauen in der Regel der einzige Weg, um überhaupt Arbeit zu erhalten. Sie sind, weil keine Vermittlungsanstalt für sie vorhanden ist, geradezu genötigt, von einem Geschäft zum anderen herumsuziehen, bis sie endlich Arbeit finden. Hauptsächlich ist dies bei den Arbeiterinnen in Bonbons- und Schokoladen-



fabriken, in Buchbindereien und Kartonnagefabriken, zum Teil auch in Buchdruckereien der Fall. Wie der Arbeiter beim Umschauen direkt den Arbeitgeber aufsucht, so kommt es umgekehrt vor, daß die Arbeiter von den Arbeitgebern aufgesucht werden. Die Arbeitgeber, die die Gebühr für eine Vermittlungsanstalt sparen und möglichst rasch einen Arbeiter bekommen wollen, wenden sich häufig an die Herbergen, in denen die durchreisenden Arbeiter übernachten. Hier kommen hauptsächlich in Betracht die Herberge zur Heimat und das städtische Asyl für Obdachlose, daneben aber auch die meist in der Altstadt gelegenen Wirtschaften, in denen die verschiedenen Gewerbe, zum Teil von Alters her, ihre Herberge haben. Entweder sucht der Arbeitgeber selbst die Herberge auf und wählt sich den geeigneten Arbeiter aus, oder er veranlaßt den Inhaber der Herberge, ihm einen Arbeiter zu schicken. Auch das kommt vor, besonders in der Herberge zur Heimat, daß der Arbeitgeber einen Zettel, auf dem sein Gesuch steht, an einer passenden Stelle in der Herberge, z. B. am Buffet, anbringen läßt.

Die Stellen, die nicht durch die Zeitung, durch Umschauen, durch Anfragen in den Herbergen oder sonst unter der Hand besetzt werden, bleiben für die eigentliche Stellenvermittlung übrig. Bei den Vermittlungsanstalten ist zu unterscheiden zwischen Privatunternehmungen und Unternehmungen von Vereinen. Mit Arbeitsvermittlung befassen sich hier teils solche Vereine, in denen sich die Arbeitgeber oder Arbeiter eines bestimmten Gewerbes zusammengefunden haben, teils solche Vereine, die ohne Beschränkung auf ein bestimmtes Gewerbe allgemeine Zwecke verfolgen. Bei den letztgenannten Vereinen kommen hauptsächlich solche in Betracht, die auf religiöser Grundlage beruhen. Für männliche Arbeiter sorgt der katholische Gesellenverein und der christliche Verein junger Männer, doch scheint bei beiden Vereinen die Vermittlungsthätigkeit keine sehr ausgedehnte zu sein. Verhältnismäßig mehr scheint die Arbeitsvermittlung benutzt zu werden, die für weibliche Arbeiter, vor allem Diensthboten, bei dem evangelischen Marthahaus und bei der katholischen Marienanstalt eingerichtet ist. Beim Marthahaus werden jährlich mehrere hundert Stellen vermittelt. Die Vermittlungsgebühr, die für den Diensthboten 50 Pfennig und für die Herrschaft 1 Mark beträgt, ist bedeutend niedriger als bei den meisten Privatunternehmern. Auch von der Herberge für Fabrikarbeiterinnen werden Arbeiterinnen gelegentlich Stellen verschafft, doch handelt es sich hier meistens bloß um Aushilfsstellen und selten um dauernde Stellen. Ähnlich steht es mit der Arbeitsvermittlung des Sozialwohlthätigkeitsvereins, der im Jahr 1883 eine besondere Anstalt für Arbeitsvermittlung errichtet hat. Die Vermittlung geschieht unentgeltlich für Arbeitgeber und Arbeiter, sie beschränkt sich aber auf bedürftige und gutbelehrendete Personen. Dauernde Arbeit für gelernte Arbeiter scheint selten vermittelt zu werden, es handelt sich meist um Verschaffung vorübergehender Arbeit, wie sie bei Fugereien, Waschereien, Umzügen u. s. w. nötig ist. Für weibliche Arbeitskräfte ist die Anstalt seit ihrer Errichtung gleichmäßig ziemlich stark benutzt worden, dagegen ist die Arbeitsvermittlung für männliche Arbeitskräfte immer mehr im Abnehmen begriffen. Im Jahr 1892 ist für 120 männliche und für 689 weibliche Personen, zusammen für 809 Personen, Arbeit vermittelt worden.

Mehr als von den seither genannten Vereinen wird auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung geleistet von den Vereinen, in denen sich die Arbeitgeber oder die Arbeiter eines bestimmten Gewerbes zusammengefunden haben. Auf der einen Seite stehen die Fachvereine der Arbeiter,



auf der anderen Seite die Innungen und sonstigen Vereinigungen der Arbeitgeber. Es scheint bis jetzt in Stuttgart nicht gelungen zu sein, daß sich in einem bestimmten Gewerbe die Arbeitgeber mit den Arbeitern zur gemeinsamen Beforgung der Arbeitsvermittlung vereinigt haben. Im Glasergergewerbe soll vor einigen Jahren ein Versuch gemacht worden sein, der aber gescheitert ist. Dagegen wird von Vereinen, die ausschließlich aus Arbeitgebern oder ausschließlich aus Arbeitern eines bestimmten Gewerbes bestehen, die Arbeitsvermittlung zum Teil in ausgedehntem Maße besorgt. Bei den Vereinen der Arbeitgeber kommen in Stuttgart bloß solche Gewerbe in Betracht, in denen die Gehilfen noch Kost und Wohnung im Hause des Meisters haben. Bei den Bäckern, wo fast alle Meister entweder der Bäckerinnung oder Bäckergenossenschaft angehören, liegt die Arbeitsvermittlung ausschließlich in den Händen der Sprechmeister der beiden Vereine. Auch bei den Metzgern und Kürfern scheint die ganze Arbeitsvermittlung in den Händen der Innung zu liegen. Bei den Metzgern wird die Vermittlung im Schlachthaus durch einen Angestellten besorgt, bei den Kürfern geschieht sie in der Herberge der Kürfer. Ferner hat die Friseurinnung bei einem Innungsmeister einen eigenen Nachweis errichtet, der aber nicht so ausschließlich benutzt zu werden scheint, wie dies bei den anderen bis jetzt genannten Gewerben der Fall ist. Eine Gebühr wird bloß bei der Bäckerinnung und der Bäckerinnung erhoben, und zwar muß für jede Vermittlung sowohl vom Meister als vom Gehilfen 50 Pf. bezahlt werden. Im Verhältnis zu den Löhnen im Bäckergergewerbe ist diese Gebühr sehr hoch. Zudem scheint es, daß für die Verschaffung von besonders guten Stellen unter der Hand noch Extravergütungen bezahlt zu werden pflegen. Die übrigen Vereinigungen von Arbeitgebern, die hier bestehen, haben bis jetzt noch keine eigenen Nachweise errichtet, doch ist bei den Arbeitgebern im Gastwirtsgergewerbe und Buchdruckergergewerbe in letzter Zeit die Frage der Errichtung eigener Arbeitsnachweise erörtert worden.

Die Fachvereine, deren Zahl in Stuttgart 20 bis 30 beträgt, haben sämtlich einen eigenen Arbeitsnachweis errichtet. Doch wird nur bei einem Teil der Fachvereine der Nachweis in erheblichem Umfang benutzt. Am meisten scheint dies der Fall zu sein bei den Fachvereinen, die eine zentrale Organisation über ganz Deutschland haben, wie die Handschuhmacher, Bildhauer, Buchdrucker. Bei diesen Fachvereinen, ferner bei den Fachvereinen der Schmiede, Wagner, Tapezierer, Glaser scheint der von den Arbeitern geleitete Nachweis auch von den Arbeitgebern häufig benutzt zu werden. Dagegen wird gerade in den Gewerben, die eine sehr große Arbeiterzahl haben, der Arbeitsnachweis des Fachvereins sehr wenig benutzt. Besonders bei den Schreibern, Schlossern, Gläsern, Buchbindern ist dies zu bemerken. Die Nachweise der Fachvereine scheinen besonders auch von den Arbeitgebern in der Umgebung von Stuttgart angegangen zu werden. Die Meister in der Umgebung wollen die Gebühr, die sie bei dem Bureau in der Karlsstraße bezahlen müßten, sparen, und auf dem Weg des Umschauens erhalten sie verhältnismäßig selten einen Arbeiter, da die durchreisenden Arbeiter nicht gerne in den Landorten Arbeit auffuchen und annehmen.

Die eigentliche private Vermittlung besaßt sich in der Hauptsache mit den Dienstboten und mit den Arbeitern im Wirtschaftsgewerbe. Von den übrigen Gewerben kommen in Stuttgart bloß die Schuhmacher und Schneider in Betracht. Ein Journiturenhändler, der in steter Geschäftsbeziehung mit den Schneidermeistern steht und der von diesem Geschäftsverkehr her eine genaue Kenntnis der vorhandenen Arbeitsstellen besitzt,

unterhält nebenbei einen Arbeitsnachweis für Schneider. In ähnlicher Weise betreibt ein Fourniturenhändler, der Artikel für Schuhmacher führt, einen Arbeitsnachweis für Schuhmacher. Beide Nachweise, besonders der für die Schneider, werden stark benutzt. Die Vermittlung scheint im allgemeinen unentgeltlich zu erfolgen, wenigstens für die Arbeiter. Die Inhaber der Nachweise erblicken ihre Entschädigung darin, daß die Meister bei Benutzung des Nachweises zugleich Einkäufe an Fournituren zu machen pflegen. Von den Vermittlungsanstalten, die sich mit Dienstboten und Wirtschaftspersonal befassen, werden regelmäßig Gebühren berechnet. Solche Anstalten waren in Stuttgart im Jahr 1892 74 polizeilich gemeldet, doch haben davon nur 56 das Vermittlungsgeschäft tatsächlich betrieben. Zum Teil wurden diese Geschäfte in sehr geringem Umfang betrieben. Von 26 Geschäften wurden nicht einmal 100 Vermittlungen im Jahr erzielt. Dagegen hatten 18 Geschäfte zwischen 100 und 500, 7 Geschäfte zwischen 500 und 1000, 4 Geschäfte zwischen 1000 und 2000, ein Geschäft zwischen 5000 und 6000 Vermittlungen im Jahr. Von diesen Privatunternehmungen befassen sich die einen mehr mit Dienstboten, die anderen mehr mit Wirtschaftspersonal. Unter den letzteren sind wieder solche, die eine bestimmte Spezialität betreiben. Die einen vermitteln vorwiegend für Kellner, andere für Kellnerinnen in gewöhnlichen Wirtschaften, wieder andere für Kellnerinnen in feineren Wirtschaften. Im Jahr 1892 haben sich an die genannten 56 Anstalten ca. 21000 stellensuchende Dienstboten u. s. w. und 18000 stellen anbietende Dienstherrschaften u. s. w. gewandt. Die Gebühren sollen nach den Tarifen, die in den Geschäftsräumen auszuhängen sind, erhoben werden. Schon nach diesen Tarifen sind die Gebühren ziemlich hoch, es scheint aber, daß in Wirklichkeit von manchen Anstalten noch höhere Gebühren verlangt werden. Die meisten Anstalten verlangen außer der eigentlichen Vermittlungsgebühr auch eine Einschreibgebühr, und zwar werden in der Regel beide Gebühren sowohl von den Arbeitgebern als von den Arbeitnehmern verlangt. Nach den Tarifen bewegen sich die Einschreibgebühren in der Regel zwischen 20 Pf. und 5 Mark, die Vermittlungsgebühren zwischen 1 Mark und 25 Mark. Es wird angenommen werden können, daß die Gebühren, die von diesen Anstalten jährlich erhoben werden, weit über 100000 Mark betragen.

Ferner besteht hier seit dem Jahr 1865 das Bureau für Arbeitsnachweis in der Karlsstraße, das für männliche Arbeiter aller Gewerbe Arbeit vermittelt. Im Jahr 1892 wurden bei dem Bureau 6539 Arbeiter und Lehrlinge gesucht, und 8443 Arbeiter und Lehrlinge haben um Stellen nachgefragt. Nach auswärts wurden 679 Stellen und in Stuttgart 4736 Stellen vermittelt. Es wurden also ungefähr 10 % der Arbeitsstellen für männliche Arbeiter durch die Vermittlung des Bureaus in der Karlsstraße besetzt. Das Bureau wird besonders stark von Schreibern, Schuhmachern, Flaschnern, Schlossern benutzt, auch Tagelöhner, Laufburschen und andere ungelernete Arbeiter wenden sich häufig dorthin. Die Arbeitgeber haben bei Benutzung des Bureaus eine Gebühr zu bezahlen, die für die in Stuttgart wohnenden 40 Pf., für die auswärts wohnenden 50 Pf. beträgt. Sehr viele Arbeitgeber zahlen ein Jahresabonnement, das in der Regel 4 Mark zu betragen scheint, und erhalten dafür das Recht, beliebig oft im Jahr sich Arbeiter zuweisen lassen zu dürfen. Solche Abonnenten waren es 768 im Jahr 1892, und es scheint, daß von diesen Abonnenten das Bureau besonders stark benutzt wird. Die Arbeiter haben bei Zuweisung einer Stelle eine Gebühr von 20 Pf. zu zahlen, von der sie die Hälfte zurückerhalten, wenn sie Anzeige von



ihrem Eintritt in die zugewiesene Stelle machen. Zwischen den Privatunternehmungen und den Nachweisanstalten von Vereinen nimmt das Bureau in der Karlsstraße eine Mittelstellung ein. Mit den letzteren hat es insofern Ähnlichkeit, als nach den bestehenden Statuten die Leitung und Aufsicht über das Bureau ein Ausschuß von neun Mitgliedern zu führen hat, zu welchem je drei Mitglieder durch den Gewerbeverein, den Arbeiterbildungsverein und den Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen gewählt werden. Dagegen ist das Bureau nach der finanziellen Seite ein Privatunternehmen so gut wie jedes andere Vermittlungsbureau. Die Einnahmen an Abonnementsgeldern und Gebühren sind Einnahmen des Verwalters, der dafür die sämtlichen Ausgaben für Geschäftsräume, Inzerate, Bureauaufwand u. s. w. zu bestreiten hat. Der Uberschuß, der je nach dem Geschäftsgang sehr verschieden sein kann, bleibt dem Verwalter.

### 3. Die Arbeitsvermittlung in anderen Städten.

In anderen Städten steht es mit der Arbeitsvermittlung ähnlich wie in Stuttgart. Überall bestehen Vereinigungen von Arbeitgebern und Vereinigungen von Arbeitern, die sich zur Aufgabe machen, in freier Vereinsfähigkeit die Arbeitsvermittlung für ihr Gewerbe zu besorgen. Aber eine Arbeitsvermittlung in weitem Umfang hat sich bei diesen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeiter bis jetzt nicht entwickelt. Eine Ausnahme ist bloß in England zu bemerken, wo die Gewerksvereine der Arbeiter einen großen Teil der Arbeitsvermittlung in der Hand haben. Dagegen scheinen in Deutschland und Österreich die Fachvereine der Arbeiter, die alle die Arbeitsvermittlung als einen ihrer hauptsächlichsten Zwecke bezeichnen, trotz vieler Bemühungen bis jetzt keine sehr großen Erfolge erzielt zu haben. Ähnlich steht es mit den Vereinigungen der Arbeitgeber. Bloß bei den Gewerben, in denen die Gesellen noch beim Meister essen und wohnen, also bei den Bäckern, Mehlgern, zum Teil auch bei den Wirten, ist es den Arbeitgebern gelungen, den Arbeitsnachweis in der Hand zu behalten. In den übrigen Gewerben scheinen die Bestrebungen der Innungen und sonstigen Vereinigungen der Arbeitgeber sehr wenig Erfolg gehabt zu haben. Auf dem Umschauen und auf der Thätigkeit der privaten Vermittlungsanstalten beruht noch überall der weit überwiegende Teil der gesamten Arbeitsvermittlung. Dazu kommt mehr und mehr, je größer die Städte anwachsen, die Vermittlung durch Zeitungsanzeigen. Namentlich in sehr großen Städten, wie London und Berlin, kann sich der Arbeiter nicht mehr auf das planlose Umherziehen bei den Arbeitgebern verlassen, er muß vorher durch die Zeitungen sich Anhaltspunkte verschaffen. In den Ländern der germanischen Rasse, in Deutschland, in der Schweiz, in Österreich, wo viel von einem Ort zum andern gewandert wird, herrscht das Umschauen vor; in den Ländern der romanischen Rasse, namentlich in Frankreich, wo die Arbeiter feßhafter sind, sind es die privaten Vermittlungsanstalten, die zum überwiegenden Teil die Arbeitsvermittlung an sich gerissen haben. Ob die Uebelstände beim Umschauen oder bei den privaten Vermittlungsanstalten größer sind, ist schwer zu sagen. Beim Umschauen liegt die Gefahr darin, daß das Umschauen zum Bettel- und Stromertum führt. Der Arbeitslose wird arbeitscheu und verkommt auf der Landstraße. Für die Arbeitgeber bildet das Umschauen nicht bloß eine Belästigung; mit dem Umschauen ist, da es häufig nur einen Vorwand zum Betteln bildet, in der Regel auch eine pekuniäre Belastung, die in manchen Gewerben



recht erheblich werden kann, verbunden. Wo die privaten Vermittlungsanstalten vorherrschen, treten andere Uebelstände zu Tage; hier sind die Arbeiter einer Ausbeutung ausgesetzt, die oft ins Maßlose geht. Für die weiblichen Arbeiter und Dienstboten kommt häufig noch die weitere Gefahr in Betracht, daß sie nicht der Arbeit, sondern der Prostitution zugeführt werden.

Die Reformen, die in den verschiedenen Ländern in den letzten Jahrzehnten angebahnt wurden, stehen in engem Zusammenhang mit den Uebelständen, die sich unter den seitherigen Verhältnissen gezeigt haben. In Frankreich, wo die Ausbeutung der Arbeiter durch die privaten Vermittlungsanstalten den Hauptübelstand bildet, wurde die Errichtung von öffentlichen Vermittlungsanstalten angestrebt, deren erste Aufgabe sein sollte, durch kostenlose Vermittlung die Konkurrenz der privaten Vermittlungsanstalten aus dem Feld zu schlagen. In Deutschland, in Österreich und in der Schweiz, wo das Umschauen vorherrscht, traten die Uebelstände hauptsächlich im Bettlerwesen und im Stromertum zu Tage. Es wurden deshalb zunächst von den Armenbehörden und Armenvereinen, die in erster Linie das Bettlerwesen und das Stromertum zu spüren hatten, Versuche gemacht, die Ursachen, die zum Umschauen und von da zum Betteln führen, zu bekämpfen. Allenfalls wurden von Armenbehörden und Armenvereinen Anstalten für Arbeitsnachweis ins Leben gerufen. Schon im Jahr 1841 wurde vom Armenverein in Dresden ein Arbeitsnachweis errichtet. Die städtische Armenbehörde in Leipzig folgte im Jahr 1844 nach. Ähnliche Anstalten sind seither in einer Reihe von größeren Städten gegründet worden, so in Stuttgart durch den Localwohlthätigkeitsverein im Jahr 1883, ferner in Breslau, Chemnitz, Erfurt, Dortmund, Mülhausen i. G., Zürich u. s. w. Alle diese Anstalten beruhen auf freiwilligen Beiträgen der wohlhabenden Bevölkerung, und die Arbeitsvermittlung geschieht in der Regel kostenlos. Die Thätigkeit dieser Vereine erstreckt sich hauptsächlich auf weibliche Arbeitskräfte, die aber weniger für eigentliche gewerbliche Arbeit, als für häusliche Aushilfsdienste aller Art gesucht werden. Die Arbeitsvermittlung für Männer ist bei allen diesen wohlthätigen Anstalten von ganz geringem Umfang, und manche Anstalten haben, weil doch nichts dabei herauskommt, die Arbeitsvermittlung für Männer ganz aufgegeben. Die männlichen Arbeiter entschließen sich eben nur im äußersten Nothfall dazu, eine Anstalt aufzusuchen, in der ihnen Arbeit gewissermaßen als Almosen zugewiesen wird. Auch die Naturalverspflugungsstationen befassen sich mitunter mit der Arbeitsvermittlung für wandernde Arbeiter, besonders in der Schweiz und in Österreich ist dies der Fall. Die Erfolge scheinen bis jetzt nicht sehr groß gewesen zu sein, und das wird auf ähnlichen Gründen beruhen, wie bei den Vermittlungsanstalten der Armenvereine. Von den wohlthätigen Vereinen beschränken sich einige nicht darauf, den Arbeitsuchenden Arbeit bei privaten Arbeitgebern zuzuweisen, sie unterhalten eigene Arbeitsstätten, in denen die Arbeitsuchenden mit Holz machen u. s. w. beschäftigt werden, oder sie weisen die Arbeitsuchenden in landwirtschaftliche Arbeiterkolonien ein. Große Erfolge scheinen aber auch hier noch nicht erzielt worden zu sein, auch nicht in London, wo das größte derartige Unternehmen ins Werk gesetzt worden ist. In London hat vor einigen Jahren die Heilsarmee mit einem Kostenaufwand von mehr als zwei Million Mark nach einem umfassenden Plan Anstalten ins Leben gerufen, durch die den Arbeitsuchenden geholfen werden soll. Soweit die Arbeitsuchenden nicht bei privaten Arbeitgebern untergebracht werden können, finden sie Beschäftigung in den Gewerbebetrieben, die von



der Heilsarmee zu diesem Zweck gegründet wurden, oder in den Farmen, die zu diesem Zweck angekauft wurden. Zu den riesigen Kosten scheinen aber die Ergebnisse nicht im richtigen Verhältnis zu stehen.

Die schlechten Erfahrungen, die mit der Verbindung von Armenpflege und Arbeitsvermittlung gemacht worden sind, waren wohl hauptsächlich die Veranlassung, daß allmählich zur Gründung von Anstalten geschritten wurde, die ausschließlich für die Arbeitsvermittlung bestimmt sind und die sich streng von der Armenunterstützung fernhalten. Teils wurden besondere Vereine zu diesem Zweck gegründet, so hauptsächlich in Oesterreich und Belgien, teils haben sich eine Anzahl schon bestehender Vereine zur Gründung und zum Betrieb einer Vermittlungsanstalt zusammengesunden. Der Anfang wurde in Stuttgart gemacht, wo im Jahr 1865 das Bureau für Arbeitsnachweis in der Karlsstraße, das allerdings im Laufe der Zeit der Sache nach ein Privatunternehmen des Verwalters geworden ist, von drei Vereinen gegründet wurde, vom Gewerbeverein, vom Arbeiterbildungsverein und vom Verein zum Wohl der arbeitenden Klassen. In den letzten Jahren haben sich auch in Karlsruhe, in Freiburg i. Br., in Darmstadt eine Anzahl Vereine zur Gründung einer Vermittlungsanstalt zusammengethan. In Freiburg waren es vierzehn Vereine, die sich zu diesem Zweck vereinigt haben, in Darmstadt sogar sechszehn. Besondere Vereine zur Gründung und Unterhaltung von Vermittlungsanstalten sind entstanden in Berlin, Wien, Brünn, Prag, Amsterdam, Brüssel, Gent, Lüttich. Alle die Anstalten betreiben die Vermittlung nicht bloß für männliche, sondern auch für weibliche Arbeiter, die meisten sind nicht bloß für gewerbliche Arbeiter bestimmt, sondern auch für Dienstboten. In der Aufsichtsbehörde scheinen überall neben den Arbeitgebern auch die Arbeiter vertreten zu sein. Der Betrieb ist in den verschiedenen Anstalten ziemlich ähnlich, besonders praktisch scheint in Wien und in Lüttich der Betrieb eingerichtet zu sein. Die für den Betrieb erforderlichen Kosten werden, soweit sie nicht durch die Gebühren gedeckt werden, aufgebracht durch freiwillige Beiträge von Privatpersonen und von Vereinen, insbesondere von solchen Vereinen, die bei der Gründung der Anstalt beteiligt waren. Daneben aber beziehen alle diese Anstalten auch von öffentlichen Korporationen Unterstützung. In Brüssel und in Freiburg stellt die Stadt unentgeltlich die erforderlichen Räume, außerdem giebt in Freiburg die Handelskammer einen Beitrag von 300 Mark. In Wien und Brünn zahlen der Landtag, der Gemeinderat, die Handels- und Gewerbekammer und die Spartasse erhebliche Beiträge, in Wien z. B. der Gemeinderat 500 Gulden. In Berlin giebt der Magistrat einen Beitrag von 3000 Mark, in Lüttich zahlt die Stadt 1000 Franks und die Provinz 500 Franks. Mit Ausnahme von Lüttich, wo die Vermittlung unentgeltlich ist, scheinen in allen diesen Anstalten Gebühren erhoben zu werden. Freiburg und Karlsruhe verlangen sowohl vom Arbeiter als vom Arbeitgeber Gebühren, und zwar ziemlich hohe Gebühren. Dagegen hat in Berlin, Wien, Brünn, Amsterdam bloß der Arbeiter eine Gebühr zu bezahlen, und zwar in den drei erstgenannten Städten bloß dann, wenn ihm eine Arbeitsstelle nachgewiesen wird. Die Gebühren sind in diesen Städte niedriger, sie betragen 20 Pf., 10 Kreuzer und 10 Cent. Die Zahl der Vermittlungen ist bei allen diesen Anstalten im Zunehmen begriffen, doch ist sie im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter in den betreffenden Städten überall noch sehr mäßig. Was die Vermittlung für gelehrte Arbeiter betrifft, so scheinen insbesondere bei den Anstalten gute Erfolge erzielt zu werden, wo die Arbeitgeber keine Gebühr zu bezahlen haben, wie in Wien und Brünn. Ein Uebelstand bei diesen Anstalten liegt





darin, daß ihre finanzielle Grundlage eine sehr unsichere ist. Die Beiträge der Privatpersonen, die sich für die Einrichtung interessieren, sind schwankend, und ebenso schwankend sind die Beiträge, die von Vereinen und Korporationen gegeben werden. In Wien ist z. B. im Jahr 1891 der Vermittlungsanstalt ein Beitrag von 500 Gulden von dem Komitee des Industrieellenballs zugewiesen worden; im folgenden Jahre haben die Industriellen nicht mehr für die Arbeitsvermittlung getanzt und der Beitrag von 500 Gulden, der 11 Prozent der gesamten Einnahmen ausgemacht hat, ist ausgefallen. Ein Uebelstand liegt ferner darin, daß die vielen Vereine, die bei der Gründung und Leitung der Anstalt beteiligt sind oder die Beiträge für die Anstalt gewähren, bei ihren verschiedenartigen Tendenzen nicht immer miteinander auszukommen verstehen. Vom Jahre 1892 wird z. B. aus Brünn berichtet, daß einige Fachvereine zurückgetreten sind, während von Karlsruhe gemeldet wird, daß die Innungen nicht mehr mitmachen wollen.

Die bisher geschilderten Uebelstände können vermieden werden, wenn der Staat oder die Stadt sich entschließt, selbst einen Arbeitsnachweis zu errichten und die Kosten des Betriebs zu tragen. In verschiedenen Staaten der Nordamerikanischen Union, z. B. in Ohio, sind staatliche Vermittlungsanstalten entstanden. In Luxemburg hat der Staat im Anschluß an die Post eine systematische Arbeitsvermittlung eingerichtet, die schon jetzt nach wenigen Monaten des Betriebs eine ausgedehnte Thätigkeit aufzuweisen hat. Die Arbeiter, die eine Stelle suchen, und die Arbeitgeber, die einen Arbeiter bekommen möchten, wenden sich mit einer Postkarte, deren Preis von 5 Cent. zugleich die einzige Vermittlungsgebühr bildet, an die nächste Postanstalt. Diese Anstalt giebt, wenn sie nicht selbst die Vermittlung besorgen kann, das Gesuch weiter an das Hauptpostamt in der Stadt Luxemburg, wo alle aus dem ganzen Land einlaufenden Gesuche jeden Abend in einer Liste zusammengestellt werden. Die Liste wird gedruckt, an sämtliche Postanstalten des Landes versandt und dort zur Benützung für das Publikum ausgehängt. Zunächst scheint die Arbeitsvermittlung in Luxemburg vorwiegend von ungerlehrten Arbeitern, insbesondere von weiblichen Arbeitern und Dienstboten, benützt zu werden.

In anderen Ländern hat die Stadtverwaltung sich des Arbeitsnachweises angenommen. Der Anfang wurde in Frankreich gemacht, wo bis jetzt etwa in 12 Städten Arbeitsbörsen entstanden sind. Die Stadtverwaltung stellt die nötigen Räume zur Verfügung und trägt die Kosten des Betriebs. In Paris z. B. hat die Einrichtung der Arbeitsbörse mehrere Millionen Franks gekostet, und die Betriebskosten belaufen sich auf mehr als 40 000 Franks im Jahr. Der Betrieb der Arbeitsbörsen ist vollständig den Arbeitersyndikaten, die ausschließlich aus Arbeitern bestehen, überlassen, während die Arbeitgeber von der Verwaltung ausgeschlossen sind. Das bildet die Quelle von fortwährenden Streitigkeiten zwischen den Stadtverwaltungen und den Behörden einerseits und den Arbeitersyndikaten, die sich in ihre Verwaltung nichts dreinreden lassen wollen, andererseits. In Paris haben diese Streitigkeiten jetzt schon zum zweitenmal zur Auflösung der Arbeitsbörse geführt, auch in Lyon war infolge von derartigen Streitigkeiten die Arbeitsbörse einmal ein Jahr lang außer Betrieb gesetzt. Die Erfolge, die die französischen Arbeitsbörsen mit ihrer Arbeitsvermittlung erzielt haben, sind bis jetzt nicht sehr groß, obwohl die Vermittlung kostenlos geschieht. Die Arbeitgeber scheinen immer noch die Vermittlung der Privatanstalten vorzuziehen, ehe sie sich an die von den Arbeitern geleiteten Arbeitsbörsen wenden.



Auch in verschiedenen Städten Italiens bestehen Arbeitsbörsen nach französischem Muster und ähnliche Einrichtungen werden in Portugal geplant. Auf wesentlich verschiedener Grundlage sind in der Schweiz und in allerletzter Zeit in Deutschland städtische Vermittlungsanstalten entstanden. In einem schlesischen Regierungsbezirk hat der Regierungspräsident die Anregung zur Errichtung von städtischen Arbeitsnachweisen gegeben, und bis jetzt ist die Stadt Brieg mit der Errichtung einer städtischen Vermittlungsanstalt vorangegangen. In der Schweiz bestehen schon seit mehreren Jahren städtische Vermittlungsanstalten in Basel und Bern. Besonders in Basel wird die Anstalt ziemlich stark benützt, und sie würde wohl noch stärker benützt werden, wenn die Gebühren, die vom Arbeiter und vom Arbeitgeber verlangt werden, nicht unverhältnismäßig hoch wären. In beiden Städten steht die Anstalt in städtischem Betrieb und die Betriebskosten werden, soweit sie nicht durch die Gebühren gedeckt werden, von der Stadt getragen. In Basel hat der Zuschuß der Stadt im Jahr 1891 1700 Franken, im Jahr 1892 595 Franken betragen, in Bern hat im Jahr 1892 der Zuschuß 2900 Franken betragen.

#### 4. Die Errichtung eines Arbeitsamts in Stuttgart.

Auf Grund der bisherigen Ausführungen können folgende Sätze aufgestellt werden.

1. Die seitherige Art der Arbeitsvermittlung, die hauptsächlich im Umschauen und in der Benützung der privaten Vermittlungsanstalten besteht, ist schädlich für Arbeiter und Arbeitgeber. Es ist notwendig, daß in jeder Stadt eine Anstalt besteht, in der womöglich die gesamte Arbeitsvermittlung sich konzentriert, und zwar für männliche und weibliche Arbeiter, für gewerbliche Arbeiter und für Dienstboten.

2. Die Vermittlungsanstalt darf in keiner Weise mit der Armenpflege im Zusammenhang stehen. Die Anstalt darf auch nicht der freien Vereinshätigkeit überlassen werden, die Anstalt muß vielmehr von der Stadt errichtet und auf Kosten der Stadt von städtischen Angestellten betrieben werden.

3. Damit die Anstalt allgemein benützt wird, ist notwendig, daß die Arbeitgeber und die Arbeiter gleiches Vertrauen zu der Leitung haben. Die Leitung darf daher, wenn sich nicht die gleichen Mißstände wie bei den französischen Arbeitsbörsen ergeben sollen, nicht den Arbeitervereinigungen allein überlassen werden. Ebenso wenig sollte aber die Leitung an die Gemeindeverwaltung selbst, in der die Arbeitgeber den ausschlaggebenden Einfluß haben, übertragen werden. Das Richtige wird sein, wenn dafür gesorgt wird, daß Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Anzahl an der Leitung beteiligt sind. Das wird am besten und einfachsten dadurch erreicht, daß die Leitung einem Ausschuß des Gewerbegerichts übertragen wird. Die Mitglieder des Gewerbegerichts, die aus der direkten Wahl aller Arbeitgeber und aller Arbeiter hervorgehen, sollen aus ihrer Mitte die Mitglieder des Ausschusses wählen.

4. Damit die Anstalt allgemein benützt wird, ist nach der Ansicht der großen Mehrheit des Gewerbegerichts weiter erforderlich, daß die Arbeitsvermittlung für Arbeitgeber und Arbeiter unentgeltlich erfolgt. Solange von den Arbeitgebern eine Gebühr verlangt wird, wird das Umschauen, insbesondere das Umschauen der weiblichen Arbeiter, nicht unterdrückt werden können. Die Betriebskosten werden etwa 5000 Mark jährlich betragen. Die oberste Leitung würde dem Vorsitzenden des

Gewerbegerichts, der dafür keine besondere Vergütung erhalten würde, zufallen. Außerdem müßte ein Beamter für die männliche Abteilung und ebenso für die weibliche Abteilung ein Beamter, und zwar ein weiblicher Beamter, angestellt werden. Der Gehalt der beiden Beamten würde etwa 4000 Mark betragen. Dazu würden noch etwa 1000 Mark für Bureauaufwand zc. kommen. Falls die Stadtverwaltung wegen finanzieller Bedenken die Erhebung von Gebühren verlangen würde, so sollte dem betriebsleitenden Ausschuß überlassen werden, in welcher Weise die Gebühren zu erheben sind, ob Arbeitgeber und Arbeiter, oder ob bloß Arbeiter oder bloß männliche Arbeiter Gebühren zu bezahlen haben.

Daß das Arbeitsamt sofort starke Benützung finden würde, ist sicher anzunehmen, denn es haben fast aus allen Gewerben sowohl die Arbeitgeber als die Arbeiter übereinstimmend erklärt, daß ein städtisches Arbeitsamt als eine sehr segensreiche Einrichtung zu begrüßen sei, insbesondere für die weiblichen Arbeiter. Nach den eingezogenen Erkundigungen würden die meisten Geschäfte, die ihre weiblichen Arbeitskräfte seither auf dem Weg des Umschauens bekommen haben, künftig bloß noch durch Vermittlung des Arbeitsamts Arbeiterinnen einstellen. Daß einzelne Gewerbe, die jetzt schon einen geregelten Arbeitsnachweis haben, zunächst das städtische Arbeitsamt nicht benützen werden, ist allerdings in Aussicht zu nehmen. Es ist aber zu hoffen, daß diese Gewerbe, wenn sich das städtische Arbeitsamt bewährt, allmählich beitreten werden.

Wenn ein zuverlässiger, öffentlicher Arbeitsnachweis besteht, kann gegen die Mißstände, die mit dem Umschauen und mit den privaten Vermittlungsanstalten notwendig verbunden sind, viel energischer eingeschritten werden, als dies jetzt möglich ist. Die Behörden wissen auch jetzt ganz gut, daß das Umschauen in vielen Fällen weiter nichts ist, als Bettel, aber trotzdem können die Behörden nicht energisch einschreiten, denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen sind eben die privaten Vermittlungsanstalten und das Umschauen ein notwendiges Übel, sie sind in vielen Fällen der einzige Weg, auf dem die Arbeiter eine Stelle bekommen können. Sobald eine öffentliche Vermittlungsanstalt vorhanden ist, ändert sich die Sache. Die privaten Vermittlungsanstalten sind nicht mehr notwendig, und sie brauchen daher auch nicht mehr geschont zu werden, wenn sie sich als unzuverlässig herausstellen. Ebenso überflüssig wird das Umschauen. Die Arbeitgeber brauchen sich künftig kein Gewissen daraus zu machen, wenn sie einem Arbeitsuchenden die Unterstützung, die sie seither aus falschem Mitleiden zu geben pflegten, verweigern und die Arbeitsuchenden an das Arbeitsamt, wo ihnen unentgeltlich Arbeit verschafft wird, weisen. Auch die Polizeibehörden werden künftig durch nichts mehr gehindert sein, kräftig gegen den Bettel, der aus dem Umschauen hervorgeht, aufzutreten. Wenn so die Arbeitgeber und die Polizeibehörden das ihrige beitragen, wird das Umschauen allmählich ganz verschwinden.

Nun wird allerdings manchmal der Fall eintreten, daß das Arbeitsamt nicht imstande ist, einem Arbeitsuchenden Arbeit nachzuweisen und daß dann der Arbeitsuchende, wenn er mittellos ist, in irgend einer Weise unterstützt werden muß. Gerade in solchen Fällen wird sich das Arbeitsamt als nützliche Einrichtung bewähren. Verhältnismäßig wenige Arbeiter gehören Vereinen an, die ihnen im Fall der Arbeitslosigkeit ausreichende Unterstützung gewähren. Die meisten Arbeiter sind, wenn sie keine Arbeit bekommen, darauf angewiesen, sich durch die Geschenke,

Gochstift, Arbeitslosigkeit.



die sie beim Umschauen von den Arbeitgebern erhalten, oder durch die Unterstützungen, die ihnen die städtische Armenverwaltung, der Lokalwohltätigkeitsverein u. dergleichen, vor der Not zu schützen. Nun kommt es recht häufig vor, daß auch Leute, die keine Arbeit finden wollen, ihr Unterstützungsgeſuch damit begründen, daß sie keine Arbeit finden können. Die Armenverwaltung befindet sich dann in einer mißlichen Lage, denn sie kann in der Regel nicht untersuchen, ob die Behauptung, es gäbe keine Arbeit, auch richtig ist. Besonders mißlich wird die Lage der Armenverwaltung im Winter, wo die Unterstützungsgeſuche wegen Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr sich mehren. Wenn ein Arbeitsamt besteht, wird in die verworrenen Zustände, die seither geherrscht haben, bald einige Ordnung gebracht werden können. Jeder Arbeitsuchende wird an das Arbeitsamt gewiesen, wo ihm unentgeltlich Arbeit bei einem privaten Arbeitgeber zugewiesen wird. Wenn keine passende Arbeit bei einem privaten Arbeitgeber vorhanden ist, wird dem Arbeitsuchenden bei einem der städtischen Untern, die mit Holzspalten, Steinschlagen, Grabarbeiten u. dergleichen eine Anzahl Leute beschäftigen können, Arbeit zugewiesen. Erst wenn auch bei diesen städtischen Untern keine Arbeit mehr zu haben ist, oder wenn dem Arbeitsuchenden die bei diesen Untern eingeführten Arbeiten nicht zugemutet werden können, wird dem Arbeitsuchenden vom Arbeitsamt eine Bescheinigung ausgestellt, auf Grund deren er von der Armenbehörde oder den Wohltätigkeitsvereinen Unterstützung bekommt.

Ferner wird es für das Gewerbegericht selbst in vielen Fällen sehr wertvoll sein, wenn mit ihm der allgemeine Arbeitsnachweis verbunden ist. Bei den vielen Entschädigungsklagen wegen kündigungsloser Entlassung und wegen unrechtmäßigen Verlassens der Arbeit ist es für die Festsetzung der Entschädigung notwendig zu wissen, ob der entlassene Arbeiter keine andere Arbeit bekommen kann und ob der Arbeitgeber keine anderen Arbeitskräfte einstellen kann. In solchen Fällen ist bloß dann eine sichere Grundlage für die Entscheidung gegeben, wenn das Gewerbegericht durch den mit ihm verbundenen Arbeitsnachweis zu jeder Zeit ein genaues Bild über Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in den verschiedenen Gewerben bekommen kann.

Auch für die Thätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter wird eine ganz neue Aussicht eröffnet, wenn die Gewerbegerichte zugleich den Arbeitsnachweis in die Hand bekommen. Bis jetzt sind bekanntlich die Gewerbegerichte noch nie in irgendwie nennenswerter Weise als Einigungsamt angegangen worden, wohl aus dem einfachen Grund, weil das Einigungsamt unter den bestehenden Verhältnissen nicht die geringste Macht hat, seinen Schiedsspruch durchzusetzen. Es ist leicht erklärlich, daß niemand sich die Mühe nimmt, einen Schiedsspruch herbeizuführen, der für ihn keinen praktischen Wert hat. Wenn der Arbeitsnachweis mit dem Gewerbegericht verbunden ist, dann hat das Gewerbegericht als Einigungsamt die Macht, seine Schiedssprüche durchzusetzen, und zwar dadurch, daß den Arbeitgebern, die nicht nach dem Schiedsspruch handeln, keine Arbeiter mehr zugewiesen werden, und daß den Arbeitern, die sich dem Schiedsspruch nicht fügen, keine Arbeitsstellen mehr vermittelt werden.

Auch auf dem Gebiet der Arbeiterstatistik wird von den Arbeitsämtern manches geleistet werden können. Die Arbeitsämter werden insbesondere in der Lage sein, wertvolle Aufschlüsse über die Bewegungen des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage in den verschiedenen Gewerben und Jahreszeiten geben zu können. Mit dem Material, das

die Arbeitsämter liefern können, wird jedenfalls eine bessere Grundlage für die Notstandsmaßregeln, nach denen in jedem Winter gerufen wird, gegeben sein, als mit den Erhebungen, die seit einigen Wintern die Gewerkschaften zu machen pflegen. Die Erhebungen der Gewerkschaften geben immer nur Auskunft über die Arbeitslosigkeit, wie sie sich an einem einzelnen Tag darstellt, während die Arbeitsämter für ganze Zeiträume Angaben über das Anwachsen der Arbeitslosigkeit liefern können.

Wenn einmal einige Städte den Anfang mit der Errichtung eines Arbeitsamts gemacht haben, werden die übrigen Städte bald nachfolgen müssen, und die Bedeutung der Arbeitsämter wird zunehmen, je dichter sie über das ganze Reich sich ausbreiten. Für die Zwecke der Arbeiterstatistik liegt das auf der Hand, aber auch für die Zwecke der Arbeitsvermittlung wird es von großem Vorteil sein, wenn in allen Industrieorten Arbeitsämter bestehen, die miteinander in Verbindung stehen. Wenn ein Arbeitsamt die Arbeitsuchenden in der eigenen Stadt nicht unterbringen kann, oder wenn für die Arbeitgeber, die nach Arbeitern suchen, an Ort und Stelle keine Arbeiter vorhanden sind, so wird in vielen Fällen eine telegraphische oder telephonische Anfrage bei den benachbarten Arbeitsämtern zum Ziel führen.

Im Laufe der Zeit werden den Arbeitsämtern wohl auch noch andere Funktionen übertragen werden können, sie werden z. B. Erhebungen, wie sie von der Reichskommission für Arbeiterstatistik veranstaltet werden, viel besser und zuverlässiger vornehmen können, als es den Polizeibehörden, denen seither diese überaus wichtige Arbeit übertragen war, möglich ist. Vielleicht kann bei den Arbeitsämtern im Laufe der Zeit auch einmal die Arbeiterversicherung vereinigt werden, die bis jetzt viel zu umständlich und viel zu sehr zersplittert ist. Alles das sind Dinge, die auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse recht wohl durchgeführt werden können, es gehört dazu nur das eine, daß für die sozialen Reformen, von deren Notwendigkeit so viel geschrieben und geredet wird, ein wenig Verständnis und viel guter Wille vorhanden ist.

Stuttgart, im Juli 1893.

Ernst Lautenschlager,  
Vorsitzender des Gewerbegerichts.

### III.

Betreffend: Die Eingaben des Vereins selbständiger Gewerbetreibender und des Mainzer Gewerkschaftsartells wegen Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes zu Mainz.

### Protokoll

über die Sitzung des Gewerbegerichts der Stadt Mainz  
sowie Gutachten des Gerichts in obigem Betreff.

Geschehen: Mainz, den 30. Oktober 1893.

Die Beisitzer des Gewerbegerichts waren zur Verhandlung und Beratung über obigen Gegenstand und zur Erstattung des von der Großh. Bürgermeisterei Mainz eingeforderten Gutachtens auf heute ein-



geladen worden. Wie durch Namensaufruf festgestellt wurde, waren erschienen:

- a) Seitens der Arbeitgeber die Herren (folgen 25 Namen).  
b) Seitens der Arbeitnehmer die Herren (folgen 23 Namen).

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Dr. Gäßner, führte derselbe aus:

Das Mainzer Gewerkschaftskartell hat mittelst Eingabe vom 15. Oktober l. Js. die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes beantragt, ein Antrag, zu dem der Verein selbständiger Gewerbetreibender, veranlaßt durch eine Zeitungsnotiz, bereits am 16. September abhin schriftlich seine Zustimmung erklärt hatte. Beide Eingaben, in der Hauptsache einig gehend, sprechen sich für Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes aus. Die zur Prüfung der Eingaben gemachten Vorarbeiten haben ergeben:

Die Zahl der hier beschäftigten gewerblichen Arbeiter, Dienstboten und Lehrlinge anlangend, so gehörten nach dem Rechenschaftsberichte der Großh. Bürgermeisterei Mainz für das Jahr 1891/92 als Mitglieder an:

	Männl.	Weibl.
a) der Ortskrankenasse . . . . .	5 523	1 816
b) der Betriebs- (Fabriks-) Krankenasse . . . . .	1 605	155
c) den Hilfskassen . . . . .	4 417	70
d) den Innungskrankenkassen . . . . .	492	—
e) den örtlichen Verwaltungsstellen und dem Bezirksverein . . . . .	2 916	112
Im Ganzen	14 953	2 153
	17 106	

Hierzu kommen noch die bei der städtischen Krankenanstalt versicherten Dienstboten und Lehrlinge . . . . .

ca. 4 200

so daß sich die Summe der Versicherten auf . . . 21 306

beläuft. Die Gesamtzahl der hier beschäftigten gewerblichen Arbeiter, Dienstboten und Lehrlinge wird hiernach, da in obiger Summe auch selbständige Gewerbetreibende und Personen, welche mehreren Krankenkassen angehören, enthalten sind, auf ca. 19 000 bis 20 000 anzunehmen sein.

Der Arbeitsnachweis und die Arbeitsvermittlung wurden seither für die Dienstboten und Kellnerinnen fast ausschließlich von den hier bestehenden 36 Gesinde- und Vermietungsstellen besorgt. Es haben nach den angestellten Erhebungen im Jahre 1892 bei den Dienstbotenvermittlern 7505 weibliche Dienstboten Stellen begehrt und 3671 Stellen gefunden.

Arbeitsnachweis für gewerbliche Arbeiter haben eingerichtet:

Die Bäcker-, Fleischer-, Schlosser-, sowie Barbier- und Friseur-Innung, der Schneidermeister-Verein, die Glaser-Gesellschaft, die Fachvereine der Tüncher und Lackierer, Schreiner, Glaser, Schneider und Schuhmacher, der Verbände der Bierbrauer, Bildhauer, Goldarbeiter, Maurer und Zimmerleute, der allgemeine Sattlerverein, Verein der Wöttcher, Unterstützungsverein der Buchdrucker, endlich der hiesige Armenverein gegen Bettel. Über die Zahl der von diesen Arbeitsnachweisstellen nachgewiesenen Arbeitsgelegenheiten waren Angaben nicht zu erhalten. So die derzeitige Lage in Mainz.

Nachdem sodann der Vorsitzende über die einschlägigen Verhältnisse anderer Städte nähere Mitteilung gemacht und über die geschichtliche Entwicklung ähnlicher Anstalten Aufschluß gegeben hatte, nahm Vorsitz

Haas zur Begründung des vom Gewerkschaftskartell eingebrachten Antrages das Wort:

Die seit Jahren über allen Kulturstaaten lagernde wirtschaftliche Depression hat begreiflicherweise eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit im Gefolge, die sich besonders in den Wintermonaten zu einem unleugbaren Noistand herabildet. Das Erkennen dieser traurigen Lage eines großen Teiles der Arbeiter ließ auf Mittel sinnen, die fühlbarsten Härten der Arbeitslosigkeit zu mildern. So kam man zunächst auf die Forderung der Inangriffnahme von sogenannten Notstandsarbeiten seitens der Gemeinden und des Staates. In einer Anzahl Städte, so auch hier, wurde dem dringenden Verlangen stattgegeben, allerdings nicht in ausreichender Weise.

Den Beweis anzutreten, daß Arbeitslosigkeit in ausgedehntem Maße vorhanden sei, versuchten nunmehr die Gewerkschaften einer Anzahl Städte, indem sie statistische Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit veranstalteten. Ohne jede Unterstützung seitens der Behörden, ja sogar, wie in Dresden, durch ein Polizeiverbot gehindert, waren die Arbeiter bei diesem Vorgehen überall nur auf eigene Kraft und eigene Mittel angewiesen. Daß eine unter solch schwierigen Verhältnissen aufgenommene Statistik nur Stückwerk sein konnte und auf Vollkommenheit absolut keinen Anspruch erheben durfte, war als selbstverständlich anzunehmen. Die Gewißheit aber, daß die Pflege der Arbeitslosen-Statistik eine enorme Bedeutung habe, legte den Gedanken nahe, derartigen Erhebungen größere Aufmerksamkeit als seither zu widmen.

Im Verfolg dieser Angelegenheit kam denn auch das hiesige Gewerkschaftskartell darauf, ein Bureau zu errichten, das in bestimmten Zwischenräumen statistische Erhebungen veranlassen sollte und daneben den Zweck habe, Auskunft zu erteilen in allen gewerkschaftlichen Streitfragen, sowie in Angelegenheiten der Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung. Hauptsächlich aber sollte dieses Bureau den Zwecken des Arbeitsnachweises dienen. Ohne irgendwelche finanzielle Hilfsmittel, nur von den Gewerkschaften selbst unterhalten und somit nur auf die Leistung von geeigneten Arbeitern in den Abendstunden verwiesen, war eine wirksame Thätigkeit schon im voraus fraglich.

Die Erkenntnis, daß die bestehenden verschiedenen Arten der Arbeitsvermittlung den heutigen Verhältnissen keineswegs entsprechen, brach sich allenthalben in den Arbeiterkreisen Deutschlands Bahn und ließ auch das hiesige Gewerkschaftskartell die Angelegenheit von einem anderen Standpunkte betrachten. Das unbestrittene Verdienst des früheren Vorsitzenden des Stuttgarter Gewerbegerichts, Lautenschlager, ist es, daß er dieses Streben, welches in verschiedenen Städten sich regte, in die richtigen Bahnen lenkte und die Grundzüge von auf Gemeindefosten zu errichtenden Arbeitsämtern entwarf. Namentlich gestützt auf dieses Vorgehen in Stuttgart ist das Gewerkschaftskartell mit dem vorliegenden Gesuch an die Bürgermeisterei und das Stadtverordneten-Kollegium herangetreten, und wurde es freudig begrüßt, daß der Vorstand des Vereins selbständiger Gewerbetreibender die gemachte Eingabe so thatkräftig unterstützte.

Was nun die seither gebräuchlichste Arbeitsvermittlung betrifft, so läßt sich diese in ungefähr sechs Arten einteilen:

1. In Vermittlung durch Armenvereine und Verbände, sowie durch Private und Vereine hervorgerufene Wohlthätigkeits-Anstalten. Es soll nicht untersucht werden, inwieweit die dagegen erhobenen Vorwürfe gerechtfertigt sind; großes Vertrauen weiter Kreise der Arbeitsuchenden wurde ihnen nicht entgegengebracht, denn diese



Anstalten waren vielfach stets mit dem Odium behaftet, daß Protektion, Religionszugehörigkeit, sowie politische Ansicht des Arbeitssuchenden bei etwaigen Vakanzen eine keineswegs untergeordnete Rolle spielten.

2. Der Arbeitsnachweis unter der Hand, bei welchem die Arbeitssuchenden durch Kollegen, Bekannte u. s. w. erfuhren, daß in einer Fabrik, Werkstatt u. s. w. eine Stelle frei sei, und bei dem in manchen Fällen die Persönlichkeit in entscheidendem Maße in die Waagschale fiel.

3. Die Stellenvermittlung auf dem Wege der Annoncen in Fachblättern und Zeitungen, die allerdings, besonders in letzterem Falle, mehr vom Arbeitgeber wie Arbeitnehmer benutzt wurde, die aber täglich den darauf Reflektierenden zu, wenn auch geringen, Ausgaben veranlaßte. Der Anblick, den die Ausgabeschalter großer Tagesblätter zur Zeit des Erscheinens der neuesten Nummern bieten, ist keineswegs erfreulich: die Begierde, mit der das suchende Auge die Inseratenspalten überfliegt und dann das Wettrennen um etwa ausgeschriebene Stellen, das sich täglich wiederholt, bis der Arbeitssuchende etwas gefunden, muß jeden Menschenfreund peinlich berühren. Durch das massenhafte Andrängen von Arbeitssuchenden zu gleicher Zeit wird aber auch mancher gewissenlose Arbeitgeber zu Lohnherabsetzungen verleitet.

4. Die Nachweise durch Innungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vereine. Heute dürfte es wohl allenthalben als unbestritten anerkannt werden, daß diese Art der Vermittlung je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen nur teilweise zur Zufriedenheit arbeitet; ihren ausgesprochenen Zweck hat sie nicht erfüllt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß im allgemeinen die Nachweise der Arbeitgeber nur in Zeiten schlechteren Geschäftsganges und diejenigen der Arbeiter nur in Zeiten besseren Geschäftsganges einigermaßen in Anspruch genommen werden.

Die 5. Art des Arbeitsnachweises, die private Stellenvermittlung, welche sich hauptsächlich mit Dienstboten und sonstigen Personen für den Haus- und Wirtschaftsbetrieb befaßt, bildet ein Gewerbe, das keineswegs nur dem Bedürfnis der Arbeitsvermittlung dient, sondern den ausgesprochenen Zweck hat, aus der Vermittlung Geld herauszuschlagen. Die Zunahme dieser Geschäfte beweist, daß das stete Anschwellen der Arbeitssuchenden für sie eine Quelle wachsender Einnahme ist. Es sind für stellensuchende Personen oft außerordentlich hohe Gebühren, die derartige Bureau für ihre Vermittlung fordern; hat doch beispielsweise Lautenschlager nachgewiesen, daß die 1892 in Stuttgart bestandenen 56 Stellenvermittlungs-Bureau Jahres-einnahmen von weit über 100 000 Mark haben! Nach den daselbst geltenden Tarifen bewegen sich die Einschreibgebühren in der Regel zwischen 20 Pf. und 5 Mark und die Vermittlungsgebühren zwischen 1–25 Mark!

Die 6., wohl die älteste und auch noch im Gewerbebetrieb gebräuchlichste Art der Vermittlung ist das sogenannte Umschauen, und wählen nicht nur die Zugereisten, sondern auch viele ansässige Arbeiter diesen Weg, sich Arbeit zu verschaffen. Diese Arbeitsuche ist aber ohne Zweifel die traurigste, denn die Art und Weise, in welcher die nach Arbeit Suchenden oft von Arbeitgebern abgewiesen werden, ist nicht geeignet, das Ehrgefühl des Arbeiters zu heben. Sie würdigt vielmehr den Arbeiter herab. Ist doch am Eingange vieler Orte zu lesen: „Betteln und Umschauen ist verboten!“ . . . .

Nach den Ausführungen des Herrn Haas wurde die General-Diskussion zur Frage der Errichtung eines Arbeitsamtes eröffnet und einstimmig die Frage bejaht: „Ist das Gewerbegericht der Ansicht, daß für die Stadt Mainz ein Arbeitsamt zu errichten sei?“

Das auf Grund der Resolution des Mainzer Gewerkschaftskartells von dem Vorsitzenden aufgestellte Statut kam nunmehr zur Besprechung.

§ 1. „Das Arbeitsamt Mainz hat den Zweck:

1. zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (gewerblichen Arbeitern, Diensthboten und Lehrlingen) Arbeit zu vermitteln;
2. in allen die Arbeiter und Arbeitsverhältnisse berührenden Fragen Auskunft zu erteilen;
3. eine Statistik über Arbeiter und Arbeitsverhältnisse zu führen.“

Abf. 1 und 2 dieses Paragraphen wurden einstimmig gutgeheißen.

Gegen Abf. 3 sprach Beisitzer Bernhart namens der Arbeitgeberbeisitzer und beantragte dessen Streichung. Es käme dabei die Lohnfrage sehr in Betracht, und diese werde voraussichtlich eine fortwährende Quelle von Streitigkeiten. Es wäre deshalb die Statistik nicht dem Arbeitsamt, sondern dem schon bestehenden städtischen statistischen Bureau zu übertragen. Dem gegenüber wurde durch Beisitzer Pachnicke betont, daß die Statistik über Arbeitslosigkeit innig zusammenhänge mit dem Arbeitsnachweis und am besten von dem Arbeitsamt bewältigt werde. Gegen die Statistik der Arbeitslosigkeit führte darauf Beisitzer Römheld aus, läge kein Bedenken vor; dieselbe ergebe sich aus dem jährlichen Geschäftsbericht des Arbeitsamtes. Aber für die statistischen Erhebungen über Krankheit, Wohnungsverhältnisse und Löhne sei das Arbeitsamt nicht die geeignete Stelle, daselbe habe nach anderer Seite seine Thätigkeit zu entfalten.

Im allgemeinen wurde dies seitens des folgenden Redners (Haas) zugegeben, indem er ausführte, daß es weniger in der Absicht des Gewerkschaftskartells gelegen habe, die Statistik auf die Lohnverhältnisse, als vielmehr auf die Arbeitslosigkeit, Angebot und Nachfrage von Arbeit auszudehnen.

Vors. Dr. Gahner machte schließlich den Vorschlag, den Abf. 3 wegzulassen und an dessen Stelle einzuschalten:

„Das Arbeitsamt ist verpflichtet, dem städtischen statistischen Bureau für Zwecke der Statistik über die Bewegungen des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage in den verschiedenen Gewerben und Jahreszeiten die erforderlichen Mitteilungen zu machen.“

Die Versammlung erklärte sich hiermit einstimmig einverstanden.

§ 2. „Das Arbeitsamt steht unter der Leitung und Aufsicht einer Kommission, dieselbe besteht aus einem Vorsitzenden und acht Mitgliedern. Vorsitzender ist der Vorsitzende, in dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die übrigen Mitglieder der Kommission werden von den Beisitzern des Gewerbegerichts aus ihrer Mitte gewählt und zwar von den Arbeitgebern und von den Arbeitnehmern je vier Mitglieder aus ihrer Zahl. Die Amtsdauer der Mitglieder erlischt mit dem Ablauf der Zeit, auf die sie für das Gewerbegericht gewählt sind.“

Nach einer Reihe von Erörterungen über die Zahl der Mitglieder wurde der § 2 einstimmig angenommen mit der Maßgabe, daß die Kommission aus sieben Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden besteht und daß von jeder Seite drei Mitglieder und zwei Stellvertreter zu wählen sind.

§ 3. „Die Sitzungen der Kommission werden von dem Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch mindestens alle zwei Monate einberufen. Die Kommission ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder geladen waren und mindestens fünf derselben — einschließlich des Vorsitzenden — versammelt sind. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt.“



Beisitzer Römheld beantragt diesem § beizufügen, daß die Beschlußfassung nur erfolgen kann, wenn bei der Abstimmung auf beiden Seiten die gleiche Anzahl Mitglieder der Kommission anwesend ist, welchem Antrage sich Beisitzer Bernhart anschloß. Der § gelangte hierauf mit dem Zusatz:

„Bei der Beschlußfassung muß unter den Mitgliedern die gleiche Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vertreten sein“ einstimmig zur Annahme.

§ 4. „Für jede Sitzung erhalten die Mitglieder — den Vorsitzenden ausgenommen — eine Entschädigung von zwei Mark.“

Beisitzer Pachnke beantragt die Entschädigung auf 3 Mark festzusetzen. Durch die Sitzungen würden die Beisitzer mindestens einen vollen halben Tag ihrer Arbeit entzogen, und da die Arbeitnehmerbeisitzer fast alle pro Tag mehr wie 4 Mark verdienen, sei eine Entschädigung von 3 Mark angemessen.

Nach kurzer Diskussion, wobei namentlich seitens des Vorsitzenden darauf hingewiesen wurde, daß die Beisitzer für ihre Teilnahme bei den Gewerbegerichtssitzungen auch nur 2 Mark Entschädigung erhielten, wurde einstimmig beschlossen, die Entschädigung mit 3 Mark einzustellen.

§ 5. „Das Arbeitsamt besteht aus einer männlichen und einer weiblichen Abteilung. An der Spitze jeder Abteilung steht ein Beamter und zwar bei der weiblichen Abteilung ein weiblicher Beamter. Die Beamten des Arbeitsamtes werden von der Stadtverordneten-Versammlung nach Anhörung der Kommission gewählt.“

Über die Trennung in eine männliche und weibliche Abteilung war man einig, ebenso darüber, daß an die Spitze der weiblichen Abteilung eine Frauensperson zu setzen sei. Diskussion veranlaßte dagegen die Frage der Besetzung der Leiterstelle der männlichen Abteilung. Beisitzer Haas führte nach dieser Richtung aus, das Gewerkschaftskartell habe in seiner Resolution den Antrag gestellt, mit der Leitung des Arbeitsamtes einen befähigten, mit den Verhältnissen vertrauten Arbeiter zu beauftragen. Bestimmend für diesen Antrag sei die Erwägung gewesen, daß der Leiter des Arbeitsamtes in erster Linie das Vertrauen der Arbeiter besitzen müsse, um mit Erfolg thätig sein zu können. Es sei nun selbstverständlich, daß die Arbeiter, die doch vorzugsweise das Arbeitsamt in Anspruch nehmen sollen und müssen, einem der ihrigen mehr Vertrauen entgegenbringen, als einem Beamten, der nicht Arbeiter sei. Beisitzer Pachnke bestätigte, daß ein Arbeiter besser in der Lage sei, die Verteilung der Arbeitsuchenden auf die einzelnen Geschäfte vorzunehmen, weil er mit den hiesigen Verhältnissen vertraut, die Qualifikation der Arbeitsuchenden eher beurteilen und letztere gleich an die richtige Stelle schicken könne. Namens der Arbeitgeberbeisitzer trat Beisitzer Bernhart dieser Auffassung entgegen. Das Arbeitsamt könne nur wirksam sein, wenn beide Teile es benutzen, und sei es unrichtig, wenn behauptet werde, daß nur ein Arbeiter in der Lage sei, die Arbeitsverteilung sachgemäß zu erledigen. Dies könne vielleicht ein kaufmännisch gebildeter Beamter noch besser erledigen. Es sei nicht die Absicht, Antrag zu stellen, daß nur ein Kaufmann oder Arbeitgeber mit der Leitung beauftragt werde, sondern man solle überhaupt eine befähigte Person durch die Kommission wählen lassen und der Stadtverordneten-Versammlung in Vorschlag bringen.

Nach Befürwortung durch den Vorsitzenden und kurzer Diskussion wurde hierauf der § 5 in seiner obigen Fassung einstimmig angenommen.

§ 6. „Die Geschäfte des Arbeitsamtes werden nach einer Ordnung, die von der Kommission festgesetzt wird, geführt.“

§ 7. „Die Kosten der Errichtung und Unterhaltung des Arbeitsamtes trägt die Stadt Mainz.“

§ 8. „Die Arbeitsvermittlung erfolgt unentgeltlich.“

Die §§ 6, 7 und 8 gelangten einstimmig ohne Debatte zur Annahme, womit die Verhandlung geschlossen war.

Das Statut, wie es aus den Beratungen der Beisitzer hervorgegangen ist und der Bürgermeisterei zur Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung empfohlen wird, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Das Arbeitsamt Mainz hat den Zweck:

1. zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (gewerblichen Arbeitern, Dienstboten und Lehrlingen) Arbeit zu vermitteln;
2. in allen die Arbeiter und Arbeitsverhältnisse berührenden Fragen Auskunft zu erteilen.

Das Arbeitsamt ist verpflichtet, dem städtischen statistischen Bureau für Zwecke der Statistik über die Bewegungen des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage in den verschiedenen Gewerben und Jahreszeiten die gewünschten Mitteilungen zu machen.

§ 2. Das Arbeitsamt steht unter der Leitung und Aufsicht einer Kommission. Dieselbe besteht aus einem Vorsitzenden und sechs Mitgliedern, sowie vier Stellvertretern. Vorsitzender ist der Vorsitzende, in dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende des Gewerbegerichts. Die übrigen Mitglieder der Kommission werden von den Beisitzern des Gewerbegerichts aus ihrer Mitte gewählt und zwar von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je fünf Mitglieder. Die Amtsdauer der Mitglieder erlischt mit dem Ablauf der Zeit, auf welche sie für das Gewerbegericht gewählt sind.

§ 3. Die Sitzungen der Kommission werden von dem Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch mindestens alle zwei Monate einberufen. Die Kommission ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder geladen waren und mindestens fünf derselben — einschließlich des Vorsitzenden — versammelt sind. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Bei der Beschlußfassung muß unter den Mitgliedern die gleiche Anzahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sein.

§ 4. Für jede Sitzung erhalten die Mitglieder — den Vorsitzenden ausgeschlossen — eine Entschädigung von 3 Mark.

§ 5. Das Arbeitsamt besteht aus einer männlichen und weiblichen Abteilung. An der Spitze jeder Abteilung steht ein Beamter, und zwar bei der weiblichen Abteilung ein weiblicher Beamter. Die Beamten des Arbeitsamtes werden von der Stadtverordnetenversammlung nach Anhörung der Kommission gewählt.

§ 6. Die Geschäfte des Arbeitsamtes werden nach einer Ordnung, die von der Kommission festgesetzt wird, geführt.

§ 7. Die Kosten der Errichtung und Unterhaltung des Arbeitsamtes trägt die Stadt Mainz.

§ 8. Die Arbeitsvermittlung erfolgt unentgeltlich.

Gewerbegericht der Stadt Mainz.

Dr. Gafner,  
Vorsitzender.



## IV.

## Entwurf

# eines Regulativs für die städtische Arbeitsvermittlungsstelle in Frankfurt a. M.\*)

1. Die städtische Arbeitsvermittlungsstelle hat die Aufgabe, zwischen Arbeitgebern einerseits und Arbeitern und Arbeiterinnen andererseits Arbeit zu vermitteln.

Sie kann sich, soweit es zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendig ist, mit anderen Arbeitsnachweisstellen sowie auch sonstigen zur Erlangung von Auskunft geeigneten Veranstaltungen in Verbindung setzen.

2. Die Arbeitsvermittlungsstelle wird unter der Aufsicht des Magistrats von einer Kommission geleitet, welche aus einem vom Magistrat zu ernennenden Vorsitzenden, acht Mitgliedern und vier Stellvertretern besteht. Die Mitglieder und deren Stellvertreter werden unter sinngemäßer Anwendung des § 8 des Ortsstatuts vom 1. Dezember 1891 von den Besitzern des Gewerbegerichts, und zwar von den Arbeitgebern und Arbeitern je vier Mitglieder und zwei Stellvertreter gewählt. Für Fälle der Verhinderung ernennt der Magistrat einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre. Wählbar ist, wer den Erfordernissen des § 6 des Ortsstatuts vom 1. Dezember 1891 entspricht.

3. Die Sitzungen der Kommission werden von dem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens aber alle zwei Monate, einberufen. Die Kommission ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder geladen waren und mindestens fünf derselben — einschließlich des Vorsitzenden — und zwar mindestens je ein Arbeitgeber und ein Arbeiter, versammelt sind. Die Stellvertreter werden abwechselnd in denjenigen Fällen einberufen, in denen die Verhinderung eines Mitgliedes dem Vorsitzenden rechtzeitig mitgeteilt worden ist.

4. Die Beschlüsse der Kommission werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Sind bei der Abstimmung Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ungleicher Zahl anwesend, so hat sich der dem Lebensjahre nach jüngere Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmer der Stimme zu enthalten.

5. Sollte sich das Bedürfnis nach einer Geschäftsordnung für die Kommission herausstellen, so ist dieselbe nach Anhörung der Kommission vom Magistrat zu erlassen.

6. Für jede innerhalb der Arbeitszeit stattfindende Sitzung erhalten die Mitglieder — der Vorsitzende ausgeschlossen — eine Entschädigung von 4 Mark, und wenn die Sitzung nur einen halben Arbeitstag oder weniger in Anspruch nimmt, eine solche von 2 Mark. Diese Entschädigung kann nicht zurückgewiesen werden.

\*) Der obige Entwurf ist im Januar 1894 vom Magistrat in Frankfurt a. M. einer Reihe von Mitgliedern von Korporationen und Vereinen (Handelskammer, Gewerbegericht, Innungsausschuß u. s. w.) zur gutachtlichen Äußerung mitgeteilt worden. Der Magistrat hatte die Frage der Begründung eines mit dem Gewerbegericht verbundenen und unter dessen Aufsicht stehenden, auf städtische Kosten zu errichtenden Arbeitsnachweises bereits seit 1890 (unter dem damaligen Oberbürgermeister Dr. Miquel) erwogen und ein Votat dafür zur Verfügung gestellt. Die Durchführung des Projekts ward jedoch infolge der Ablehnung, die dasselbe gerade bei den Arbeitern fand, bald stillt. Nachdem indes nunmehr im Herbst 1893 das Gewerkschaftsstatut einen förmlichen Antrag auf Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises gestellt hat, wurden die Beratungen wieder aufgenommen und in der ersten Hälfte des Januar der vorliegende Entwurf festgestellt.

7. Die Arbeiten der Vermittlungsstelle werden nach einer von dem Magistrate auf Vorschlag der Kommission zu erlassenden Dienst-anweisung durch einen vom Magistrate vertragsmäßig anzunehmenden Geschäftsführer besorgt, vor dessen Anstellung die Kommission zu hören ist.

8. Die bei der Arbeitsvermittlung erwachsenden Materialien über die Bewegungen des Arbeitsmarktes werden dem städtischen statistischen Amte auf Anfordern überwiesen.

9. Die Kosten der Errichtung und Unterhaltung der Anstalt trägt die Stadt Frankfurt a. M. Die Vertretung der Stelle erfolgt durch den Vorsitzenden.

10. Die Arbeitsvermittlung erfolgt unentgeltlich.

11. Bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen stellt die städtische Arbeitsvermittlungsstelle ihre Thätigkeit für das beteiligte Geschäft oder den beteiligten Arbeitszweig ein.

### Rednerliste.

Bardorf, J. S. 73. 171.

Bosse, W. S. 159.

Brandt, J. S. 169.

Döblin, C. S. 110.

Fladung, G. S. 173.

Fleisch, Dr. R. S. 7. 100. 120. 121.  
150. 178. 191.

Freytag, R. S. 155.

Göller, R. S. 164.

Hahn, C. S. 105.

Hamel, A. S. 150.

Hartmann, G. S. 116.

Hinz, A. S. 119.

Hirschberg, Dr. C. S. 44. 184.

Hütisch, J. S. 163.

Junge, J. H. S. 152.

Kupi, W. S. 108.

Magenstein, S. S. 174.

Kindler, C. S. 171.

Kloß, C. S. 32. 178.

Kulemann, S. 137.

Lange, Dr. S. 100.

Lautenschlager, C. S. 69.

Legien, C. S. 83. 166.

Loeb, M. S. 149.

Möller, Dr. S. 107. 142. 176. 196.

Nipsche, D. S. 159.

Quard, Dr. M. S. 10. 101. 161.

Rágóczy, Dr. S. 93.

Schmiger, S. 113.

Schwarz, Th. S. 161.

Tönnies, Dr. S. 12. 186.

Valentin, S. 6. 11.

Will, J. S. 121.



## Liste der Teilnehmer. \*)

- Allgem. Fabrikantenverein, Mannheim.  
 Amend, Rechnungsrat, Mainz.  
 Anselm, Kilian, Glaser, Nischaffenburg.  
 Baer, Simon Leopold, Buchhändler,  
 Frankfurt a. M.  
 Bardorf, Josef, Sekr. des Vereins für  
 Arbeitsvermittlung, Wien VI.  
 Baumann, Ad., Kaufmann, Frankfurt.  
 Beckmann, Dr., Privatgelehrter, Mün-  
 chen.  
 Benfard, C., Dr., Rechtsanwalt, Frank-  
 furt a. M.  
 Bergmann, B., Frankfurt a. M.  
 Bez, Heinrich, cand. jur. et cam.,  
 Mainz.  
 Bez, W., Wiesbaden.  
 Bleicher, Dr., Vorsteher des Statistischen  
 Amtes, Vertreter der Stadtgemeinde  
 Frankfurt a. M., Frankfurt a. M.  
 Boedicker, Stadt- und Handelskammer-  
 sekretär, Hanau.  
 Bonn, Moritz, stud. cam., Frank-  
 furt a. M.  
 v. d. Borgh, R., Dr., Professor, Burt-  
 scheld b. Aachen.  
 Born, H., Besitzer des Gewerbegerichts,  
 Mainz.  
 Boffe, Wilhelm, Offenbach.  
 Bonties, Emil, Kgl. Gewerbeinspektor,  
 Frankfurt a. M.  
 Brandt, Ignaz, Schuhmacher, Frank-  
 furt a. M.  
 Brendel, Joseph, Müller, Bockenheim.  
 Brünzinger, Albert, Vorsteher des Ge-  
 werbevereins, Eslingen.  
 Brüll, Wilhelm, Tischler, Frankfurt a. M.  
 Bruch, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.  
 Brückner, Dr., Herausgeber d. Bl. f.  
 soziale Praxis, Frankfurt a. M.  
 Brunner, Synodus, Kassel.  
 Budge, Max, Frankfurt a. M.  
 Bueb, F., Reichstagsabg., f. Elsäß.  
 Lothr. Volkszeitung, Mülhausen i. Elß.  
 Bürgermeisterei, Worms.  
 Burghold, Julius, Dr. jur., Rechts-  
 anwalt, Frankfurt a. M.  
 Clasen, Armenverwalter, Hanau.  
 Dennig, E., Privatsekretär, Frank-  
 furt a. M.  
 Diehl, R., Dr., Professor, Halle a. d. S.  
 Diener, August, Zimmermann, Frank-  
 furt a. M.  
 Diez, Dr., Regierungsrat, Vorsitzen-  
 der d. Juv.- u. Altersvers., Darmstadt.  
 Dobriner, Hermann, Dr., Oberlehrer,  
 Frankfurt a. M.  
 Döblin, C., Vorsitzender d. deutschen  
 Buchdruckerverbandes, Berlin.  
 Dominé, C., Vorsitzender d. Buchdrucker-  
 gaubverbandes, Frankfurt a. M.  
 Doren, Alfred, Dr. phil., Frankfurt a. M.  
 Dorsch, Leonhard, Buchdrucker, Frank-  
 furt a. M.  
 Dove, Heinrich, Landrichter, Frank-  
 furt a. M.  
 Ehrhardt, August, Metallarbeiterver-  
 band, Sektion d. Spengler, Frank-  
 furt a. M.  
 Ehrmann, Wilhelm, Magistratsrat,  
 Jülich.  
 Elbert, Hans, Bildhauer, Frankfurt a. M.  
 Elkan, E., Dr., Frankfurt a. M.  
 Epstein, J. H., Kaufmann, Frank-  
 furt a. M.  
 Fey, Polizeirat, Darmstadt.  
 Fischer, Stadtrat, Magdeburg.  
 Fladung, Bildhauer, Bockenheim.  
 Fleisch, Dr. jur., Stadtrat, Frank-  
 furt a. M.  
 von Frankenberger, Stadtrat, Braun-  
 schweig.  
 Freytag, Karl, Priv., Frankfurt a. M.  
 Frike, Th., Gerichtsassessor, Wiesbaden.  
 Gafner, Dr., Beigeordneter u. Vorj. d.  
 Gewerbegerichts, Mainz.  
 Gebejfuß, Dr., Oberbürgermeister,  
 Hanau.  
 Geis, Carl, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 Gerhard, Carl, Schreiner, Wiesbaden.  
 Gnauth, F., Oberbürgermeister, Gießen.  
 Gochsheimer, Vicepräsident des Kauf-  
 männischen Vereins, Mainz.

\*) Hier sind alle diejenigen Personen aufgeführt, welche sich schriftlich oder mündlich zur Teilnahme an den Verhandlungen angemeldet haben. Eine Anzahl davon war jedoch verhindert, ihnen persönlich beizuwohnen, so daß eine wirkliche, genaue Präsenzliste nicht aufgestellt werden kann.

- Göller, Romanus, Schuhmacher, Frankfurt a. M.  
 Goldschmidt, Herm., Dr., Frankfurt.  
 Gräf, Ed., Vertreter des Verb. der Lithographen u. Steindrucker Deutschlands, Frankfurt a. M.  
 Grimm, Heinrich, Chemiker, Frankfurt a. M.  
 Haag, Paul, Graveur, Frankfurt a. M.  
 Haas, Ph., Beisitzer des Gewerbegerichts, Mainz.  
 Hahn, C., Generalsekretär des Gewerbevereins der Fabrik- u. Handarbeiter, Burg b. Magdeburg.  
 Hamel, Adolf, Ortskrankenkasse, Bockenheim.  
 Hanauer, Wilh., Dr. med., Frankfurt a. M.  
 Handelskammer, Hanau.  
 Handelskammer, Leipzig.  
 Harnischfeger, J., Privatier, Frankfurt a. M.  
 Hartenstein, Dr., Vorsitzender des Gewerbegerichts, Stuttgart.  
 Hartmann, G., Delegierter des Zentralrats der deutschen Gewerbevereine, Düsseldorf.  
 Hartwig, Dr., Gymnasialdirektor, Frankfurt a. M.  
 Haufmann, Conrad, Rechtsanwalt, Stuttgart.  
 Hecht, Carl, Maler, Frankfurt a. M.  
 Heigsberger, Dr. jur., Bürgermeister, Bockenheim.  
 Herkner, Dr., Professor, Karlsruhe.  
 Hesse, Stadtrat, Meerane i. S.  
 Heuer, Otto, Dr., Privatgelehrter, Frankfurt a. M.  
 Hinz, Arthur, Friseur, Frankfurt a. M.  
 Hirsch, C., Redakteur der Frankfurter Zeitung, Frankfurt a. M.  
 Hirschberg, C., Dr., Direktorialassistent des Städtischen Statistischen Amtes, Berlin.  
 Hoch, Gustav, Redakteur, Frankfurt a. M.  
 Hochstädter, Ernst, cand. jur., Frankfurt a. M.  
 Hohenemser, H., Bankier, Frankfurt a. M.  
 Holzhäuser, Fr., Vorsitzender des Verbands deutscher Schneider und Schneiderinnen, Flensburg.  
 Huber, Jakob, Frankfurt a. M.  
 Hütich, Joseph, Maler, Frankfurt a. M.  
 Hütter, A., Hanau.  
 Herlohn, Magistrat, Herlohn.  
 Jentich, Carl, Archivar, Reize.  
 Jollos, Dr., Berlin.  
 Junge, J. H., Rohtabakhandlung, Bremen.  
 Jüdt, Wilhelm, Sekretär der land- und forstwissenschaftlichen Berufsgenossenschaft, Redakteur d. Zeitschrift Concordia, Darmstadt.  
 Kammereikasse, Kettbns.  
 Kamp, Dr., D., Lehrer, Frankfurt a. M.  
 Kuhn, Rud., Kaufmann, Frankfurt.  
 Kaiser, Joh. G., Schneidern., Mitgl. d. evang. Arbeitervereins, Frankfurt.  
 Karraf, Bürgermeister, Höchst a. M.  
 Kagenstein, Simon, Frankfurt a. M.  
 Kaufmännischer Verein, Höchst a. M.  
 Kaufmännischer Verein, Offenbach a. M.  
 Kaufmännischer Verein, Pforzheim.  
 Kind, Dr., Regierungs- und Gewerbe- rat, Wiesbaden.  
 Kindler, Delegierter der Hutmacher, Niederrad.  
 Kinkel, H., Buchdrucker, Frankfurt.  
 Klotz, C., Vorsitzender des Deutschen Tischlerverbandes u. Bürgerausschuß- mitglied, Stuttgart.  
 Klotz, Karl, Bürgerausschußmitglied, Stuttgart.  
 Knauer, Gebr., Buchdrucker, Frankfurt.  
 Knoop, Friedrich, Schneider, Frankfurt a. M.  
 Koberich, Franz, Bäckermeister, Mainz.  
 Koch, Fritz, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 Krempel, Ph., Sattler, Frankfurt a. M.  
 Kuchler, Oberbürgermeister, Worms.  
 Kuhn, S., Schneidernstr., Mitglied d. evang. Arbeitervereins, Frankfurt a. M.  
 Kulemann, Amtsrichter, Braunschweig.  
 Lange, Dr., Regierungsrat, Karlsruhe.  
 Lautenschlager, Ernst, Stuttgart.  
 Legien, C., Vertreter der Generalkommission deutscher Gewerkschaften, Hamburg.  
 Leisler, Wilhelm, Frankfurt a. M.  
 Levin, Willi, Dr. jur., Magistrats- assessor, Frankfurt a. M.  
 Lind, Ludwig, Div. Auditeur, Metz.  
 Linden, Ernst, Frankfurt a. M.  
 Loeb, Moritz, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 Lorsch, A., Redakteur d. Kleinen Presse, Frankfurt a. M.  
 Lorsch, Dr., Finanzassessor am Sta- tistischen Landesamt, Stuttgart.  
 Ludwig, Heinrich, Lehrer, Bockenheim.



- Luginer, Vertreter des Verbandes deut-  
 scher Zimmerleute, Frankfurt a. M.  
 Lutz, H., Dr., Redakteur, Magdeburg.  
 Maas, F., Frankfurt a. M.  
 Matti, A., Dr., Stadtrat, Frankfurt a. M.  
 May, Max, Schriftsteller, Heidelberg.  
 von Mayr, Dr., Unterstaatssekretär a. D.,  
 Privatdozent, Straßburg i. E.  
 Medert, Albert, Wiesbaden.  
 Merton, William, Kaufmann, Frank-  
 furt a. M.  
 Mehger, Karl, Bandweber, Frankfurt.  
 Meyer, J., Dr., Frankfurt a. M.  
 Mittau, Kaufmann, Frankfurt a. M.  
 Wittnacht, Präsident des Kaufmänni-  
 schen Vereins, Mainz.  
 Möller, Dr., Fabrikant, Brackvede.  
 Mühlberger, Dr., Oberbürgermeister,  
 Göttingen.  
 Müller, Const., Schreiner, Wiesbaden.  
 Müller, Dr., Chemiker, Mainkur, Frank-  
 furt a. M.  
 Müller, G., Beisitzer des Gewerbe-  
 gerichts, Mainz.  
 Raumann, Friedrich, Pfarrer, Frank-  
 furt a. M.  
 Rißche, D., Wiesbaden.  
 Rösner, Dr., Professor, Frankfurt a. M.  
 Opificius, L., Chemiker, Frankfurt a. M.  
 Opificius, Maria, Buchhalterin, Bocken-  
 heim.  
 Opificius, Reinh., Kaufm., Bockenheim.  
 Osnabrück, Kammereikasse, Osnabrück.  
 Pauli, Dr., Direktor der Fabrikwerke,  
 Höchst a. M.  
 Peiser, Felix, Dr., Breslau.  
 Peterhaus, A., Mechaniker, Bockenheim.  
 Pfungst, Arthur, Dr., Fabrikant, Frank-  
 furt a. M.  
 Quack, Dr., Redakteur, Frankfurt a. M.  
 Rade, M., Pfarrer, Frankfurt a. M.  
 Rademann, Otto, Fabrikdirektor, Bocken-  
 heim.  
 Rágóczy, Dr., Sekretär d. Handels-  
 kammer, Bonn.  
 von Raumer, Berlin.  
 von Reigenslein, Bezirkspräsident a. D.,  
 Freiburg i. Br.  
 Riefe, Stadtverordneter, Braunschweig.  
 Röhrscheidt, Joseph, Bockenheim.  
 Rothschild, Felix, Dr. jur., Referendar,  
 Frankfurt a. M.  
 Rothenburger, Gustav, Tapez., Deleg. des  
 Gewerksch.-Kartells, Frankfurt a. M.  
 Rudloff, Regierungsrat, Stadtverord-  
 neter, Braunschweig.  
 Sack, Ernst, Tabakarbeiter, Niederrad.  
 Saenger, C., Pfarrer der deutsch-luth.  
 freirelig. Gemeinde, Frankfurt a. M.  
 Sand, Franz, Wiesbaden.  
 Schäfer, Carl Ludwig, Präsident des  
 Kaufm. Vereins, Frankfurt a. M.  
 Schermuly, August, Schreiner, Frank-  
 furt a. M.  
 Scheuermann, Ferdinand, Sattler,  
 Frankfurt a. M.  
 Schijfers, Leonh., Schlosser, Deutscher  
 Metallarbeiterverband, Frankfurt.  
 Schmidt, Dr., Beigeordneter, Worms.  
 Schmidt, Adolf, Schreiner, Wiesbaden.  
 Schmidt, Wilhelm, Reichstagsabgeord-  
 neter, Frankfurt a. M.  
 Schnapper-Arndt, G., Dr., Heidelberg.  
 Schnizer, Polizeikommissar, Vertreter  
 der Stadtgemeinde, Jierlohn.  
 Schnübbe, Polizeiinspektor, Barmen.  
 Schrader, H., Vertreter d. Verbandes  
 deutscher Zimmerleute, Hamburg.  
 Schramm, C., Dr., Chemiker, Mainkur.  
 Schwarz, Theodor, Vorsitzender des  
 Deutschen Formerverbandes, Lübeck.  
 Schwarzschild, Martin, Frankfurt a. M.  
 Seibel, A., Schreiner, Wiesbaden.  
 Siegle, Geh. Kom.-Rat u. Reichstags-  
 abgeordneter, Stuttgart.  
 Sonnemann, Leopold, Frankfurt a. M.  
 Spier, S., Privatgelehrter, Frank-  
 furt a. M.  
 Sprenger, Redakteur, Mainz.  
 Stein, Philipp, stud. phil., Frankfurt.  
 Steinert, Fabrikinspektor, Hamburg.  
 Steiniger, Wilh., Schlossermeistr., Mainz.  
 Stoefel, P., Vertreter des Vereins der  
 Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitneh-  
 mer), Berlin.  
 Straus, Casar, Frankfurt a. M.  
 Strauß, Paul, Fabrikant, Frankfurt a. M.  
 Strube, Jakob, Tabakspinner, Frank-  
 furt a. M.  
 Süße, Julius, Glasarbeiter, Penzig.  
 de Terra, Eisenbahndirektor, Frank-  
 furt a. M.  
 Thorwart, Friedr., Direktor der Ge-  
 nossenschaftsbank, Frankfurt a. M.  
 Thürrer, Hans, Bräuer, Frankfurt a. M.  
 Tönnies, Dr., Professor an der Uni-  
 versität, Kiel.  
 Trier, Theodor, Priv., Frankfurt a. M.

- Uhsfelder, Samuel, Frankfurt a. M.  
 Valentin, B., Dr., Professor, Ober-  
 lehrer, Frankfurt a. M.  
 Veesenmeyer, P., Chemiker, Stuttgart.  
 Verband Sächsischer Berg- und Hütten-  
 arbeiter, Zwickau.  
 Verkauf, Leo, Dr., Wien XVIII.  
 Veters, Friedrich, Schreiner, Frank-  
 furt a. M.  
 Vollmer, Johann, Schriftsetzer, Frank-  
 furt a. M.  
 Vorbrodt, Dr., Stadtschulrat, Erfurt.  
 Wedel, Hugo, Königl. Gewerbeinspektor,  
 Wiesbaden.  
 Wermert, Dr., Sekretär d. Handels-  
 kammer, Halle a. d. S.  
 Wertheimer, Ludwig, Dr. jur., Re-  
 ferendar, Frankfurt a. M.  
 Will, J., Schiffbauer, Hamburg.  
 Wintermeyer, Chr., Wiesbaden.  
 Wittich, Heinrich, Wirt, Frankfurt a. M.  
 Wollstadt, B., Beisitzer des Gewerbe-  
 gerichts, Mainz.  
 Wolter, Wilhelm, Schreiner, Vertreter  
 des Holzarb.-Verb., Frankfurt a. M.  
 Wurzmann, Leo, Dr., Rechtsanwalt,  
 Frankfurt a. M.  
 Zander, Wilhelm, Schuhmacher, Hanau.  
 Zeller, Dr., Regierungsrat, Darmstadt.  
 Zuns, Julius, Dr., Frankfurt a. M.  
 Zwerger, Karl, Vertreter des Vereins  
 der Schneider, Frankfurt a. M.

### Schriften des Freien Deutschen Hochstifts.

**Frankfurter Arbeiterbudgets.** Haushaltungsrechnungen eines Ar-  
 beiters einer königlichen Eisenbahnwerkstätte, eines Arbeiters  
 einer chemischen Fabrik und eines Aushilfsarbeiters. Veröffentlicht  
 und erläutert von Mitgliedern der volkswirtschaftlichen Sektion  
 des Freien Deutschen Hochstifts. Bevormundet von Stadtrat  
 Dr. Fleisch. Frankfurt a. M. 1890. Verlag von Gebr. Knauer.  
 XXIV und 94 Seiten. Preis 2 Mark.

**Otto Nademann. Wie nährt sich der Arbeiter?** Eine kritische  
 Betrachtung der Lebensweise der Arbeiterfamilien auf Grund  
 der Angaben der Broschüre der volkswirtschaftlichen Sektion des  
 Freien Deutschen Hochstifts: „Frankfurter Arbeiterbudgets“. Frank-  
 furt a. M. 1890. Verlag von Gebr. Knauer. 23 Seiten.  
 Preis 0,75 Mark.

**Beiträge zur Kenntnis des Armenwesens und der Armen-  
 statistik in Frankfurt a. M.** Herausgegeben von Stadtrat  
 Dr. Fleisch. Zeitschrift für die 11. Jahresversammlung des  
 Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit. Frank-  
 furt a. M. 1890. Verlag von Gebr. Knauer. 151 Seiten.  
 Preis 3 Mark.



## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung . . . . .	3
Erste Sitzung, Sonntag, den 8. Oktober 1893 . . . . .	6
Referate: Der moderne Arbeitsvertrag und die Arbeitslosigkeit, Pro- fessor Dr. Lönnies-Niel . . . . .	12
Arbeitslosigkeit im allgemeinen und Notstandsarbeiten, C. Mosß- Stuttgart . . . . .	32
Erhebungen über Arbeitslosigkeit, Dr. C. Hirschberg-Berlin . . . .	44
Diskussion . . . . .	69
Zweite Sitzung, Montag, den 9. Oktober 1893. Fortsetzung der Diskussion	121
Schlußworte der Referenten . . . . .	178
Schlußwort des Vorsitzenden . . . . .	191
Anhang:	
I. Begrüßungsansprache von Dr. Schnapper-Arndt-Heidelberg . . .	197
II. Antrag, betr. Arbeitsamt für Stuttgart . . . . .	198
III. Antrag, betr. Arbeitsamt für Mainz . . . . .	211
IV. Entwurf, betr. Arbeitsvermittlungsstelle für Frankfurt a. M. . .	218
Rednerliste . . . . .	219
Liste der Teilnehmer . . . . .	220

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

XIV 7e

Otto Liebmann, Verlagsbuchhandlung.

---

**Quellen**  
zur  
**Deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte.**

Zusammengestellt und mit Anmerkungen versehen  
von

**Dr. S. O. Liebmann,**

o. ö. Professor der Rechte an der Universität zu Marburg.

1891. Groß 8°. Preis broschiert Mk. 8.—, gebunden Mk. 9.20.

---

**Die Behandlung**  
der  
**verwahrlosten und verbrecherischen Jugend**  
und  
**Vorschläge zur Reform.**

Von

**Dr. P. F. Michrott,**

Landrichter in Berlin.

1892. Preis Mk. 1.—.

---

Die  
**Abend-Haushaltungsschule**  
in Frankfurt am Main,  
als praktische Lösung einer sozialen Aufgabe.

Von

**Dr. Otto Kamp,**

Lehrer und Vorsitzender des Vereins für Haushaltungsschulen  
in Frankfurt a. M.

1890. Groß 8°. Preis Mk. 2.—.

---



Otto Liebmann, Verlagsbuchhandlung.

---

## Die strafrechtlichen Nebengesetze des Deutschen Reiches.

Erläutert von

**Dr. M. Stenglein,**

Reichsgerichtsrat,

in Verbindung mit

**Dr. H. Appelius,**

Staatsanwalt in Göttingen.

und

**Dr. G. Kleinfeller,**

Privatdozent a. d. Universität München.

1893. Legikon-Oktav. Preis: brosch. Mf. 28.50, in eleg. Halbfranzband Mf. 31.—.

---

## Strafrechtspflege und Socialpolitik.

Ein Beitrag zur Reform der Strafgesetzgebung,

auf Grund

rechtsvergleichender und statistischer Erhebungen über die Polizeiaufsicht.

Von

**Dr. Karl Fuhr,**

Rechtsanwalt in Gießen.

1892. Groß 8°. Preis Mf. 8.—.

---

## Adam Smith, der Begründer der modernen Nationalökonomie.

Sein Leben und seine Schriften.

Von

**Dr. Karl Walcker,**

Dozent der Staatswissenschaften an der Universität Leipzig.

1890. Groß 8°. Preis Mf. 1.50.

---

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

